

Didacta kritisiert deutsches Bildungssystem

Die Welt

Freitag 15. Februar 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: WIRTSCHAFT; S. 10; Ausg. 39

Length: 222 words

Body

Das deutsche Bildungssystem produziert nach Ansicht des Bildungsverbands Didacta zu viele Verlierer und ist zutiefst ungerecht. Ein Drittel der Schüler habe mit dem aktuellen System enorme Schwierigkeiten - darunter überproportional viele Jungen, Kinder aus bildungsfernen Schichten und mit **Migrationshintergrund**, sagte Verbandspräsident Wassilios Fthenakis. Dringend nötig sei ein einheitlicher Bildungsplan, der das „Wirrarr“ unter den 16 Bundesländern mit ihren unterschiedlichen Standards ablösen solle. Fthenakis betonte: „Mit der höchsten Priorität müssen wir alles daran setzen, die starke Bildungsungerechtigkeit in Deutschland endlich zu überwinden.“ Ein besonderes Augenmerk müsse auf die ersten sechs Lebensjahre gelegt werden. Zwar investiere Deutschland in die frühe Bildung inzwischen immerhin 0,6 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts, das reiche aber nicht. Wenn ab August der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für Unter-Drei-Jährige gelte, sei damit keineswegs auch eine hohe Bildungsqualität gewährleistet. Es fehlten viele tausend Erzieher, die eine Top-Qualifikation benötigten, betonte der Verbandspräsident. Frühpädagogen und Grundschullehrer sollten auf gleich hohem Level ausgebildet werden für die Förderung von Kindern von null bis zehn Jahren, forderte er. Die Pädagogenausbildung müsse modernisiert werden.

Load-Date: February 15, 2013

**Deutschland Kompakt II; Bildung: Merkel erstmals bei den Kultusministern
++ Syrien-Politik: Innenminister wollen Abschiebungen stoppen ++ Urteil:
Karlsruhe stärkt Rechte von ausländischen Eltern ++ Kirche: Bischof duldet
keinen „Aufruf zum Ungehorsam“ ++ Botschafter: Neuer Vertreter Israels in
Deutschland begrüßt**

Die Welt

Freitag 9. März 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 59

Length: 659 words

Body

Bildung

Merkel erstmals bei den Kultusministern

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat als erster deutscher Regierungschef am Donnerstag die Kultusministerkonferenz (KMK) besucht. Merkel sprach anschließend von einer „großen Offenheit“ im Austausch. KMK-Präsident Ties Rabe (SPD) betonte ebenfalls die enge Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei Wahrung der Zuständigkeiten. Themen waren **Migration**, Integration und Chancengerechtigkeit durch Bildung. Daneben einigten sich die Kultusminister darauf, für eine bessere Vergleichbarkeit der Abitur-Anforderungen in den verschiedenen Ländern zu sorgen. „Wir haben heute den Durchbruch geschafft“, sagte Thüringens Bildungsminister Christoph Matschie (SPD) nach der Beratung „Die Kultusminister haben sich einstimmig zu nationalen Bildungsstandards für die gymnasiale Oberstufe bekannt.“

Syrien-Politik

Innenminister wollen Abschiebungen stoppen

In den kommenden sechs Monaten sollen keine Flüchtlinge mehr nach Syrien abgeschoben werden. Der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann (CDU) kündigte an, er wolle sich für einen bundesweiten formalen Abschiebestopp einsetzen. Der Vorschlag sei mit dem Sprecher der SPD-Innenminister, Ralf Jäger, und dem Bundesinnenministerium abgestimmt, sagte Schünemann, der Sprecher der Unionsinnenminister ist. Nach Auskunft des niedersächsischen Innenministeriums haben sich die Bundesländer bereits im Mai vergangenen Jahres informell verständigt, auf Abschiebungen in das arabische Land zu verzichten. Ein formaler Abschiebestopp schaffe für die Betroffenen jedoch nun eine Rechtssicherheit.

Deutschland Kompakt II Bildung: Merkel erstmals bei den Kultusministern ++ Syrien-Politik: Innenminister wollen Abschiebungen stoppen ++ Urteil: Karlsruhe stärk....

Urteil

Karlsruhe stärkt Rechte von ausländischen Eltern

Bayern muss auch Bürgern aus Nicht-EU-Staaten das Landeserziehungsgeld zahlen. Das hat das Bundesverfassungsgericht entschieden. Die bisherige bayerische Regelung, die Zahlung auf EU-Bürger zu beschränken, verstoße gegen den allgemeinen Gleichheitssatz des Grundgesetzes, heißt es in dem am Donnerstag veröffentlichten Beschluss. „Der verfassungsrechtliche Schutz der Familie ist nicht auf Deutsche beschränkt.“ Die bayerische Staatsregierung kündigte als Reaktion eine „zeitgemäße Neuregelung“ an. Das Landeserziehungsgeld soll Eltern ermöglichen, über einen längeren Zeitraum Elternzeit zu nehmen und ihre Kinder selbst zu betreuen. Das im Anschluss an das Elterngeld gezahlte Erziehungsgeld hängt vom Einkommen und der Zahl der Kinder ab und beträgt zwischen 150 und 300 Euro. Die Klägerin ist Polin und wohnt seit 1984 in Bayern. Ihr Kind wurde im Jahr 2000 geboren, also vor dem Beitritt Polens zur Europäischen Union. Deshalb wurde ihr kein Erziehungsgeld gewährt.

Kirche

Bischof duldet keinen „Aufruf zum Ungehorsam“

Der Passauer katholische Bischof Wilhelm Schraml hat zum Zusammenhalt des Klerus aufgerufen. Tendenzen wie dem „Aufruf zum Ungehorsam“ österreichischer Priester und Diakone müsse theologisch klar und argumentativ entschieden entgegengewirkt werden, sagte Schraml bei einer Konferenz im Kloster Göttweig bei Sankt Pölten. Im Februar waren Kontakte der österreichischen „Pfarrer-Initiative“ zur Gruppe „Passauer Priester im Dialog“ bekannt geworden. Die Initiative in Österreich, die nach eigenen Angaben rund 400 Mitglieder hat, wirbt für offene Verstöße gegen kirchliche Weisungen wie das Predigtverbot für Laien in Eucharistiefeiern. Auf diesem Weg sollen kirchliche Reformen initiiert werden. Die Passauer Gruppe zählt laut Artinger rund 20 Personen. Einen formalen Zusammenschluss mit den Österreichern gibt es bisher nicht.

Botschafter

Neuer Vertreter Israels in Deutschland begrüßt

Der Zentralrat der Juden hat Israels neuen Botschafter in Deutschland, Yakov Hadas-Handelsman, zu seinem Amtsantritt am heutigen Freitag begrüßt. Er könne auf das gute Fundament seiner Vorgänger, Yoram Ben-Zeev und Shimon Stein, aufbauen, sagte Zentralrats-Präsident Dieter Graumann. Hadas-Handelsman, der zuvor Botschafter bei EU und Nato in Brüssel war, soll seine Beglaubigung im Berliner Schloss Bellevue erhalten.

Load-Date: March 9, 2012

Grenzen der offenen Stadt; Hamburg hat ein Flüchtlingsproblem: Afrikaner sind über Italien eingereist und wollen nicht mehr gehen. Viele Bürger helfen - aber die regierende SPD muss mit Härte reagieren

Die Welt

Donnerstag 20. Juni 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Essay; S. 2; Ausg. 141

Length: 1038 words

Byline: Jörn Lauterbach

Body

Im Kirchenschiff der St.-Pauli-Gemeinde wird derzeit zwar auch noch ab und an gebetet, aber vor allem geht es darum: Wer schläft heute Nacht wo? **Flüchtlinge** aus verschiedenen Staaten Afrikas stellen sich diese Frage - und sie eint nicht nur die Suche nach einem Quartier, sondern auch, dass sie zuletzt in Libyen tätig waren, dann nach Italien flüchteten und von dort aus mit 500 Euro und einem Touristenvisum in der Tasche nach Deutschland weiterreisten. Die meisten von ihnen nach Hamburg, jener Stadt also, die auch international den Ruf hat, reich und doch liberal zu sein. Und die jetzt genau damit an ihre Grenzen stößt.

Allein schon diese 70 **Flüchtlinge**, über deren genaue Tätigkeit in Libyen wenig bekannt ist - vom Wanderarbeiter über Regimegegner bis hin zum Kämpfer auf der einen oder anderen Seite ist vieles denkbar - haben eine Debatte ausgelöst, die auch andere Städte bald erfassen dürfte, wenn Italien als gängiges Erstaufnahmeland das Dublin-II-Abkommen, das das **Asylverfahren** EU-weit regelt und dem Erstzutrittsland die Bearbeitung der Fälle exklusiv zuweist, in seinem Sinne auslegt und die Einreisenden dazu animiert, sich auf ganz legale Weise zumindest vorübergehend doch auch mal andere Flecken Europas anzusehen. Die Hoffnung, dass diese Menschen nicht wieder zurückkommen, muss dabei nicht einmal offen ausgesprochen werden.

In Hamburg zeigt sich dabei das Dilemma der EU: Zwar wissen alle Beteiligten, dass die Afrikaner laut geltendem Recht allein in ihrem Erstaufnahmeland ein Recht auf Bearbeitung ihres Falles und auf Sozialleistungen haben - und dass sie sich nach Ablauf ihrer Touristenkarte, also nach drei Monaten, auch wieder dorthin zurückbewegen müssen. Aber nun sind die Männer ja da und machen keine Anstalten, sich gesetzeskonform zu verhalten, wenngleich ihnen die Sachlage schon vor Monaten in den Winternotquartieren der Stadt erklärt wurde. Linkspartei, Grüne und Kirche haben sich deswegen kurzerhand zu einem Unterstützer- Bündnis zusammengeschlossen und fordern, die Sachlage sechs Monate lang zu überprüfen; so lange dürften die Afrikaner in der Stadt bleiben, ohne eine Rückführung nach Italien befürchten zu müssen. Im eher linken Milieu St. Paulis erfährt diese Idee viel Unterstützung, viele Anwohner bieten Dienstleistungen oder Sachspenden an, das Ehrenamt blüht.

Grenzen der offenen Stadt Hamburg hat ein Flüchtlingsproblem: Afrikaner sind über Italien eingereist und wollen nicht mehr gehen. Viele Bürger helfen - aber die....

Eine besonders umstrittene Rolle spielt dabei die evangelische Kirche. Frühzeitig in die Lösungssuche nach einer geeigneten Unterkunft eingebunden, verweigerte sie die Zustimmung zu einer weltlichen Lösung, weil in diesen Räumen der Diakonie keine Feststellung der Identität mit dem Ziel einer Rückreise nach Italien stattfinden sollte. Kurzerhand öffnete der Pastor der Pauli-Gemeinde seine Kirchentüren; es handele sich zwar nicht um ein Asyl, weil in Deutschland keine entsprechenden Verfahren laufen, sondern um eine humanitäre Notlösung, die aber dennoch dazu führte, dass sich die Situation weiter verkantete. Bilder von Polizisten im Gotteshaus möchte auch der Senat keinesfalls sehen, zumal sich längst viele Anwohner und die übliche Prominenten-Fraktion der Stadt auf die Seite der Kirche gestellt hat. „Auch Jesus war ein Flüchtlingskind“, steht auf einem der Flugblätter, die von der Nordkirche verteilt werden.

Die SPD wiederum, seit gut zwei Jahren in der Alleinregierung der Stadt, stellt dieses Verhalten vor massive Probleme. Bei der Wahl war die Zustimmung zu Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) auch in diesen Stadtteilen hoch, er selbst wohnt in dem benachbarten Altona und ist eigentlich ein Mann des Gesprächs. Nur in dieser speziellen Situation ist er inhaltlich weit entfernt von seiner Nachbarschaft: „Die Männer haben hier keine Chance“, sagt Scholz, „und keine Perspektive“ assistiert Innensenator Michael Neumann, der sich dafür jüngst in einer Parlamentsdebatte von der Grünen- Landesvorsitzenden Katharina Fegebank den für einen Politiker in seinem Amt absurd anmutenden Vorwurf anhören musste, er würde sich „hinter den Gesetzen verstecken“. Es ist ein Kampf zwischen rechtsstaatlicher Ordnungspolitik und dem humanitären Anspruch einer wohlhabenden Metropole entbrannt, dessen Ausgang offen ist - zumal sich die SPDFührung keineswegs sicher sein darf, dass das linke Spektrum der Partei auf ihrer Seite steht. Was sind schon 70 Männer, die wir zusätzlich integrieren müssen, wird da gefragt. Und ob nicht eine Stadt, die so stark von der Internationalität des Hafens und des Handels lebt, auch einen Preis dafür bezahlen muss.

An diesem Vorgang kann nicht nur abgelesen werden, wie wenig akzeptiert EU-Gesetze sind, wenn sie im konkreten Fall angewendet werden müssten. Statt dem Verfahren zu folgen, das sich in vielen Fällen bewährt hat und das nun vor allem von Italien aufgrund der eigenen finanziellen Ausstattung ausgehebelt wird, wird die kurzfristige Situation vor Ort weit höher gewichtet und mit dem erprobten Werkzeugkasten bearbeitet: Notunterkunft, Spenden, dann mal sehen. Bürgermeister Scholz, der seinem Amtseid folgt und das geltende Recht einhält, wird da schnell als „Hardliner“ diffamiert. Offen aussprechen mag aber auch er nicht, was sein womöglich noch wichtigerer Antrieb ist: Wer jetzt nachgibt, könnte es bald schon mit sehr viel mehr Menschen zu tun haben, die illegal anreisen und auf den Umgang mit ihren Vorgängern verweisen. Auf so viel Weltoffenheit ist aber selbst eine Stadt wie Hamburg nicht vorbereitet.

Eine schnelle Lösung für diese Männer wird es wohl nicht geben. Zuletzt haben auch deutsche Gerichte in Einzelfall-Entscheidungen schon die Rückführung von Flüchtlingen in die Erstaufnahmeländer Griechenland und Italien mit dem Verweis auf die unzumutbaren Zustände in den dortigen Lagern gestoppt. Und die an der Elbe gestrandeten Flüchtlinge, die sich in der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ zusammenschlossen und schon einige Protestkundgebungen abgehalten haben - verfügen längst über rechtliche Beratung. Um aber einen weiteren Zustrom zu verhindern, muss mit den südlichen EU-Ländern neu verhandelt werden. Ohne auch finanzielle Unterstützung für die Versorgung der Flüchtlinge und die Bewältigung des Verwaltungsaktes dürften bald weitere Kirchenschiffe zu Herbergen werden.

„Auch Jesus war ein Flüchtlingskind“ Aus einem Flugblatt der Nordkirche

Graphic

/Michael Arning

Schlafstätte der Flüchtlinge in der St.Pauli-Kirche

Grenzen der offenen Stadt Hamburg hat ein Flüchtlingsproblem: Afrikaner sind über Italien eingereist und wollen nicht mehr gehen. Viele Bürger helfen - aber die....

© Michael Arning

Load-Date: June 20, 2013

End of Document

Israel will kein gelobtes Land für Afrikaner sein; Weil man nirgends in der Region besser lebt, hat der kleine Staat ein großes Flüchtlingsproblem. Nun entlädt sich gewaltsamer Protest

Die Welt

Donnerstag 7. Juni 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 131

Length: 1415 words

Byline: Michael Borgstede

Body

Tel Aviv

Nur ein Wort: „Nein!“ Schroff klingt es und abweisend. Er will nicht reden. Dann zieht der gebrechlich wirkende Mann seine Schirmmütze ins schwarze Gesicht und geht ins Haus. An der Wand prangt noch immer das Graffito: „Verschwindet aus dieser Gegend“. Langsam steigt er die Treppe hinauf, hält für einen Moment inne und begutachtet noch einmal das ausgebrannte untere Stockwerk. Seine Hand zittert.

„Er hat Angst“, tönt es da fast entschuldigend aus dem Innenhof. „Wir haben alle Angst, aber er hat am meisten Angst. Sie sagen, er wurde gefoltert, bevor er nach Israel kam.“ Die Stimme gehört einem jungen Mann, Alula nennt er sich, und er kommt aus Äthiopien. Der 22-Jährige trägt einen Verband um den linken Arm. Die Verbrennungen seien nicht besonders schlimm, sagt er. „Sie haben das Haus angesteckt, sie wollten uns umbringen. Wir haben nur Glück gehabt.“ Der Sprecher der Feuerwehr von Jerusalem sieht das genauso: Wer da in der Nacht zum Montag Benzin auf die Treppe des dreistöckigen, nur von ausländischen **Flüchtlingen** bewohnten Hauses geschüttet und angezündet hat, konnte nicht nur mit vier Leichtverletzten rechnen, sagt Asaf Abras. Das in einem orthodoxen Viertel der Heiligen Stadt gelegene Haus sollte zur Todesfalle werden.

Einen Tag nach dem Anschlag hat der Bürgermeister sein Bedauern ausgedrückt und eine gründliche Untersuchung angeordnet, knapp 100 Israelis haben im Stadtzentrum gegen Fremdenhass demonstriert, das ausgebrannte Treppenhaus wurde frisch gestrichen, und der Hausbesitzer behauptet noch immer, von Brandstiftung könne gar keine Rede sein. „Das war einfach ein ganz normaler Streit“, sagt er und fügt verstohlen hinzu: „Sie wissen ja, wie die Neger sein kön-nen ...“ Und Alula aus Äthiopien steht da, in einem zu großen Hemd, das man ihm im Krankenhaus gegeben hat, und wundert sich: „Ich dachte, solche Sachen passieren nur in Tel Aviv. Ich dachte, in der Heiligen Stadt Jerusalem werde Gott auf uns achtgeben.“

Israel will kein gelobtes Land für Afrikaner sein Weil man nirgends in der Region besser lebt, hat der kleine Staat ein großes Flüchtlingsproblem. Nun entlädt s....

Nach Angaben der israelischen Einwanderungsbehörden befinden sich heute etwa 62.000 illegale Einwanderer im Land. Sie kommen aus Eritrea und Äthiopien, aus Ghana, der Elfenbeinküste und dem Sudan und werden von Beduinen über den Sinai ins Land geschmuggelt, wo die Regierung erst sehr spät mit dem Bau einer Grenzbefestigung begonnen hat. Allein im vergangenen Monat sollen 2000 afrikanische Flüchtlinge über die Grenze gekommen sein. Der Umgang der Regierung mit dem Flüchtlingsstrom wirkt hilflos und improvisiert. Einmal aufgegriffen, werden die Afrikaner kurz befragt und bekommen dann ein Gratis-Busticket nach Tel Aviv. Dort finden sie sich früher oder später im Lewinsky-Park ein und warten darauf, dass jemand aus demselben Dorf oder vom selben Stamm ihnen eine Unterkunft in einem völlig überfüllten heruntergekommenen Apartment anbietet. Ihre Aufenthaltsgenehmigung müssen sie alle drei Monate erneuern, arbeiten dürfen sie damit offiziell nicht. Natürlich tun sie es trotzdem, zu Hungerlöhnen und ohne Krankenversicherung oder Sozialleistungen.

Auch Thedros und Jorusalem warten auf Arbeit. Sie sitzen auf zwei Kinderschaukeln im Lewinsky-Park, der Geruch von Urin liegt in der Luft. „Manchmal kommen die Bauunternehmer mit Kleinbussen vorbei. Dann springen wir rein und bekommen für ein paar Stunden was zu tun“, sagt Thedros. Die beiden stammen aus Eritrea und haben sich eines Tages auf den Weg nach Israel gemacht, weil es hier besser sein sollte. „Das ist es auch. Es ist kein gutes Leben, aber immer noch besser als daheim“, gibt Thedros zu und nimmt in der prallen Mittagshitze einen Schluck aus einer Bierflasche. Die jüngsten Ausschreitungen, die Brandanschläge, das sei beunruhigend, aber immer noch besser als ein unendlicher Militärdienst in Eritrea.

In Tel Aviv, wo im ohnehin ärmlichen Süden der Stadt heute etwa 40.000 Flüchtlinge leben sollen, sind die Spannungen zuerst eskaliert. Vor zwei Monaten schon flogen Brandbomben in einen Flüchtlingskindergarten und zwei Wohnungen. Nachdem zwei Israelinnen von Afrikanern vergewaltigt wurden, kam es zu einer Kundgebung, die eskalierte: Läden afrikanischer Besitzer wurden geplündert, die Schaufenster eingeschlagen, Schwarze wurden angegriffen und verletzt, die Polizei nahm 17 Randalierer fest. Es war der Zorn der Zukurzgekommenen, der sich da Luft machte, und er richtete sich nicht nur gegen die Flüchtlinge, sondern gegen die Linken, die Medien und die Araber. Populistische Politiker rochen ihre Chance und gossen Öl ins Feuer: Die Likud-Abgeordnete Miri Regev bezeichnete die Flüchtlinge als „Krebsgeschwür in unserem Körper“. Später entschuldigte sie sich - allerdings nicht bei den Flüchtlingen, sondern bei den Krebskranken und Holocaust-Überlebenden, die sie möglicherweise verletzt habe. Innenminister Eli Ischai von der sefardisch-orthodoxen Schas-Partei behauptete kurzerhand, zahllose israelische Frauen würden von den HIV-infizierten Afrikanern vergewaltigt und gingen nur nicht zur Polizei, weil sie das Aids-Stigma fürchteten. Belege für diese Behauptung gibt es nicht. Ein ungenannter Polizist ließ an die Medien durchsickern, die Ausländer seien für 40 Prozent aller Straftaten in Tel Aviv verantwortlich, tatsächlich belegen die Statistiken, dass die Kriminalitätsrate bei Afrikanern wohl nur halb so hoch ist wie bei den Einheimischen. Der Innenminister ging mit Rassismus auf Stimmenfang und legte täglich nach: Die Afrikaner verstünden nicht, dass „dieses Land uns gehört, dem weißen Mann“. Alle Ausländer, ohne Ausnahme, sollten eingesperrt werden. Seit vergangenem Sonntag ist das möglich: Ein neues Gesetz erlaubt es nun, alle illegalen Einwanderer für bis zu drei Jahre in Haft zu nehmen. Zu dem Zweck entsteht in der Negev-Wüste ein Internierungslager, das bald bis zu 15.000 Flüchtlinge aufnehmen soll.

Auch wer das nicht für die wünschenswerte Lösung hält, wird kaum abstreiten, dass die Flüchtlingswelle das kleine Israel überfordert. Eben weil Israel das fortschrittlichste Land der Region ist, wirkt es wie ein Magnet auf die Unterdrückten und Armen des Schwarzen Kontinents. Doch das internationale Recht untersagt es Israel, Flüchtlinge in Länder abzuschieben, falls für das Leben der Rückkehrer Gefahr bestehen könnte - wie in Eritrea und im Sudan. Fast 85 Prozent der heute in Israel lebenden Flüchtlinge kommen aus diesen Ländern. Daniel Solomon, Rechtsberater der Einwanderungsbehörde, versichert, Israel werde diese internationalen Verpflichtungen achten. Gleichzeitig müssten aber andere Lösungen gefunden werden: In einigen Fällen sei eine Abschiebung in ein sicheres Drittland möglicherweise eine Option. Aber auch Solomon weiß, dass die Suche nach diesen Drittländern nicht einfach wird. Momentan bearbeitet Israel die Asylgesuche von den meisten Flüchtlingen gar nicht erst. Von 4063 Asylanträgen im vergangenen Jahr wurde nur ein einziger genehmigt. William Tall von der Flüchtlingskommission der Vereinten Nationen fordert deshalb, Israel müsse zunächst einmal klar definieren, wer ein illegaler Eindringling und wer ein Asylsucher sei. Doch für eine differenzierte Betrachtung ist die Stimmung viel zu aufgepeitscht.

Israel will kein gelobtes Land für Afrikaner sein Weil man nirgends in der Region besser lebt, hat der kleine Staat ein großes Flüchtlingsproblem. Nun entlädt s....

Es dämmt schon, als sich in den Lewinsky-Park ein Weißer verirrt. „Ich bin hier, weil ich den afrikanischen Affen nicht kampflos das Feld überlassen will“, sagt Chesi. „Weißt du, gestern wurde wieder ein Jude von ihnen umgebracht“, sagt er. „Mit einem Messer, einfach so aufgeschlitzt. Freunde von mir haben es gehört.“ Die Polizei wird diesen Mord später auf Nachfrage nicht bestätigen. Der Mord existiert nur in der Fantasie, die Angst vor den Afrikanern aber ist echt. „Einsperren müsste man sie alle oder erschießen“, sagt Chesi. „Und die linken Idioten, die sich so für sie einsetzen, gleich mit.“ Er erledige seit Jahren Gelegenheitsjobs, die immer schlechter bezahlt würden, weil die Afrikaner es für noch weniger Geld machten. „Sollen sie die Sudanesen doch in den Villen in Herzlija einquartieren oder in den Luxuswohnungen am Strand, aber nicht hier.“ Denn hier, im Neve-Schaanan-Viertel, sei man schon vor den Flüchtlingen kaum über die Runden gekommen.

Im Park wird es dunkel, es riecht nach Alkohol und immer noch nach Urin, einige Afrikaner ohne feste Bleibe legen sich auf dem Rasen zur Ruhe. Aus einem Transistorradio schallt fröhliche afrikanische Musik. Chesi macht sich nun auch ein Bier auf. Zögernd wiegt er seinen von oben bis unten tätowierten Körper im Rhythmus der fremden Klänge hin und her.

„Es ist kein gutes Leben, aber immer noch besser als daheim“ Thedrosaus, Eritrea

Graphic

AFP/ MENAHEM KAHANA

Der Druck wächst: Rechte Aktivisten und ein afrikanischer Einwanderer bei einer Demonstration in Tel Aviv

Load-Date: September 12, 2012

End of Document

Italien trauert, Europa streitet; Nach dem Flüchtlingsdrama vor Lampedusa werden immer mehr Opfer geborgen. Die EU sucht neue Lösungen für alte Probleme

Die Welt

Samstag 5. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 7; Ausg. 232

Length: 909 words

Byline: Tobias Bayer

Christoph B. Schiltz

Body

Brüssel/Mailand

Das Entsetzen über das Unglück von Lampedusa in Italien ist gewaltig. Am Freitag gingen die Bergungsarbeiten weiter. 111 Leichen waren bis zum Morgen aus dem Mittelmeer geborgen worden, Hunderte weitere Tote werden befürchtet. Taucher suchen ihre Leichen. Trotz Wind und Regen arbeiteten die Helfer die ganze Nacht unermüdlich weiter. Am Freitagmorgen erreichte eine Fähre mit Särgen für die Opfer die Insel Lampedusa. Die Toten wurden in Plastiksäcke gewickelt und in einer Halle aufgebahrt. „Es ist ein Horror“, sagte Bürgermeisterin Guisi Nicolini. „Sie hören nicht auf, weitere Leichen zu bringen.“

Nur 155 der etwa 500 Menschen an Bord des Schiffes konnten am Donnerstag gerettet werden. Ein Großteil der **Flüchtlinge** stammt aus Eritrea, das zu den ärmsten Ländern der Welt gehört. Das vollbesetzte Boot hatte vor der kleinen Insel Isola dei Conigli bei Lampedusa Feuer gefangen und war gekentert. Zuvor hatten **Flüchtlinge** an Bord eine Decke angezündet, um Fischerboote auf sich aufmerksam zu machen, weil das Schiff nicht weit von der Küste entfernt einen Defekt hatte. Für Freitag hatte Italien einen Tag der Staatstrauer ausgerufen. Vielerorts sollte es Schweigeminuten geben. Auf Lampedusa blieben die Geschäfte geschlossen.

Die Trauer mischt sich mit Zorn. Das Land fühlt sich von der Europäischen Union (EU) alleingelassen. Der Appell kommt von höchster Stelle. Italiens Staatspräsident Giorgio Napolitano fordert Brüssel zum Handeln auf: „Es ist absolut notwendig, dass die internationale Gemeinschaft entscheidet und eingreift. Das gilt vor allem für die EU“, teilt Napolitano in einer Stellungnahme mit. Aus den italienischen Medien spricht Empörung. „Der Bürgermeister von Lampedusa hat sich an Ministerpräsident Enrico Letta gewandt und gesagt: ‚Kommen Sie zu uns, um die Toten zu zählen‘“, schreibt Gian Antonio Stella in einem Kommentar auf der ersten Seite der Tageszeitung „Corriere della

Italien trauert, Europa streitet Nach dem Flüchtlingsdrama vor Lampedusa werden immer mehr Opfer geborgen. Die EU sucht neue Lösungen für alte Probleme

Sera". „Dieser Aufschrei sollte auch nach Brüssel gerichtet werden: ‚Kommt, um die Toten zu zählen. Sie sind auch die euren.‘" Italien ist wegen seiner geografischen Lage eines der Länder, die am heftigsten von den Flüchtlingsströmen aus Afrika betroffen sind. Nach inoffiziellen Angaben kamen im Zeitraum 1988 bis 2013 vor den Küsten Italiens rund 19.000 Flüchtlinge ums Leben.

Die Innenminister der EU wollen sich bei ihrem Treffen am Dienstag in Luxemburg auf Antrag Italiens mit der Schiffstragödie vor Lampedusa befassen. Viel mehr war am Freitag in Brüssel nicht zu erfahren. Einige EU-Kommissare drückten ihr Bedauern aus, politische Konsequenzen verlangte von offizieller Stelle in Brüssel niemand. „Das ist schrecklich, aber es passiert halt immer wieder", hieß es in EU-Diplomatenkreisen. Konkrete Beschlüsse sind vom Treffen der Innenminister nicht zu erwarten. Vielmehr dürften die alten Diskussionen wieder aufbrechen. Einen Vorgeschmack darauf lieferte der Sprecher von EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström bereits: „Kann man mehr tun? Ja, aber das ist Sache der Mitgliedstaaten."

Gegenseitige Schuldzuweisungen, unterschiedliche Interessen und Konflikte über den richtigen Weg - das zeichnet die Einwanderungspolitik der Europäer seit Jahren aus. Und nach jedem Unglück schwappen die tiefen internen Konflikte wieder an die Oberfläche. Malmström verlangte in der Vergangenheit wiederholt, den Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt für Angehörige aus Staaten außerhalb der EU deutlich zu verbessern und Visaerleichterungen zu beschließen. Dies sollten vor allem sogenannte Mobilitätspartnerschaften garantieren, die bisher aber nur mit sehr wenigen Ländern existieren.

Zudem verlangte Malmström eine intensivere „Umsiedlungspolitik": Menschen, die von den Vereinten Nationen als Flüchtlinge anerkannt sind, sollen auf EU-Länder verteilt werden. So will Deutschland beispielsweise 5000 Syrer zusätzlich aufnehmen. Die meisten Mitgliedsländer wollen der EU-Kommission mit Blick auf mehr Öffnung der Außengrenzen nicht folgen. Sie fürchten unkontrollierbare Zuwanderung. Ein weiterer Streitpunkt ist auch, dass fünf EU-Staaten, darunter Italien und Malta, mit 70 Prozent der Asylsuchenden zu kämpfen haben. Der Grund für den Streit ist, dass das Land, in dem ein Flüchtling die EU erreicht, für das Asylverfahren und die Unterbringung verantwortlich ist. Dies sind in der Regel die Länder an der Mittelmeerküste. Seit Jahren fordern Länder wie Malta eine „faire Lastenverteilung" - bisher ohne großen Erfolg.

Die EU hofft nun, durch die Einführung eines neuen „Europäischen Grenzkontrollsystems" (Eurosir) im Dezember die Außengrenzen durch Satelliten besser überwachen zu können. Außerdem soll das neue System zu einem besseren Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden der betroffenen Länder führen. Die Hoffnung ist, dass man dadurch auch Flüchtlingsboote schneller aufspürt. Hohe EU-Diplomaten sagten jedoch, „dieses Unglück wäre auch mit Eurosir passiert".

Der CSU-Innenexperte im Europaparlament, Manfred Weber, sagte, man solle mit „menschlicher Zuwendung" auf das Unglück reagieren. „Wir werden die Probleme in Afrika nicht lösen, indem wir alle europäischen Türen öffnen", erklärte Weber. Dagegen sagte die EU-Kommissarin für Humanitäre Hilfe, Kristalina Georgieva, der „Welt": „Wir Europäer müssen nicht nur die Herzen und die Geldbeutel offen halten, sondern auch unsere Grenzen. Die EU basiert auf Solidarität. Das bedeutet, dass wir Menschen willkommen heißen müssen, wenn sie unsere Hilfe brauchen."

Graphic

AFP/HO

Tragische Szenen vor Lampedusa: Die Küstenwache veröffentlicht Videos der Rettungsversuche

HO

Italien trauert, Europa streitet Nach dem Flüchtlingsdrama vor Lampedusa werden immer mehr Opfer geborgen. Die EU sucht neue Lösungen für alte Probleme

Load-Date: October 5, 2013

End of Document

Weggefrostet; Wie Hans-Christian Ströbele und die Berliner Grünen am radikalen Kern afrikanischer Flüchtlinge scheitern - ein Wochenende auf dem besetzten Oranienplatz in Kreuzberg

Die Welt

Dienstag 3. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 282

Length: 1731 words

Byline: Wolfgang Büscher

Body

Wer Berlin kennt, der weiß, die Zeit der härtesten Prüfung beginnt im November, um Totensonntag herum. Dann wird der Himmel über Berlin, der im Sommer so seidig blau sein kann, grau gestrichen, mit dem ganz breiten Quast. Dann ist der Regen eine eiskalte Peitsche, und Berlins Straßen werden zu Fluchttunneln aus der sogenannten Realität.

An so einem Tag schiebt Hans-Christian Ströbele sein Fahrrad über den Kreuzberger Oranienplatz auf das offene Feuer zu, das dort seit Wochen jeden Abend brennt. Ein Dutzend Afrikaner stehen um die knisternde Glut aus Holzpaletten und Sperrmüll herum. Es ist früh Nacht geworden, der Regen wird stärker. Ströbele ist alt geworden. Einer der Afrikaner hält einen Schirm über ihn. Neulich in Moskau, als er mit seinem Überraschungsbesuch bei Edward Snowden, dem NSA-Enthüller, den vielleicht größten Coup seines politischen Lebens landete, da wirkte Ströbele geradezu strahlend, verjüngt. Am Feuer jetzt schaut er müde aus. Ein resigniertes Lächeln huscht über sein Gesicht, das einzige weiße unter lauter schwarzen.

Eine hochgewachsene Aktivistin redet in entschlossen agitatorischem Ton auf Ströbele ein. In einem Englisch mit einem starken afrikanischen Akzent trägt sie ihm die Forderungen der Bewegung vor. „The movement“, sagt sie. Keine Abschiebungen. Völlige Bewegungsfreiheit für Asylbewerber. Keine Residenzpflicht in einem bestimmten Bundesland. Keine „Lager“ - gemeint sind Sammelunterkünfte für Asylsuchende. Um für diese Ziele zu kämpfen, sagt die Afrikanerin, habe die Bewegung den Platz besetzt. Und sie werde nicht weichen, sondern kämpfen bis zuletzt.

Die Bewegung, das sind momentan die zehn, zwölf Schwarzen, die um das Feuer herumstehen. Rund 80 Lampedusa-Flüchtlinge haben das Angebot, die Schlafzelte auf dem Oranienplatz zu verlassen und in ein Haus im Stadtteil Wedding zu ziehen, angenommen, sie sind fort. Wer jetzt noch hier ist, gehört zum harten Kern des „movement“.

Weggefrostet Wie Hans-Christian Ströbele und die Berliner Grünen am radikalen Kern afrikanischer Flüchtlinge scheitern - ein Wochenende auf dem besetzten Oranien....

In einem Englisch mit stark deutschem Akzent antwortet nun Hans-Christian Ströbele der Afrikanerin. Die Zelte, sagt er, stünden nur darum noch hier auf dem Oranienplatz, weil die Bürgermeisterin von Kreuzberg, Monika Herrmann, eine Grüne wie er, sie schütze. Der Berliner Senat werde aber den Platz über kurz oder lang polizeilich räumen lassen. „We must have a solution!“, beschwört er das harte Dutzend. „Eine Lösung“, das ist Ströbeles Wort. Er träufelt es immer wieder in seine Rede, hoffend, dass die Medizin wirkt.

Sie wirkt aber nicht. Der Oranienplatz sei jetzt ihr Ort, antwortet das Dutzend am Feuer, nie und nimmer gebe man den her. Dieser Kreuzberger Platz sei jetzt das Zentrum des Kampfes der internationalen Flüchtlingsbewegung. Auf Ströbeles Gesicht erscheint wieder dieses resignierte Lächeln. Er ist im strömenden Regen hierhergeradelt, so, wie er immer geradelt kommt, wenn es in Kreuzberg irgendwo brennt, seit Jahrzehnten taucht sein Schopf dann zuverlässig in der Menge auf. Heute Abend versucht er, diesen Leuten am Feuer klarzumachen, dass sie Kompromisse eingehen, dass sie Lösungen, die ihnen angeboten werden, wenigstens in Erwägung ziehen müssen. Als Antwort hört er nur martialische Beteuerungen.

Beteuerungen von der Art, man habe daheim in Afrika so viele Bomben und so viel Gewalt gesehen, einen deutschen Polizeieinsatz fürchte man nicht, man habe nichts zu verlieren, man werde kämpfen bis zum Ende und so weiter. „Wo wir herkommen“, sagt einer, „da kommt nicht die Polizei, da kommt die Armee und schießt uns zusammen.“ Man gewinnt den Eindruck, die Machtmittel des deutschen Staates beeindruckten das Dutzend nicht gerade.

Ströbele sagt nichts mehr. Nur ein leises „Dann eben nicht“ zu sich selbst. Kopfschüttelnd wendet er sein Fahrrad, steigt auf und fährt durch den eiskalten Berliner Regen davon.

Er solle die Bewegung ins Parlament einladen, haben sie ihm noch zugerufen. Das könne er versuchen, hat er ihnen geantwortet, aber nicht versprechen. Er könne nicht über andere Fraktionen bestimmen. Die CDU sei rassistisch, hat da einer gerufen, das seien doch Konservative, und Konservative seien rassistisch. Dann ist es sehr schnell sehr fundamental geworden. 600 Jahre Kolonialismus et cetera. Das war am Freitagabend.

Am Samstag Nieselregen, auf dem Oranienplatz alles wie zuvor. Das gute Dutzend notdürftiger Schlafzelte, ein Bauwagen, Holzverschlüge, augenscheinlich leer. Im Zelt der Bewegung eine Handvoll Aktivisten, eng beieinandersitzend. Selten schaut ein Passant herein. Auch das Leben um den Oranienplatz geht weiter wie zuvor. Kreuzberg verändert sich. Es lässt sich nicht mehr auf die schlichte Formel bringen: Türken plus deutsche Freaks. Kreuzberg kommt in Berlin an, im neuen Berlin dieser Jahre - ein bisschen jedenfalls.

Am Zelt der Bewegung schieben junge Akademikerfamilien ihre Kinderwagen vorbei, gut gekleidete Ausgehgruppen warten auf den 29er-Bus, arrivierte Türken cruisen in nicht ganz billigen Autos durchs Viertel. Im Traditionslokal „Kleine Markthalle“ sitzt das deutsche Kreuzberg bei Schweinshaxe, Bulette und Molle, ein paar Meter weiter schaut das männlich-türkische Kreuzberg die türkische Fußball-Liga.

Sicher, es gab Vorfälle, auch richtig üble. Neulich, nach dem Abzug der 80 Flüchtlinge in das angebotene Haus, wollte die Polizei die Zelte räumen, hielt sich dann aber angesichts einer rasch organisierten Demonstration zurück. Aber im Sommer hatte ein Türke einen Flüchtling aus dem Sudan mit dem Messer angegriffen, anschließend war Kiez-Rabatz. Kürzlich gab es eine Messerstecherei unter Flüchtlingen in einer besetzten Kreuzberger Schule. Und letztens wurden hier Polizisten mit Flaschen angegriffen und viele verletzt. Alle paar Tage ist was, und wenn nicht alle paar Tage, dann alle paar Wochen.

Der Oranienplatz hat viel gesehen in seinem langen Leben. Er ist gut darin, nach solchen Erhitzungen rasch wieder auf seine gewohnte Betriebstemperatur herunterzukühlen. Die Freunde der Molle und die der türkischen Liga so gut wie die Studenten und Was-mit-Kultur-Projektanten vor ihren Laptops in all den Bars und Cafés.

Es ist Zeit, das Gespräch mit den Aktivisten zu suchen. Also: Was wollt ihr, ein Haus oder den Platz? Ein junger Mann antwortet. Auf die Frage, woher er komme, sagt er: „Somalia.“

Weggefrostet Wie Hans-Christian Ströbele und die Berliner Grünen am radikalen Kern afrikanischer Flüchtlinge scheitern - ein Wochenende auf dem besetzten Oranie....

In fließendem Englisch wiederholt er im Kern das, was gestern Abend am Feuer gesagt wurde. Freie Orts- und Arbeitswahl. „Keine Lager.“ Den Einwand, ob denn nicht, wer in ein anderes Land gehe, dessen Regeln beachten müsse, lässt er nicht gelten. Wenn er losagitiert, ist das Gespräch schnell zu Ende. Dann geht es wieder um 600 Jahre Kolonialismus, um Rohstoffe und die militärische Präsenz Europas in Afrika. Dann ist die Besetzung des Oranienplatzes die Fortsetzung eines langen antiimperialistischen Kampfes.

Wird der junge Mann aber kurz mal konkret, kommen echte Probleme zur Sprache. Natürlich ist am deutschen Umgang mit Flüchtlingen und Zuwanderung vieles schlecht. Ein unglückseliges Gemisch aus Tabuisierung von Problemen mit manchen Formen der Einwanderung, unerträglich verschleppten Entscheidungen und Bürokratie, das inhumane Folgen zeitigt.

„Manche hier“, sagt der Somalier, „sind junge Ärzte oder Ingenieure, die wollen nicht monate- oder jahrelang stumpfsinnig in Asylheimen hocken, die wollen arbeiten. Warum lässt man uns nicht?“ Es sind Menschen im Zenit ihres Lebens und ihrer Kraft. Es ist widernatürlich, sie in übermäßig lange Asylverfahren zu zwingen, in zermürbende Jahre des Nichtstuns auf engem Raum. Welcher junge Mensch hält das aus? „Manche“, sagt ein anderer und macht eine wirre Geste zum Kopf, „manche werden darüber verrückt.“

Aber jetzt wird es Winter. Und man kann nicht einen Berliner Winter in improvisierten Sommerzelten auf dem Oranienplatz überleben. Also bitte: Würde euch ein Haus angeboten wie den 80 Flüchtlingen aus Lampedusa, würdet ihr das Angebot annehmen so wie sie?

Die Erwähnung der Lampedusa-Leute löst zornige Reaktionen aus. Man wirft diesen 80 Flüchtlingen vor, sich heimlich mit Kreuzbergs grüner Bürgermeisterin Monika Herrmann geeinigt zu haben, ohne sich mit „der Bewegung“ abzusprechen, also mit ihnen, dem Dutzend auf dem Platz. Monika Herrmann wolle die Bewegung spalten.

Das mag so sein oder auch nicht - aber was ist mit euch hier: Platz oder Haus? Die Antwort lautet: „Hier auf diesem Platz wollen wir für unsere politischen Ziele kämpfen. Die Regierung bekämpft uns, sie schickt Soldaten nach Afrika. Nur die Gesellschaft hilft uns, auf sie setzen wir, auf die Leute hier im Viertel. Darum bleiben wir hier.“ Alles klar, alles wie gestern Abend. An diesem Punkt stieg Hans-Christian Ströbele auf sein Fahrrad und fuhr davon.

Am Sonntag das gleiche Bild. Ein paar Mannschaftswagen der Polizei, um den Platz verteilt wie all die Tage, ab und zu bewegen sie sich, hin und wieder hält einer direkt vor dem Zelt der Aktivisten, ein deutscher Unterstützer pöbelt was von „Scheiß-Nazis“ und „Scheiß-Bullen“, das Übliche halt.

Derweil twittert die Kreuzberger Bürgermeisterin munter den ganzen Sonntag über, von früh bis spät. Und wenn man das Gezwitscher richtig versteht, versucht Monika Herrmann, ihrer Kreuzberger Szene in etwa das zu sagen, was ihr Parteifreund Hans-Christian Ströbele dem Dutzend am Feuer zu sagen versuchte. „Eine Lösung“, diese Botschaft funkt auch sie. Andere twittern anonym zurück und drohen mit „Unruhen“ bei einer Räumung des Platzes. Kreuzberg werde das Flüchtlingscamp „nicht kampflös“ aufgeben. Die Bürgermeisterin antwortet: „Vielleicht gibt es doch mehr als KAMPF?“

Gibt es. Am Montag berichtet die „BZ“, es werde vor Weihnachten nun doch keine Räumung des Oranienplatzes geben. Innensenator Frank Henkel hatte dem Bezirk Kreuzberg-Friedrichshain ein Ultimatum gestellt: Beende der Bezirk den illegalen Zustand auf dem Platz nicht bis zum 16. Dezember, werde der Senat eingreifen und räumen lassen. Dazu ist aber ein Senatsbeschluss nötig, und der wird offenbar vor Weihnachten nicht mehr gefasst. Pax et bonum in Berlin - ein bisschen Weihnachtsfrieden für Kreuzberg?

Wer Berlin kennt, der weiß, so richtig übel wird es erst nach Weihnachten. Dann kommt die sibirische Peitsche über die Stadt in der märkischen Prärie. Dann wird Väterchen Frost der Berliner Politik die Drecksarbeit abnehmen und sie aus der Verlegenheit befreien klarzumachen, was rechtens ist und was gar nicht geht auf einem Berliner Platz.

Pax et bonum in Berlin - das ist die leise Hoffnung, das Problem werde einfach weggefrostet.

Weggefrostet Wie Hans-Christian Ströbele und die Berliner Grünen am radikalen Kern afrikanischer Flüchtlinge scheitern - ein Wochenende auf dem besetzten Oranie....

Graphic

dpa

Ein Mann diskutiert mit Polizisten. Nachdem die meisten Flüchtlinge vom Platz in eine Notunterkunft gezogen sind, stehen die Schlafzelte so gut wie leer

dpa/Bernd von Jutrczenka

Seit über einem Jahr leben protestierende Flüchtlinge auf dem Oranienplatz in Kreuzberg. 80 von ihnen zogen nun in ein angebotenes Haus - ein harter Kern harrt aus

dpa

Vorige Woche stürmten Asylbewerber die Bezirksverordnetenversammlung - am Pult die grüne Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann

dpa

Campieren im Herzen des Stadtteils: Die polizeiliche Räumung des Platzes noch vor Weihnachten ist offenbar aufgeschoben

Paul Zinken

Bernd von Jutrczenka

Bernd von Jutrczenka

Britta Pedersen

Load-Date: December 3, 2013

Papst zu Lampedusa: „Ein Tag des Weinens“; Franziskus warnt vor gleichgültiger Gesellschaft. In der EU wächst nach dem Flüchtlingsdrama die Kritik an der Einwanderungspolitik

Die Welt

Samstag 5. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; S. 1; Ausg. 232

Length: 552 words

Byline: Dietrich Alexander

Karsten Kammholz

Body

Die **Flüchtlingskatastrophe** vor Lampedusa lässt Rufe nach einer neuen **Flüchtlingspolitik** laut werden. Die Partei des italienischen Ministerpräsidenten Enrico Letta verlangte die Einrichtung sicherer Korridore für **Flüchtlingsboote**, um Leben zu retten. Staatspräsident Giorgio Napolitano forderte die EU und die internationale Gemeinschaft auf, seinem Land bei der Bewältigung des Zustroms zu helfen. Er rief zu einer Überarbeitung des Einwanderungsgesetzes auf. Italien müsse rasch überprüfen, „welche Regeln die Aufnahme behindern, die unseres Landes würdig ist und den Grundprinzipien von Menschlichkeit und Solidarität entspricht“. Die Regierung in Rom hatte für Freitag einen Tag der Staatstrauer angeordnet.

Am Donnerstag war vor der italienischen Mittelmeerinsel ein Flüchtlingsschiff mit rund 500 Passagieren in Brand geraten und gekentert. Der italienische Innenminister Angelino Alfano korrigierte die Zahl der bislang geborgenen Toten auf 111. Im Rumpf des Schiffes sollen Dutzende weitere Leichen liegen. 250 Menschen werden noch vermisst, 155 Flüchtlinge überlebten das Unglück.

Die meisten Menschen an Bord des stammten aus Eritrea. Das Schiff hatte vor 13 Tagen Libyen verlassen. Im ersten Halbjahr 2013 seien rund 8400 Bootsflüchtlinge über das Mittelmeer nach Italien und Malta gekommen, bilanzierte das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR). Im Jahr 2012 erreichten 15.000 Menschen Italien und Malta per Boot.

Papst Franziskus warnte bei einem Besuch im Geburtsort des heiligen Franz von Assisi vor Gleichgültigkeit gegenüber der Not anderer Menschen. Für Unglücke wie die Flüchtlingskatastrophe sei ein „Geist der Weltlichkeit“ verantwortlich, der in seinem Stolz und Interesse an Geld jede Form der christlichen Spiritualität töte, sagte er in dem mittellitalienischen Pilgerort: „Heute ist ein Tag des Weinens.“ Die Gläubigen müssten dem Beispiel von Jesus

Papst zu Lampedusa: „Ein Tag des Weinens" Franziskus warnt vor gleichgültiger Gesellschaft. In der EU wächst nach dem Flüchtlingsdrama die Kritik an der Einwand....

Christus folgen, der auf alles verzichtet habe und zum Diener geworden sei: „Christen können nicht im Geist der Welt leben, denn dieser führt zu Rücksichtslosigkeit und Stolz."

Bundespräsident Joachim Gauck sprach sich für den besonderen Schutz von Zuflucht suchenden Menschen aus. „Leben zu schützen und Flüchtlingen Gehör zu gewähren sind wesentliche Grundlagen unserer Rechts- und Werteordnung". Wegzuschauen und sie hineinsegeln zu lassen in einen vorhersehbaren Tod missachte die europäischen Werte. Die Grünen sprachen sich dafür aus, die rechtliche Situation der Flüchtlinge zu verbessern. Die SPD und die Linken kritisierten eine rigide „Abschottungspolitik" der EU. Der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesinnenministeriums, Ole Schröder (CDU), sagte der „Welt": „Wir müssen den unverantwortlichen Schleusern, die die Nöte der Menschen auf so grausame Weise ausnutzen, endlich das Handwerk legen."

Auch das UNHCR verlangte ein härteres Vorgehen gegen Schlepperbanden. „Es ist etwas Grundlegendes verkehrt in der Welt, wenn Menschen auf der Suche nach Schutz diese gefährlichen Reisen auf sich nehmen müssen", sagte der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, António Guterres. Der Geschäftsführer der Hilfsorganisation Pro Asyl, Günter Burkhardt, sekundierte: „Die Grenzen zu Europa werden immer weiter abgeriegelt." Er forderte einen gemeinsamen europäischen Rettungsdienst für das Mittelmeer.

Siehe Kommentar, Seiten 6 und 7

Load-Date: October 5, 2013

Bundesliga wirbt für Integration

Die Welt

Donnerstag 13. September 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: SPORT; S. 20; Ausg. 215

Length: 201 words

Body

Die Vereine der Bundesliga verzichten am kommenden Spieltag auf ihre übliche Trikotwerbung und werben stattdessen mit dem Slogan „Geh Deinen Weg“ für eine Integrationsinitiative der Bundesregierung. Ziel dieser Aktion ist es, alle Menschen unterschiedlicher Herkunft zu motivieren, ihre Chancen in Deutschland zu nutzen. Die Bundesligavereine wollen gemeinsam mit ihren Sponsoren ein deutliches Zeichen für Integration und Vielfalt in Deutschland setzen. Bundeskanzlerin Angela Merkel ist Schirmherrin der Aktion, die sie am Donnerstag auf einer Pressekonferenz in Berlin vorstellen wird. „Mit einem ideellen Förderprogramm werden junge talentierte Menschen mit Migrationshintergrund in ihren Integrationsbemühungen unterstützt“, heißt es auf der Homepage der Initiative. Die Bundesliga-Stiftung gehört ebenfalls zu den Partnern wie die Telekom AG und Deutschland-Stiftung Integration. Letztmals hatten die Bundesligaklubs 1992 mit einheitlichen Trikot-Aufschriften gespielt. Damals setzten sie mit dem Slogan „Mein Freund ist Ausländer“ ein Zeichen gegen die ausländerfeindlichen Krawalle in Rostock. Dabei waren Wohnheime in Brand gesteckt worden. Die Bilder davon hatten weltweit für Entsetzen gesorgt.

Load-Date: January 12, 2013

Globale Heimatlosigkeit; Mit Olga Grjasnowa bekommt die deutsche Migrantenliteratur ein überraschend angriffslustiges neues Gesicht

Die Welt

Samstag 31. März 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: LITERARISCHE-WELT; S. 4; Ausg. 78

Length: 1198 words

Byline: Tilman Krause

Body

Von wegen Heimat. Von wegen nationale Identität. Dergleichen haben Mascha und ihre Freunde abgeschrieben. Mascha, 1996 aus dem in Not und Elend des Bürgerkriegs versinkenden Baku als russisch-jüdischer ?Kontingent?-**Flüchtling** nach Deutschland gekommen, gibt in diesem Roman als Ich-Erzählerin ihre erschütternde Geschichte zum Besten und stellt ein- für allemal klar: ?Der Begriff Heimat implizierte für mich stets das Pogrom.? Und mit der nationalen Identität verbindet sie, in Erinnerung an die frühen Neunzigerjahre, folgende leidvolle Erfahrung: ?Die Menschen wurden zu Aserbajdschanern, Armeniern, Georgiern und Russen. Menschen, die sich ein Leben lang gekannt hatten, vergaßen alles über den anderen. Nur die vermeintliche Nationalität blieb.?

Und Maschas Freunden geht es im Grunde auch nicht anders. Da wäre zum Beispiel Sami, ihre erste Liebe in Deutschland. Sami ist in Beirut geboren, wächst mit Französisch als Muttersprache in Paris auf, lebt aber auch lange in den USA und promoviert nun über den deutschen Idealismus. Oder nehmen wir Cem, der als Kind türkischer Einwanderer in Frankfurt am Main zur Welt kommt, perfekt Deutsch spricht, längst die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt und nur seines Aussehens wegen immer wieder zum Türken gestempelt wird. Sie und alle anderen hier, diese Twentysomethings der ?Generation Praktikum? in ihren ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen, sie liegen quer zu sämtlichen Vorstellungen von Stabilität, klar umrissenem Herkunft und guten Aussichten für die Zukunft.

An Leistungsbereitschaft fehlt es ihnen dabei keineswegs. Mascha etwa spricht fünf Sprachen fließend (?und ein paar andere wie die Ballermann- Touristen Deutsch?, wie sie mit spitzem Understatement hinzufügt). Doch was kann dabei herauskommen, wenn eine Mittzwanzigerin Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Polnisch ?beherrscht? und sich jetzt auch noch auf Arabisch wirft? Ohne tiefes Eintauchen in die dazugehörigen Kulturen bleibt sie damit genauso am Rand und an der Oberfläche wie die übrigen Existenzen hier, die als Kohorte der ?universal refugees? an jedem Ort der globalisierten Welt zwar ohne Schwierigkeiten ihresgleichen finden mögen, aber gerade dadurch, dass sie als Gruppe immer unter sich bleiben, den Anschluss an die jeweilige Mehrheitsgesellschaft niemals finden werden.

Globale Heimatlosigkeit Mit Olga Grjasnowa bekommt die deutsche Migrantenliteratur ein überraschend angriffslustiges neues Gesicht

Und sie wissen es. Olga Grjasnowa zumindest weiß es. Die 1984 geborene Russin, die mit Mascha ihr alter ego geschaffen hat, könnte desillusionierter, skeptischer nicht sein. Sie verkörpert mit diesem bemerkenswerten literarischen Debüt eine vollkommen neue Etappe jener 'Migrantenliteratur', die seit den Achtzigerjahren die deutsche Gegenwartsliteratur bereichert. War diese Literatur früher vor allem ethnologisch interessant, weil ihre Autoren den Schatz ihrer anderen Erfahrungen in oft exotische Geschichten gossen und damit auch die deutschen Befindlichkeiten auf anregende Weise brachen, so zeichnet sich mit Olga Grjasnowa ein Typus ab, dem alles Pittoreske oder gar gefällig Folkloristische gründlich ausgetrieben ist. Werden dann doch einmal 'Klänge der Heimat' heraufbeschworen, so sind es gellende Misstöne, die vom Separatismus sowie den seelischen Blockierungen des auseinanderbrechenden Sowjetreiches künden. Und zur literarischen Strategie der Autorin gehört, dass sie auch ihre Leser zwingt, das Kakophone zu ertragen.

Denn Olga Grjasnowas Mascha gibt sich betont ruppig, aggressiv und unversöhnt. Sie tut sich selbst und ihrer Umgebung nicht den Gefallen, die 'guten Seiten' der globalisierten, offenen Gesellschaft zu erblicken. Sie hält vielmehr am Verhängnisvollen der Desintegration fest, welche die Kehrseite jener Mobilität bildet, die für diejenigen, die sie nur in Ansätzen kennen, so oft als Verheißung daherkommt. Doch wer, wie Mascha, in Frankfurt am Main genauso umstandslos leben und arbeiten kann wie in Berlin, Tel Aviv oder Ramallah, ist eben nirgendwo zu Hause und dadurch in einer Weise auf sich selbst zurückgeworfen, die offenbar zwangsläufig zu Desorientierung und Autodestruktion führt. So sehen wir denn auch Mascha in der letzten Szene dieses Buches 'mitten in einem Feld' in Palästina stehen. 'Sami, ich verliere Blut?', kann sie gerade noch in ihr Handy hauchen, was soviel heißen soll wie 'Hol mich hier raus?'. Doch ob es dazu kommt, bleibt offen.

Zu diesem Zeitpunkt hat Mascha ihren Job als Übersetzerin bei einer linken deutschen Organisation, die Israel beobachtet 'und einige friedliebende NGOs unterstützt?', bereits gekündigt und sich für irgendeine weitere Qualifizierungsmaßnahme in Deutschland beworben, die sie wahrscheinlich auch nicht voranbringen wird. Vor allem aber hat sie sich enttäuscht von der kapriziösen israelischen Feministin Tal abgewandt, mit der sie ihren Schmerz über den Tod ihres deutschen Geliebten Elias zu vergessen suchte. Der war nach einer Sepsis gestorben, offenbar seinerseits ein Opfer der allgemeinen Unübersichtlichkeit und Gleichgültigkeit, wie sie jetzt in vielen deutschen Krankenhäusern herrschen. Elias, der einzige Abstammungsdeutsche hier, kam ebenfalls vom Rand, war Sohn einer tief im Prekariat versunkenen DDR-Familie, die schon vor der Wende an den Suff geraten war.

Über den Tod ihres geliebten Elias kommt Mascha einfach nicht hinweg. Auch die reichlich beliebigen Kurzzeit-Partner und 'Partnerinnen, denen sie sich ausliefert, bringen keine Linderung des Kammers. Im Gegenteil: Der rührt nur die Schrecken ihrer Kindheit in Baku wieder auf und bringt Mascha endgültig zum Bewusstsein, dass sie sich mit ihren Angehörigen in einer Art Kreislauf der Verfolgung befindet 'oder um es mit ihrer russischen Großmutter zu sagen, die als einziges Mitglied der Familie in ihrer Generation die Shoah überlebt hat und in den Neunzigerjahren mit ansehen muss, wie russische Soldaten brutal in ihre Wohnung eindringen und sie beschuldigen, Armenier zu verstecken: 'Alles wiederholt sich.'?

Das Erstaunliche an diesem Buch ist, angesichts seiner bestürzenden Gemengelage, die vollständige Abwesenheit von Larmoyanz. Olga Grjasnowa besitzt den Mut, eine Heldin vor uns hinzustellen, die in einer Gesellschaft, die inzwischen vor allem Gefügigkeit und Stromlinienförmigkeit prämiert, mit einer geradezu herausfordernden Eigensinnigkeit daherkommt. Diplomatische Rücksichten kennt sie nicht, die alteuropäische Kultur der Empfindsamkeit scheint ihr fremd. Trotz, Durchsetzungsvermögen und permanente Lernbereitschaft bilden ihre Waffen. Als rote Zora, die sich nur in ganz seltenen Momenten Spielereien einer Pippi Langstrumpf leistet, stürmt sie durch die globalisierte Welt. Ein so ungeschminktes Bild derselben hat man selten so temperamentvoll hingepfeffert bekommen wie in diesem Buch. Dass die Autorin weiß, wovon sie spricht, merkt man auch an den vielen Nebenfiguren mit ihren ebenfalls aus jedem Rahmen fallenden Biografien. Mit diesem Buch gibt eine Erzählerin ihr Entréebillet für die deutsche Literatur ab, von der man sich noch viel erhoffen kann. Wenn sie nicht, was ebenfalls vorstellbar erscheint, ihr nächstes Buch auf Französisch, Italienisch, Polnisch, Russisch oder Arabisch schreibt.

Olga Grjasnowa: Der Russe ist einer, der Birken liebt. Hanser, München. 284 S., 18,90 Euro.

Globale Heimatlosigkeit Mit Olga Grjasnowa bekommt die deutsche Migrantenliteratur ein überraschend angriffslustiges neues Gesicht

Graphic

Dpa/picture-alliance

Sie ist bereits viel herumgekommen, die 1984 in Baku geborene Olga Grjasnowa. Sie lebte in Russland, Polen, in Israel und wohnt nun in Berlin

Load-Date: March 31, 2012

End of Document

Der Spion, der in die Kälte will; Edward Snowden hat sich entschieden: Bis auf Weiteres bleibt der Asylsuchende in Russland

Die Welt

Samstag 13. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 161

Length: 1119 words

Byline: Julia Smirnova

Body

Moskau

Edward Snowden ist doch kein Phantom des Moskauer Flughafens Scheremetjewo. Fast drei Wochen sitzt er dort nun schon im Transitbereich fest: Die russische Grenze darf der Ex-US-Geheimdienstmitarbeiter nicht überqueren, weil sein Reisepass von den USA annulliert wurde. Nun zeigte er sich zum ersten Mal seit dem Beginn seines Aufenthaltes in Moskau der Öffentlichkeit: Am Freitagnachmittag hat sich Snowden im Terminal F mit einer Gruppe von Menschenrechtlern, russischen Anwälten und Politikern getroffen. Zu der Begegnung kam er aus einem Hotelzimmer im Transitbereich und wurde laut der staatlichen russischen Agentur Itar-Tass von Sicherheitsleuten begleitet. Wie nach dem Treffen bekannt wurde, hat Snowden vorübergehendes **Asyl** in Russland beantragt.

Auf einem Foto, das einer der Teilnehmer gemacht hat, sitzt Snowden im grauen Anzug am Tisch, an seiner Seite die Wikileaks-Juristin Sarah Harrison und eine Dolmetscherin. Nach dem Treffen, das 45 Minuten dauerte, veröffentlichte Wikileaks seine Rede im Wortlaut. „Hallo. Ich heiße Ed Snowden. Vor etwa einem Monat hatte ich eine Familie, ein Haus im Paradies und lebte in großem Komfort“, sagte der Ex-US-Geheimdienstler demnach zu Beginn des Treffens. „Ich hatte auch die Möglichkeit, ohne jede Berechtigung Ihre Kommunikation zu suchen, zu erfassen und zu lesen. Die Kommunikation von jedem und zu jeder Zeit. Das ist die Macht, Menschenschicksale zu ändern.“ Er bezeichnete das Abhörprogramm der USA als Verstoß gegen die Gesetze und die Verfassung. Entscheidungen von geheimen Gerichten, die das Abhören billigen, könnten „das Unmoralische nicht moralisch machen“.

Snowden äußerte sich über die Motive, die ihn dazu bewegt hätten, Staatsgeheimnisse aufzudecken: „Ich wollte mich nicht bereichern. Ich wollte die US-Geheimnisse nicht verkaufen. Ich arbeite mit keiner ausländischen Regierung zusammen, um meine Sicherheit zu garantieren.“ Stattdessen wolle er, dass seine Enthüllungen diskutiert werden.

Der Spion, der in die Kälte will Edward Snowden hat sich entschieden: Bis auf Weiteres bleibt der Asylsuchende in Russland

Er bedankte sich bei den Ländern, die ihm Asyl angeboten haben: Russland, Venezuela, Bolivien, Nicaragua und Ecuador. Er nehme alle diese Angebote an. Allerdings sei es ihm derzeit nicht möglich, nach Lateinamerika zu reisen. Mehrere Regierungen in Westeuropa und Nordamerika könnten das verhindern. Darum habe er die anwesenden Menschenrechtler gebeten, ihm zu helfen und nach Garantien für seine sichere Reise nach Lateinamerika zu fragen.

In Russland, wo er nun vorläufig bleiben möchte, hatte Snowden bereits vor knapp zwei Wochen Asyl beantragt. Präsident Wladimir Putin hatte aber dazu gesagt: „Wenn er hier bleiben möchte, gibt es eine Bedingung: Er muss seine Aktivitäten einstellen, die darauf abzielen, unseren amerikanischen Partnern Schaden zuzufügen - egal, wie seltsam das aus meinem Mund klingen mag.“ Einen Tag später erklärte Putins Pressesprecher Dmitri Peskow, Snowden habe seinen Asylantrag zurückgezogen. Eine Auslieferung in die USA hat Russland allerdings abgelehnt.

Während das Treffen in Scheremetjewo am Freitag lief, erklärte Peskow, die Bedingung von Putin gelte weiterhin. Snowden solle bestätigen, dass er Asyl in Russland beantragt habe und den USA nicht mehr schaden werde. Snowden sieht darin offensichtlich keinen Hinderungsgrund mehr. Nach Auskunft des russischen Menschenrechtsbeauftragten Wladimir Lukin hat Snowden betont, er halte sich für einen amerikanischen Patrioten. Gefragt nach seinem Befinden, habe er geantwortet, es gehe ihm gut; er schlafe im Flughafen und fühle sich sicher in Russland.

Wladimir Lukin hatte vor dem Treffen dem Radiosender Echo Moskaus gesagt: „Snowden befindet sich in der Situation eines Flüchtlings.“ Für Russland sei Snowden ein eher künstliches Problem. „Zuerst war es ein amerikanisches Problem, dann ein chinesisches, dann ist es aus irgendeinem Grund zum russischen Problem geworden. Ich werde froh sein, wenn es gelöst wird.“ Zwei bekannte russische Anwälte, Genri Resnik und Anatoli Kutscherena, wurden ebenfalls von Snowden eingeladen; vermutlich, weil dieser eine rechtliche Beratung wünschte. „Snowden ist in einem geschlossenen Raum, das ist an der Grenze zum Hausarrest“, sagte Kutscherena. „Ich bin der Meinung, dass man ihm helfen kann.“

Einige der von Snowden ausgewählten Teilnehmer stehen der russischen Regierung sehr nahe. So kam der russische Parlamentsabgeordnete von der Regierungspartei Einiges Russland, Wjatscheslaw Nikonow, nach Scheremetjewo; er ist zurzeit Vorsitzender des Bildungsausschusses. „Die USA haben vielen ehemaligen Agenten aus Russland und der Sowjetunion Asyl angeboten“, sagte Nikonow, der Enkel des früheren sowjetischen Außenministers Wjatscheslaw Molotow, vor dem Treffen. Ebenfalls eingeladen war Olga Kostina, Leiterin der regierungsnahen Menschenrechtsorganisation Soprotiwlenije (Widerstand). Sie gehörte zu den Vertrauenspersonen des russischen Präsidenten Putin während seiner Wahlkampagne. Ihr Mann, Konstantin Kostin, leitete bis 2012 die innenpolitische Abteilung der russischen Präsidialverwaltung. Vor dem Treffen sagte Kostina: „Das ist eine Pattsituation. Seine Heimat ist entschlossen, ihn zu fangen.“ Snowden sei zum Opfer der amerikanischen Propaganda geworden, erklärte sie im russischen Staatsfernsehen.

Der Flughafen Scheremetjewo hatte das Treffen für Snowden organisiert. Der russische Justizminister Alexander Konowalow sagte, die geplante Begegnung verstoße weder gegen heimische noch internationale Gesetze. Putins Sprecher Peskow ergänzte, Snowden habe nicht um ein Treffen mit einem Kreml-Vertreter gebeten.

In der Einladung, die an die Teilnehmer verschickt worden war, hatte Snowden die USA für eine „gesetzwidrige Kampagne“ gegen ihn attackiert. Die US-Regierung schränke sein Recht auf Asylsuche ein. „Das Ausmaß dieses drohenden Verhaltens ist ohne Beispiel“, schrieb Snowden. Nie zuvor in der Geschichte hätten Staaten den Flieger eines Präsidenten zur Landung gezwungen, um nach einem politischen Flüchtling zu suchen. In der vergangenen Woche musste das Flugzeug des bolivianischen Präsidenten Evo Morales in Wien eine Zwischenlandung machen. Mehrere Staaten verweigerten ihm Überfluggenehmigungen, nachdem der Verdacht verbreitet worden war, Snowden sei an Bord, um nach Bolivien zu kommen.

„Diese Eskalation stellt eine Bedrohung nicht nur für die Würde von Lateinamerika oder meine persönliche Sicherheit dar, sondern für das Grundrecht jeder lebenden Person, frei von Verfolgung zu leben“, schrieb Snowden

Der Spion, der in die Kälte will Edward Snowden hat sich entschieden: Bis auf Weiteres bleibt der Asylsuchende in Russland

- und bedankte sich bei allen Ländern, die ihm Asyl angeboten hatten. „Sie haben den Respekt der ganzen Welt verdient.“ Er hoffe, er könne sie besuchen, um sich bei der Führung und dem Volk bedanken.

„Das Ausmaß dieses drohenden Verhaltens ist ohne Beispiel“ Edward Snowden über die Haltung der USA

Graphic

dpa/Sergei Ilnitsky; AP/Alexander Zemlianichenko; REUTERS/GRIGORY DUKOR

Mitglieder von russischen Menschenrechtsorganisationen und andere Teilnehmer am Treffen mit Snowden stellen sich den Fragen der Medien, unter ihnen der Parlamentsabgeordnete von der Regierungspartei Einiges Russland, Wjatscheslaw Nikonow (l. u.) und der Anwalt Genri Resnik (r. o.)

dpa/Sergei Ilnitsky; AP/Alexander Zemlianichenko; REUTERS/GRIGORY DUKOR

Mitglieder von russischen Menschenrechtsorganisationen und andere Teilnehmer am Treffen mit Snowden stellen sich den Fragen der Medien, unter ihnen der Parlamentsabgeordnete von der Regierungspartei Einiges Russland, Wjatscheslaw Nikonow (l. u.) und der Anwalt Genri Resnik (r. o.)

dpa/Sergei Ilnitsky; AP/Alexander Zemlianichenko; REUTERS/GRIGORY DUKOR

Mitglieder von russischen Menschenrechtsorganisationen und andere Teilnehmer am Treffen mit Snowden stellen sich den Fragen der Medien, unter ihnen der Parlamentsabgeordnete von der Regierungspartei Einiges Russland, Wjatscheslaw Nikonow (l. u.) und der Anwalt Genri Resnik (r. o.)

Patrick Pleul

Patrick Pleul

GRIGORY DUKOR

Alexander Zemlianichenko

Sergei Ilnitsky

Load-Date: July 13, 2013

Leserbriefe

Die Welt

Samstag 14. April 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leserbriefe; S. 2; Ausg. 88

Length: 552 words

Byline: Jasper Fabian Wenzel

Body

Zerrissene SPD

Zu: „Lechts und links“ vom 11.4.

Alan Poseners Wortspiel Sarrazin-Grass macht nachdenklich und zeigt auch die Zerrissenheit der SPD mit ihrem Genossen Sarrazin und dem Wahlhelfer Grass. Als Sozialdemokrat und traditioneller Linker sehe ich das Dilemma. Aber mir gefällt nicht, wie mit beiden umgegangen wird. Während der Genosse Sarrazin mit seinen Thesen zur **Migration**, die er mit fundierten Kenntnissen belegen kann und die hauptsächlich **Migranten** mit muslimischem Hintergrund betreffen, massiv angegriffen wurde (Gabriel, Nahles) bis zum Anschlussverfahren, gilt der Wahlhelfer Grass mit seinem üblen Geschwätz gegen Israel weiterhin als tolerabel für die SPD. Es zeigt sich, dass die gesamte Linksrückgruppierung SPD, Grüne und Linke nach dem bekannten Muster verfährt. Muslime werden verhätschelt, und Juden werden verurteilt. Wie sich diese Haltung bei den nächsten Wahlen auswirkt, bleibt abzuwarten.

Otto Wustrack, Hannover

Wieder mal tolerant

Zu: „Der Anti-Koran-Reflex“ vom 12.4.

Obwohl der Autor die allgemeinen Bedenken hinsichtlich der Salafisten bestätigt, scheint er zu glauben, dass eine Kenntnis des Korans die Kritik am Islam vielleicht entschärfen könnte. Angesichts dessen, was sich seit der „islamischen Revolution“ international zugetragen hat, eine erstaunliche Hoffnung. Es scheint immer noch Leute zu geben, die glauben, die enormen Gegensätze zwischen der westlich-christlichen und islamischen Gesellschaft hätten etwas mit dem Inhalt zweier Religionen zu tun. Allmählich sollte sich herumgesprochen haben, dass nicht die Religionen selbst es sind, sondern die Art und Weise, wie sie in den unterschiedlich ausgeprägten Gesellschaften praktiziert werden. Schon vor den christlichen Kreuzzügen hat es immer wieder Kriege gegeben, die lediglich durch die Religion legitimiert wurden, während in Wahrheit unter dem Deckmantel der Religion handfeste,

Leserbriefe

oft mit äußerster Brutalität ausgefochtene Machtkämpfe geführt wurden. Und da es mal wieder um Toleranz gegenüber anderen Religionen zu gehen scheint, sollte man nur kurz darauf hinweisen dürfen, dass in einigen Ländern, von denen diese großherzige Koran-Schenkung finanziert wird, ein Christ, falls er eine Bibel verschenken möchte, oft noch vor dem rechtskräftigen Todesurteil ein Messer im Leib hat. So viel zur gegenseitigen Toleranz der Religionen.

Rudolf Müller, Essen

Listenweise Freunde

Zu: „Der Schlusstrich ist da“ vom 11.4.

Die Stimmungslage der Israelis nach Grass' Auslassungen kann ich voll und ganz nachvollziehen. Daraus als Deutschlandkorrespondent einer namhaften israelischen Zeitung und nach „vielen Privatgesprächen“ mit Deutschen den Schluss zu ziehen, die Mehrheit unseres Volkes ziehe den Schlusstrich und gebe die Freundschaft zur israelischen Bevölkerung auf, ist meiner Meinung nach absurd. Man muss nicht alles richtig finden, was israelische Politiker entscheiden (gilt übrigens auch für die deutsche Seite). Das israelische Volk, heißt: die dortige Jugend, der Arbeiter oder die Angestellte, verdient unsere Anerkennung. Ich könnte Herrn Sapir listenweise Namen deutscher Freunde übergeben, welche exakt dieser Meinung sind. Das wird er hoffentlich in der von ihm vertretenen Zeitung veröffentlichen, damit man auch dort lesen kann, dass der Schlusstrich bei uns eben nicht gezogen wurde.

Uwe Grahn, Hamburg

Load-Date: April 14, 2012

**Heimat, wo ist das denn bitte?; Aufbruch in eine „postmigrantische“ Ära:
Das Berliner Gorki Theater startet mit neuer Intendanz, drei Russenstücken -
und der Frage, was Deutschsein heute bedeutet**

Die Welt

Dienstag 19. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; S. 21; Ausg. 270

Length: 1029 words

Byline: Jenny Hoch

Body

Die Erwartungen sind hoch, am Berliner Maxim-Gorki-Theater ist die Anspannung mit Händen zu greifen. Es geht ja auch um viel mehr als bloß eine Saisoneroöffnung mit drei Premieren hintereinander. Dies ist der spannendste Neuanfang dieser Spielzeit. Das neue Intendanten-Duo Shermin Langhoff und Jens Hillje ist mit dem kühnen Plan angetreten, das deutsche Theater neu zu erfinden.

Am Gorki, wie die ehemalige DDR-Vorzeigebühne nun kurz und bündig heißt, haben 11 der 16 Ensemblemitglieder nichtdeutsche Wurzeln. Die Chefin Shermin Langhoff ist außerdem die erste türkischstämmige Intendantin Deutschlands. Ihr Ziel: die radikale Öffnung des Theaters für internationale Stoffe und Ästhetiken. Geschichten aus der Lebenswelt von **Migranten** erzählen, die auf deutschen Bühnen sonst nicht erzählt werden. Am Off-Theater Ballhaus Naunynstraße in Berlin-Kreuzberg, das Langhoff zuvor höchst erfolgreich leitete, hat sie dafür das Label „postmigrantisches Theater“ erfunden.

Schon länger haben viele deutsche Bühnen den Anschluss an die globalisierte, plurale Gesellschaft verpasst. Stattdessen rattert der gut geölte D-Zug des Subventionstheaters unverdrossen auf den immer gleichen Schienen, und wagt ausnahmsweise mal jemand einen Blick raus auf das so genannte echte Leben, ist das meist der Blick der weißen Mehrheit auf eine fremde Minderheit. Das soll nun anders werden.

Zur Eröffnungspremiere hat man sich allerdings einen gut abgehangenen Klassiker ausgesucht, Tschechows „Kirschgarten“. Gut, es ist das Stück zur Krisenzeit, landauf, landab gespielt, weil es von einer feudalen Gesellschaft erzählt, die sich selbst überlebt hat. Aber warum interessiert sich Hausregisseur Nurkan Erpulat dafür? Die Antwort ist überzeugend. Er deutet die Vertreibung der bankrotten Ranjewskaja und ihrer bräsigen Familie aus dem Wohlstandsparadies in eine Aufsteigergeschichte eines Migranten um. Lopachin, jener neureiche Kaufmann, der der Gutsbesitzerfamilie nach viel Hin und Her den nutzlos gewordenen Kirschgarten abkauft, ist ein zu Vermögen gekommener türkischer Gastarbeiter. Im Gegensatz zum Establishment, das Geldverdienen „geistlos“ findet, hat er die Zeichen der Zeit erkannt. Was zählt, sind Rentabilität, Flexibilität, Pragmatismus.

Heimat, wo ist das denn bitte? Aufbruch in eine „postmigrantische“ Ära: Das Berliner Gorki Theater startet mit neuer Intendanz, drei Russenstücken - und der Fra....

Damit seine Botschaft - die Mehrheitsgesellschaft hat ausgedient - auch wirklich ankommt, umrahmt der Regisseur sie mit grellen programmatischen Einschüben. Die sind mal mehr, mal weniger gelungen. Ein schöner Moment, wenn das Ensemble treudeutsch „Am Brunnen vor dem Tore“ schmettert und sich auf einmal orientalische Modulationen hineinverirren. Überhaupt, die Musik. Sie ist, übrigens in allen drei Inszenierungen dieses Premierenwochenendes, Hauptdarstellerin und treibende Kraft. Wird im Haushalt der Gutsfamilie anfangs noch Chopin gespielt, ändert sich der Ton, als Lopachin, verkörpert von dem formidablen Taner Sahintürk, das Sagen hat. Auf seiner Party tanzen dann verschleierte Frauen zu türkischen Klängen.

Später träumt man unter einem grün angestrahlten Sichelmond von einem „Land, das aufhört zu existieren, wenn es nicht mehr gedacht wird“. Ein Transvestit, Fatma Souad in der Rolle der Gouvernante Charlotta, erzählt ihre Lebensgeschichte als „Mischwesen“ und muss zu Aretha Franklins „Respect“ bauchtanzen. Das ist reichlich dick aufgetragen. Agritprop mit Wundertütenappeal. Fast geht darüber die schöne Pointe verloren, dass Lopachin zwar nach Kräften versucht, seinen Triumph auszukosten, letztlich aber doch alleine dasteht, als sich die anderen in alle Winde zerstreuen.

Leicht und elegant, weil nicht mit programmatischem Furor getragen, kam dagegen die zweiten Premiere daher, Yael Ronens Bühnenadaption von „Der Russe ist einer, der Birken liebt“, dem gefeierten Roman der in Baku geborenen Autorin Olga Grjasnowa. Der am Vortag abgeholzte Kirschgarten ist abgeräumt, dafür liegt nun eine riesige gefällte Birke auf dem Boden (Bühne: Magda Willi). Ein Stück Heimat, mit dem sich alle notgedrungen arrangieren müssen, auch wenn die als Kind aus Aserbaidschan geflohene Mascha (überzeugend gespielt von Anastasia Gubareva) verzweifelt versucht, sich jeglicher Zuschreibung zu entziehen.

Die Israelin Ronen nähert sich dem komplexen Glutkern des Stücks - Kriegstraumata, Verlorenheit, Heimatlosigkeit - mit der wohl einzig möglichen, weil nicht in Betroffenheitskitsch ausartenden Haltung: Humor. Sie erzählt ein Stationendrama, das trotz rasend komischer Momente mitten hinein in Momente echten Schmerzes steuert. Ihr kluger Einfall, einen Erzähler (musikalisch und feinfühlig: Dimitrij Schaad) einzubauen, der das Geschehen mit umgehängter Gitarre satirisch kommentiert, hebt das Ganze in geradezu märchenhafte Sphären.

Bei der dritten Premiere bekommt man es mit der depressiven kleinen Schwester der lustigen Russen-Adaption vom Vorabend zu tun. Auf dem Programm des kleinen Bühne des Studio R steht „Schwimmen lernen“ von Marianna Salzmann in der Regie von Hakan Sava Mican. Die Dreiecksgeschichte - junge Frau heiratet jungen Mann, verliebt sich dann aber in eine Frau vom Toten Meer, mit der sie in deren Heimat aufbricht - wird als Liederabend mit eingestreuter Handlung erzählt. Wieder geht es um Identitätskonflikte, um Zuschreibungen und mit Klischees überhäufte Erwartungen. Dargeboten wird das zwar mit viel Leidenschaft und sängerischem Talent, aber leider ohne einen Funken Humor. Die brennende Frage „Wo ist Heimat?“ wird auch diesmal nicht beantwortet werden.

Der Anfang ist gemacht. Drei Russenstücke, drei unterschiedliche Regieansätze. Ein Ensemble, dem man die Spielfreude in jeder Sekunde anmerkt. Zuschauer, die verstehend lachen, wenn auf der Bühne minutenlang türkisch gesprochen wird. Sicher, es war nicht alles perfekt. Aber ist Perfektion im Theater überhaupt eine Kategorie, die es anzustreben gilt? Sind ein überraschender Zugriff, eine neue Botschaft nicht viel interessanter als jede austarierte, auf Hochglanz polierte Reclam-Nacherzählung irgendeines Klassikers? Wer etwas zu sagen hat, muss erst mal seine Stimme finden. Auch wenn am Gorki ab und zu noch dissonant gekrächzt wurde, so hat diese Stimme doch schon jetzt ein richtiges Gewicht.

Mit Karacho mitten hinein in Momente echten Schmerzes

Graphic

Heimat, wo ist das denn bitte? Aufbruch in eine „postmigrantische“ Ära: Das Berliner Gorki Theater startet mit neuer Intendanz, drei Russenstücken - und der Fra....

Tschechows melancholischer Klassiker als Aufsteigergeschichte eines Migranten: Lopachin (Taner Sahintürk, vorne) feiert den Erwerb des Kirschgartens

(C) Thomas Aurin

Load-Date: November 19, 2013

End of Document

Wohnen beim König; Belgiens Albert nimmt Flüchtlinge auf - und handelt sich prompt Ärger ein

Die Welt

Donnerstag 9. Februar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; S. 1; Ausg. 34

Length: 336 words

Byline: Stefanie Bolzen

Body

Kalt war es in den Ardennen, bitterkalt, das Thermometer sank in der Nacht auf elf Grad unter null. Was für eine schöne Geschichte in diesem harten Winter könnte es da sein, dass ein König die Tore seines Schlosses öffnet für die Ärmsten der Armen, ihnen Schutz und Wärme bietet.

Nicht so in Belgien, wo Wallonen und Flamen stets auf der Suche nach einem Anlass für politische Scharmützel sind. Diesmal gilt die Attacke dem Königshaus. Dabei hatte es der Monarch ganz sicher sehr gut gemeint, als er vor rund drei Jahren einer Gruppe Asylsuchenden eine Wohnung auf dem Gelände seiner Sommerresidenz zur Verfügung stellte. Albert II. weilt ohnehin nicht oft auf dem Château Royal de Ciergnon, und das Anwesen hoch oben auf den bewaldeten Hügeln ist riesig. Genug Platz also, um die vier gestrandeten Menschen unterzubringen, und eine Geste des Königs, der sich nicht nur mit voller Kraft für den Zusammenhalt seines zerstrittenen Landes engagiert, sondern auch für humanitäre Zwecke.

Doch der 77-Jährige bedachte offensichtlich nicht, dass er wie jeder andere Vermieter für die Unterbringung von Flüchtlingen vom Sozialamt finanzielle Unterstützung bekommt. 40 Euro pro Person zahlt ihm die örtliche Behörde am Tag, wie erst jetzt herauskam. Premierminister Elio Di Rupo mochte zu beschwichtigen versuchen, dass der Monarch keinesfalls Miete eintreibe, sondern die Zahlungen lediglich die Kosten für Heizung, Wasser und Verpflegung deckten - der Skandal war perfekt, zumindest für die N-VA, die nationalistische Partei des Flamen Bart De Wever. Haushoher Gewinner bei den Parlamentswahlen 2010, ist die N-VA trotzdem nicht in Regierungsverantwortung gekommen und ätzt so weiter nach Herzenslust gegen alles, was das vereinte Königreich symbolisiert. Albert II. habe genug leer stehenden Besitz, wo er Flüchtlinge unterbringen könne - doch stattdessen kassiere er lieber Miete, forderten De Wevers Parlamentarier den Monarchen heraus. Der Königspalast aber gab sich kalt wie das Wetter und sah von jedem Kommentar ab. steb

Load-Date: February 9, 2012

Wohnen beim König Belgiens Albert nimmt Flüchtlinge auf - und handelt sich prompt Ärger ein

End of Document

Ein Berliner Flüchtlingsheim im Ausnahmezustand; Hellersdorf wird zur Bühne. Rechtsradikale treffen auf Gegendemonstranten. Die Flüchtlinge bleiben unsichtbar

Die Welt

Freitag 23. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 196

Length: 989 words

Byline: Philip Volkmann-schluck

Body

Der Mann, der in dieser Situation einen mutigen Schritt nach vorn wagt, trägt Badelatschen. „Mein Name ist Winnie“, sagt er und schaut dabei in die Kamera der ARD. Er erzählt auf Englisch, dass er aus Afghanistan geflohen ist, Hindu sei und kein Muslim, dass er in seiner Heimat einen Laden besessen habe, dass er Deutsch lerne und froh sei, dass er es nach Deutschland geschafft habe. Er sagt: „Ja, ich fühle mich sicher hier.“

Es ist eine Geschichte, wie sie viele **Flüchtlinge** erzählen könnten, die hier in Berlin leben. Aber sie schauen selten in so viele Kameras wie dieser Mann, der am Mittwochnachmittag vor die Tür des **Flüchtlingsheimes** in Hellersdorf tritt. Die Medien sind hier, weil sich seit Anfang dieser Woche dieses Heim in einem Belagerungszustand befindet. Sogar eine indische Zeitung berichtet über rassistische Angriffe auf die 40 **Flüchtlinge**, die hier eingezogen sind. Als 50 Anhänger der NPD zu Wochenbeginn eine Kundgebung abhielten, war die Situation eskaliert: Es kam zu Ausschreitungen zwischen Rechten und rund 400 Gegendemonstranten. Einen Tag später nutzte die islamfeindliche Gruppierung Pro Deutschland den Anlass für Aufmärsche an gleich fünf Orten in Berlin. Am Donnerstag beruhigte sich die Lage, auch aufgrund der Polizeipräsenz vor dem Heim.

Längst hat sich die Plattenbausiedlung in Hellersdorf zu einer gewaltigen Bühne entwickelt. Für Rechtsradikale. Für Menschen, die Flagge zeigen gegen Fremdenhass. Die Spenden vorbeibringen oder Spielzeug für die Kinder. Aber auch für Aktivisten, die sich gern in den Medien inszenieren. Dazwischen: viele verunsicherte Anwohner. Die Bundesregierung verurteilte die rechtsextremen Kundgebungen. Die Berliner Integrationsbeauftragte, Monika Lücke, forderte eine Bannmeile für Demonstrationen rund um Flüchtlingsheime. Zwar sei Demonstrationsfreiheit ein hohes Gut, sie dürfe aber nicht auf Kosten der Flüchtlinge gehen, die dann nach ihrer Flucht erneut um ihr Leben fürchten müssten. Ein Vorstoß, auf den der Berliner Senat zurückhaltend reagiert: Innensenator Frank Henkel (CDU) sprach sich bereits gegen ein solches Verbot aus.

Fast unsichtbar bleiben die Flüchtlinge. Viele haben die Vorhänge ihrer Fenster zugezogen. Der Aufpasser einer Sicherheitsfirma erzählt, die Bewohner hätten Probleme, zu unterscheiden, wer aus der Meute da draußen

Ein Berliner Flüchtlingsheim im Ausnahmezustand Hellersdorf wird zur Bühne. Rechtsradikale treffen auf Gegendemonstranten. Die Flüchtlinge bleiben unsichtbar

gefährlich sei. Vor allem nachts, wenn Vermummte herumlaufen. Dann können auch Journalisten bedrohlich wirken. Man hört, dass zwei Flüchtlinge aus Angst wieder in das Heim zurückgekehrt sind, aus dem sie kamen. Winnie, der aus Afghanistan geflohen ist, um in Deutschland in Frieden zu leben, hat für einen Moment den Druck aus dieser verkanteten Situation genommen. Mit seinem Auftritt erinnert er daran, worum es in Hellersdorf geht: dass mehr Menschen aus Krisenregionen nach Deutschland flüchten, dass man Unterkünfte für sie braucht, dass sie auf Akzeptanz ihrer Nachbarn angewiesen sind. Dass man nicht vergessen darf, sich ihre Geschichten anzuhören. Winnie sagt, es gehe ihm hier gut.

Mehr als 52.000 Menschen haben in diesem Jahr einen Asylantrag gestellt, nahezu doppelt so viele wie im Vorjahr. Allein in Berlin sind 6500 Flüchtlinge untergebracht, für 1000 weitere muss in den kommenden Monaten ein Platz gefunden werden. In anderen Bundesländern ist die Situation ähnlich. Vom bürgerlichen Berlin-Reinickendorf bis zum hessischen Butzbach protestieren Anwohner. Auch wenn es hier keine Bilder von Glatzköpfen gibt: Die Anwohner reagieren in vielen Orten abweisend auf Flüchtlinge. Einige fürchten um den Wert ihrer Eigenheime, andere argumentieren, dass mehrere Hundert Flüchtlinge, geballt an einem Ort, eine ungünstige Mischung für einen Stadtteil seien.

Dennoch, in Hellersdorf sind die Bilder eindringlicher als von anderen Orten. Plattenbauten und Nazis, diese Bilder haben sich seit den Wendejahren in die Köpfe gebrannt. Tatsächlich hängen hier nur Wahlplakate von zwei Parteien: die der NPD und die der Linken, mit dem Slogan „Nazis raus aus den Köpfen“. Und ja, man trifft Anwohner, die sagen, ihr Kumpel habe bei den Protesten gar keinen Hitlergruß gezeigt. Er habe nur seinem Kind zugewinkt.

Doch es zeigt sich, dass nur ein kleiner Teil der Anwohner so denkt. Den meisten geht es darum, gehört zu werden. Katrin Ra schaut aus dem Fenster im Haus gegenüber. Sie war mit einem Ägypter verheiratet und weiß, welche Sorgen er sich um seine Heimat macht. Sie erzählt, dass nach der Wende vor ihrem Fenster eine Kindertagesstätte abgerissen wurde und schließlich auch die Schule zumachte, in deren Gebäude nun das Heim ist. All das habe man erst erfahren, als die Bauarbeiter anrückten. Sie erzählt die Geschichte einer Gegend, die sich nicht ernst genommen fühlt. Sie hätte sich gewünscht, dass man erst mit den Bürgern gesprochen hätte. Frau Ra sagt aber auch: Wirklich willkommen seien die Flüchtlinge erst, wenn sie arbeiten würden. Sie verschweigt, dass viele laut Status gar nicht arbeiten dürfen.

Am Straßenende haben Unterstützer ein Camp aufgebaut, ausgerüstet mit Süßigkeiten und Limonade. Sie verstehen sich auch als Beschützer, aber sie wollen nicht direkt vor dem Heim campieren. Solidarität heiße auch: respektvollen Abstand zu wahren. Zwar haben sich inzwischen einige Bundespolitiker geäußert. Aber die kennen die Gegend nicht wie Mathias Raudies. Seit Jahren wohnt er in der Nachbarschaft und macht Politik für die Grünen. Ohne Mandat. Er sagt, man müsse Zeichen setzen, aber es wäre falsch zu behaupten, dass viele Hellersdorfer rechtsradikal seien.

In Hellersdorf hat die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin, Dagmar Pohle (Linke), angekündigt, „Dialogrunden“ mit den Anwohnern abhalten zu wollen. Sie wolle zur „Versachlichung“ beitragen. Man fragt sich, warum Politiker nicht vor der Eröffnung eines Flüchtlingsheimes so ein Gespräch suchen. Ob in Berlin-Hellersdorf oder Butzbach in Hessen.

„Mein Name ist Winnie - ja, ich fühle mich sicher hier“ Winnie, ein Flüchtling aus Afghanistan

Load-Date: August 23, 2013

Die Wahl in Zahlen

Die Welt

Montag 23. September 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 6; Ausg. 222

Length: 272 words

Body

Bei der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag waren 61,8 Millionen Bundesbürger aufgerufen an die Wahlurnen zu gehen: 31,8 Millionen, also 51,5 Prozent davon sind Frauen. 5,8 Millionen Wahlberechtigte sind Deutsche mit Migrationshintergrund. Rund drei Millionen Wähler durften dieses Jahr zum ersten Mal wählen, die sogenannten Erstwähler. In Nordrhein-Westfalen waren mit 13,6 Millionen die meisten Bundesbürger wahlberechtigt. Bremen ist das Land mit den wenigsten potenziellen Wählern: nur rund 500.000 sind es hier.

Die Deutschen konnten in rund 80.000 Wahllokalen in 299 Wahlkreisen ihre beiden Kreuzchen machen. Der kleinste Wahlbezirk ist auf Hallig Gröde, einer kleinen Insel nahe der dänischen Grenze, mit zwölf Stimmberechtigten. Rund 630.000 freiwillige Helferinnen und Helfer waren im Einsatz, um den reibungslosen Ablauf und eine schnelle Auszählung zu gewährleisten. Alle Helfer bekommen 21 Euro als Erfrischungsgeld. Das entspricht einer Summe von rund 13,2 Millionen Euro.

Die Kandidaten kämpfen um 598 Sitze im Bundestag. Das ist die Zahl ohne Überhangmandate. Wegen des neuen Wahlsystems, bei dem alle Überhangmandate ausgeglichen werden, könnten es bis zu 700 Parlamentarier werden. Die Auswahl an Kandidaten war breit gefächert. 4451 Kandidaten aus 38 Parteien standen auf den 16 Landeslisten zur Wahl. 25,8 Prozent, also gut ein Viertel davon waren Frauen. Im Jahr 2009 waren es noch 3556 Kandidaten. Die jüngste Kandidatin kommt aus Bayern und heißt Vanessa Mariacher. Sie ist gerade einmal 18 Jahre alt und tritt auf der Liste der Bayernpartei an. Alle Parteien erhalten pro für sie abgegebene, gültige Stimme 70 Cent.

Load-Date: September 23, 2013

Deutschland Kompakt; Atom: Fraktionen einig: Müll muss aus Asse geborgen werden ++ Bundespräsident: Gauck wirbt um Verständnis für Asylbewerber ++ Pflegefall: 50% ++ Verfassungsschutz: Hessen weitet Kontrolle durch Parlament aus ++ Bundeswehr: Ministerium: Keine türkische Verfügung über Patriots

Die Welt

Donnerstag 13. Dezember 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 292

Length: 620 words

Body

Atom

Fraktionen einig: Müll muss aus Asse geborgen werden

Seltene Harmonie der Bundestagsfraktionen: Der Atom Müll aus der maroden Asse solle möglichst schnell geborgen werden. „Wir sind uns einig“, sagte Maria Flachsbarth (CDU) bei der Vorstellung eines entsprechenden Gesetzentwurfs in Berlin. Zum politischen Schlagabtausch sei das Thema nicht geeignet. Die Linkspartei stehe inhaltlich hinter dem Vorhaben, reiche den Entwurf allerdings nicht mit ein, sagte die Linke-Politikerin Dorothee Menzner. Grund: „Die CDU ist der Meinung, dass man mit der Linken keinen Antrag stellen kann.“ Der Bundestag berät am heutigen Donnerstag erstmals über die Novelle. Der von den Fraktionen von Union, FDP, SPD und Grünen eingebrachte Gesetzentwurf zielt darauf ab, die Bergung des in der Asse eingelagerten Atom Mülls als Priorität festzulegen und durch die Lockerung atomrechtlicher Vorschriften zu beschleunigen. So muss für die Bergung etwa kein Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden. Zudem sind Ausnahmen von Strahlenschutzvorschriften möglich. welt/Asse

Bundespräsident

Gauck wirbt um Verständnis für Asylbewerber

Bundespräsident Joachim Gauck hat am Mittwoch beim Besuch eines Asylbewerberheims in Brandenburg um Verständnis für Flüchtlinge geworben. Den Menschen, die unter unsäglichen Bedingungen in ihrer Heimat lebten und in Deutschland Asyl suchten, sicherte er zu, „dass wir sie wahrnehmen und dass sie uns nicht gleichgültig sind“. Mit seiner zweiten Botschaft wende er sich an die Menschen im Lande, die oft das Gefühl hätten, die Asylbewerber kämen, um es sich gut gehen zu lassen. „Das sind die allerwenigsten, die meisten wollen arbeiten“,

Deutschland Kompakt Atom: Fraktionen einig: Müll muss aus Asse geborgen werden ++ Bundespräsident: Gauck wirbt um Verständnis für Asylbewerber ++ Pflegefall: 50....

betonte Gauck. Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning, dankte dem Bundespräsidenten für seine „großartige Geste der Menschlichkeit“.

Pflegefall

50%

der Deutschen wären lieber tot als ein Pflegefall. Das geht aus einer auf „Bild.de“ veröffentlichten repräsentativen Infratest-Umfrage im Auftrag der Deutschen Hospiz Stiftung hervor. Danach würden 52 Prozent der befragten Frauen lieber den begleiteten Freitod wählen, wenn sie in einem Jahr pflegebedürftig werden. Bei den Männern sind es der Erhebung zufolge 48 Prozent. Bei der Frage seien der Grad der Pflegebedürftigkeit und die Schwere der Erkrankung „ganz bewusst offen“ gelassen worden.

Verfassungsschutz

Hessen weitet Kontrolle durch Parlament aus

Die Parlamentarier in Hessen haben ab sofort mehr Rechte bei der Kontrolle der Verfassungsschützer im Landtag. Künftig werden in der Parlamentarischen Kontrollkommission Protokolle geführt, es können Sachverständige befragt und Akten erweitert eingesehen werden. Zudem werden die Mitglieder nun auch über Verdachtsfälle informiert und nicht nur, wie bisher, über „nachweisliche Bestrebungen“. Der Landtag verabschiedete ein entsprechendes Gesetz der Regierungsfractionen von CDU und FDP und zieht damit erste Konsequenzen aus der Mordserie der rechtsextremistischen NSU-Terrorgruppe. Die SPD kritisierte jedoch, dass zugleich die Geheimhaltungsregeln für die Abgeordneten verschärft worden seien - und kündigte juristische Schritte an.

Bundeswehr

Ministerium: Keine türkische Verfügung über Patriots

Der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Christian Schmidt (CSU), hat türkische Angaben zurückgewiesen, wonach der Oberbefehl über die deutschen Patriot-Raketen in Ankara liegen werde. „Es ist eine Kommandostruktur, die über die Nato geht“, betonte Schmidt im Deutschlandradio Kultur kurz vor der Beratung des neuen Mandats im Bundestag. Es sieht die Verlegung zweier Raketenstaffeln und bis zu 400 Mann Anfang kommenden Jahres in die Türkei vor. Hintergrund ist eine mögliche Bedrohung des Nato-Bündnispartners durch Syrien.

Load-Date: January 26, 2013

Deutschland Kompakt; Fiskalpakt: SPD-Troika demonstriert Einigkeit in Finanzfragen ++ Piraten: Partei legt nach Saarland auch bundesweit zu ++ Stasi: Gysi wird durch Dokument über ein Treffen belastet ++ Migranten: Türkischer Dachverband verordnet sich Frauenquote

Die Welt

Montag 2. April 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 79

Length: 657 words

Body

Fiskalpakt

SPD-Troika demonstriert Einigkeit in Finanzfragen

Mit einem demonstrativen Schulterschluss treten die drei potenziellen SPD-Kanzlerkandidaten Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück dem Eindruck interner Spannungen um den europäischen Fiskalpakt entgegen. In einem Gastbeitrag für die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ forderten der SPD-Chef, der Vorsitzende der Bundestagsfraktion sowie der frühere Finanzminister gemeinsam eine Finanztransaktionssteuer sowie Investitionen in Wachstum und Beschäftigung. Sie stellen aber keine Bedingungen für die Zustimmung der SPD zum Fiskalpakt - auch wenn Gabriel zuvor schon mal ein solches Junktim hergestellt und ein Nein für den Fall angedeutet hatte, dass die Steuer nicht kommt. Steinmeier hat seinerseits die Regierung aufgefordert, ihre „Selbstblockade“ zu überwinden. „Wir wollen den Beschluss von Union und FDP sehen, in dem sie sich ohne Ausflüchte zu diesem Ziel bekennen und es dann verfolgen“, sagte Steinmeier dem Berliner „Tagesspiegel“.

Piraten

Partei legt nach Saarland auch bundesweit zu

Die Piraten sind weiter im Aufwind. Im Emnid-„Sonntagstrend“ für die „Bild am Sonntag“ verbesserten sie sich im Vergleich zur Vorwoche auf 9 Prozent (2). Die Zustimmung für das rot-grüne Lager geht zurück. So verschlechterte sich die SPD um einen Punkt auf 27 Prozent. Ihr Wunschpartner für 2013, die Grünen, fielen auf 13 Prozent (-2): der niedrigste Wert seit Februar 2010. Sie rüsten sich für eine lange Auseinandersetzung mit der Piratenpartei. „Ich sehe keinen Anlass, darüber zu spekulieren, dass die Piraten wieder verschwinden“, sagte Fraktionschefin Renate Künast der „Welt am Sonntag“. „Wir sind gut beraten, davon auszugehen, dass die Piraten dabei sind. Wir nehmen sie ernst.“ Fraktionschef Jürgen Trittin sagte der „Wirtschaftswoche“, dass Erfolge der Piraten rot-grüne

Deutschland Kompakt Fiskalpakt: SPD-Troika demonstriert Einigkeit in Finanzfragen ++ Piraten: Partei legt nach Saarland auch bundesweit zu ++ Stasi: Gysi wird d....

Regierungen verhindern könnten. Zugleich vermisst er bei ihnen ausreichend politische Inhalte. „Den Piraten fehlt ein originäres Thema. Eine Antwort auf die Frage, wie man verantwortungsvolle Politik macht, haben sie nicht. Sie haben nur Verfahren, wie sie dahin gelangen könnten. Das wird nicht reichen. Ich sehe nicht, welche eigenständige Lücke für diese Partei da wäre.“

Stasi

Gysi wird durch Dokument über ein Treffen belastet

Der Vorsitzende des Immunitätsausschusses des Deutschen Bundestags, Thomas Strobl (CDU), warf Linke-Fraktionschef Gregor Gysi vor, die Unwahrheit über seine Kontakte zur Stasi während der DDR gesagt zu haben. Die „Welt am Sonntag“ berichtet über ein Dokument der Stasi-Unterlagen-Behörde, das Gysis Aussagen unter anderem im Bundestag erschüttert, wonach er keine Kontakte zur DDR-Geheimpolizei hatte. Laut dem dreiseitigen Papier habe sich der damalige DDR-Anwalt Gysi am 16. Februar 1989 mit zwei Stasi-Offizieren getroffen, um mit ihnen ein am Vortag geführtes Interview des „Spiegels“ auszuwerten. Dabei ging es auch um den Interviewer. Das Dokument sei brisant, weil Gysi in Prozessen an Eides statt versichert habe, der Staatssicherheit weder über Mandanten noch über „sonst jemanden“ Informationen geliefert zu haben. Gysi bestritt über einen Sprecher das Treffen. Strobl äußerte nach der Lektüre: „Gysi hat im Bundestag nicht einmal die halbe Wahrheit gesagt. Ich bin davon überzeugt, dass er die Abgeordneten über seine Kontakte zur DDR-Staatssicherheit belogen hat. Damit ist er als Volksvertreter diskreditiert.“

Migranten

Türkischer Dachverband verordnet sich Frauenquote

Die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) will künftig einen Anteil von mindestens 30 Prozent der Spitzenämter an Frauen vergeben. Wie ein Sprecher sagte, sei auf dem Bundeskongress der TGD eine verbindliche Quote einstimmig beschlossen worden. Im Bundesvorstand und bei den Beisitzern des Gremiums wird die Quote bereits jetzt erfüllt. Künftig gilt jedoch: Sollte sie aufgrund der Kandidatenlage nicht eingehalten werden können, blieben die entsprechenden Sitze vakant.

Load-Date: April 2, 2012

Deutschland Kompakt I; Euro-Rettungsschirm: OECD mahnt zu schneller Entscheidung ++ Internet: Neonazis ködern Jugendliche mit emotionalen Themen ++ Bildung: Kretschmann lässt 11.600 Lehrerstellen streichen ++ Migration: In Deutschland leben 7,2 Millionen Ausländer

Die Welt

Donnerstag 12. Juli 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 161

Length: 702 words

Body

Euro-Rettungsschirm

OECD mahnt zu schneller Entscheidung

Die Industrieländerorganisation OECD ist besorgt über die Verzögerung des Euro-Rettungsschirms ESM wegen der deutschen Verfassungsklagen. Der ESM müsse so schnell wie möglich an den Start gehen, mahnte OECD-Generalsekretär Angel Gurría in Rom: „Wir sehen den Druck auf Italien und Spanien, der sehr gefährlich ist, wenn wir ihn nicht umgehend angehen.“ Auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble mahnte eine zügige Entscheidung der Karlsruher Richter an: „Wir sind in einer außergewöhnlich kritischen Lage.“ Ein Abfluss von Bankeinlagen in den betroffenen Ländern sei eine unbeherrschbare Gefahr, die man nicht riskieren solle. Einen Weg, die Richter zur Eile zu treiben, gibt es allerdings nicht. Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichtes hatte sich am Dienstag in einer auch an den Finanzmärkten genau verfolgten Verhandlung mit Eilanträgen gegen den ESM und den EU-Fiskalpakt für Haushaltsdisziplin befasst. Das Gericht deutete an, dass ein Urteil zwei bis drei Monate auf sich warten lassen könnte.

Internet

Neonazis ködern Jugendliche mit emotionalen Themen

Soziale Netzwerke werden von Rechtsextremen verstärkt genutzt, um Jugendliche zu locken. Auf Plattformen wie YouTube, Facebook oder Twitter platzieren die Neonazis verschleierte und oft mithilfe besonders emotionaler Themen rechtes Gedankengut. So lautet das Fazit der Studie „Nazis im Netz“ der Bundeszentrale für politische Bildung und des Monitoring-Dienstes Jugendschutz.net. Fast 1700 Sites mit rechtsextremen Inhalten konnten ausfindig gemacht werden. Allein 40 Prozent aller Meldungen, auf die User hinwiesen, bezogen sich auf Beiträge in sozialen Medien. Knapp 70 Prozent der 3500 Videos, Profile und Kommentare mit rechtsextremem Bezug fanden

Deutschland Kompakt I Euro-Rettungsschirm: OECD mahnt zu schneller Entscheidung ++ Internet: Neonazis ködern Jugendliche mit emotionalen Themen ++ Bildung: Kret....

sich bei Facebook und YouTube. „Jugendliche sind die erklärte Zielgruppe der Rechten, und besonders im Internet versuchen sie diese mit ihren schmutzigen Tricks zu ködern“, sagt Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale. Das Ziel der länderübergreifenden Stelle Jugendschutz.net ist das Finden und Aufdecken dieser Praxis. welt.de/nazinetz (<http://welt.de/nazinetz>)

Bildung

Kretschmann lässt 11.600 Lehrerstellen streichen

Baden-Württembergs Regierungschef Winfried Kretschmann (Grüne) will in den kommenden Jahren aus Spargründen rund 11.600 Lehrerstellen streichen. „Selbstverständlich wird das Kultusministerium in erheblichem Umfang beitragen müssen zur Sanierung des Haushalts“, sagte Kretschmann und reagierte damit auf einen Appell des Rechnungshofs. Es sei in die mittelfristige Finanzplanung schon eingepreist, dass über 8000 Posten bis 2020 gestrichen werden. „Die 8055 Stellen werden selbstverständlich wegfallen bis 2020.“ Hinzu komme, dass die frühere schwarz-gelbe Regierung über 3500 Lehrerstellen geschaffen habe, die von 2013 an nicht durchfinanziert seien. Der Landesrechnungshof hatte am Montag von der Landesregierung sogar gefordert, 14.100 Lehrerstellen zu streichen. Es könne nicht sein, dass die Zahl der Schüler immer weiter sinke und die Zahl der Lehrer steige oder gleich bleibe. Ohne Abstriche könne das Land seinen Haushalt nicht sanieren, hatte Präsident Max Munding argumentiert. Die Lehrgewerkschaft GEW zeigte sich geschockt und warf Grün-Rot schweren Wortbruch vor. GEW-Landeschefin Doro Moritz sagte, „Die 18 Seiten zum Thema Bildungspolitik im grün-roten Koalitionsvertrag sind nicht mehr das Papier wert, auf das sie gedruckt wurden.“

Migration

In Deutschland leben 7,2 Millionen Ausländer

In Deutschland leben im EU-Vergleich zahlenmäßig die meisten ausländischen Staatsangehörigen. Wie die EU-Statistikbehörde Eurostat am Mittwoch in Brüssel mitteilte, haben hierzulande 7,2 Millionen Menschen eine ausländische Staatsbürgerschaft. In Spanien seien es 5,7 Millionen und in Italien 4,6 Millionen Menschen. Den höchsten Anteil ausländischer Staatsbürger gemessen an der Gesamtbevölkerung hat Luxemburg (43 Prozent), gefolgt von Zypern (20 Prozent), Lettland (17 Prozent) und Estland (16 Prozent). In Deutschland besitzen neun Prozent der Gesamtbevölkerung eine ausländische Staatsangehörigkeit. Insgesamt lebten im Jahr 2011 rund 33,3 Millionen ausländische Staatsangehörige in den 27 EU-Mitgliedsstaaten.

Load-Date: September 12, 2012

Ausland Kompakt; USA: CIA bestätigt die Existenz von „Area 51“ ++ China: Elf Jahre Haft für Schwager von Friedensnobelpreisträger ++ Australien: Flüchtlingspolitik wird zum Wahlkampfthema ++ Kosovo: Serbische Minderheit boykottiert Kommunalwahl

Die Welt

Samstag 17. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 7; Ausg. 191

Length: 434 words

Body

USA

CIA bestätigt die Existenz von „Area 51“

Um die mysteriöse „Area 51“ in der Wüste von Nevada ranken sich seit Jahrzehnten viele Gerüchte - nun hat der US-Geheimdienst CIA offiziell die Existenz des Gebiets bestätigt. Die freigegebenen Dokumente enthalten auch eine Landkarte, die den Standort der militärischen Sperrzone zeigt. Von Außerirdischen oder „Fliegenden Untertassen“ ist darin allerdings nicht die Rede. Vielmehr geht aus den Unterlagen hervor, dass „Area 51“ für eher unspektakuläre Zwecke genutzt worden ist. Der Standort rund 200 Kilometer nordwestlich der Kasino-Metropole Las Vegas sei bloß ein Testgelände für die Spionageflugzeuge U-2 und Oxcart während des Kalten Kriegs gewesen.

China

Elf Jahre Haft für Schwager von Friedensnobelpreisträger

Der Schwager des chinesischen Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo muss elf Jahre in Haft. Ein Gericht in Peking bestätigte in der Berufung das Urteil gegen den Immobilienmanager Liu Hui, 43. Der Prozess gilt als politisch motiviert, da Liu Hui die Kritik seines Schwagers an der kommunistischen Führung unterstützt. Ausländischen Diplomaten und Journalisten wurde der Zutritt zum Gericht verweigert. Nach Angaben von Liu Huis Anwalt war sein Mandant von dem Gericht des Betrugs für schuldig befunden worden. Liu Hui ist der Bruder von Liu Xia, die seit der Verurteilung ihres Mannes Liu Xiaobo Ende 2009 unter Hausarrest steht.

Australien

Flüchtlingspolitik wird zum Wahlkampfthema

Ausland Kompakt USA : CIA bestätigt die Existenz von „Area 51“ ++ China: Elf Jahre Haft für Schwager von Friedensnobelpreisträger ++ Australien: Flüchtlingspoli....

Wenige Wochen vor der Parlamentswahl in Australien hat der Spitzenkandidat der Konservativen die Gangart in der Flüchtlingspolitik verschärft. „Das ist unser Land, und wir bestimmen, wer hierher kommt“, sagte Tony Abbott. Er wolle zur strikten Politik der früheren konservativen Regierung seines Parteikollegen John Howard zurückkehren. Der in den Umfragen zur Wahl am 7. September führende Abbott kündigte an, im Falle eines Wahlsiegs alle Berufungsmöglichkeiten beim Scheitern eines Asylantrags streichen zu wollen. Außerdem plane er eine Begrenzung der Flüchtlingsvisa auf drei Jahre.

Kosovo

Serbische Minderheit boykottiert Kommunalwahl

Die serbische Minderheit im Kosovo erteilt einem von der EU vermittelten Plan zur Aussöhnung zwischen Albanern und Serben eine Absage. Man werde die für den 3. November geplante Kommunalwahl boykottieren, beschlossen 91 Abgeordnete in der Stadt Zvecan im Norden Kosovos einstimmig. Die Kommunalwahl verstoße gegen die serbischen Gesetze und führe zur völkerrechtlichen Anerkennung des fast nur noch von Albanern bewohnten Kosovos, begründeten sie ihren Boykott. Bislang erkennt Serbien die Unabhängigkeit Kosovos noch nicht an.

Load-Date: August 17, 2013

End of Document

Populistischer Provokateur

Die Welt

Mittwoch 17. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 164

Length: 233 words

Byline: Daniel Sturm

Body

Genau 40 Jahre ist es her, dass Thilo Sarrazin Mitglied der SPD wurde. Ginge es nach vielen seiner Parteifreunde, wäre er das Parteibuch längst los. Sarrazin inszenierte sich stets als Provokateur, immer wieder garniert mit einer ordentlichen Portion Populismus. Schon in jungen Jahren, als Staatssekretär in Rheinland-Pfalz, rief er auf einer Versammlung den Förstern des Landes zu: „Der Wald wächst auch ohne Sie!“ In Berlin, wo Klaus Wowereit (SPD) ihn zum Finanzsenator machte, reduzierte er die Ausgaben. Vor allem aber machte er mit markigen Sprüchen auf sich aufmerksam, zur wachsenden Wut seiner Partei. Sarrazin entwickelte einen Menüplan für Hartz-IV-Empfänger, mit dem diese sich für 3,76 Euro am Tag „völlig gesund, wertstoffreich und vollständig ernähren“ könnten. Als die Heizkosten stiegen, riet er Arbeitslosen, daheim „dicke Pullis“ zu tragen. Zu seinem Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ präsentierte Sarrazin, inzwischen Bundesbank-Vorstand, vor drei Jahren krude Thesen zur Vererbung. „Alle Juden teilen ein bestimmtes Gen“, verkündete er in einem Interview. Etliche Gliederungen der SPD, darunter die Bundespartei, beantragten einen Parteiausschluss Sarrazins. Der verfasste eine Erklärung („Mir lag es fern, Migranten zu diskriminieren“), worauf die Ausschlussanträge vor der Schiedskommission zurückgenommen wurden. Sarrazin wird innerhalb der SPD toleriert - und verachtet.

Graphic

dpa Picture-Alliance / Eventpres

Load-Date: July 17, 2013

EU-Streit über Flüchtlingshilfe; Nach dem Drama vor Lampedusa wird der Ruf nach Reformen laut

Die Welt

Montag 7. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 233

Length: 701 words

Body

Wegen der **Flüchtlingstragödie** vor der italienischen Insel Lampedusa mit vermutlich mehr als 300 Toten stellt die EU ihre Einwanderungspolitik auf den Prüfstand. Frankreich will das Thema auf die Agenda des EU-Gipfels Ende Oktober setzen. Über den Untergang des **Flüchtlingsboots** soll auch am Dienstag bei einem Treffen der EU-Innenminister in Luxemburg diskutiert werden.

Die SPD erhöht den Druck auf die Bundesregierung, in Brüssel aktiv zu werden. Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD) sagte der „Welt“: „Wir brauchen dringend ein gesamteuropäisches Konzept, das humanitäre Lösungen für den stetig wachsenden Zustrom der bei uns Zuflucht suchenden Menschen aufzeigt.“ Gleichzeitig müsse die EU ihre Anstrengungen intensivieren, um die Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu beseitigen. „Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich stärker in Brüssel einzumischen. Wichtig ist es, den Schutz der **Flüchtlinge** schnell zu verbessern.“

EU-Parlamentspräsident Martin Schulz forderte die EU-Staaten zu größerem Engagement auf. „Italiens südliche Grenze geht uns alle an - dieses Problem ist das Problem aller EU-Mitgliedsstaaten. Wir alle tragen gemeinsam Verantwortung und müssen eine Lösung finden und können Italien damit nicht alleine lassen“, sagte der SPD-Politiker. Dazu gehöre auch, die Aufnahme von Flüchtlingen gerechter zu organisieren. „Dies ist keine Frage von Brüsseler Gremiendebatten, sondern eine Frage praktizierter Solidarität zwischen den Mitgliedsländern der EU und von humanitärer Verantwortung gegenüber den Flüchtlingen.“ Manfred Weber (CSU), Vizefraktionschef der EVP, verlangte einen größeren Einsatz Deutschlands. „Wenn der Bundespräsident zu Recht mehr europäische Solidarität einfordert, dann bedeutet das, dass Deutschland Flüchtlinge aufnehmen muss“, sagte Weber. „Das sollte man auch ehrlich dazusagen.“ Abstrakt an die europäische Verantwortung zu appellieren reiche nicht. Es sei ein konkreter deutscher Beitrag nötig. „Bei den Syrien-Flüchtlingen ist dies jetzt auch nötig. Deutschland muss seine Kapazitäten zur Hilfe aufstocken.“

In Italien wächst indes die Kritik an der Küstenwache von Lampedusa. Augenzeugen werfen ihr vor, die Havarie nicht bemerkt und zu spät eingegriffen zu haben. Zu den entschiedensten Kritikern zählt Vito Fiorino. Er schlief in der Unglücksnacht auf seinem Schiff „Gamar“ und war wohl einer der Ersten, der zu dem gekenterten Boot mit den

EU-Streit über Flüchtlingshilfe Nach dem Drama vor Lampedusa wird der Ruf nach Reformen laut

Flüchtlings gelangte. „Wir haben mit all unseren Kräften versucht, so viele Menschen wie möglich zu uns an Bord zu ziehen“, sagte Fiorino. Die Küstenwache sei dagegen im Hafen geblieben. „Sie haben fotografiert und alles gefilmt.“ Die Aussage deckt sich mit den Behauptungen Marcello Nizzas. Der Tourist half bei dem Rettungseinsatz und stellte sein Boot zur Verfügung. „Als mein Boot zu voll war und zu kentern drohte, fragten wir bei der Küstenwache an und baten darum, dass sie übernehmen“, erzählte Nizza. „Sie haben geantwortet, das könnten sie nicht. Sie müssten noch das Protokoll abwarten. Unglaublich.“

Die Küstenwache weist die Vorwürfe zurück. Der Notruf sei erst um sieben Uhr morgens erfolgt, sagte Kommandant Felicio Angrisano. Bereits 14 Minuten später hätten die Patrouillenboote den Unglücksort erreicht. „Es handelt sich dabei um die Patrouille, die drei Stunden zuvor bereits ein weiteres Schiff mit 463 Flüchtlingen an Bord gerettet hatte“, sagte Angrisano. „Bei uns überwiegt die Trauer um die Opfer. Allerdings sind wir auch von Zufriedenheit erfüllt. Es ist ein Wunder, 155 Menschenleben gerettet zu haben.“ Über die Kritik sei die Küstenwache enttäuscht und zornig. „Ich will daran erinnern, dass wir seit Jahresanfang 30.349 Personen gerettet haben.“

Italien diskutiert nun über die eigene Asylgesetzgebung. Im Mittelpunkt steht das Gesetz Bossi-Fini, das nach den beiden rechtskonservativen Politikern Umberto Bossi und Gianfranco Fini benannt ist. Es sieht vor, dass Flüchtlinge bis zu 18 Monate zum Zweck der Identifikation in Auffangzentren festgehalten werden dürfen. Zudem ist die Immigration ohne Aufenthaltsgenehmigung eine Straftat. Immigrationsministerin Cécile Kyenge spricht sich dafür aus, den Straftatbestand abzuschaffen und die Auffangzentren zu vergrößern.

Load-Date: October 7, 2013

Politik Kompakt; Zuwanderung: Blue Card lockt nur 2500 Ausländer nach Deutschland ++ RAF: Kohl bot sich 1977 als Geisel für Schleyer an ++ Organspende: Zwei Drittel der Deutschen zweifeln am System ++ Syrien: Rebellen vermelden Erfolge im Kampf gegen Regierung ++ China: Peking fordert Nordkorea zu Atom-Gesprächen auf

Die Welt

Samstag 27. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 173

Length: 649 words

Body

Zuwanderung

Blue Card lockt nur 2500 Ausländer nach Deutschland

Die vor einem Jahr eingeführte Blue Card für hoch qualifizierte Fachkräfte trifft im Ausland kaum auf Resonanz. Von den bislang knapp 9000 verteilten Blauen Karten gingen rund 70 Prozent an Ausländer, die sich bereits in Deutschland aufhielten. Bis zum 30. Juni zählte das zuständige Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) 8879 Blue-Card-Inhaber. Davon waren 2536 Personen (28,56 Prozent) wegen der Blauen Karte eingereist, teilte das Bundesamt auf Anfrage der „Welt“ mit. „Bei den restlichen Inhabern liegt ein Statuswechsel aus einem anderen Aufenthaltsstatus heraus vor.“ Die meisten Blue-Card-Besitzer kamen aus Indien (1971), gefolgt von China (775) und Russland (597). Das Bürgerkriegsland Syrien ist mit 389 Akademikern ebenfalls stark vertreten. Außerdem haben Hochschulabsolventen aus Drittstaaten seit dem 1. August 2012 das Recht, für ein halbes Jahr nach Deutschland zu kommen, um sich eine Stelle zu suchen, wenn sie sich in dieser Zeit selbst finanzieren können. Von dieser Regelung machten nach Angaben des BAMF bis zum Stichtag 30. Juni gerade einmal 81 Ausländer Gebrauch.

RAF

Kohl bot sich 1977 als Geisel für Schleyer an

Der damalige CDU-Vorsitzende Helmut Kohl wollte sich nach Darstellung von Altkanzler Helmut Schmidt (SPD) im Herbst 1977 während der Entführung von Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer als Geisel zur Verfügung stellen. „Nicht ehrenhaft, es war verrückt. Die Idee, sich als Geisel gegen Hanns-Martin Schleyer austauschen zu lassen, war eine Schnapsidee“, sagte Schmidt in der „Süddeutschen Zeitung“. Seine eigene Entscheidung, die

Politik Kompakt Zuwanderung: Blue Card lockt nur 2500 Ausländer nach Deutschland ++ RAF: Kohl bot sich 1977 als Geisel für Schleyer an ++ Organspende: Zwei Drit....

Forderungen der RAF abzulehnen und den Austausch Schleyers gegen inhaftierte Häftlinge zu verweigern, sei zu diesem Zeitpunkt längst gefallen gewesen.

Organspende

Zwei Drittel der Deutschen zweifeln am System

Nur knapp jeder dritte Bundesbürger befürwortet die Organspende. Wie eine Umfrage für die „Leipziger Volkszeitung“ ergab, haben nur 33 Prozent der Menschen im Osten und 29 Prozent der westdeutschen Bevölkerung Vertrauen in das System. Zwei Drittel seien nach den jüngsten Skandalen um die Vergabe von Spenderorganen dagegen nicht mehr sicher, ob „alles mit rechten Dingen zugeht“. Gut vier von zehn Bundesbürgern (41 Prozent) wären grundsätzlich zwar bereit zu spenden, könnten sich aber noch nicht zum Ausfüllen eines Spenderausweises durchringen.

Syrien

Rebellen vermelden Erfolge im Kampf gegen Regierung

In Syrien haben die Rebellen eigenen Angaben zufolge deutliche Erfolge im Kampf gegen die Einheiten von Präsident Baschar al-Assad erzielt. Sowohl im Norden als auch im Süden des Landes seien Stellungen der Armee eingenommen worden, hieß es am Freitag. Bei einer Offensive zu Wochenbeginn in der Stadt Chan al-Assal seien mehr als 150 Soldaten getötet worden, teilte die oppositionelle Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte mit. 51 der Soldaten seien hingerichtet worden. Auf YouTube wurde ein Video einer Rebellengruppe verbreitet, auf dem rund 30 blutverschmierte Leichen junger Männer zu sehen sind, die vor einer Wand übereinandergelegt wurden.

China

Peking fordert Nordkorea zu Atom-Gesprächen auf

Im Streit über das nordkoreanische Atomprogramm hat China sein isoliertes Nachbarland zu Verhandlungen aufgefordert. Man werde darauf bestehen, dass es auf der Koreanischen Halbinsel keine Atomwaffen geben dürfe, sagte Vizepräsident Li Yuanchao bei einem Besuch in Pjöngjang laut Mitteilung des Außenministeriums. Es müsse einen Dialog geben, um den Konflikt friedlich beizulegen. Die Beziehungen zwischen Pjöngjang und Peking sind nach einer Serie nordkoreanischer Raketentests angespannt. Das Gespräch von Li mit Staatschef Kim Jong-un war die wichtigste Begegnung zwischen Vertretern beider Länder, seit Kim im Dezember 2011 die Macht übernahm. Li bekräftigte, sein Land unterstützt die Wiederaufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche.

Load-Date: July 27, 2013

Tierisch

Die Welt

Freitag 25. Mai 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Kopfnoten; S. 3; Ausg. 121

Length: 282 words

Byline: Annette Proisinger

Body

Note 3 Seine erfolgreiche **Migrationsgeschichte** ist sein Problem: Der in Nordamerika beheimatete Waschbär kam in Europa einst nur auf Pelzfarmen vor. Dann wurden 1934 einige Exemplare in Hessen ausgesetzt. Und heute klagen viele Städte über eine Waschbärplage. Haupttodesursachen des deutschen Waschbären sind Verkehrsunfälle - und Schüsse, gerade vermeldet Niedersachsen einen Jagdrekord: 6400 erlegte Tiere im Jahr 2010.

Note 1 Berlin ist arm, aber reich an Unordnung, Bäumen, Büschen, Brachen und Überwucherungen. Ein gemütlicher Schlendrian, in dem sich viele wohlfühlen. Auch die Nachtigall: Bis zu 3200 Exemplare sollen in Berlin leben, in keiner deutschen Stadt gibt es mehr. Wegen des unablässigen Verkehrslärms singt die Berliner Nachtigall sogar besonders laut - zum Entzücken all ihrer Zuhörer, die nachts gebannt vom Balkon zuhören.

Note 2 Kein Osterfest ohne den einzig wahren Schokohasen, genau, den mit dem roten Halsband und dem Glöckchen daran. Aus der Schweiz stammt er, doch die EU konnte er nicht von seiner Einzigartigkeit überzeugen: Die Klage von Lindt und Sprüngli, die das Schokotier als europäische Marke schützen lassen wollten, wies der Europäische Gerichtshof zurück. Also muss der Goldhase weiter mit Konkurrenz leben - das schafft er schon.

Note 5 Die Zeiten, da junge Männer Körperpflege für persönlichkeitsgefährdend hielten, sind vorbei: Heute wird geduscht, gegelt, gesprüht, gern mehrfach am Tag. Doch gibt es noch Vertreter alter Schule, und dazu gehört Mario Gomez. Der Fußballspieler bekannte sich nun in einer Illustrierten dazu, sich wenig um sein Aussehen zu kümmern, morgens reiche „Zähneputzen, und ab geht's zum Training“. Klarer Fall von Katzenwäsche.

Load-Date: September 12, 2012

Eine Frau kämpft gegen „Ehrenmorde“; Die in der Türkei geborene Autorin Serap Cileli will in ganz Deutschland Gedenksteine für die Opfer errichten

Die Welt

Freitag 15. März 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; S. 27; Ausg. 63

Length: 1034 words

Byline: Claudia Becker

Highlight: In Hagen beginnt an diesem Freitag der Prozess gegen vier Verwandte der 2008 getöteten Iptehal Z.

Body

Iptehal Z. liebte das Leben. So wie eine 20-Jährige, die wunderschön und verliebt ist, das Leben nur lieben kann. Die junge Libanesin aus Schwerte hatte gerade den Hauptschulabschluss nachgemacht. Sie arbeitete in einem Kindergarten als Praktikantin, weil sie Erzieherin werden wollte. Ihre Mutter hätte stolz auf sie sein können. Aber Iptehals Familie war entsetzt über den Lebensstil der Tochter, die kein Kopftuch trug, die ein selbstbestimmtes Leben führen wollte und einen Freund hatte, mit dem ihre Familie nicht einverstanden war. Die Brüder und die Mutter terrorisierten sie derart, dass sie irgendwann in ein Frauenhaus nach Iserlohn floh. Ihr Leben rettete das nicht. Ihr Leben endete am 31. August 2008 auf dem Rastplatz Sterbecker Siepen an der A 45 bei Lüdenscheid. Ihre Familie hatte beschlossen, dass sie sterben muss. Sie wurde mit drei Schüssen aus nächster Nähe erschossen. Im Januar 2010 wurde ihr Cousin Ezzedin zu 14 Jahren Haft verurteilt. Von Freitag an stehen in Hagen vier weitere Verwandte vor Gericht, die an der Tat beteiligt gewesen sein sollen.

Iptehal ist nur eine von vielen jungen Frauen aus Migrantenfamilien, die sterben mussten, weil sie so leben wollten, wie es ihnen gefiel. Wie viele es genau sind, lässt sich schwer ermitteln. Das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, das 2011 im Auftrag des BKA eine Studie zu „Ehrenmorden“ erstellt hat, schätzt die Zahl auf etwa zwölf pro Jahr.

Die Autorin Serap Cileli („Eure Ehre - unser Leid“, Blanvalet) hat selbst erlebt, wie unbarmherzig die Strukturen in muslimischen Familien sein können. 1966 in der Türkei geboren, kam sie 1974 mit ihren fünf Geschwistern nach Deutschland. Als Serap 15 war, verheirateten sie ihre Eltern mit einem zehn Jahre älteren Mann in der Türkei. Serap wollte nicht. Sie musste, durchlitt sieben Jahre lang eine unglückliche Ehe, bis sie sich scheiden lassen durfte. 1992 planten die Eltern eine erneute Zwangsverlobung. Doch Serap Cileli floh mit ihren zwei Kindern in ein Frauenhaus.

Heute lebt sie mit ihrem Mann in Süddeutschland und kämpft für die Rechte muslimischer Frauen. Ihr Verein Peri - Verein für Menschenrechte und Integration (www.peri-ev.de (<http://www.peri-ev.de>)) hilft Menschen aus

Eine Frau kämpft gegen „Ehrenmorde“ Die in der Türkei geborene Autorin Serap Cileli will in ganz Deutschland Gedenksteine für die Opfer errichten

Migrantenfamilien, die bedroht sind von Gewalt, von Zwangsverheiratungen und „Ehrenmord“. Peri organisiert Fluchthilfe und bietet anonyme Schutzräume. Zu den Menschen, denen der Verein hilft, gehören auch Männer. Homosexuelle, Männer, die gezwungen werden sollen, eine Frau aus der Türkei zu heiraten. Aber die Mehrzahl der Menschen, die sich an Peri wenden, sind weiblich. „Rund 800 Frauen und Mädchen haben wir bei ihren Versuchen, sich aus ihrer Familie zu lösen, unterstützt“, sagt sie. „Aber die meisten haben Angst vor der Freiheit. Es sind vielleicht zehn, die sich wirklich langfristig befreit haben.“ Cileli lässt sich nicht entmutigen. Wenn sie nur zehn Frauen geholfen hat, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, dann hat es sich gelohnt. Sie lässt sich auch nicht von der Kritik klein kriegen, die ihr in Vorträgen entgegenschlägt. „Es sind immer wieder gebildete junge türkische Frauen, die mir sagen: ‚So etwas gibt es in der türkischen Kultur nicht!‘ Tatsächlich zieht sich das Phänomen in der Türkei durch alle Bevölkerungsgruppen und Schichten.“

Nein, der „Ehrenmord“ wird nicht im Koran gefordert. „Aber die Rolle der Frau im Islam“, sagt sie, „ist der Antrieb, Frauen im Namen der Ehre zu töten.“ Denn der „Ehrenmord“ ist das Ergebnis einer patriarchalischen Familienstruktur, die absoluten Gehorsam von Mädchen und Frauen verlangt.

Politisch korrekt ist das nicht, was Serap Cileli sagt. Sie ist sogar der Ansicht, dass es die Angst ist, Dinge beim Namen zu nennen, die „Ehrenmorde“ befördert. „Es ist ein Problem, dass sich Migranten so schnell in die Opferrolle begeben“, sagt sie, „wenn man betont: ‚Bei Euch passieren Dinge, die die Menschenrechte verletzen.‘ Die deutsche Politik ist dann gleich in einer Duckhaltung. Das führt uns nicht weiter. Humanismus und Toleranz sind die Säulen, auf denen Europa ruht. Das Bewusstsein für diese Werte darf nicht von der Integrationspolitik getrennt werden.“

Parteilpolitisch lässt sie sich nicht einordnen. Sie hat großen Respekt vor Berlin-Neuköllns SPD-Bürgermeister Heinz Buschkowsky, der für mehr Aufrichtigkeit in der Integrationsdebatte eintritt und u. a. eine Kindergartenpflicht fordert. Ihr Vorbild ist Clara Zetkin und ihr Motto: ‚Keine Sonderrechte, sondern Menschenrechte für jede Frau‘. Aktuell kämpft sie deutschlandweit für die Errichtung von Gedenksteinen für „Ehrenmord“-Opfer. In Detmold, Wohnort der 2011 von ihrer Familie getöteten deutschkurdischen Jesidin Arzu Ö., hat ihr Verein es schon versucht. Bisher ohne Erfolg. Sie geben nicht auf.

Vielleicht wird irgendwann ein Stein an Iptehal Z. erinnern. 33 Termine sind für die an diesem Freitag in Hagen beginnenden Verhandlungen anberaumt, die wie der vor wenigen Wochen in Detmold gegen Fendi Ö. geführte Prozess zeigen könnten, dass die Justiz schärfer gegen die Verantwortlichen für „Ehrenmorde“ vorgeht und ganze Familienverbände zur Verantwortung zieht. Das Detmolder Gericht hatte Fendi Ö., Vater der 18-jährigen Arzu, die wegen ihrer Liebesbeziehung zu einem Deutschen von ihrem Bruder erschossen wurde, wegen Beihilfe zum Mord durch Unterlassung und gefährlicher Körperverletzung zu sechseinhalb Jahren Haft verurteilt.

In Hagen stehen, fünf Jahre nach dem Mord an Iptehal A., zwei Onkel und ein Bruder der jungen Frau vor Gericht. Der 2010 verurteilte Cousin hatte angegeben, das Mädchen an den Füßen festgehalten zu haben, während sein Onkel Hussain K. dem Opfer ins Gesicht schoss. Hussain K. soll sich noch in der Tatnacht ins Ausland abgesetzt haben. 2012 wurde er in Finnland festgenommen. Unmittelbar darauf sagte Iptehals Bruder der Polizei, dass er seine Schwester erschossen hätte. Zum Zeitpunkt der Tat war er 16 Jahre alt. Angeklagt ist auch Iptehals Mutter. Asysa K. soll ihre Tochter unter einem Vorwand gebeten haben, doch vor Ramadam aus dem Frauenhaus nach Hause zu kommen.

Wie glücklich muss Iptehal über die Einladung gewesen sein, die sie annahm. Iptehal liebte ihre Familie. Am nächsten Morgen war sie tot.

Graphic

Eine Frau kämpft gegen „Ehrenmorde" Die in der Türkei geborene Autorin Serap Cileli will in ganz Deutschland Gedenksteine für die Opfer errichten

Serap Cileli sagt klare Worte: „Die Rolle der Frau im Islam ist der Antrieb, Frauen im Namen der Ehre zu töten"

dpa Picture-Alliance / Horst Galuschka

Load-Date: March 15, 2013

End of Document

Bildung Kompakt; Bildungsföderalismus: Ein Drittel aller Schüler hat Probleme ++ Schulen: Ifo-Institut: Frühe Trennung senkt Gesamtniveau

Die Welt

Samstag 16. Februar 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FINANZEN; Kompakt; S. 21; Ausg. 40

Length: 289 words

Body

Bildungsföderalismus

Ein Drittel aller Schüler hat Probleme

Das deutsche Bildungssystem produziert nach Ansicht des Bildungsverbands Didacta zu viele Verlierer. Ein Drittel der Schüler habe mit dem aktuellen System enorme Schwierigkeiten - darunter überproportional viele Jungen, Kinder aus bildungsfernen Schichten und mit **Migrationshintergrund**, sagte Verbandspräsident Wassilios Fthenakis. Dringend nötig sei ein einheitlicher Bildungsplan, der das „Wirrarr“ unter den 16 Bundesländern mit ihren unterschiedlichen Standards ablösen solle. Zwar werde es ab August einen Anspruch auf einen Kita-Platz für Unter-Dreijährige geben. Eine hohe Bildungsqualität sei damit aber noch nicht gewährleistet in den entscheidenden Jahren der Kindesentwicklung, sagte Fthenakis.

Schulen

Ifo-Institut: Frühe Trennung senkt Gesamtniveau

Die Aufteilung der bayerischen Haupt- und Realschüler schon nach der vierten Klasse hat die Leistung von Schülern beider Schulformen sinken lassen. Besonders die Zahl leistungsschwacher Hauptschüler nahm zu, wie aus einer aktuellen Studie des Ifo-Instituts hervorgeht. Ursache könne mangelnder Leistungsanreiz in den fünften und sechsten Klassen sein, in denen die Entscheidung über die Aufteilung der Schüler ja bereits gefallen ist. Auch verringere eine frühere Aufteilung die Wahrscheinlichkeit, dass Schüler dem „richtigen Schultyp“ zugewiesen werden. Während zahlreiche europäische Länder in den letzten Jahrzehnten Schulsysteme für ein längeres gemeinsames Lernen einführten, ging Bayern im Jahr 2000 mit der flächendeckenden Einführung der sechsstufigen Realschule den entgegengesetzten Weg. Statt wie zuvor nach der sechsten Klasse, wurden Haupt- und Realschüler nunmehr schon nach der vierten Klasse aufgeteilt.

Load-Date: February 16, 2013

Bildung Kompakt Bildungsföderalismus: Ein Drittel aller Schüler hat Probleme ++ Schulen: Ifo-Institut: Frühe
Trennung senkt Gesamtniveau

End of Document

**Deutschland Kompakt II; Asyl: Friedrich fordert Reaktion von
Herkunftsländern ++ Nürburgring-Prozess: Kabinett genehmigt Beck
öffentliche Aussage ++ Mindestlohn: 8,50 ++ BayernLB: Landtag muss
teuren Käufen künftig zustimmen**

Die Welt

Mittwoch 21. November 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 273

Length: 630 words

Body

Asyl

Friedrich fordert Reaktion von Herkunftsländern

Angesichts der steigenden Zahl der **Asylbewerber** vom Balkan macht Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) Druck auf die Herkunftsländer. „Wir erwarten von diesen Regierungen, dass sie ihre Menschen ordentlich behandeln“, sagte Friedrich im Bundestag. Sein Ministerium habe bereits die Botschafter von Serbien und Mazedonien zu einem Gespräch gebeten, um ihnen klarzumachen, „dass wir das so nicht akzeptieren“. Das Gespräch fand nach Angaben seines Ministeriums im Oktober statt. Die Zahl **asylsuchender** Serben und Mazedonier war in den vergangenen Monaten stark gestiegen. Unter ihnen waren viele Angehörige der Roma-Volksgruppe, die über Diskriminierung in ihrer Heimat klagen. Die Anerkennungsquote als politische **Flüchtlinge** liegt allerdings nahezu bei null. Friedrich verwies darauf, dass Serbien und Mazedonien hohe Beträge aus EU-Hilfsmitteln erhielten. Den Menschen „müssen wir in ihren Ländern helfen“, sagte der Minister. „Es ist nicht in Ordnung, dass Menschen zu uns kommen als Wirtschaftsflüchtlinge.“ Unterdessen dürfen **Asylbewerber** in Hessen künftig innerhalb des Bundeslandes frei bewegen. Bislang war dafür eine Sondergenehmigung notwendig. Das Kabinett hat die sogenannte Residenzpflicht gestrichen. Innenminister Boris Rhein (CDU) sprach von einem „Schritt zu mehr Menschlichkeit“.

Nürburgring-Prozess

Kabinett genehmigt Beck öffentliche Aussage

Das rheinland-pfälzische Kabinett hat Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) und seinen Ministern von 2009 erlaubt, im Nürburgring-Prozess auszusagen. Das teilte die Staatskanzlei in Mainz mit. Im Falle der Minister, die auch Mitglieder des Landtags sind, stehe aber noch eine Genehmigung des Parlaments aus. Dieses werde sich am 12.

Deutschland Kompakt II Asyl: Friedrich fordert Reaktion von Herkunftsländern ++ Nürburgring-Prozess:
Kabinett genehmigt Beck öffentliche Aussage ++ Mindestlohn:....

Dezember damit beschäftigen. Beck sagte nach der Entscheidung: „Wir haben überhaupt keinen Grund gesehen, dem nicht zuzustimmen.“ Vor dem Landgericht Koblenz läuft ein Untreueverfahren gegen den ehemaligen Landesfinanzminister Ingolf Deubel (SPD) und fünf weitere Manager wegen der gescheiterten Privatfinanzierung des Ringausbaus. Der scheidende Ministerpräsident Beck hat mehrfach zugegeben, in der Affäre politische Fehler begangen zu haben.

Mindestlohn

8,50

Euro Mindesteinkommen pro Stunde hat der Hamburger Senat für städtische Unternehmer und Auftraggeber beschlossen. Unternehmen, die sich um Zuwendungen oder in Vergabeverfahren bewerben, müssen sich demnach künftig verpflichten, ebenfalls den neuen Mindestlohn sicherzustellen. Sozialsenator Detlef Scheele (SPD) bezeichnete den Beschluss als „wesentlichen Beitrag des Senats zur Ordnung am Arbeitsmarkt“. Der Senat habe gehandelt, da die Einführung eines bundesweit gesetzlichen Mindestlohnes mehrfach gescheitert war und in Hamburg acht Prozent aller Beschäftigten, die in städtischen Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten arbeiteten, weniger als 8,50 Euro je Stunde verdienten.

BayernLB

Landtag muss teuren Käufen künftig zustimmen

Die Bayerische Landesbank (BayernLB) soll künftig bei teuren Käufen vom Landtag kontrolliert werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf beschloss das bayerische Kabinett, wie Finanzminister Markus Söder (CSU) mitteilte. Demzufolge muss der Haushaltsausschuss des Parlaments künftig jedem Kauf durch die Landesbank im Wert von mehr als 500.000 Euro zustimmen. Damit wird eine Konsequenz aus dem umstrittenen Erwerb der österreichischen Hypo Group Alpe Adria (HGAA) im Jahr 2007 gezogen. Dadurch hatte die BayernLB 3,7 Milliarden Euro in den Sand gesetzt. Außerdem sollen dem Verwaltungsrat der Bank spätestens zum 1. Juli nächsten Jahres keine Politiker mehr angehören. Der Verwaltungsrat wird in Aufsichtsrat umbenannt. Änderungen bei den Gremien war eine Forderung von Koalitionspartner FDP. Söder betonte, die BayernLB werde „entpolitisiert“.

Load-Date: January 26, 2013

Lesen: sehr gut; Zwei Studien zeigen, dass Deutschlands Grundschüler besser werden. Vor allem Kinder von Migranten holen auf. Die Talente der Besten bleiben jedoch häufig ungenutzt

Die Welt

Mittwoch 12. Dezember 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 6; Ausg. 291

Length: 1134 words

Byline: Thomas Vitzthum

Highlight: Seit 2001 ist die Zahl der Schüler, die gerne gedruckte und digital publizierte Texte lesen, signifikant gestiegen. Kultusministerkonferenz bietet dem Bund an, über ein neues Programm zum Ausbau von Ganztagschulen zu sprechen.

Body

Die vergangenen zehn Jahre werden als Epoche der Digitalisierung ins kollektive Gedächtnis eingehen; als das Handy zum Smartphone wurde und online ging, Computerspiele sich der Tiefe und Brillanz von Kinofilmen anließen, das klassische Buch entblättert und zum E-Book wurde. Goldene Jahre für Kulturpessimisten. Was sollte schon noch aus der jüngsten Generation werden, die gerade geboren worden war? Kulturtechniken wie das Lesen würden dem Untergang geweiht sein. Natürlich. Die VerSMSung der Welt drohte. Soweit die Prophezeiung der apokalyptischen Besserwisser.

Doch ausgerechnet die Ureinwohner der digitalen Welt, Schüler, die heute zwischen fünf und zehn Jahre alt sind, begeistern sich mehr als je zuvor für Bücher, für Texte, für Geschichten. 2001 betrug der Anteil der Schüler, die in ihrer Freizeit nie zum Spaß lasen, noch 18 Prozent. Zehn Jahre später waren es noch elf Prozent. Nur jedes neunte Kind in Deutschland liest nichts über das hinaus, was es lesen muss. Sieht so der Kulturverfall aus? „Die Kinder sind lesefreudiger geworden, allen Unkenrufen zum Trotz. Sie lesen gern und lesen viel“, sagt der Schulforscher Wilfried Bos vom Institut für Schulentwicklungsforschung der TU Dortmund. Zum dritten Mal hat Bos mit der Iglu-Studie das Leseverhalten und die Leseleistung von Deutschlands Grundschulern untersucht. In der TIMSS-Studie wurden gleichzeitig die Fähigkeiten in Mathematik und Naturwissenschaften geprüft.

Was Schüler genau lesen, darüber hat die Studie zwar keine Erkenntnisse, aber, so Bos: „Es handelt sich um Texte, gedruckte und digitale, es geht nicht darum, dass die Schüler SMS oder Chats lesen.“ Was die Leseleidenschaft angeht, rangieren deutsche Schüler damit im internationalen Vergleich mittlerweile im obersten Drittel. Das Land hat deutlich aufgeholt. Noch lieber lesen etwa die kleinen Litauer, Russen und Rumänen. Wenn es allerdings darum geht, Gelesenes zu verarbeiten, also dessen Inhalt wiederzugeben oder daraus

Lesen: sehr gut Zwei Studien zeigen, dass Deutschlands Grundschüler besser werden. Vor allem Kinder von Migranten holen auf. Die Talente der Besten bleiben jedo....

Handlungsanweisungen abzuleiten, konnten deutsche Schüler lediglich ihr Niveau, das schon 2001 ermittelt wurde, halten. Gegenüber der Untersuchung 2006 ist Deutschland sogar zurückgefallen. Wilfried Bos will dennoch nicht von einem schlechten Ergebnis sprechen. „Das ist keine Stagnation, sondern wir konnten uns auf hohem Niveau halten, trotz erswerter Bedingungen.“

Die ersweren Bedingungen, von denen Bos spricht, meinen die Entwicklung der Zusammensetzung der Schülerschaft in Deutschland. Der Präsident der Kultusministerkonferenz, Hamburgs Bildungssenator Ties Rabe (SPD) geht davon aus, dass es heute wesentlich mehr Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern gibt als noch 2001. Das hängt wesentlich mit einem großen Plus bei den Kindern zusammen, deren Eltern nichtdeutscher Herkunft sind. „2001 hatten 22,2 Prozent der Grundschüler einen Migrationshintergrund, 2012 sind es 27,7 Prozent“, erläutert Rabe.

In Anbetracht dieser Fakten ist Deutschlands Positionierung im oberen Drittel eine gute Nachricht, auch wenn immer noch 19,3 Prozent in Mathematik, 15,4 Prozent im Lesen und 22 Prozent in Naturwissenschaften nicht die unterste Kompetenzstufe erklimmen. „Rund 20 Prozent, die die Mindestanforderungen nicht erreichen, sind deutlich zu viele“, sagt Cornelia Quennet-Thielen, Staatssekretärin im Bundesbildungsministerium. Sie fordert die Länder auf, vor allem in die Qualität der Ganztagschulen zu investieren. Der Bund kann seit der Föderalismusreform 2006 dabei nicht mehr helfen. „Das Grundgesetz erlaubt das nicht“, sagt Quennet-Thielen. Senator Rabe signalisiert jedoch, dass man über eine Neuauflage des Ganztagschulprogramms sprechen solle, das vor der Reform noch gestartet wurde und 2009 auslief. „Wir sollten mit dem Bund zu einer Einigung kommen“, sagt Rabe.

Zu jenen Schülern, die in den aktuellen Untersuchungen aufgeholt haben, gehören die Kinder von Migranten. Hätten sich ihre Leistungen nicht deutlich verbessert, hätte Deutschland seine Position nicht halten können. Dieser Befund deckt sich mit jenem der jüngsten Pisa-Studie aus dem Jahr 2009. Sie widmete sich ebenfalls dem Thema Lesen. Pisa betrachtet die Leistungen der 15-Jährigen im internationalen Vergleich. Hier zeigte sich ebenfalls, dass der Unterschied zwischen Kindern deutscher und nichtdeutscher Herkunft abgenommen hat. Die weiterführenden Schulen können offenbar auf dem guten Unterricht an den Grundschulen aufbauen.

Ein Glück für die Grundschulen ist offenbar, dass es kaum Elternhäuser gibt, in denen nie Deutsch gesprochen wird - ähnlich wie bei der Leseleidenschaft räumt die Studie damit mit einem Vorurteil auf. Von den 4000 Schülern aus allen Bundesländern, die für Iglu und TIMSS geprüft wurden, sprachen nur 0,8 Prozent zu Hause nie Deutsch. Mehrsprachigkeit, so folgern die Autoren, gehört für jedes fünfte Grundschulkind mittlerweile zum Alltag. Gleichwohl beträgt der Leistungsunterschied, auch wenn er geringer wird, in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften teilweise noch immer fast ein Schuljahr.

Der Vergleich der aktuellen Studien mit der letzten Pisa-Studie lohnt noch aus einem weiteren Grund: Schon bei Pisa zeigte sich, dass in Deutschland die Schlechten besser werden, die Besten sich aber nicht mehr steigern. Tatsächlich fiel ihr Beitrag an den guten Ergebnissen sogar eher geringer aus. Das gleiche Bild in der Grundschule. Nicht einmal zehn Prozent der deutschen Grundschüler erreichen die höchste Kompetenzstufe. In Naturwissenschaften ging der Wert sogar seit 2001 von 9,6 auf 7,1 Prozent zurück. Beim Lesen stieg er von 8,6 auf 9,5 Prozent, was statistisch aber fast zu vernachlässigen ist. „Wir brauchen Angebote für die Spitzengruppe“, sagt Quennet-Thielen. Man habe nun zehn Jahre vor allem über die Schwächsten im Schulsystem geredet, nun müsse man sich auch wieder einmal den Besten zuwenden. Dem pflichtete auch der Präsident der Kultusminister bei.

Neu ist die Erkenntnis allerdings wahrlich nicht. Zum einen gab es die Pisa-Studie, zum anderen kritisiert etwa der deutsche Philologenverband seit Langem, dass sich die Reformbemühungen der Länder ganz vom Anspruch verabschiedet hätten, gerade auch die Besten nach ihren Möglichkeiten zu fördern. Ohne eine solche explizite Elitenförderung wird Deutschland in internationalen Schulleistungstests aber kaum in die Spitzengruppe vorrücken können. Dort befinden sich keineswegs nur asiatische Staaten wie Japan oder Singapur, wo ganztägiger, extrem auf Leistung ausgerichteter Unterricht und professionelle Nachhilfe zum Standard gehören. Auch europäische Staaten schaffen es, ihre Besten wesentlich stärker zu fördern. Beim Lesen etwa Russland, England oder Ungarn. In Naturwissenschaften Tschechien, Schweden, wiederum England und die Russische Föderation.

Lesen: sehr gut Zwei Studien zeigen, dass Deutschlands Grundschüler besser werden. Vor allem Kinder von Migranten holen auf. Die Talente der Besten bleiben jedo....

„Wir konnten uns auf hohem Niveau halten, trotz erschwelter Bedingungen" Wilfried Bos, Bildungsforscher

Load-Date: January 26, 2013

End of Document

Deutschland Kompakt II; Beschneidung: Landesbischof unterstützt jüdische Gemeinden ++ Medienpreis: EZB-Präsident Draghi wird ausgezeichnet ++ Hamburg: Hansestadt erhält Helmut-Schmidt-Schule ++ Stuttgart 21: Grüne stellen klar: kein Nachschlag ++ Asyl: EU-Gericht stärkt Recht religiös Verfolgter

Die Welt

Donnerstag 6. September 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 209

Length: 620 words

Body

Beschneidung

Landesbischof unterstützt jüdische Gemeinden

Der bayerische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm ist nach Charlotte Knoblochs Äußerungen in der Beschneidungsdebatte „erschüttert“. Es sei unerträglich, wenn Juden in Deutschland heute die Frage stellten, ob ihre Religionsgemeinschaft in diesem Land noch eine Zukunft habe, sagte Bedford-Strohm. Knoblochs Wortmeldung müsse ein Weckruf für Politik und Zivilgesellschaft sein. Die frühere Präsidentin des Zentralrats der Juden schreibt in der „Süddeutschen Zeitung“: „Ich frage mich ernsthaft, ob dieses Land uns noch haben will.“ Die Juden in Deutschland seien in einer „Situation, wie wir sie seit 1945 hierzulande nicht erlebt haben“. Unterdessen zeigte sich Außenminister Guido Westerwelle (FDP) überzeugt, dass rasch Rechtssicherheit geschaffen werde für religiöse Beschneidungen von Knaben. Jüdisches Leben in Deutschland müsse ohne jede Einschränkung möglich sein, sagte er der „Jüdischen Allgemeinen“.

Medienpreis

EZB-Präsident Draghi wird ausgezeichnet

Der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, erhält am heutigen Donnerstag in Potsdam den M100-Medien-Preis. Damit soll er nach Veranstalterangaben für sein Engagement bei der Lösung der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise geehrt werden. Die Entscheidung für die Auszeichnung traf der journalistische Beirat der Medienkonferenz M100 Sanssouci Colloquium. Die Hauptrede zur Preisverleihung hält Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Außerdem treten der Aufsichtsratschef der Deutschen Bank, Paul Achleitner, und

Deutschland Kompakt II Beschneidung: Landesbischof unterstützt jüdische Gemeinden ++ Medienpreis: EZB-Präsident Draghi wird ausgezeichnet ++ Hamburg: Hansestadt....

Ferrari-Präsident Luca di Montezemolo als Laudatoren für Draghi auf. Der Mediengipfel beschäftigt sich in diesem Jahr mit der Krise in Europa.

Hamburg

Hansestadt erhält Helmut-Schmidt-Schule

Hamburg bekommt eine Helmut-Schmidt-Schule zu Ehren des Altkanzlers. Das Gymnasium Kirchdorf/Wilhelmsburg wird am 5. November umbenannt. Auch der 93-jährige SPD-Politiker wird zu dem Festakt erwartet, wie eine Sprecherin der Schule sagte. Erst im August war eine andere Schule in der Hansestadt nach der verstorbenen Ehefrau des Altkanzlers, Loki Schmidt (1919-2010), benannt worden. Wilhelmsburg war einer der Hamburger Stadtteile, die von der großen Sturmflut vor 50 Jahren besonders stark betroffen waren. Schmidt ist als damaliger Innensenator mit seinem unbürokratischen Krisenmanagement in die Geschichte eingegangen.

Stuttgart 21

Grüne stellen klar: kein Nachschlag

Die regierenden Grünen haben eine Beteiligung des Landes an Mehrkosten für das Bahnprojekt Stuttgart 21 erneut kategorisch ausgeschlossen. Das gelte auch für mögliche millionenschwere Verbesserungen am Flughafenbahnhof, wie Vizefraktionschef Andreas Schwarz am Mittwoch bekräftigte. Hintergrund ist ein Brief der Bahn, nach dem die Verbesserungen 70 bis 80 Millionen Euro kosten könnten. „Es gilt das, was das Land im letzten Jahr beschlossen hat. Die Beteiligung ist auf 930 Millionen Euro gedeckelt. Der Kostendeckel gilt heute und morgen“, sagte Schwarz.

Asyl

EU-Gericht stärkt Recht religiös Verfolgter

Wer in seinem Heimatland wegen der Ausübung seiner Religion verfolgt wird, hat Anspruch auf Asyl in der EU - jedenfalls dann, wenn die zu befürchtenden Übergriffe „gravierend“ genug sind. Dieses Urteil fällt der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg. Bei der Zuerkennung des Flüchtlingsstatus spiele es keine Rolle, ob die freie Ausübung des Glaubens im öffentlichen Raum oder in privaten Räumen sanktioniert werde. Das Bundesverwaltungsgericht bat den EuGH um Auslegung des europäischen Rechts, nachdem zwei pakistanische Asylbewerber in Deutschland um Zuflucht gebeten hatten. Ihre Glaubensgemeinschaft wird von den mehrheitlich sunnitischen Muslimen im Land wegen „Gotteslästerung“ verfolgt.

Load-Date: January 5, 2013

Schengen kontrolliert wieder; Bei einem Ansturm von Einwanderern soll ein Land seine Grenzen schließen dürfen - bis zu zwei Jahre lang. In Hamburg sind Hunderte Flüchtlinge aus Afrika gestrandet

Die Welt

Freitag 31. Mai 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 4; Ausg. 124

Length: 978 words

Byline: Manuel Bewarder

Claudia Ehrenstein

Tobias Bayer

Martin Lutz

Body

Europas Staaten können künftig in einem weiteren Ausnahmefall wieder selbst ihre Grenzen kontrollieren. Auf diese Reform der Reisefreiheit im Schengenraum haben sich die Staaten der Europäischen Union, das Europaparlament und die EU-Kommission geeinigt. Das berichtete die irische EU-Ratspräsidentschaft. Die Einführung von Kontrollen für einen bestimmten Zeitraum sind nun auch dann möglich, wenn zahlreiche illegale Einwanderer ins Land kommen. Das Abkommen von Schengen besagt, dass es zwischen den mittlerweile 26 Mitgliedsstaaten im Grundsatz keine Grenzkontrollen mehr gibt. Zum Schengenraum gehören unter anderem 22 der 27 Mitglieder der EU.

Mit der neuen Regelung wird eine zentrale Forderung Deutschlands erfüllt. Der Streit auf europäischer Ebene über die Reform dauerte fast zwei Jahre. Die Umsetzung soll nun die EU-Kommission kontrollieren. Die jetzt präsentierte Einigung muss noch vom Parlament und den EU-Staaten angenommen werden - mit Widerstand wird dabei jedoch nicht gerechnet. Hintergrund der Reform ist die Ankunft zahlreicher **Flüchtlinge** aus Nordafrika während des „arabischen Frühlings“. Hinzu kommt, dass Griechenland vor allem seit Beginn des Bürgerkrieges in Syrien Probleme hat, seine Grenze zur Türkei zu sichern.

Immer wieder gibt es Kritik aus Ländern wie Frankreich oder Deutschland an den Grenzkontrollen und den Umgang mit Flüchtlingen in manchen Ländern des Schengenraums. Verärgert ist man besonders über Italien, wo Mitarbeiter

Schengen kontrolliert wieder Bei einem Ansturm von Einwanderern soll ein Land seine Grenzen schließen dürfen - bis zu zwei Jahre lang. In Hamburg sind Hunderte

der Behörden Afrikanern 500 Euro in die Hand gedrückt haben und dann den Hinweis gegeben haben sollen, sie könnten doch in den Norden nach Deutschland ausreisen. Vor allem dieser Punkt ist umstritten.

In den vergangenen Monaten waren in der Tat mehrere Hundert Flüchtlinge von Italien nach Deutschland gereist, nachdem sie Reisedokumente und eben das Handgeld erhalten hatten. Die Papiere erlauben es, sich drei Monate im Schengenraum zu bewegen. Rund 300 Menschen aus Libyen, Ghana und Togo kamen nach Hamburg. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums sind insgesamt annähernd 500 solcher Fälle von Flüchtlingen bekannt, die man an Grenzen, Flughäfen oder in Zügen aufgegriffen hat. Nun müssen die Landesbehörden die Fälle prüfen. Laut Hamburger Behörden versucht man, den Flüchtlingen eine provisorische Unterkunft anzubieten - wenn sie im Gegenzug dazu bereit sind, das Land später zu verlassen.

Italien verteidigte sein Vorgehen. Man habe die deutschen Partner korrekt informiert. Dass einige Flüchtlinge mit dem Geld nach Deutschland gelangt sind, kommentiert das Innenministerium wie folgt: „Sofern jemand eine Aufenthaltsbewilligung erteilt bekommt und die Kriterien des Schengener Abkommens erfüllt, kann er sich entscheiden, nach Deutschland zu gehen und dort drei Monate zu bleiben. Das gilt auch für jedes andere Mitgliedsland.“ Offenbar gibt es jedoch noch Erklärungsbedarf: EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström hat laut „Bild“-Zeitung bereits einen Fragenkatalog an die italienische Regierung geschickt.

Gleichwohl gibt es ein Signal der Annäherung: Italiens Regierung habe zugesichert, die Flüchtlinge wieder aufzunehmen, sagte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums der „Welt“. Am Mittwoch habe es dazu Gespräche auf Abteilungsleitersebene gegeben. Damit ist nun Hamburg gefragt: Die Stadt muss für Unterkünfte sorgen oder die Flüchtlinge abschieben.

Grünen-Chefin Claudia Roth sieht ein grundsätzliches Versagen: „Die europäische Flüchtlingspolitik ist gescheitert“, sagte sie der „Welt“. „Es ist nicht redlich, wenn Italien Flüchtlinge einfach zur Verschiebemaschine macht.“ Zugleich mahnte sie, Deutschland sei nicht bereit, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, sondern Sorge sich einzig darum, „wie Flüchtlinge wieder abgeschoben werden können“. Roth forderte die Bundesregierung auf, Italien und Spanien, die vom Zustrom afrikanischer Flüchtlinge besonders betroffen sind, „solidarisch und gerecht zu unterstützen“. Eine Reform der europäischen Flüchtlingspolitik sei „bitter nötig und aus humanitären Erwägungen dringend geboten“. Zentrale Forderung der Grünen ist dabei die Abschaffung der sogenannten Drittstaatenregelung, wonach Flüchtlinge nur in dem Land Asyl beantragen können, in dem sie in die EU eingereist sind. Diese „unsägliche Drittstaatenregelung“ müsse abgeschafft werden, sagte Roth.

Auch die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung kritisierte Italien: „Das Verhalten Italiens ist schockierend“, sagte Maria Böhmer (CDU) dieser Zeitung. Sie verwies auf den besonderen Schutz von Flüchtlingen und die Achtung der Menschenwürde. „Italien muss sich im Umgang mit den afrikanischen Flüchtlingen seiner Verantwortung stellen.“

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) begrüßte indes die Entscheidung, Grenzen im Notfall einfacher wieder kontrollieren zu können: „Die Einigung zur Stärkung des Schengenraums zeigt, dass wir in Europa auch hier in der Lage sind, Fehlentwicklungen entgegenzuwirken.“ Manfred Weber (CSU), Vizevorsitzender der EVP-Fraktion im EU-Parlament, sagte: „Zentral ist, dass bei der Wiedereinführung von Grenzkontrollen ein europäisches Verfahren mit Einbindung der Kommission und des Ministerrats gilt.“ Darauf wies auch EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström hin: „Die EU-Kommission überwacht, auch durch Besuche vor Ort, dass die Staaten ihre Verpflichtungen erfüllen und nicht ungerechtfertigt Grenzen kontrollieren.“

Tatsächlich gibt es bereits Ausnahmefälle, in denen Kontrollen vorübergehend wieder eingeführt werden können - wenn etwa ein Land seine innere Sicherheit in Gefahr sieht. Bislang sind Kontrollen von 30 Tagen bei Großereignissen wie der Fußball-EM oder von zehn Tagen zum Beispiel nach einem Terroranschlag erlaubt. Bei der nun beschlossenen Ausnahme kann es sogar bis zu zwei Jahre lang wieder Grenzkontrollen geben.

„Italien muss sich bei den Flüchtlingen der Verantwortung stellen“ Maria Böhmer, Integrationsbeauftragte der Bundesregierung

Schengen kontrolliert wieder Bei einem Ansturm von Einwanderern soll ein Land seine Grenzen schließen dürfen - bis zu zwei Jahre lang. In Hamburg sind Hunderte

Graphic

Klaus Bodig

Flüchtlinge aus Nordafrika demonstrieren im Hamburger Rathaus: Viele sind über Italien gekommen, wo man ihnen ein Reisegeld von 500 Euro gegeben hatte

Klaus Bodig, Klaus Bodig

Load-Date: May 31, 2013

End of Document

Deutschland Kompakt II; SPD: Knatsch unter Parteilinken wegen Koalitionsaussagen ++ Endlagersuche: Katholische Kirche nominiert CDU-Politiker für Kommission ++ Berlin: Konflikt um Flüchtlingsheim droht zu eskalieren

Die Welt

Mittwoch 21. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 194

Length: 645 words

Body

SPD

Knatsch unter Parteilinken wegen Koalitionsaussagen

Berlins SPD-Landeschef Jan Stöß hat seine Partei ermahnt, sich nicht weiter zu den Möglichkeiten einer großen Koalition nach der Bundestagswahl am 22. September einzulassen. „Jeder Tag, an dem wir nicht über unsere Themen sprechen, sondern über eine große Koalition spekulieren, ist ein verlorener Tag für die SPD“, sagte Stöß. „So viel Disziplin dürfen unsere Mitglieder von allen erwarten, die für die Partei sprechen wollen“, sagte Stöß mit Blick auf die SPD-Politiker Ernst-Dieter Rossmann und Ralf Stegner, die wie der Berliner SPD-Chef zum linken Parteiflügel zählen. Sie hatten zuvor eine Koalition von SPD, Grünen und Linker ausgeschlossen, nicht aber eine Koalition mit der Union, sollte es nicht für Rot-Grün reichen. Unterdessen hat SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles Kritik der Grünen wegen einer vermeintlichen Annäherung der SPD an die Union zurückgewiesen. „Es gibt keine Vorbereitungen auf die große Koalition. Wir wollen keine große Koalition“, sagte Nahles in der n-tv-Sendung „Das Duell“. Es gehe bei der Bundestagswahl am 22. September um „einerseits Schwarz-Gelb und Rot-Grün auf der anderen Seite“.

Endlagersuche

Katholische Kirche nominiert CDU-Politiker für Kommission

Die Mitglieder der Kommission zur Suche nach einem Atommüll-Endlager stehen nach Informationen der „Welt“ weitgehend fest. Bei der Besetzung des Gremiums mit Vertretern von Kirchen, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden kommt es dabei zu einer großen Überraschung: Die katholische Kirche hat den CDU-Politiker Georg Milbradt nominert. Milbradt war Ministerpräsident des Freistaats Sachsen und davor lange in der nordrhein-westfälischen Landespolitik tätig. Die anderen Verbände setzen hingegen nicht auf Politiker. So hat die

Deutschland Kompakt II SPD: Knatsch unter Parteilinken wegen Koalitionsaussagen ++ Endlagersuche:
Katholische Kirche nominiert CDU-Politiker für Kommission ++ Be....

evangelische Kirche den Hannoveraner Landesbischof Ralf Meister nominiert. Die Gewerkschaft Verdi entsendet ihr Vorstandsmitglied Erhard Ott. Die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie schickt mit Edeltraud Glänzer ebenfalls ein Vorstandsmitglied. Auch die Unternehmerverbände setzten nicht politische Kompetenz. Für den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) soll Gerd Jäger, Vorstandsmitglied beim Energiekonzern RWE, an der Endlagersuche mitwirken. Zudem wird Ralf Güldner, Präsident des Deutschen Atomforums, in die Kommission entsandt. Die Naturschutzverbände haben ihre Teilnehmer noch nicht nominiert. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Robin Wood und Greenpeace boykottieren die Kommission. Sie soll mit Vertretern der Länder, Bundestagsabgeordneten und Experten besetzt werden.

Berlin

Konflikt um Flüchtlingsheim droht zu eskalieren

Im Berliner Stadtteil Hellersdorf machen rechtsextreme Gruppen gegen eine Unterkunft für Flüchtlinge mobil. Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) appelliert an die Anwohner des neuen Heims, sich nicht instrumentalisieren zu lassen. „Es ist das eine, wenn Anwohner besorgt sind, aber es ist völlig inakzeptabel, wenn diese Ängste durch die NPD und eine anonym agierende Initiative gegen schutzbedürftige Personen gerichtet werden.“ Henkel sprach von „rechtsextremen Rattenfängern“. Er nannte es „unerträglich, wenn Flüchtlinge erneut flüchten müssten, weil ihnen an manchen Orten in unserer Stadt Hass entgegenschlägt, der von politischen Extremisten angeheizt und gesteuert wird“. Am Montag waren die ersten Flüchtlinge in die Unterkunft eingezogen. „Wir belegen diese Einrichtung weiter“, kündigte Sozialsenator Mario Czaja (CDU) an. Es seien weniger die Anwohner als Rechtsextremisten, die Stimmung machten. Für Dienstagabend hatte die NPD eine Kundgebung geplant, am Mittwoch will die rechtspopulistische Gruppierung Pro Deutschland aufmarschieren. Die ersten 42 Flüchtlinge waren am Montag eingezogen, die einstige Schule bietet Platz für 150 Asylsuchende. Gegner wie Befürworter hatten sich vor der Unterkunft versammelt.

Load-Date: August 21, 2013

**Deutschland Kompakt I; Beschneidung: Länder geben grünes Licht für
Neuregelung ++ Asyl: Böhmer für schnellere Arbeitserlaubnis ++ Mobilität:
Vier ++ Justiz: Viele Richter kungeln am Strafrecht vorbei**

Die Welt

Samstag 3. November 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 258

Length: 629 words

Body

Beschneidung

Länder geben grünes Licht für Neuregelung

Die Bundesländer sind mit einem Gesetz einverstanden, das die religiöse Beschneidung erlaubt. Mehrheitlich votierten die Mitglieder des Bundesrats am Freitag dafür, keine Einwände zu erheben. Das Gesetz sieht vor, den bei Juden und Muslimen zur Tradition gehörenden Eingriff an Jungen zu erlauben, wenn er nach den Regeln der ärztlichen Kunst vorgenommen wird. Auch speziellen religiösen Beschneidern soll der Eingriff an Säuglingen bis zum Alter von sechs Monaten erlaubt sein. Das bedeutet, dass ein Kind im Zweifel eine Betäubung oder Narkose bekommt. Das Kindeswohl darf durch den Eingriff zudem nicht gefährdet sein. Zwei Ausschüsse der Länderkammer sahen noch Klärungsbedarf bei Eingriffen außerhalb des Krankenhauses. Die Beratung im Bundestag über das Gesetz steht noch aus. Baden-Württembergs Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD) kritisierte die Diskussion über Beschneidung, in der oftmals auch antisemitische und islamfeindliche Stimmen laut wurden. Besonders im Internet sei sie „teilweise enthemmt“ geführt worden.

Asyl

Böhmer für schnellere Arbeitserlaubnis

Die Integrationsbeauftragte des Bundes, Maria Böhmer (CDU), unterstützt die protestierenden Asylbewerber in Berlin bei der Forderung nach einer schnelleren Arbeitserlaubnis. Böhmer sprach sich bei einem Treffen mit den Demonstranten erneut dafür aus, die Wartezeit auf sechs Monate zu verkürzen, berichtete ihr Sprecher. Dies hatte der Integrationsbeirat bereits Ende September gefordert. Derzeit beträgt die Wartezeit zwölf Monate. Nach dem Treffen mit Böhmer und der Berliner Integrationsssenatorin Dilek Kolat (SPD) hatten die protestierenden Flüchtlinge einen mehrtägigen Hungerstreik am Brandenburger Tor in der Nacht zu Freitag beendet. Noch in diesem Jahr werden sie in Berlin über ihre Forderungen nach Reformen des Asylrechts mit Abgeordneten der

Deutschland Kompakt I Beschneidung: Länder geben grünes Licht für Neuregelung ++ Asyl: Böhmer für schnellere Arbeitserlaubnis ++ Mobilität: Vier ++ Justiz: Viel....

Bundestagsfraktionen diskutieren, kündigte Kolats Sprecher an. Die Ergebnisse des Gesprächs sollen dann in die Konferenz der Integrationsminister im März 2013 einfließen.

Mobilität

Vier

ICE-Züge halten noch in Magdeburg. Trotz des Widerstands der Landesregierung hält die Bahn an ihrem Plan fest, die Landeshauptstadt von Sachsen-Anhalt vom Intercity-Express-Netz abzukoppeln. Die noch vorhandenen vier Verbindungen sollten mit Doppelstock-IC-Zügen bedient werden. Dadurch entstünden „keine Reisezeitverlängerungen“, die Innenausstattung der modernen IC-Züge liege auf ICE-Niveau, aber die Fahrten seien günstiger, argumentiert Bahnchef Rüdiger Grube. Betroffen ist die Verbindung Hannover-Magdeburg-Halle-Leipzig. Die Bahn hatte zuvor angekündigt, die vier ICE-Züge, die in Magdeburg stoppen, ab Dezember zu streichen.

Justiz

Viele Richter kungeln am Strafrecht vorbei

Bei Absprachen im Strafprozess halten sich viele Richter nicht ans Gesetz. Die seit 2009 geltenden Regeln für mehr Transparenz bei der umstrittenen Verständigungspraxis werden häufig umgangen, berichtet die „Süddeutsche Zeitung“ unter Berufung auf eine Umfrage unter gut 330 Richtern, Staatsanwälten und Strafverteidigern aus Nordrhein-Westfalen. Das Bundesverfassungsgericht verhandelt am kommenden Mittwoch zu den Verfahrensabsprachen. In der Umfrage äußern laut Bericht fast zwei Drittel der befragten Amtsrichter die Einschätzung, in jeder zweiten Absprache werde gegen die Gesetzesregelung zur Absprache verstoßen. Außerdem wird deutlich, dass die auch bei einem Deal weiter unabdingbare „Erforschung der Wahrheit“ in der gerichtlichen Praxis häufig unterbleibt. Zwar werde in diesen Fällen fast immer ein Geständnis abgelegt, 28 Prozent der Richter räumen demnach ein, dass sie allenfalls teilweise Geständnisse überprüfen. Aus Sicht der Verteidiger und Staatsanwälte sind die Richter hier sogar noch deutlich nachlässiger.

Load-Date: January 26, 2013

Merkel bedrohlicher als Ahmadinedschad?

Die Welt

Freitag 22. Juni 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 4; Ausg. 144

Length: 294 words

Byline: Günther Lachmann

Katharina Schäder

Body

In den vergangenen Jahren ist Bundeskanzlerin Angela Merkel von ausländischen Medien immer wieder verunglimpft worden. Zuletzt zeigten griechische Medien sie in Nazi-Uniform. Auch in Polen gab es vor Jahren unschöne Bildmontagen. Nun bildet das britische Magazin „New Statesman“ sie auf dem Titel des aktuellen Hefts als Tötungsmaschine Terminator ab. „Angela Merkels Austeritäts-Manie zerstört Europa“, schreibt das Magazin. Der Kolumnist und Politikchef Mehdi Hasan legt im Folgenden dar, die „sanftmütige Opernliebhaberin und frühere Chemikerin“ Merkel sei eine größere „Bedrohung für die globale Ordnung und den Wohlstand“ als Mahmud Ahmadinedschad und Kim Jong-un. Der Text kulminiert in der Feststellung, die Kanzlerin sei „die gefährlichste deutsche Regierungschefin seit Adolf Hitler“. Wie unter Hitler sei Deutschland wieder international isoliert, verabscheut und gefürchtet zugleich. „Sie muss gestoppt werden“, schließt der Autor mit pakistanischem **Migrationshintergrund** seinen Artikel.

Allein ist der linke „New Statesman“ mit solcherlei Angriffen auf die Kanzlerin nicht. Die Londoner „Times“ zeigte Merkel zum Ende des G-20-Gipfels als Maya-Priesterin, die einen Griechen opfert. Die Boshaftigkeit der britischen Presse ist ebenso legendär wie die Angst der Insulaner vor einer deutschen Vormachtstellung in Europa. Mit seinen unpassenden Vergleichen - ganz nebenbei wird in dem Text auch Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu mit dem iranischen Präsidenten Ahmadinedschad gleichgesetzt - tritt der Kolumnist Hasan allerdings auch bei den eigenen Lesern ins Fettnäpfchen. Auf der Website des ansonsten als respektable Publikation geltenden Magazins verurteilen User den Text als „absoluten Mist“ und „kaum mehr als eine Schimpftirade“. lac/ks

Load-Date: September 12, 2012

Deutschland Kompakt II; Euro-Krise: Schäuble: Finanzhilfe für Spanien ist „unabweisbar“ ++ Bundestag: Fraktionen arbeiten an gemeinsamer Entschließung ++ Asylbewerber: 220 ++ Piratenpartei: Einschränkung der Berichterstattung geplant

Die Welt

Mittwoch 18. Juli 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 166

Length: 613 words

Byline: Daniel Friedrich Sturm

Body

Euro-Krise

Schäuble: Finanzhilfe für Spanien ist „unabweisbar“

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sieht die geplante Finanzhilfe von 100 Milliarden Euro für marode spanische Banken als zwingend nötig zur Stabilisierung der Währungszone. In einem Schreiben an Parlamentspräsident Norbert Lammert (CDU) vom 16. Juli betont Schäuble: „Die Finanzhilfe ist unabweisbar, um die Sicherung in der Euro-Zone insgesamt zu gewährleisten.“ Die Notmaßnahme solle unter strengen Auflagen erfolgen. Diese wurden am 9. Juli von den 17 Euro-Finanzministern in einer Absichtserklärung festgehalten, einem „Memorandum of Understanding“. An diesem Donnerstag stimmt der Bundestag in einer Sondersitzung über die Spanien-Hilfe aus dem ersten Euro-Rettungsschirm EFSF ab. Schäuble verweist in seinem Brief darauf, dass die spanische Regierung als Vertragspartner für die aus dem Kredit erwachsenen Verpflichtungen einstehe. Zugleich erklärt er, im Fall einer Staatspleite nähmen die Kreditgeber einen hinteren Rang bei der Rückzahlung ein. Die Euro-Gruppe soll am 20. Juli über das Memorandum entscheiden; Spanien soll es am 24. Juli unterzeichnen. Laut Memorandum of Understanding soll als vertrauensbildende Maßnahme die erste Tranche von 30 Milliarden Euro nur ausgezahlt werden, wenn akute Notfälle bei spanischen Banken auftreten. EU-Kommission, Europäische Zentralbank und ein Gremium der Euro-Gruppe müssten dies billigen.

Bundestag

Fraktionen arbeiten an gemeinsamer Entschließung

Der Bundestag wird sich in seiner Sondersitzung auch dem Thema Beschneidungen widmen. Die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen arbeiten an einem gemeinsamen Entschließungsantrag. In einem umstrittenen

Deutschland Kompakt II Euro-Krise: Schäuble : Finanzhilfe für Spanien ist „unabweisbar“ ++ Bundestag:
Fraktionen arbeiten an gemeinsamer Entschließung ++ Asylbe....

Urteil hatte das Kölner Landgericht in der fachgerechten religiösen Beschneidung eines Jungen den Tatbestand der Körperverletzung erkannt. In dem Antrag soll verlangt werden, Rechtssicherheit herzustellen. „Ich sehe eine gute Chance, dass es zu einem interfraktionellen Entschließungsantrag kommt“, sagte der SPD-Rechtspolitiker Burkhard Lischka der „Welt“. Ziel sei es, religiöse Beschneidungen unter bestimmten Voraussetzungen zuzulassen. „Dabei müssen wir die Religionsfreiheit und das Recht auf körperliche Unversehrtheit sowie das Kindeswohl abwägen“, sagte Lischka. Ob es eine Aussprache zu dem Entschließungsantrag gibt, ist noch offen. dfs

Asylbewerber

220

Euro oder diesen Wert in Sachleistungen erhalten die etwa 133.000 in Deutschland lebenden Flüchtlinge und andere Menschen ohne Aufenthaltsrecht monatlich im Durchschnitt. Das Bundesverfassungsgericht entscheidet an diesem Mittwoch darüber, ob Asylbewerber mehr Geld vom Staat bekommen müssen.

Piratenpartei

Einschränkung der Berichterstattung geplant

Von Transparenz keine Spur: Die Piratenpartei Niedersachsen will Ton- und Bildaufnahmen von Pressevertretern auf ihrem Parteitag am Wochenende teilweise verbieten. In Wolfenbüttel dürften nur in einem mit einem orangenen Band abgetrennten Bereich Videoaufnahmen gemacht werden, teilte eine Sprecherin der Partei am Dienstag mit. „In allen übrigen Bereichen sind Ton- und Bildmedien während der laufenden Veranstaltung nicht erwünscht“, hieß es. Hintergrund des Verbots ist offenbar, dass die Partei die Privatsphäre der Parteimitglieder schützen will. „Wir hatten in der Vergangenheit Probleme, weil einfach die Kamera draufgehalten wurde“, sagte die Sprecherin Angelika Schürmann. Das Verhalten der Presse sei „nicht immer glücklich“ gewesen, weshalb die Mitglieder eine Regelung gewünscht hätten. Der Deutsche Journalistenverband (DJV) kritisierte die Regelung scharf. Das Vorgehen sei „ungewöhnlich“ und „nicht akzeptabel“, sagte Frank Rieger, Erster Vorsitzender des DJV in Niedersachsen.

Load-Date: September 12, 2012

Gesichtslos, aber dafür gleichberechtigt; Anonyme Bewerbungen sollen Diskriminierung verhindern. Aber das Verfahren hat Grenzen, denn es ist nicht für jeden Job geeignet

Die Welt

Freitag 13. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: WIRTSCHAFT; S. 12; Ausg. 291

Length: 881 words

Byline: Meyer

Dr. Anke-sophie

Body

Nicht nur der Name ist geschwärzt. Auch das Alter, das Foto, sogar die Endungen der bisherigen Berufe: Bürokauf... steht dort. Nicht mehr „mann“ oder „frau“. Damit soll Chancengleichheit bei der Bewerbung hergestellt werden. Laut dem Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) reicht allein die Angabe eines türkischen Namens aus, um die Chance auf ein Vorstellungsgespräch um 14 Prozent zu senken, in kleineren Unternehmen sogar um 24 Prozent.

Wer etwa mit dem Namen Fatima Ayden einen Job sucht, hat es nicht leicht, belegen Studien. Da nützt auch eine wirklich gute Qualifikation wie ein abgeschlossenes Informatikstudium wenig. Ein Nachname, der nach **Migrationshintergrund** klingt, wertet auch ein noch so gutes Zeugnis in den Augen vieler Unternehmen ab. Persönliche Eigenschaften wie Aussehen, Alter oder Herkunft spielen offensichtlich bei der Bewerbung noch immer eine nicht zu unterschätzende Rolle. Während es in anderen Ländern bereits unterschiedliche Vorstöße gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz gibt, bei Bewerbungen keine Fotos beizulegen, gibt es in Deutschland erst jetzt erste Erfahrungen mit anonymen Bewerbungen.

Der Journalist Rocco Thiede hat die Geschichten dieser Menschen in seinem Buch „Chancen für Alle - Anonyme Bewerbung“ (Herder Verlag) aufgeschrieben. Zum Beispiel die von Natalie Mankuleyio, deren Mutter aus der Lüneburger Heide und deren Vater aus Kenia stammt. Vor einem Jahr kam sie durch ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren an ihren neuen Job bei der Firma Mydays GmbH in München. Inzwischen wendet die studierte Diplom-Kauffrau als verantwortliche Personalmanagerin dieses Bewerbungsverfahren selbst gezielt an. Mit dem Ergebnis, dass mehr als die Hälfte aller neu gewonnenen Mitarbeiter auf diese Weise rekrutiert wurden. Auch der Chef von Natalie Mankuleyio, der 47-jährige Fabrice Schmidt, kann sich für das anonyme

Gesichtslos, aber dafür gleichberechtigt Anonyme Bewerbungen sollen Diskriminierung verhindern. Aber das Verfahren hat Grenzen, denn es ist nicht für jeden Job

Bewerbungsverfahren begeistern, weshalb sein Unternehmen am Pilotprojekt der Antidiskriminierungsstelle des Bundes gerne teilnahm.

Aus Erfahrung weiß Fabrice Schmidt, wie schnell sich Menschen von Erscheinungsbildern blenden lassen. Seiner Auffassung nach haben aber Vorurteile keinen Platz bei der Jobvorgabe. „Wer eine Bewerbungsmappe öffnet, schaut doch sofort auf das Bild“, meint er. „Wer erst gar kein Foto sieht, ist da viel neutraler.“

„Bei uns hat sich das Prinzip sehr bewährt,“, sagt Schmidt. Dass das Verfahren auch natürliche Grenzen hat, räumt Mankuleyio ein. „Bei Kreativjobs schreiben wir nicht immer anonym aus. Hier spiegeln die Bewerbungsunterlagen ja die Kreativität der Kandidaten wider.“

Dass anonyme Bewerbungen tatsächlich ihre Grenzen haben, räumt auch Christiane Lüders, Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ein: „Ich würde nicht sagen, dass dieses Verfahren eine Allzweckwaffe gegen jede Diskriminierung ist und überall angewendet werden kann und muss. Wer einen Vorstand sucht, ist bestimmt besser mit einem Headhunter bedient. Wer einen Spitzenforscher sucht, braucht die Veröffentlichungsliste.“

Wann ist also ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren sinnvoll? „Wenn ich Stellen breit ausschreibe und das Auswahlpotenzial maximieren möchte,“, meint Zimmermann. Auch Firmen, die an multikulturellen Belegschaften interessiert sind und keine Diversity Strategie praktizieren, könnten von der anonymen Bewerbung profitieren. „Nehmen sie Menschen mit anderer Hautfarbe, mit Migrationshintergrund, Frauen, Ältere, dann werden sie automatisch divers,“, so Christiane Lüders.

Dass Unternehmen sich wirtschaftlich durch Ausgrenzung schaden können, dessen ist sich Klaus F. Zimmermann, IZA-Direktor und Professor für wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität Bonn, sicher. „Für uns Wissenschaftler geht es nicht allein um soziale Gerechtigkeit, sondern auch darum, dass der Unternehmer wirtschaftlich profitiert. Firmen, die diskriminieren, schaden im Prinzip sich selbst, da sie nur einen weniger qualifizierten Kandidaten bekommen.“ Zudem profitieren Unternehmen vom Imagegewinn, da sie signalisieren, dass sie zeitgemäß agieren.

Zu diesem Ergebnis kommt jedenfalls die Studie der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt an der Europa-Universität Viadrina, die das deutsche Pilotprojekt evaluierte. Dass das anonymisierte Bewerbungsverfahren aufwendiger sei, als das herkömmliche, bestreitet Zimmermann. „Das Gegenteil ist der Fall, denn durch die standardisierte Bewerbung konzentriert sich die Firma auf die wirklich relevanten Fragen. Die Unternehmen müssen sich genau überlegen, was sie wollen. „Man erhält auf effiziente Weise die richtigen Informationen und beweist mit diesem Instrument seine Zukunftsfähigkeit und Modernität. Bei den tatsächlich ausgeschriebenen Positionen kann ich mir sehr gut vorstellen, dass zwei Drittel aller Verfahren anonym sein werden“, so Zimmermann.

Auch der gelernte Geograf Michael Bus hat vom anonymen Bewerbungsverfahren profitiert. Nach langer Managementenerfahrung in Callcentern wollte er sich mit Ende dreißig verändern. Eine Karriere, die zuvor gut lief, holperte plötzlich. Erst eine Bewerbung in der die Qualifikation im Vordergrund stand und das Alter nicht ersichtlich war, brachte ihm eine Festanstellung bei der Bundesagentur für Arbeit.

„Wer eine Bewerbungsmappe öffnet, schaut doch sofort auf das Bild“ Fabrice Schmidt, Mydays-Geschäftsführer

Graphic

Getty Images

Anonyme Bewerbungsverfahren sollen vor Diskriminierung schützen

Gesichtslos, aber dafür gleichberechtigt Anonyme Bewerbungen sollen Diskriminierung verhindern. Aber das Verfahren hat Grenzen, denn es ist nicht für jeden Job

Getty Images

Load-Date: December 13, 2013

End of Document

Der Drache in der Höhle des Löwen; Auf der Hannover Messe zeigt sich China nicht nur als wichtiger Kunde deutscher Umwelttechnik - sondern auch als Konkurrent

Die Welt

Montag 23. April 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: WIRTSCHAFT; S. 12; Ausg. 95

Length: 800 words

Byline: Daniel Wetzel

Highlight: Verschmutzung von Luft und Wasser, Verkehrsinfarkte, Versorgungslücken: Chinas Probleme sind gewaltig. Noch sind die Konzepte deutscher Unternehmen im Kampf gegen die Folgen der Verstädterung im Reich der Mitte unverzichtbar.

Body

Hannover

Nanjing, 300 Kilometer nordwestlich von Peking. Eine Metropole mit fünf Millionen Einwohnern leidet unter den Folgen der ungehemmten **Migration** und Verstädterung. Verschmutzte Flüsse, abfallverseuchte Seen, verunreinigtes Trinkwasser. Die Zentralregierung in Peking hat im jüngsten Fünfjahresplan Milliardensummen für die Wasserver- und Abwasserentsorgung im ganzen Land vorgesehen - und auch deutsche Technologie angefordert.

Der schwäbische Maschinenbauer Festo aus Esslingen am Neckar baut jetzt mit an einem der größten Klärwerke der Welt: In Deutschland gelten schon Wasserwerke mit einer Kapazität von 200.000 Kubikmetern pro Tag als groß - in Nanjing müssen es 4,5 Mio. Kubikmeter täglich sein. Festo liefert die komplette Automatisierung für die Reinigungsstufen, vom Antrieb bis zur Prozessleittechnik. „Die Chinesen sind sehr offen für High-tech“, sagt Festo-Manager Wolfgang Rieger: „Wenn man sie vom Nutzen einer Verbesserung überzeugt, investieren sie auch.“

China, der Milliardenmarkt für deutsche Umwelttechnik. Der laufende Fünfjahresplan sieht vor, dass in den kommenden fünf bis zehn Jahren bis zu 100 Millionen Menschen vom Land in die Städte ziehen sollen. Für die Organisation der entstehenden „Megacities“ hat die Regierung umgerechnet 1,8 Billionen Euro veranschlagt. Bereits im vergangenen Jahr haben Maschinen- und Anlagenbauer aus Deutschland Aufträge über 19 Mrd. Euro aus China abgewickelt. In diesem Jahr könnten es Produkte im Wert von über 22 Mrd. Euro sein, die das Riesenreich hier nachfragt und es zum größten Einzelkunden deutscher Umwelttechnik macht - weit vor den USA. Die Verstädterung oder „Urbanisierung“ in den Schwellenländern der Welt entwickelt sich zu einem der größten Wachstumstreiber der deutschen Industrie. „China steht exemplarisch für die Chancen und Risiken, die die

Der Drache in der Höhle des Löwen Auf der Hannover Messe zeigt sich China nicht nur als wichtiger Kunde deutscher Umwelttechnik - sondern auch als Konkurrent

Migration in die Städte mit sich bringt", sagt Hannes Hesse, Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) auf der Hannover Messe. „Die Urbanisierung ist neben der Bewältigung des Klimawandels die größte Herausforderung für die nächsten Jahrzehnte."

Doch die Rolle Chinas auf dem weltweiten Markt für Verkehrs- und Umwelttechnik wandelt sich schnell. Nirgendwo wird das deutlicher als auf der Hannover Messe, die am Sonntagabend von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Chinas Ministerpräsident Wen Jiabao eröffnet wurde. Die Volksrepublik, erstmals Partnerland der größten Industrieschau der Welt in der niedersächsischen Hauptstadt, präsentiert sich hier nicht mehr nur als Kaufinteressent, sondern bereits als Konkurrent und Anbieter eigener technologischer Lösungen für die großen Zukunftsprobleme. „Was wir hier in Hannover sehen, ist der größte Einzelauftritt Chinas, der jemals außerhalb von China stattgefunden hat", stellt VDMA-Hauptgeschäftsführer Hesse fest. 460 Aussteller aus der Volksrepublik präsentieren sich auf rund 9000 Quadratmetern Messefläche. Aus Sicht des VDMA-Chefs Hesse „zeigt das die Bedeutung, die China inzwischen als Wettbewerber einnimmt."

Auch der neue China-Sprecher der Deutschen Wirtschaft, Martin Brudermüller erwartet „in den nächsten Jahren einen großen Innovationsschub aus China." Dabei würden „Innovationen in Zukunft auch von Ost nach West gehen."

Schon im vergangenen Jahr importierte Deutschland Elektro-Produkte im Wert von 32,5 Mrd. Euro aus China, etwa ein Viertel der Gesamteinfuhren in diesem Segment. Längst treten chinesische Firmen auch als Aufkäufer von Spezialanbietern etwa aus der kriselnden deutschen Solarindustrie auf. Mit ihrem starken Auftritt in Hannover begeben sich China quasi „als Drache in die Höhle des Löwen", sagt VDMA-Chef Hesse.

Dabei schwingt auch Unbehagen mit, denn die Klagen im Westen über chinesische Patentrechtsverletzungen und angebliche Industriespionage hatten lange das beiderseitige Verhältnis getrübt. Auch die restriktive Politik Peking beim Export von „Seltenen Erden" - wichtige Grundstoffe vieler Hightech-Produkte - hatte im Westen für Besorgnis und Verärgerung gesorgt. Vielleicht auch mit Blick auf diese Erfahrungen nannte Hesse „die massive Präsenz" des Partnerlandes China auf der Hannover Messe „für uns alle sehr interessant." Die deutsche Branche gehe davon aus, dass China „hier in diesem Umfeld seine technologischen Spitzenprodukte präsentieren wird", betont der oberste Vertreter des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus: „Und da wird der Vergleich doch so richtig spannend."

Siemens-Chef Peter Löscher, der Vorsitzende des Asien-Pazifik-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, mahnte denn auch nicht von ungefähr vor der Messe vor allem „faire Marktbedingungen in China, Europa und auf Drittmärkten an" und forderte „konstruktive Lösungen zugunsten eines gut funktionierenden Weltrohstoffhandels und eines fairen Wettbewerbs auf allen Märkten."

Graphic

REUTERS

Bundeskanzlerin Angela Merkel eröffnet gut gelaunt mit dem chinesischen Premier Wen Jiabao die Hannover Messe

Load-Date: April 23, 2012

**„Klimaflucht“ aus der Südsee; Ein Polynesier beantragt Asyl in Neuseeland.
Er macht geltend, dass sein Staat untergeht**

Die Welt

Mittwoch 30. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: PANORAMA; S. 29; Ausg. 253

Length: 894 words

Byline: Ulli Kulke

Body

Es wäre ein Durchbruch, der Schule machen könnte. Ioane Teitiota, Bürger des pazifischen Inselstaates Kiribati, beantragt in Neuseeland für sich und seine Familie Asyl. Fluchtgrund: Sein Land gehe unter. Schuld sei der stetig steigende Meeresspiegel. Hätte er Erfolg, wäre er der weltweit erste anerkannte Klimaflüchtling. Aber wie stichhaltig ist seine Argumentation?

Teitiota wohnt seit 2007 in Neuseeland, seine drei Kinder sind dort geboren. Jetzt läuft seine Aufenthaltserlaubnis ab, und er will nicht zurückkehren. „Es gibt dort keine Zukunft für uns“, sagt er im Hinblick auf die Vorhersagen über einen ansteigenden Meeresspiegel, dem die 33 flachen, gerade mal zwei Meter aus dem Wasser ragenden Inseln Kiribatis ausgesetzt seien. 100.000 Menschen leben heute auf ihnen. Ein Gericht in Neuseeland hat seinen Antrag abgelehnt, jetzt läuft das Berufungsverfahren.

Teitiota ist nicht der erste Polynesier, der mit dem Argument eines steigenden Meeresspiegels das Aufenthaltsrecht in einem anderen Land begehrt. Erst kürzlich machte sich der australische Flüchtlingsrat (Refugee Council of Australia) bei seiner Regierung dafür stark, sie möge Klimaflüchtlinge als eine neue Kategorie von Asylbewerbern offiziell einführen und anerkennen. Als Protagonisten präsentierte der Rat Toani Benson, ebenfalls Einwohner von Kiribati („Kiribas“ ausgesprochen). Er wohnt auf der Insel Betio, die zu Tarawa, dem Hauptatoll des Staates, gehört und wurde auf Fotos öffentlichkeitswirksam bis zu den Knien im Wasser präsentiert.

Hier gutmeinende Hilfsorganisationen, da Menschen, die zum Beispiel in Neuseeland oder andereswo eine neue Heimat gefunden haben und nicht in die alte zurück wollen - sind sie die Protagonisten, die einen neuen Meilenstein in der Diskussion über Klimafolgen einrammen können? Derzeit steigt der Meeresspiegel im globalen Durchschnitt um drei Millimeter, eine Beschleunigung ist - anders als in den Prognosen - an den Messstationen nicht in Sicht. Hinter dem Durchschnittswert verbergen sich regelmäßige Schwankungen von mehreren Dezimetern, je nach Saison und besonderen Strömungslagen.

„Klimaflucht" aus der Südsee Ein Polynesier beantragt Asyl in Neuseeland . Er macht geltend, dass sein Staat untergeht

Insbesondere in Kiribati allerdings kann von einem Inseluntergang nicht die Rede sein, eher vom Gegenteil. Und man fragt sich schon, warum gerade dieser Staat immer wieder als Symbol für den Untergang erhalten muss. Die beiden Geowissenschaftler Arthur P. Webb und Paul S. Kench aus Neuseeland und Fidschi haben vor zweieinhalb Jahren in einer aufsehenerregenden Studie festgestellt, dass von 27 im zentralen Pazifik untersuchten Inseln in den letzten drei bis fünf Jahrzehnten nur ein geringer Anteil überhaupt Land ans Meer verlor, nämlich 14 Prozent. Bei 43 Prozent der Inseln sei die Landfläche stabil, bei ebenfalls 43 Prozent sogar deutlich gewachsen. Dies ergab ein Vergleich von Luftbildern. Deutlich größer geworden ist übrigens neben anderen Inseln von Kiribati vor allem Betio, auf der ja jener Toani Benson wohnt, für den sich der australische Flüchtlingsrat stark machte.

Dass Atolle mit dem Meeresspiegel wachsen, ist seit Jahrhunderten bekannt. In einigen pazifischen Regionen senken - und heben - sich die tektonischen Platten und damit auch die Inseln gleich um zwanzig, dreißig Zentimeter. Eine auf Tegua Ballu versunkene Kokosplantage, auf Klimagipfeln der letzten Jahre eine Ikone für den Untergang, ist wieder aufgetaucht und komplett trocken.

Während der Meeresspiegelanstieg auf den Inseln wenig greifbar ist, kommt oft ein anderes Argument ins Spiel: Die Verknappung des Grundwassers, seine Versalzung und Verschmutzung - mit der Folge, dass die Lebensgrundlagen für die Insulaner knapp werden. Das Problem ist real und lange bekannt. Grund dafür ist aber nicht ein Rückzug der Strände.

Vielmehr leiden die Inseln, sämtlich empfindsame Ökosysteme, in fast allen Südseestaaten unter enormem Bevölkerungswachstum. Noch immer beträgt es eineinhalb Prozent - zu viel für die gar nicht so paradiesischen, steinigen Koralleninseln ohne ausreichend Humus für Acker und Gartenwirtschaft. Und das, obwohl die Kindersterblichkeit etwa in Kiribati aufgrund der mangelnden hygienischen Situation besonders hoch ist. Toiletten oder Wasserhähne besitzen dort - vor allem auf den Außeninseln - die wenigsten. Pumpen über flachen Brunnen sind gängige Wasserquellen.

Um das Problem zu lösen, haben Entwicklungsorganisationen geholfen, mehr und mehr Toiletten und Wasserleitungen zu installieren. Zu Recht, aber die Entnahme von Süßwasser erhöhte sich dadurch dramatisch, über die Rate des Bevölkerungszuwachses hinaus. Dem entnommenen frischen Wasser strömte das salzige des Ozeans nach. Dieser Austausch in den flachen und sehr dünnen Landstreifen eines Atolls verläuft unmittelbar. Der Regen reicht nicht. Will man den Wohlstand auf den Inseln erhöhen, wird auf Dauer kein Weg an der Einrichtung von Meerwasserentsalzungsanlagen vorbeiführen. Eine ungemein teure Angelegenheit. Wer soll sie bezahlen?

Kiribati ist fast vollständig anhängig von ausländischer Hilfe. Es geht also bei all den Diskussionen vor allem um eines: um Geld. Das betrifft auch Tuvalu, Tokelau und viele andere Länder Ozeaniens, die ihren eigenen Untergang immer wieder geltend machen. Die Idee der Regierung Kiribatis, in Australien Land zu pachten, ist so abwegig nicht. Mit dem Klimawandel hat das nur bedingt zu tun.

Das eigentliche Problem: Es leben zu viele Menschen auf den Inseln

Graphic

„Helfer"

Load-Date: October 30, 2013

Elf Neonazis und die Stadt; Rostock zeigt sich überrascht von der heftigen Diskussion über die Ruderin Nadja Drygalla und ihren Freund Michael Fischer. Rechte Kameradschaften? Nationale Sozialisten? „Davon haben wir noch nichts gehört“

Die Welt

Samstag 11. August 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 187

Length: 1581 words

Byline: Günther Lachmann

Highlight: Viele Einwohner können nicht verstehen, wie mit der Olympiateilnehmerin umgegangen wird. Für Rostock kommt die Debatte zur ungünstigsten Zeit. Die Stadt gedenkt der ausländerfeindlichen Krawalle vor 20 Jahren.

Body

Rostock

So etwas kommt immer zum falschen Zeitpunkt. Vor allem ist so eine Sache wie die Affäre um die Ruderin Nadja Drygalla, ausgesprochen oder unausgesprochen, immerzu gegenwärtig. Das gilt für die Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Bundespräsident Joachim Gauck in der Rostocker Marienkirche ebenso wie für die Eröffnung der Hanse Sail, eines Treffens der Groß- und Traditionsegler, das Zehntausende Besucher anzieht.

Als wäre all das für die Hansestadt nicht schon unangenehm genug, fällt die Debatte um die rechtsextremen Kontakte von Drygallas Lebensgefährten Michael Fischer auch noch mitten in die Vorbereitungen zur großen Gedenkveranstaltung an die ausländerfeindlichen Krawalle im Stadtteil Lichtenhagen zwischen dem 22. und 26. August vor 20 Jahren. Rund 3000 Bürger applaudierten damals den gewalttätigen Angriffen auf die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber und ein Wohnheim für ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter. Am 24. August setzte der Mob mit Molotowcocktails einen Plattenbau in Brand, in dem sich noch 100 Vietnamesen und ein Fernsehteam aufhielten.

Bis heute wird die Stadt diese schrecklichen Bilder nicht los. Und ausgerechnet jetzt, wo sie am 24. August mit einer großen Fahrradsternfahrt, einem umfangreichen Kulturprogramm von Politik und zahlreichen Migrantenorganisationen sowie einer Rede des Ehrenbürgers Gauck dieser Ereignisse gedenken will, trifft die Stadt eine neue Rechtsextremismus-Debatte.

Diesmal jedoch ist es eine Debatte, auf die viele Rostocker nicht nur erstaunt, sondern vor allem fassungslos reagieren. Sie können nicht verstehen, wie mit einer Ruderin umgegangen wird, die sich wiederholt gegen

Elf Neonazis und die Stadt Rostock zeigt sich überrascht von der heftigen Diskussion über die Ruderin Nadja Drygalla und ihren Freund Michael Fischer. Rechte Ka....

Rechtsextremismus ausgesprochen hat, der weder Freunde noch der Verfassungsschutz irgendetwas zur Last legen. Auch ist ihnen vollkommen unverständlich, warum alles an ihr hängen bleibt. Schließlich richten sich die Vorwürfe allein gegen ihren Lebensgefährten Michael Fischer. Gleichwohl steht sie im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Und diesen Michael Fischer kannten die Rostocker bisher ebenso wenig wie der Rest der Republik.

Wer die Reaktion der Rostocker auf die öffentliche Erregung verstehen will, muss die Geschichte von Nadja Drygalla und Michael Fischer kennen, der muss um die eigenartige Anonymität der rechtsextremen NPD in Rostock wissen und um die konfrontative Situation zwischen winzigen Außenseitergruppen wie den zuweilen ebenso anonym agierenden linken Antifaschisten und den rechten Nationalisten.

Nadja Drygalla und Michael Fischer lernten sich beim Rudersport kennen. Sie trainierten beide beim Olympischen Ruderclub Rostock, beide empfahlen sich durch Leistungen schon bald für internationale Wettkämpfe. Fischer brachte es immerhin zum Vizeweltmeister bei den Junioren.

Im Jahr 2006 bekam der Vorstand des Ruderclubs dann ein anonymes Schreiben. Darin hieß es, Fischer sei Mitglied der rechtsextremen Szene. Mutmaßlich stammte das Schreiben von einer linken Gruppe. Obwohl der Absender sich nicht zu erkennen gab, bestellte der Vorstand Fischer zur Klärung des Vorwurfs zu einem Gespräch ein. Fischer stritt damals alles ab, und da es keine hinreichenden Belege gab, war die Sache damit erledigt.

Im Juni 2010 erhielt der Vorstand erneut Hinweise, Fischer habe sich rechtsextremen Kreisen angeschlossen. Wieder wurde er zum Gespräch einbestellt. Über eine Stunde stand er der Vereinsspitze Rede und Antwort. Diesmal gab er unumwunden zu, bei den Nationalen Sozialisten Rostocks zu sein. Er versuchte, seine Haltung zu begründen, sprach angeblich vom nötigen Systemwechsel, zu dem er beitragen wolle. Tags darauf jedenfalls erklärte Fischer seinen Vereinsaustritt und beklagte sich über die Gesprächsführung des Vorstandes.

Tatsächlichen Grund zur Klage hatte er über sein Outing an der Universität. Dort klebten Kommilitonen Plakate und verteilten Handzettel, die über Fischers politische Haltung informierten. „Er saß in der Vorlesung, als plötzlich die Flyer verteilt wurden“, berichten Studenten. Dann sei mit dem Finger auf ihn gezeigt worden.

Von da an änderte sich auch sein Privatleben. Wegen seiner Zugehörigkeit zu einer Gruppe sogenannter rechter Autonomer und der NPD war der Zwei-Meter-Mann auf Sportler-Partys ein unerwünschter Gast. Wenn die Teamkolleginnen von Nadja Drygalla einluden, kam diese ganz selbstverständlich allein. Aber sie trennte sich nicht von ihm.

All das beobachtete der Vorstand des Ruderclubs sehr genau. Die Beziehung war Thema der Vorstandssitzungen. „Sollte man Nadja ausschließen, weil sie mit einem Rechten zusammenlebte?“, fragt ein Rostocker Politiker mit guten Beziehungen in den Verein. Die Vereinsspitze entschied sich dagegen. Schließlich gab es keinerlei Anschuldigungen gegen sie. „Außerdem wollte man sie durch einen Ausschluss nicht in die Szene treiben“, sagt er.

Antifaschistische Gruppen hatten wohl etwas anderes erhofft. Darauf deutet eine E-Mail, die vor einem Jahr beim Landesinnenministerium in Schwerin einging. Damals absolvierte die Ruderin eine Ausbildung bei der Polizei. Die Mail soll einen Text und Bilder zum Fall Fischer enthalten haben. Diese Mail, die mutmaßlich von linken Antifaschisten abgeschickt worden war, soll dazu beigetragen haben, dass Drygalla schließlich nach langen Gesprächen mit Vorgesetzten freiwillig aus dem Polizeidienst ausschied.

Angeblich wurde diese Mail mit demselben Text und denselben Bildern in diesen Tagen erneut versendet. Vielleicht ist das aber auch nur ein Gerücht. Für den Gärtner, der die verwaisten Trainingsanlagen des Olympischen Ruderclubs Rostock pflegt, ist die Sache indes klar. „Das ist eine Diffamierungskampagne“, schimpft er und schiebt verwundert hinterher: „Und von den Nationalen Sozialisten Rostock habe ich jedenfalls noch nie etwas gehört.“ Ein Wunder ist das nicht. Nach Recherchen der Rechtsextremismus-Experten von „Endstation Rechts“ besteht die Gruppe aus einem harten Kern von elf jungen Männern. „Die treten öffentlich nicht in Erscheinung“, sagt Julian Barlen, SPD-Landtagsabgeordneter und Projektkoordinator von „Endstation Rechts“. Genau wie die linken Antifaschisten führen sie ihren „Kampf“ im Internet.

Elf Neonazis und die Stadt Rostock zeigt sich überrascht von der heftigen Diskussion über die Ruderin Nadja Drygalla und ihren Freund Michael Fischer. Rechte Ka....

Öffentlich traten sie zuletzt im Februar auf. Da versuchten sie, eine Veranstaltung zum Gedenken der Opfer des rechtsextremistischen Terrors der Gruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) zu stören. Ein Teilnehmer der Veranstaltung berichtet, Fischer sei als Fotograf unter den Störern gewesen. Zunächst hätten sie versucht, die Antifa-Teilnehmer der Gedenkveranstaltung mit Parolen zu provozieren. Weil ihnen das nicht gelang, hätten sie dann angefangen, Steine zu werfen. Daraufhin habe die Antifa Steine zurückgeworfen. Beiden Gruppen seien aber so weit voneinander entfernt gewesen, dass die Steine zwischen ihnen auf einer Wiese landeten. In dieser Sache ermittelt die Staatsanwaltschaft nun wegen schweren Landfriedensbruchs gegen Fischer.

Was sind autonome Nationalisten? Sie haben in ihrem Erscheinungsbild nichts mehr mit den rechten Skins der Neunzigerjahre gemein, die in Springerstiefeln und mit Baseballschlägern auf die Straße gingen. Autonome Nationalisten sind kaum von linken Autonomen zu unterscheiden: Sie tragen Kapuzenpullis, Baseballmützen und Sonnenbrillen und haben nichts gegen amerikanische Popkultur. „Die sind äußerlich nicht erkennbar“, sagt die Rechtsextremismus-Expertin an der Universität Rostock, Gudrun Heinrich. Im Gefüge der rechtsextremistischen Szene Mecklenburg-Vorpommerns spielten diese urbanen Gruppen allerdings keine große Rolle. „Der Rechtsextremismus zieht seine Stärke aus dem ländlichen Raum“, sagt sie. „Indem er die sozialen Probleme der Menschen für seine Zwecke ausnutzt, besetzt er die Räume, aus denen sich der Staat zurückgezogen hat.“

Diese Auffassung teilt auch der migrationspolitische Sprecher der Linke-Fraktion im Schweriner Landtag, Hikmat Al-Sabty. Er ist zur Eröffnung der Hanse Sail mit einem Stand in die Rostocker Innenstadt gekommen und wirbt für linke Politik. „Wir haben die ländlichen Räume vernachlässigt und den Rechten das Feld überlassen“, sagt er. „Unsere Schwäche dort ist ihre Stärke.“

Den Umgang mit Nadja Drygalla findet er ebenso problematisch wie der CDU-Fraktionschef in der Rostocker Bürgerschaft, Dieter Neßelmann. „Erstens kenne ich den Fall Drygalla nur aus den Medien“, sagt Mathematiker Neßelmann, dem Mutmaßungen und unbewiesene Verdächtigungen ein Gräuel sind. Er wundere sich schon, wie schnell der Stab über die Ruderin gebrochen worden sei. „Wissen Sie“, sagt er, „ich habe 40 Jahre in der DDR gelebt. Wir wurden unter anderem danach beurteilt, mit welchen Kollegen wir zum Mittagessen gingen. So etwas möchte ich nie mehr erleben.“

Freilich sei die NPD ein Problem. „Zwei ihrer Vertreter in der Bürgerschaft sind zwei zu viel“, sagt Neßelmann. Aber die träten öffentlich ebenso wenig in Erscheinung wie die Partei selbst. Tatsächlich wird jemand, der die NPD in Rostock sucht, sie nur schwer finden. Es gibt keinen Telefoneintrag, keine Adresse eines Bürgerbüros oder eine Parteianschrift. In einem heruntergekommenen Betonhochhaus im Gewerbegebiet des nördlichen Stadtteils Schmarl, unweit von Lichtenhagen, hat der NPD-Landtagsabgeordnete David Petereit sein Büro. Auf dem Briefkasten steht nur Petereit, die NPD ist sozusagen der Untermieter. Und sagen will er natürlich nichts: weder zum Fall Drygalla noch zur NPD und schon gar nicht zu 20 Jahre Lichtenhagen.

„Die Nationalen Sozialisten treten öffentlich nicht in Erscheinung“ Julian Barlen (SPD), Koordinator „Endstation Rechts“

Graphic

J. Barlen

Neubrandenburg, 1. Mai 2012: Fischer fotografiert auf einer Kundgebung vor den Augen der Polizei linke Gegendemonstranten

Load-Date: December 9, 2012

Elf Neonazis und die Stadt Rostock zeigt sich überrascht von der heftigen Diskussion über die Ruderin Nadja Drygalla und ihren Freund Michael Fischer. Rechte Ka....

End of Document

Bitte keine Söldner!; Die Bundeswehr hat große Schwierigkeiten, genügend Nachwuchs zu rekrutieren. In Zukunft könnte sie auf Mietkräfte angewiesen sein. Das wäre ein Albtraum

Die Welt

Mittwoch 4. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: FORUM; Essay; S. 2; Ausg. 283

Length: 1018 words

Byline: Michael Wolffsohn

Maximilian Beenisch

Body

Wird die Bundeswehr ein Söldnerheer? Ein Albtraum für Demokraten. Doch er könnte wahr werden, denn die Personalengpässe der Bundeswehr sind nach der faktischen Abschaffung der Wehrpflicht dramatisch. Die neue Koalition will zwar an der bisherigen Reform mit bis zu 185.000 Soldaten festhalten. Aber Experten zweifeln bereits massiv an der personellen Umsetzbarkeit. So hatte der ehemalige Planungsstabschef des BMVg, Hans Rühle, im August 2013 in der „Welt“ das neue Freiwilligenkonzept bereits für illusorisch und gescheitert erklärt. Eine Reduzierung der Armee auf 150.000 (-x) Soldaten sei die unabdingbare Konsequenz, ebenso die nächste Reform. Das inländische Personalreservoir ist offenbar ausgeschöpft. Zumindest kurz- und mittelfristig. Bleibt nur Personalimport, also im Ausland gekaufte Soldaten, Söldner. Diesbezügliche, wirklichkeitsbezogene Gedankenspiele gab es offenbar schon vor zwei Jahren im Bundesverteidigungsministerium: „Spiegel“, „Focus“ und das „Magazin für Migration in Deutschland“ („Migazin“) berichteten: Die Leitung des Bundesverteidigungsministeriums erwäge eine Öffnung der Streitkräfte für EU-Ausländer. Angesichts der Personalengpässe und der demografischen Grundsituation wäre eine solche Maßnahme verständlich. Der Minister suchte schon damals händeringend neue Rekrutierungsquellen, zumal rund 30 Prozent der freiwillig Wehrdienst Leistenden der Bundeswehr vorzeitig den Rücken gekehrt hätten. Die Personalnot hat sich inzwischen eher verschärft.

Es wurde an eine Erweiterung von Paragraph 37 Absatz II des deutschen Soldatengesetzes (SG) gedacht. Dieser ermöglicht in dienstlich begründeten Einzelfällen die Einstellung von Nichtdeutschen in die Streitkräfte. Somit würde die Ausnahme zur neuen Regel werden. Das hat nicht nur die Linke kritisiert. Sie erblickt darin eine unethische Anwerbung von neuem „Kanonenfutter“ für künftige Kriege. Auch in anderen Parteien hörte und hört man widersprechende Stimmen. Sie wollen keine deutsche Fremdenlegion und den Ausländern mögliche Loyalitätskonflikte mit ihren Herkunftsländern ersparen. Der Vorschlag verschwand schnell aus den Medien, aber

Bitte keine Söldner! Die Bundeswehr hat große Schwierigkeiten, genügend Nachwuchs zu rekrutieren. In Zukunft könnte sie auf Mietkräfte angewiesen sein. Das wäre....

Papier ist in den ministeriellen Schreibtischen geduldig. Auch im Zuge der nächsten Reform, die durch die Personalnot unvermeidlich sein wird.

Ein Blick in die Geschichte offenbart, weshalb der Rückgriff auf ausländische Söldner und Soldaten vor allem durch eine moderne Demokratie wie die Bundesrepublik abgelehnt werden muss.

Die Anwerbung von fremden Soldaten und Heeren war in Antike und Mittelalter für die jeweiligen Staaten zwar kurzfristig kostengünstig, aber im Resultat meistens verheerend. Aus fremdländischen Söldnern wurden schnell fremdländische Besatzer, vor allem wenn die eigene Bevölkerung keinen wirksamen Anteil an der Landesverteidigung mehr hatte. So gingen in der Spätantike das Weströmische und im Spätmittelalter das Byzantinische Reich militärisch an ihren ausländischen Söldnern zugrunde. Dieses Beispiel trifft zwar nicht auf die deutsche Gegenwart zu, sollte aber zu denken geben.

Im 17. und 18. Jahrhundert waren ausländische Söldner ein zentraler Bestandteil des europäischen Kriegssystems. Zu Tausenden in fremden Staaten angeworben, lieferten sie den absolutistischen Fürsten gehorsames Kriegsmaterial, um die wirtschaftlich produktiven und steuerzahlenden Untertanen nicht übermäßig auf den Schlachtfeldern ausbluten zu lassen. Damit war die Armee als Instrument der Monarchen ein Staat im Staate. Er war nicht dem Willen des Volkes unterlegen und konnte folglich auch gegen das Volk eingesetzt werden. So kämpften im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg 30.000 gepresste deutsche Söldner auf britischer Seite gegen US-amerikanische Bürgersoldaten. Dann kam der Einschnitt der Französischen Revolution. Die Masse aller wehrfähigen und patriotisch getrimmten Bürger sollte sich erheben („levée en masse“). Bald folgten die meisten anderen europäischen Staaten und führten zumindest theoretisch die allgemeine Wehrpflicht ein. An Schlupflöchern fehlte es nicht, und anders als die Legende besagt, drückten sich viele der vermeintlichen Patrioten. Weil und wenn sie mussten, trugen die Bürger Uniform. Sie blieben lieber Bürger ohne Uniform, obwohl als Ideal der (damals nicht so genannte) Bürger in Uniform galt. Nur seinem Nationalstaat gegenüber hatte er loyal zu sein.

Nach den Verbrechen zweier Weltkriege wurde die Wehrpflicht in der Bundesrepublik zu einem demokratischen Anker für die Streitkraft einer pluralistischen Gesellschaft. Folgerichtig sollten - und haben - sich die bundesdeutschen Soldaten an unserem parlamentarisch demokratischen Staatswesen beteiligt.

Eine Aufnahme von ausländischen Staatsangehörigen in die Bundeswehr zerstört das Bild dieser Staatsbürgerarmee. Warum sollte jemand, der weder durch Geburt noch Überzeugung der deutschen Staatsnation angehört und nicht einmal wahlberechtigt ist, die Bundesrepublik treu und tapfer verteidigen - wenn nicht für teures Geld? Teuer bezahlte Ausländer in der Bundeswehr wären ein vor- und antidemokratischer Rückschritt in die Epoche frühneuzeitlicher Söldnerarmeen. Das wäre erst der Anfang und das die Fortsetzung bis zum gefährlichen Endpunkt: Die Bundesrepublik würde von privaten Sicherheitsfirmen Soldaten „leasen“. Die privaten Sicherheitsfirmen können ihrerseits auf dem Personal-„Markt“ jedoch nur bekommen, was angeboten wird: Lyriker und andere Sensible werden es nicht sein. Doch - bleiben wir bei Inländern - Rechtsextreme, die ohnehin fürs knallhart Militärische mehr als fürs weich Lyrische sind, werden sich anbieten; wahrscheinlich auch Islamisten, die als „U-Boote“ die Bundeswehr unterwandern möchten. Keine erfreulichen Perspektiven. Wer selbst über keine Nachwuchsstrategien verfügt, hat aber langfristig keine andere Wahl.

Nein, Menschen mit Migrationshintergrund ist schon jetzt der Zugang zu den Streitkräften nicht verwehrt. Das ist richtig und wichtig. Aber alle Menschen in der Bundeswehr eint die deutsche Staatsangehörigkeit, das gemeinsame Bekenntnis zu einer gemeinsamen Verfassung, zu einer gemeinsamen Identität. Die Bundeswehr als Söldnertruppe? Nein, danke.

Graphic

Bitte keine Söldner! Die Bundeswehr hat große Schwierigkeiten, genügend Nachwuchs zu rekrutieren. In Zukunft könnte sie auf Mietkräfte angewiesen sein. Das wäre....

Afrikanische Söldner - bald in der Bundeswehr?

Christine Glade

Load-Date: December 4, 2013

End of Document

Die Welt in Kürze; Verkehr: Reformkommission startet ohne Roland Koch ++ Umwelt: Schleswig-Holstein startet Initiative gegen Fracking ++ Prozess: Finanzielle Unterstützung für Angehörige der NSU-Opfer ++ Griechenland: Europarat warnt vor Fremdenhass ++ Nordkorea: Neue Drohgebärden aus Pjöngjang ++ Flüchtlinge: Syrer sollen Verwandte nach Deutschland holen dürfen ++ Staatsbesuch: Obama kommt im Juni nach Berlin ++ Europa: Serbien und Kosovo sollen sich vertragen ++ Großbritannien: Große Trauerfeier für Thatcher in London

Die Welt

Mittwoch 17. April 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 7; Ausg. 89

Length: 1374 words

Body

Verkehr

Reformkommission startet ohne Roland Koch

Der Vorstandsvorsitzende des Baukonzerns Bilfinger, Roland Koch (CDU), hat seine Teilnahme an der Reformkommission von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) abgesagt. Die Reformkommission für den Bau von Großprojekten nimmt am Mittwoch erstmals die Arbeit auf. „Herr Koch kann aus Termingründen nicht in der Kommission mitarbeiten“, hieß es gegenüber der „Welt“ aus Unternehmenskreisen von Bilfinger (67.000 Mitarbeiter). Die Kommission hat 34 Mitglieder. Zugesagt haben bereits Bahnchef Rüdiger Grube und Klaus Grewe, der Gesamtprojekt-Koordinator der Olympischen Spiele 2012 in London. Die Experten sollen analysieren, ob es strukturelle Defizite bei der Planung und Realisierung von Großprojekten gibt - etwa beim Hauptstadt-Flughafen BER, dem Bahnhofprojekt Stuttgart 21 oder der Elbphilharmonie Hamburg. „Einige prominente Baumaßnahmen sind in letzter Zeit aus unterschiedlichen Gründen buchstäblich zum Fass ohne Boden geworden. Auch wenn es Ausreißer sein mögen, das schädigt den Ruf Deutschlands als Ingenieursnation. Da müssen wir gegensteuern“, sagte Ramsauer der „Welt“. Die Reformkommission soll helfen, Kostenexplosionen und Terminverzögerungen bei künftigen Projekten zu vermeiden. Vorgesehen ist, dass das Gremium spätestens in zwei Jahren ein Handbuch für Großprojekte vorlegt, um Lehren aus den Fehlern aktueller Großbauvorhaben zu ziehen.

Umwelt

Die Welt in Kürze Verkehr: Reformkommission startet ohne Roland Koch ++ Umwelt: Schleswig-Holstein startet Initiative gegen Fracking ++ Prozess: Finanzielle Unt....

Schleswig-Holstein startet Initiative gegen Fracking

Mit einer Bundesratsinitiative will sich Schleswig-Holstein für ein gesetzliches Verbot von Fracking mit giftigen Chemikalien starkmachen. Das hat das Kieler Kabinett aus SPD, Grünen und SSW (Südschleswigscher Wählerverband) beschlossen. Umweltminister Robert Habeck (Grüne) begründete das Vorgehen: „Die Risiken von Fracking bei der Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas sind ungewiss.“ Ein entsprechender Antrag soll am 3. Mai in den Bundesrat eingebracht werden. Der CDU-Wirtschaftsrat kritisierte unterdessen die „unsachlichen Diskussionen“ in Deutschland und forderte, die von der Bundesregierung angekündigte gesetzliche Regelung zum Fracking unverzüglich einzuleiten und die Erkundung heimischer Schiefergasvorkommen schnellstmöglich zu genehmigen.

Prozess

Finanzielle Unterstützung für Angehörige der NSU-Opfer

Bayerns Justizministerin Beate Merk (CSU) hat den Angehörigen der NSU-Opfer einen Ausgleich für die Kosten aufgrund der Verschiebung des Prozesses versprochen. „Das wird es auf jeden Fall geben“, erklärte Merk. Damit geht sie auf eine Forderung ein, die unter anderem von der Ombudsfrau der Bundesregierung, Barbara John, gestellt wurde. Die Verschiebung des Prozesses bedeute für viele der Angehörigen zusätzliche Belastungen, so Merk. „Wichtig ist mir nun, dass die Opfer und ihre Angehörigen hinreichend informiert werden und ihnen Hilfe auch für die finanziellen Folgen der Entscheidung angeboten wird.“ Sie bedauerte die Verlegung des Verfahrens wegen ihrer Konsequenzen für die Angehörigen der Opfer. Sie sollten sich an das Oberlandesgericht (OLG) München wenden, um Detailfragen zu klären. John und der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, hatten in der „Welt“ auf Kosten hingewiesen, die in der Vorbereitung entstanden seien und die nun trotz der Verschiebung bestehen bleiben.

Griechenland

Europarat warnt vor Fremdenhass

Der Europarat ist besorgt über die zunehmende Gewalt gegen Migranten in Griechenland. Brutale Überfälle mit Beteiligung der rechtsextremen Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) bedrohten die Rechtsstaatlichkeit und die Demokratie, hieß es in einem Bericht des Menschenrechtskommissars der Staatenorganisation, Nils Muiznieks. Darin forderte er die Regierung in Athen auf, streng gegen politische Hassreden vorzugehen. Gegen Hetzkampagnen der rechtsextremen Parteien müsse sie notfalls wirksame Strafen oder Verbote erlassen. Außerdem sollten die Behörden in Athen den „längst überfälligen Bau einer Moschee und eines muslimischen Friedhofs in Angriff nehmen“, um die Grundrechte der dort lebenden muslimischen Gemeinde zu achten. Die griechische Regierung erklärte dazu, sie teile die Sorge des Kommissars. Sie spielte jedoch das Ausmaß rassistischer Gewalt herunter. „Rassistische Einstellungen sind lediglich ein Randphänomen in der griechischen Gesellschaft“, hieß es.

Nordkorea

Neue Drohgebärden aus Pjöngjang

Einen Tag nach den Feiern rund um den Geburtstag von Staatsgründer Kim Il-sung heizt Pjöngjang den Konflikt auf der koreanischen Halbinsel wieder an. In einer in den Staatsmedien verbreiteten Stellungnahme forderte Pjöngjang den Süden zu einer Entschuldigung für „feindselige Akte“ auf und untermauerte dies mit einem Ultimatum. Andernfalls könne es jederzeit Vergeltungsakte geben, hieß es laut der amtlichen Nachrichtenagentur KCNA in einer Erklärung des Oberkommandos der Volksarmee. Solange sich der Süden nicht entschuldigt habe, werde es keinerlei Gespräche geben. Derweil geht der amerikanische Präsident Barack Obama davon aus, dass Pjöngjang sein Säbelrasseln in den nächsten Tagen weiter verstärkt. Die neuen Drohungen aus Pjöngjang sind vor allem auch eine Reaktion auf eine Protestaktion von rund 250 Demonstranten, die in der Innenstadt der südkoreanischen

Die Welt in Kürze Verkehr: Reformkommission startet ohne Roland Koch ++ Umwelt: Schleswig-Holstein startet Initiative gegen Fracking ++ Prozess: Finanzielle Unt....

Hauptstadt Seoul Bilder mit dem Konterfei des verstorbenen nordkoreanischen Staatsgründers Kim Il-sung und seines ebenfalls toten Sohns, des früheren Machthabers Kim Jong-il, verbrannt hatten.

Flüchtlinge

Syrer sollen Verwandte nach Deutschland holen dürfen

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Ruprecht Polenz (CDU), hat sich für eine großzügige Nachzugsregelung bei in Deutschland lebenden Syrern ausgesprochen. Die rund 40.000 hier ansässigen Syrer sollten ihre Verwandten hierher holen dürfen, sagte Polenz. Durch die Bereitschaft Deutschlands, 5000 Flüchtlinge aufzunehmen, sei zwar „eine gewisse Bewegung“ in Gang gekommen. Das sei aber nicht genug. Die Zahl der syrischen Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen dürfen, sei viel zu niedrig angesetzt. Polenz verwies auf die Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien. In den 90er-Jahren seien rund 300.000 Menschen aus dem damaligen Bürgerkriegsgebiet aufgenommen worden.

Staatsbesuch

Obama kommt im Juni nach Berlin

Im Anschluss an den G-8-Gipfel in Nordirland, der am 19. und 20. Juni stattfindet, wird US-Präsident Barack Obama nach Berlin kommen. Das bestätigte das Weiße Haus der „Welt“. Zuletzt war er als Kandidat im Wahlkampf 2008 in Berlin gewesen und hatte vor 200.000 Menschen gesprochen. 2009 hatte er Baden-Baden und Kehl besucht, kurz danach auch noch Dresden, Weimar und US-Truppen in der Pfalz. Die Terminwahl bedeutet, dass Obama nicht zum 50. Jahrestag der Ansprache John F. Kennedys („Ich bin ein Berliner“) am 26. Juni in der Hauptstadt sein wird.

Europa

Serbien und Kosovo sollen sich vertragen

Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton (Foto) will im Konflikt zwischen Serbien und dem Kosovo einen erneuten Vermittlungsversuch unternehmen. Sie habe Serbiens Regierungschef Ivica Dacic und den Premier des Kosovo, Hashim Thaci, für Mittwoch zu einem Treffen nach Brüssel eingeladen, teilte Ashton mit. Dacic und Thaci sollten bereit sein, verschiedene Lösungen zu sondieren und einen Kompromiss zu schließen. Die Gespräche zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Balkanstaaten waren Anfang April ergebnislos beendet worden. Die frühere serbische Provinz Kosovo hatte 2008 ihre Unabhängigkeit erklärt. Die Führung in Belgrad erkennt dies bis heute jedoch nicht an. Den für Dienstag angekündigten Bericht über die Aussichten Serbiens und des Kosovo auf Annäherung an die EU hat Erweiterungskommissar Stefan Füle kurzfristig abgesagt.

Großbritannien

Große Trauerfeier für Thatcher in London

Zweitausend geladene Gäste und mehrere tausend Menschen an den Straßen werden an diesem Mittwoch der verstorbenen ehemaligen britischen Premierministerin Margaret Thatcher die letzte Ehre erweisen. Sie war am Montag vergangener Woche im Alter von 87 Jahren einem Schlaganfall erlegen. Der Sarg mit dem Leichnam ist bereits am Dienstag in die St.-Mary's-Kapelle gebracht worden. Dort sollten zunächst rund 100 enge Mitarbeiter und Familienmitglieder Gelegenheit haben, sich während einer kurzen Andacht von Thatcher zu verabschieden.

Graphic

Die Welt in Kürze Verkehr: Reformkommission startet ohne Roland Koch ++ Umwelt: Schleswig-Holstein startet Initiative gegen Fracking ++ Prozess: Finanzielle Unt....

dpa/ Boris Pejovic

Boris Pejovic

Load-Date: April 17, 2013

End of Document

Der Ehefrau ihre Straße; Kein Platz für Moses Mendelssohn: Berlin streitet über die Frauenquote - für Straßennamen

Die Welt

Freitag 26. April 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; S. 28; Ausg. 97

Length: 940 words

Byline: Christine Kensche

Body

Ursula von der Leyen hat sich durchgesetzt, und die CDU will sich eine Frauenquote ins Programm schreiben. Damit, könnte man meinen, ist die Diskussion fürs Erste beendet. Doch während die große Politik zum nächsten Tagesordnungspunkt übergeht, ist in Berlin schon wieder ein Geschlechterstreit losgebrochen, für den die Hauptstadt Hohn und Spott erntet. Im Mittelpunkt steht ein noch nicht einmal fertig gepflastertes Plätzchen am Rande Kreuzbergs.

Einziger Anlieger ist das Jüdische Museum, das hier demnächst einen Anbau eröffnen will. In der neuen Akademie des Hauses wird künftig zu den sozialen Folgen von Migration geforscht. Und so suchte der Stiftungsrat nach einem passenden Patron. Eine historische Persönlichkeit sollte es sein, international bekannt und geehrt. Man entschied sich für Moses Mendelssohn (1729 - 1786). Der jüdische Philosoph gilt als ein Wegbereiter der Aufklärung und kam selber als Migrant nach Berlin - der perfekte Kandidat also, hätte er nicht ein entscheidendes Manko: Er ist keine Frau.

Friedrichshain-Kreuzberg hat sich 2005 eine Frauenquote von 50 Prozent verschrieben. Laut einem Beschluss der von den Grünen dominierten Bezirksverordnetenversammlung (BVV) müssen Straßen und Plätze zur Hälfte nach Frauen benannt werden. Bis die Quote erreicht ist, sollen nur noch weibliche Namen vergeben werden. Zu einer Ausnahme ist man nicht bereit: Das sei „genderpolitisch mehr als fragwürdig“, heißt es bei den Grünen. Es könne schließlich nicht sein, dass es keine angemessene weibliche Persönlichkeit gebe.

Im Jüdischen Museum reibt man sich die Augen. Dass die Taufe des Vorplatzes so anstrengend werden würde, hätte sie nicht erwartet, sagt Museumsdirektorin Cilly Kugelmann. Und ja, der Stiftungsrat hätte sich Alternativen überlegt: die Schriftstellerin Rahel Varnhagen oder Rosa Luxemburg. Aber die sind im Berliner Verkehrsbild - Erstere mit einer Straße, Letztere mit einem Platz, einer Straße und einem Steg - bereits versorgt, während es deutschlandweit noch keine einzige Straße für Mendelssohn gibt.

Der Ehefrau ihre Straße Kein Platz für Moses Mendelssohn: Berlin streitet über die Frauenquote - für Straßennamen

Im Bezirksausschuss „Frauen, Gleichstellung und Queer“ wurde bereits die Idee diskutiert, die bestehende Rahel-Varnhagen-Promenade umzutaufen, nur um dann doch den Vorplatz des Jüdischen Museums nach ihr benennen zu können. Kugelman sagt, sie finde das schlichtweg albern. Und Anna Luck von den Grünen, stellvertretende Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses, bemüht sich zu versichern, dass man Mendelssohn an sich ja auch „ganz toll“ finde, aber Beschluss sei nun einmal Beschluss. Könnte man meinen. Nur wurden in den vergangenen Jahren schon Ausnahmen gemacht: etwa für die Rudi-Dutschke-Straße oder für den ermordeten Hausbesitzer Silvio Meier. Offenbar lässt sich die Frauenquote für linke Konsensfiguren aussetzen.

Inzwischen haben rund 2000 Berliner eine Online-Petition für Moses Mendelssohn unterschrieben. Doch sie kommt zu spät, denn die Bezirkspolitiker haben nun entschieden, wie der Platz künftig heißen wird: Um Mendelssohn nicht außer Acht zu lassen und trotzdem noch eine Frau aufs Schild zu hieven, hat Kreuzberg für „Fromet- und Moses-Mendelssohn-Platz“ gestimmt. Im Jahr 2013 gilt es also wieder als emanzipatorischer Erfolg, an der Seite des Ehemannes genannt zu werden. Beruf: Gattin. Dafür hätte es eine Frauenquote wahrlich nicht gebraucht.

Im Jüdischen Museum kommentiert man die Entscheidung denkbar knapp: Die Eheleute Mendelssohn seien ein Kompromiss, mit dem man leben könne. Mehr wolle man dazu nicht sagen. Die Grünen klingen euphorisch: Jana Borkamp, Fraktionssprecherin der BVV, spricht von einem „sehr guten Ergebnis“. Im Netz hingegen ist das Gelächter groß: Ob man nun auch eine „Rudi-Gretchen-Dutschke-Straße“ plane, ätzen Kommentare auf Twitter. Andere erinnern an einen Spruch von Johannes Rau. Auf die Frage, warum kein Fußballstadion nach einer Frau benannt sei, antwortete der damalige nordrhein-westfälische Ministerpräsident: „Wie sollen wir das denn nennen? Dem Ernst Kuzorra seine Frau ihr Stadion?“ Die Gleichstellung wollen sich derweil auch andere deutsche Großstädte auf die Schilder schreiben. So hat Hamburg die Absicht bekundet, Straßen künftig verstärkt nach weiblichen Vorbildern zu benennen. Der Anteil an Frauen ist im hanseatischen Stadtbild noch geringer als in den Vorständen deutscher Dax-Konzerne: Bei der letzten Zählung 2009 kam Hamburg gerade einmal auf 275 weibliche von insgesamt 8000 Straßennamen. Ähnlich arm an Namensgeberinnen ist München: Dort trägt von 6129 Straßen ein knappes Zwanzigstel (288) Frauennamen.

Den Schnitt anzuheben ist offenbar nicht so leicht: Trotz des bereits 2004 gefassten Entschlusses, Frauen Vorrang zu gewähren, kommt ein Bericht des Kommunalreferats München 2011 zu dem Schluss: „Nach wie vor beziehen sich die Wünsche nach einer Ehrung von Persönlichkeiten durch eine Straßenbenennung sowohl von privater Seite als auch seitens der Bezirksausschüsse und aus den Reihen des Stadtrats fast ausschließlich auf Männer.“

Auch Düsseldorf diskutierte kürzlich, ob man statt der „Königs-“ eine „Königinnenallee“ brauche. Mehr als ein Drittel aller Straßen der Landeshauptstadt sind nach Männern benannt; bisher wurden lediglich 69 Frauen als Namensgeber herangezogen - das entspricht einem Anteil von 2,7 Prozent. Die Düsseldorfer entschieden sich trotzdem gegen eine Frauenquote.

Diese durchzusetzen wäre wohl auch ein Jahrhundertprojekt geworden: Wenn in der Stadt wie bisher durchschnittlich neun neue Straßennamen pro Jahr vergeben werden, dann würde es mindestens 89 Jahre dauern, bis die verkehrspolitische Gleichstellung erreicht wäre.

„Dem Ernst Kuzorra seine Frau ihr Stadion?“ Johannes Rau, Politiker

Load-Date: April 26, 2013

**Ausland Kompakt; Türkei: PKK bestätigt Entführung von Abgeordneten ++
Afghanistan: Taliban töten hohen Politiker und Zivilisten bei Anschlag ++
Syrien: Vermisster Kameramann vermutlich getötet ++ Balkan: In
Nordkosovo leben nur noch 40 000 Menschen ++ Rumänien: Richterrat:
Sorge um Unabhängigkeit der Justiz ++ Australien: Regierung will
Flüchtlinge im Ausland abschrecken ++ Nordkorea: Staatsmedien: Kim-
Onkel zu Gesprächen in China**

Die Welt

Dienstag 14. August 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 7; Ausg. 189

Length: 664 words

Body

Türkei

PKK bestätigt Entführung von Abgeordneten

Im Konflikt zwischen kurdischen Rebellen und der Türkei haben PKK-Kämpfer erstmals einen türkischen Abgeordneten entführt. Hüseyin Aygün von der Republikanischen Volkspartei (CHP) sei am Sonntag „in Gewahrsam“ genommen worden, hieß es in einer über die pro-kurdische Nachrichtenagentur Firatnews verbreiteten PKK-Erklärung. Die türkische Armee suchte mit einem Großaufgebot nach dem Entführten. Die Rebellen warnten in ihrer Erklärung, ein Eingreifen der Armee würde Aygüns Leben gefährden. Der Politiker war nach Angaben aus türkischen Sicherheitskreisen am Sonntag in seinem Wahlkreis nahe der Stadt Tunceli im Osten der Türkei unterwegs, als Rebellen das Auto auf der Straße stoppten und ihn entführten.

Afghanistan

Taliban töten hohen Politiker und Zivilisten bei Anschlag

Bei einem Anschlag in der nordafghanischen Provinz Tachar sind ein Provinzratsmitglied, der Bürgermeister einer Distrikthauptstadt und drei Zivilisten getötet worden. Der Wagen der Opfer sei auf dem Weg in die Provinzhauptstadt Talokan in eine Sprengfalle geraten, sagte ein Sprecher der Provinzregierung. Die Taliban bekannten sich zu der Tat. Die Internationale Schutztruppe Isaf meldete unterdessen die Gefangennahme eines

Ausland Kompakt Türkei: PKK bestätigt Entführung von Abgeordneten ++ Afghanistan : Taliban töten hohen Politiker und Zivilisten bei Anschlag ++ Syrien: Vermisst....

hochrangigen Aufständischen in der Nachbarprovinz Kundus. Die Nato-geführte Isaf macht ihn für Sprengstoffanschläge verantwortlich. In Kundus unterhält die Bundeswehr ein Feldlager.

Syrien

Vermisster Kameramann vermutlich getötet

Ein vor drei Tagen entführter Kameramann eines regierungsnahen syrischen Fernsehsenders ist nach dessen Angaben vermutlich getötet worden. Der Kameramann sei mit drei weiteren Mitarbeitern des Senders am Freitag in dem Damaszener Vorort al-Tal verschleppt worden, berichtete al-Ichbarija TV. Im Juni hatten Bewaffnete die Zentrale von al-Ichbarija überfallen und sieben Mitarbeiter getötet.

Balkan

In Nordkosovo leben nur noch 40 000 Menschen

Im Norden Kosovos leben nur noch 40.000 Menschen - knapp 10.000 weniger als noch vor einigen Jahren. Die Zahlen sind das Ergebnis einer Volkszählung, die von der örtlichen UN-Vertretung durchgeführt wurde.

Rumänien

Richterrat: Sorge um Unabhängigkeit der Justiz

Angesichts von Kritik an der Staatsanwaltschaft hat sich der Oberste Rat der Richter in Rumänien besorgt über eine mögliche Gefährdung der Unabhängigkeit der Justiz geäußert. Der Rat, der über die Unabhängigkeit der Justiz wacht, beauftragte die Justizaufsicht mit einer Untersuchung zu Äußerungen von Politikern der regierenden Mitte-links-Koalition. Die Kritik von Ministerpräsident Viktor Ponta und Abgeordneten seines Bündnisses an der Generalstaatsanwaltschaft gingen über die Grenzen des im politischen Diskurs Zulässigen hinaus und könnten die Justiz einschüchtern und ihre Glaubwürdigkeit als Staatsgewalt beschädigen.

Australien

Regierung will Flüchtlinge im Ausland abschrecken

Australien will Asylsuchende künftig wieder in Auffanglagern in den Inselstaaten Nauru und Papua-Neuguinea unterbringen und Flüchtlinge damit von der gefährlichen Überfahrt in das Land abschrecken. Australien müsse handeln um zu verhindern, dass Menschen auf dem Weg nach Australien ertrinken, sagte Regierungschefin Julia Gillard. Sie hoffe, dass das Parlament noch in dieser Woche einem entsprechenden Gesetzesvorhaben zustimme. Anschließend müssen nach Angaben von Einwanderungsminister Chris Bowen auch noch die Regierungen von Nauru und Papua-Neuguinea den Plänen zustimmen.

Nordkorea

Staatsmedien: Kim-Onkel zu Gesprächen in China

Ein Onkel des nordkoreanischen Machthabers Kim Jong-un ist staatlichen Medienberichten zufolge zu Gesprächen über die gemeinsame Entwicklung von Sonderwirtschaftszonen nach China gereist. Jang Song Thaek stehe an der Spitze einer nordkoreanischen Delegation zu Verhandlungen über die Sonderwirtschaftszonen in Rason sowie Hwanggumphyong und Wihwado, berichtete die nordkoreanische Nachrichtenagentur KCNA. Im Juni hatte Pjöngjang angekündigt, Ausländer sollten dort visafreien Zutritt erhalten.

Load-Date: December 14, 2012

Deutschland Kompakt; Thüringen: SPD wirft Lieberknecht arglistige Täuschung vor ++ Linkspartei: Riexinger setzt auf Mehrheit links von der Mitte ++ EU-Pläne: Regierung gegen Datenkabel in Wasserleitungen ++ Flüchtlinge: Kardinal Marx bittet Bischöfe um Wohnungen

Die Welt

Dienstag 30. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 175

Length: 655 words

Body

Thüringen

SPD wirft Lieberknecht arglistige Täuschung vor

Im Kabinett von Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) ist ein offener Streit über den Umgang mit Ex-Regierungssprecher Peter Zimmermann ausgebrochen. Wirtschaftsminister Matthias Machnig sagte, er fühle sich von der Regierungschefin „arglistig getäuscht“, weil sie ihm wichtige Unterlagen vorenthalten habe. Zimmermann, der aus freien Stücken zu einer Leipziger Internetfirma wechselt, war in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Weil der 37-Jährige dadurch weiter Anspruch auf Bezüge vom Land hat, gibt es heftige Kritik. So haben die Grünen Anzeige gegen Lieberknecht wegen des Verdachts der Untreue erstattet. Am Wochenende berichtete der „Spiegel“, dass das Vorgehen selbst in der Staatskanzlei nicht unumstritten war. So soll Lieberknecht von ihren Beamten ausdrücklich vor diesem Schritt gewarnt worden. Ihm seien Akten mit rechtlichen Bewertungen in dieser Sache vorenthalten worden, monierte Machnig nun. „Wären mir diese Schriftstücke bekannt gewesen, hätte ich niemals zugestimmt.“ Zudem habe Lieberknecht nicht ihre Zusage eingehalten, dass keine Belastungen auf das Land zukämen. „Es ist jetzt die Aufgabe der Ministerpräsidentin, Transparenz herzustellen“, forderte Machnig. Mit Kultusminister Christoph Matschie (SPD) hatte zuvor schon ein anderes Kabinettsmitglied Lieberknecht aufgefordert, die Widersprüche „unverzüglich auszuräumen“.

Linkspartei

Riexinger setzt auf Mehrheit links von der Mitte

Linke-Chef Bernd Riexinger hat SPD und Grüne aufgefordert, ihren Widerstand gegen eine rot-rot-grüne Koalition aufzugeben. Nur so sei nach der Bundestagswahl ein Politikwechsel zu erreichen, sagte Riexinger. „Grüne und SPD müssen die Frage beantworten, wie sie ein linkes Wahlprogramm ohne die Linke umsetzen wollen. Das ist

Deutschland Kompakt Thüringen : SPD wirft Lieberknecht arglistige Täuschung vor ++ Linkspartei: Riexinger setzt auf Mehrheit links von der Mitte ++ EU-Pläne: Reg....

schlichtweg unmöglich." Acht Wochen vor der Bundestagswahl liegt die Linke in Umfragen zwischen sieben und neun Prozent. Mit Verärgerung hat die Linke-Vorsitzende Katja Kipping auf Aussagen von SPD-Chef Sigmar Gabriel zur Bündnisfähigkeit ihrer Partei reagiert. Als „extrem heuchlerisch“ kritisierte Kipping die Äußerungen. Gabriel hatte die ostdeutschen Linke-Verbände als „pragmatisch“ gelobt, die westdeutschen hingegen als „Sektierer“ bezeichnet. Kipping erinnerte den SPD-Chef daran, dass seine Partei Möglichkeiten zu Regierungsbündnissen mit ostdeutschen Landesverbänden wiederholt ausgeschlagen habe.

EU-Pläne

Regierung gegen Datenkabel in Wasserleitungen

Die Bundesregierung lehnt wegen gesundheitlicher Gefahren Pläne der EU-Kommission ab, Internetkabel künftig auch durch Trinkwasserrohre zu verlegen. Wie die „Saarbrücker Zeitung“ berichtet, teile die Regierung „die hygienisch begründeten Bedenken und Sorgen“ von Experten. Das geht aus der Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion hervor. Um Kosten beim Netzausbau zu reduzieren, sollen nach dem Willen Brüssels Internetanbieter unter anderem ihre Breitbandkabel durch bereits vorhandene Trinkwasserrohre schieben dürfen.

Flüchtlinge

Kardinal Marx bittet Bischöfe um Wohnungen

Der Vorsitzende der Freisinger Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, hat die bayerischen Bischöfe gebeten, leer stehende Gebäude für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen. Jede einzelne Wohnung sei „willkommen und dringend nötig“, heißt es in einem Brief des Münchner Erzbischofs an seine sechs Mitbrüder im Bischofsamt. Diese sollten über die Generalvikare und Caritasdirektoren in ihren Diözesen nach geeigneten Räumlichkeiten suchen lassen. Das bayerische Sozialministerium hatte die Kirchen um Mithilfe bei der Unterbringung von Flüchtlingen gebeten. Die evangelische Landeskirche stellte daraufhin 20 Wohnungen bereit. Bischof Reinhard Marx verwies in seinem Schreiben auf die in den letzten Monaten stark gestiegene Zahl Asylsuchender in Deutschland. Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte seien überfüllt.

Load-Date: July 30, 2013

**Eine feste Burg für Erdogan; Der türkische Regierungschef beginnt
Staatsbesuch in Berlin mit der Eröffnung der neuen Botschaft - der größten
seines Landes**

Die Welt

Mittwoch 31. Oktober 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 255

Length: 972 words

Byline: Boris Kalnoky

Highlight: Beim Treffen mit Angela Merkel soll es um syrische **Flüchtlinge** und die Frage der Visumspflicht für Türken gehen

Body

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan ist eine auch in Deutschland polarisierende Figur, und wenn er wie gestern in Berlin die weltweit größte türkische Botschaft einweiht, fragen sich viele Deutsche: Wo steht dieser Mann in Bezug zu Deutschland? Was sind seine politischen Ziele bei uns? Viele Beobachter sehen ihn als jemanden, der die Zukunft der Türkei weniger in der Europäischen Union als im Aufstieg der Türkei zu einer neuen Weltmacht erblickt, und der auf Europa und den Westen herabsieht. Also auch auf Deutschland?

Ganz bestimmt nicht. Türkische Regierungsvertreter und Diplomaten sagen ihren deutschen Kollegen gern, dass es ihrer Meinung nach zwei „gesunde“ Nationen gibt in Europa: Deutschland und die Türkei. Sie sehen Deutschland als genauso zum Führen berufen, wie sie sich selbst zum Führen berufen sehen, jeder in seinem Bereich.

Zwar hat Erdogan in einer Grundsatzrede vor seiner Partei, der AKP, vor etwa einem Monat die EU und Europa nur negativ, fast schon als Feindbild erwähnt. Rassisten, die Türken keine Visen geben, so etwa klang es da. Nie war Erdogans Abkehr von Europa deutlicher, verächtlicher zu spüren. Das Interesse an einer EU-Mitgliedschaft ist verfliegen. Von 35 Kapiteln, die das Land im Zuge der Beitrittsverhandlungen abarbeiten muss, ist erst eines abgeschlossen.

Über 13 Kapitel verhandelt Ankara mit Brüssel - mit schwindender Motivation. Eine Entwicklung, die Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) kritisch sieht. „Dieser Stillstand ist nicht gut, für beide Seiten nicht“, sagte Westerwelle in seinem Grußwort zur Eröffnung der türkischen Botschaft.

Es gibt wirtschaftlich kein Land, das für die Türkei wichtiger wäre als Deutschland, und politisch sind in Erdogans Augen wohl nur die Amerikaner wichtiger als die Deutschen. In Europa ist kein Ort zentraler für die Türkei als

Eine feste Burg für Erdogan Der türkische Regierungschef beginnt Staatsbesuch in Berlin mit der Eröffnung der neuen Botschaft - der größten seines Landes

Berlin. Die neue Botschaft soll das zum Ausdruck bringen. Und eigentlich ist diese Sichtweise - dass Deutschland und die Türkei eine herausragende Sonderrolle in ihren jeweiligen Regionen spielen - nicht weit entfernt von der Sicht Angela Merkels, eine „privilegierte Partnerschaft“ mit der Türkei sei der geeignete Rahmen für die Beziehungen mit Ankara, nicht ein EU-Beitritt der Türkei.

Dass dies auch für Erdogan eine bequeme Lösung ist, meinte kürzlich auch der türkischstämmige Grünen-Chef Cem Özdemir im Gespräch mit dieser Zeitung: Erdogan könne dann weiter so tun, als wolle er ja eigentlich die EU-Mitgliedschaft, ohne sich mit deren schweren Souveränitätseinschränkungen auseinandersetzen zu müssen. Deutschland ist für Erdogan aber nicht nur das Land der Deutschen. Es ist das Land der Türken, die in Deutschland leben. Auch ihnen will er mit der neuen Pracht-Botschaft ein Signal setzen, einen Bezugspunkt: Seht, da gehören wir hin. Wir haben Würde, wir sind stark.

Es ist auch eine politische Absichtsbekundung. Erstmals unter Erdogan versucht eine türkische Regierung, ihre Landsleute in Deutschland zu organisieren, mobilisierbar zu machen. Vorbilder sind die jüdische und armenische Diaspora. Eigens hierfür wurde eine neue Behörde gegründet, die Agentur für Auslandstürken (YTB). In einer Reihe von Konferenzen wurden Vertreter der Auslandstürken in den vergangenen zwei Jahren in der Türkei sensibilisiert und geschult, um die türkische Diaspora gegen „Unterdrückung“ zu wappnen. Auch in Deutschland sollen sie alle Optionen des Rechtsstaates ausschöpfen, um ihre Interessen durchzusetzen. Dass zu diesen Interessen auch die Interessen der Türkei gehören sollen, machte Erdogan persönlich deutlich.

Die Absicht ist es, letzten Endes die beiden bisherigen Organisationsrahmen der türkischen Gemeinde an den Rand zu drängen oder auf rein religiöse Rollen zu reduzieren: Die islamischen Milli-Görüs- und Gülen-Bewegungen. Insbesondere bei den Gülenisten ist man nicht besonders erfreut darüber. Immer häufiger und schärfer wird bei ihnen Kritik an Erdogan laut. Niemand weiß besser als der Premier, wie wichtig Deutschlands Türken sind. Ohne sie wäre er nicht, wo er jetzt steht. Er entstammt selbst der Milli-Görüs-Bewegung, die in den Siebzigerjahren von seinem politischen Ziehvater, dem islamischen Fundamentalisten und Antisemiten Necmettin Erbakan gegründet wurde. Erbakan gelangte in Deutschland zu seinen Ansichten, und Milli Görüs schöpfte ihre Kraft aus dem Engagement und dem Geld türkischer Migranten in Deutschland. Dies sind letztlich auch Erdogans politische Ursprünge.

Er will Deutschlands Türken erstmals bei türkischen Wahlen abstimmen lassen, ohne dass sie dafür in die Türkei reisen müssen, wie bisher üblich. Im Gespräch mit der Bundeskanzlerin wird Erdogan auch die Frage der Visumspflicht für Türken ansprechen. Es passt nicht zu seinem Selbstverständnis, dass die EU mit Ländern, die noch nicht einmal zu den Beitrittskandidaten gehören, Visaerleichterungen vereinbare, bei der Türkei aber auf stur schalte. Auch die Lage der syrischen Flüchtlinge in der Türkei soll zur Sprache kommen.

Die deutsche Politik zu beeinflussen mag ihm als fernes Ziel vor Augen schweben. Wenn er Deutschlands Türken organisatorisch hinter sich einen und dieses Gewicht in die Waagschale deutscher Wahlen werfen kann - für eine Partei, die türkische Interessen zu fördern verspricht -, dann hat die Türkei ein Stück mehr Gewicht auch in Europa. Fast drei Millionen Menschen türkischer Herkunft leben in Deutschland, und die meisten von ihnen sind deutsche Staatsbürger.

Da schließt sich der Bogen seiner Vision, die eigentlich vom Außenminister Ahmet Davutoglu stammt. Der argumentiert, die Türkei müsse machtvoll auftreten, ihren Einfluss in der muslimischen Welt so weit ausdehnen, dass die Gefahr, die Türkei zu verlieren, in europäischen Augen größer wird als die vermeintliche Gefahr eines EU-Beitritts. Erst dann, so meinen Davutoglu und Erdogan, werde die EU die Türkei aufnehmen.

Graphic

Eine feste Burg für Erdogan Der türkische Regierungschef beginnt Staatsbesuch in Berlin mit der Eröffnung der neuen Botschaft - der größten seines Landes

Neue Botschaft im alten Diplomatenviertel: Türkeis Premier Recep Tayyip Erdogan und Bundesaußenminister Guido Westerwelle (2. und 3. v.l.) bei der feierlichen Eröffnung in Berlin

Load-Date: January 26, 2013

End of Document

**Feuilleton Kompakt; Antisemitismus: Richard von Weizsäcker erhält
Toleranz-Preis ++ Theater: Daniel Kehlmann mit „Nestroy“-Preis geehrt ++
Handschriften: Bund fördert weitere Modellprojekte**

Die Welt

Mittwoch 7. November 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; Kompakt; S. 21; Ausg. 261

Length: 461 words

Body

Antisemitismus

Richard von Weizsäcker erhält Toleranz-Preis

Ex-Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Industriemanager Klaus Mangold werden mit dem Preis für Verständigung und Toleranz des Jüdischen Museums Berlin ausgezeichnet. Die Auszeichnung werde traditionell an Persönlichkeiten vergeben, die sich für eine kritische Aufklärung über Antisemitismus und Rassismus engagieren und für die Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus einsetzen, teilte das Museum mit. Zugleich werde damit die Selbstverpflichtung honoriert, sich für Menschenwürde, für die Integration von Minderheiten und den Dialog zwischen den Kulturen und Religionen einzusetzen. An der Preisverleihung am 17. November wird auch Bundespräsident Joachim Gauck teilnehmen. Mit dem Festakt wird gleichzeitig die künftige Akademie des Jüdischen Museums offiziell eröffnet. Der Erweiterungsbau wurde wie das Museum von Daniel Libeskind gestaltet. Die Akademie gegenüber dem Haupthaus beherbergt Bibliothek, Archiv und Museumspädagogik. Vor allem um Fragen der Migration, Integration und interkulturellen Bildung soll es bei den Akademie-Veranstaltungen gehen.

Theater

Daniel Kehlmann mit „Nestroy“-Preis geehrt

Der Schriftsteller Daniel Kehlmann hat bei der „Nestroy“-Gala in Wien am Montagabend den Autorenpreis für sein Stück „Geister in Princeton“ erhalten. Die Uraufführung des Bühnenerstlings von Kehlmann im Schauspielhaus Graz wurde ebenfalls ausgezeichnet. Der österreichische Schauspieler und Theaterregisseur Karlheinz Hackl wurde für sein Lebenswerk geehrt. Bester Schauspieler wurde der Saarländer Joachim Meyerhoff, dessen Ere in „Die Kommune“ die Jury als preiswürdig befand. Dörte Lyssewski erhielt für ihre Rolle in „Endstation Sehnsucht“ im Wiener Burgtheater den Preis für die beste Schauspielerin. Der „Nestroy“ für die beste deutschsprachige Aufführung ging an Stefan Bachmanns Inszenierung von Elfriede Jelineks „Winterreise“ im Akademietheater.

Feuilleton Kompakt Antisemitismus: Richard von Weizsäcker erhält Toleranz-Preis ++ Theater: Daniel Kehlmann mit „Nestroy“-Preis geehrt ++ Handschriften: Bund fö....

Der undotierte Preis, der jährlich vergeben wird, gilt als eine der wichtigsten Theaterauszeichnungen im deutschsprachigen Raum.

Handschriften

Bund fördert weitere Modellprojekte

Der Bund fördert weitere 37 Modellprojekte zum Erhalt des schriftlichen Kulturguts. Mit rund 400 000 Euro sollen bedeutende Bestände in Archiven und Bibliotheken gesichert werden, wie Kulturstatsminister Bernd Neumann am Dienstag mitteilte. Dazu gehört zum Beispiel die Restaurierung von Sektionsprotokollen Rudolf Virchows am Medizinhistorischen Museum der Charité in Berlin. „Kultur und Geschichte unserer Nation sind in überlieferten Handschriften, Urkunden, Archivalien und Büchern festgehalten. Als kultureller Schatz muss dieses Erbe vor dem schleichenden Zerfall bewahrt werden und für künftige Generationen erhalten bleiben“, erklärte Neumann.

Load-Date: January 26, 2013

End of Document

Ein Platz zum Altwerden; Deutschland vergreist: Migration kann Entwicklung nicht stoppen

Die Welt

Donnerstag 11. Oktober 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 6; Ausg. 238

Length: 1005 words

Byline: Marcel Leubecher

Highlight: Die Deutschen sind die Ältesten in Europa und die Zweitältesten in der Welt. Nur 13,5 Prozent der Bundesbürger sind jünger als 15 Jahre

Body

Heiter war die Präsentation des Statistischen Jahrbuchs 2012 nur in dem Moment, als eine Journalistin die Zahl der in Deutschland lebenden Rinder von 12,5 Millionen anzweifelte. Es müssten doch wohl eher 12,5 Milliarden sein.

Ansonsten boten die Zahlen wenig Grund zum Schmunzeln. Die Statistiker schlagen Alarm: Deutschland vergreist - und hat in ganz Europa mittlerweile die älteste Bevölkerung. Im Jahr 2010 waren nur 13,5 Prozent seiner Menschen jünger als 15 Jahre - das war weniger als jeder siebte Bürger. „Europaweit war das der geringste Anteil an unter 15-Jährigen an der Gesamtbevölkerung“, sagte der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Roderich Egeler, in Berlin. Weltweit habe nur Japan mit 13,4 Prozent einen noch geringeren Wert.

Neben Italien hat Deutschland in Europa nach seinen Worten zudem den höchsten Anteil an über 65-Jährigen. Dabei seien Zwergstaaten wie Monaco und der Vatikan allerdings ausgenommen. „Der Anteil jüngerer Menschen sinkt, und der Anteil älterer Menschen nimmt stetig zu.“ Kamen 1980 nur 27 über 65-Jährige auf 100 Personen im Erwerbsalter zwischen 20 und 64 Jahren, sind es heute etwa 34 Personen. Im Jahr 2030 werden, wenn die relevanten demografischen Faktoren gleichbleiben, sogar 53 „Alte“ auf 100 Erwerbspersonen kommen. Hier gilt es, mit Blick auf die Gefahren für die sozialen Sicherungssysteme zu beachten, dass die Zahl der Erwerbspersonen nicht gleichbedeutend mit der Zahl der Beschäftigten oder gar sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist.

Und noch einen Negativrekord kann der Statistiker präsentieren: Bezogen auf die Bevölkerung insgesamt, werden heute acht Kinder je 1000 Einwohner geboren. Das ist die niedrigste Rate weltweit. Das liegt nicht nur an der niedrigen Geburtenzahl von durchschnittlich 1,4 Geburten je Frau. Mitverantwortlich für den Negativrekord ist auch ein eigentlich durchaus positiver Trend: Die Lebenserwartung der Deutschen steigt ständig an. Hatte ein neugeborenes Mädchen vor 50 Jahren eine Lebenserwartung von 72 Jahren, hat sie sich mittlerweile auf 83 erhöht. Bei Jungen stieg sie im gleichen Zeitraum von 67 auf 78 Jahre an.

Ein Platz zum Altwerden Deutschland vergeist: Migration kann Entwicklung nicht stoppen

Eng an die Entwicklung der Lebenserwartung ist aber auch die der Pflegebedürftigkeitsquote geknüpft: Sind heute schon 2,3 Millionen Menschen auf Pflege angewiesen, werden es im Jahr 2030 voraussichtlich 3,4 Millionen sein.

Zu dieser brisanten Gemengelage aus vielen älteren Bürgern und vielen Pflegebedürftigen auf der einen und wenigen Jungen auf der anderen Seite kommt der Trend zur Vereinzelung hinzu. So bestehen mittlerweile zwei von fünf Haushalten aus einer Person.

Die weitverbreitete Hoffnung, Einwanderung könne die Alterung der Gesellschaft aufhalten, weist das Statistische Bundesamt jedoch als unbegründet zurück. Migration „verjüngt“ zwar die Bevölkerung, weil Menschen, die nach Deutschland einwandern, mit durchschnittlich 31,7 Jahren tendenziell jünger sind als Auswanderer, die im Schnitt 34,9 Jahre alt waren. Doch Egeler warnt: „Um die Alterung nicht nur zu verlangsamen, sondern aufzuhalten, wären weit höhere Wanderungsüberschüsse notwendig, als sie realistischerweise zu erwarten sind.“ Selbst ein jährlicher Wanderungsüberschuss wie im Jahr 2011 von rund 300.000 Personen würde dazu bei Weitem nicht ausreichen, sagte Egeler.

Neben der Präsentation der aktuellen Zahlen verwies Egeler auch auf größere demografische Linien der vergangenen Jahrzehnte. Bereits vor fast einem halben Jahrhundert setzte der Geburtenrückgang ein. Seit etwa 40 Jahren reichen die Geburten nicht mehr aus, um die Elterngeneration zahlenmäßig zu ersetzen. Hierzu müsste eine Frau durchschnittlich 2,1 Kinder gebären. Die tatsächliche Zahl von 1,4 ist seit den 70er-Jahren relativ konstant. So gibt es von Generation zu Generation weniger Frauen und somit auch weniger potenzielle Mütter. In den vergangenen 50 Jahren hat sich die Zahl der Geburten insgesamt halbiert: Mit 1,4 Millionen Neugeborenen hatte sie 1964 ein Rekordniveau erreicht. Im Jahr 2011 kamen nur noch 663.000 Kinder zur Welt. An der Alterspyramide der Bevölkerung sieht man, dass die „mittleren“ Altersgruppen deutlich stärker besetzt sind als die darauf folgenden jüngeren Jahrgänge. Wenn die geburtenstarken Jahrgänge künftig entlang der Pyramide in die höheren Altersgruppen rücken, wird die Bevölkerung noch stärker altern als bisher. Eine zahlenmäßig immer schmäler werdende Basis von nachwachsenden Generationen wird dann die deutlich stärker besetzten älteren Jahrgänge „balancieren“ müssen.

Das Statistische Jahrbuch zeigt ebenfalls, dass sich die Lebensverhältnisse der Jüngeren geändert haben. Zwar wuchs 2011 die Mehrheit der minderjährigen Kinder noch bei verheirateten Eltern auf, nämlich 75 Prozent, bereits 17 Prozent lebten aber bei Alleinerziehenden und acht Prozent bei Eltern in Lebensgemeinschaften. Insgesamt gab es 2011 rund 1,4 Millionen Familien weniger als noch 1996. In über 70 Prozent der Haushalte lebten 2011 überhaupt keine Kinder.

Bei der Vorstellung des Statistischen Jahrbuches 2012 wurden aber auch positive Entwicklungen beschrieben. So sind etwa mehr Menschen über 65 Jahren erwerbstätig als noch zur Jahrtausendwende. Ihr Anteil an der gesamten Generation 65 plus stieg um zwei auf insgesamt fünf Prozent. Auch das ehrenamtliche Engagement stieg in dieser Altersgruppe besonders stark an, nämlich von 23 Prozent im Jahr 1999 auf aktuell 28 Prozent.

Der Anteil der eingetragenen Lebenspartnerschaften an allen gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften hat sich von 2006 bis 2011 auf nun 40 Prozent verdoppelt. Laut Mikrozensus ist die Zahl der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften von 38.000 im Jahr 1996 auf 67.000 im Jahr 2011 gestiegen. Egeler verwies jedoch darauf, dass diese Zahlen eher als Untergrenze zu interpretieren sind, da die Angabe zu einem Lebenspartner im Mikrozensus freiwillig ist. Zudem gelte es zu berücksichtigen, dass - mit zunehmender gesellschaftlicher Akzeptanz - gleichgeschlechtliche Paare heute möglicherweise eher bereit sind, überhaupt Angaben zu dieser Lebensform zu machen.

Load-Date: January 26, 2013

**Vorwürfe gegen Verfassungsschutz bei Mordserie; Ermittler bemängelt im
NSU-Untersuchungsausschuss die Zusammenarbeit mit bayerischer
Behörde**

Die Welt

Freitag 27. April 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 99

Length: 862 words

Byline: Manuel Bewarder

Highlight: Razzia wegen Rechtsterroristen in mehreren Bundesländern. FBI-Erkenntnisse gelangten nicht zu den Ermittlern

Body

Wolfgang Geier drückt vorsichtig auf den Knopf am Mikrofon vor ihm, bevor er, der Ermittler, mit noch immer leisen Worten sehr deutlich wird. „Zahlreiche Besprechungen und Eingaben“ habe es gebraucht, erzählt Geier im Untersuchungsausschuss zur Mordserie der Terrororganisation Nationalsozialistischer Untergrund (NSU). Erst nach diesem intensiven Drängen habe das Landesamt für Verfassungsschutz Bayern eine für Geier wichtige Liste von Rechtsextremisten bereitgestellt. „Ich fand es nicht normal“, urteilte Geier.

Für einen leisen Ermittler gleichen diese öffentlich gesprochenen Worte einem Wutausbruch. Geier ist leitender Kriminaldirektor, an diesem Tag aber vor allem ehemaliger Leiter der Besonderen Aufbauorganisation (BAO) „Bosporus“, einer Sonderkommission. Diese leitete ab Juli 2005 von Nürnberg aus federführend die Ermittlungen zur bundesweiten Mordserie an Kleinunternehmern mit **Migrationshintergrund** - bei der bis zum Herbst des vergangenen Jahres niemand wusste, wer hinter den Verbrechen stecken könnte.

Die mutmaßlichen Rechtsterroristen Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe sollen im Untergrund den NSU gegründet haben. Das Trio soll für zehn Morde verantwortlich sein - neben Opfern mit ausländischen Wurzeln geht es auch um einen Polizistinnenmord von Heilbronn. Zudem werden ihnen zwei Bombenanschläge in Köln zugerechnet. Nun, da die beiden Männer tot sind und Zschäpe in Haft sitzt, sucht die Politik eine Antwort auf die Frage, weshalb Rechtsextremisten jahrelang mordend durchs Land ziehen konnten.

Am Donnerstag begann im Untersuchungsausschuss des Bundestages die Vernehmung von Zeugen. Geier war der erste. Bis in den Nachmittag trug er vor, antwortete auf Fragen. Insgesamt sollten an dem Tag drei Beamte der BAO sowie ein Vertreter der Staatsanwaltschaft aussagen.

Vorwürfe gegen Verfassungsschutz bei Mordserie Ermittler bemängelt im NSU-Untersuchungsausschuss die Zusammenarbeit mit bayerischer Behörde

Fast zur gleichen Zeit durchsuchte die Polizei bei ihren weiter laufenden Ermittlungen gegen den NSU und dessen Unterstützer am Donnerstag Wohnungen und andere Räume in Hessen, Thüringen und Sachsen. In Hessen und Thüringen seien Beamte des Bundeskriminalamts laut einem Sprecher des hessischen Landeskriminalamts vor allem an der Herkunft der Waffen interessiert gewesen, mit denen die NSU-Terroristen ihre Taten begingen. In Hessen und Thüringen waren zwei Personen von der Durchsuchung betroffen, die keine Beschuldigten im Ermittlungsverfahren gegen den NSU sind. In Sachsen wurde hingegen die Wohnung einer seit Längerem als mögliche Unterstützerin des NSU geltenden Frau durchsucht, die als Beschuldigte geführt wird.

Im Bundestagsausschuss beschwerte sich Geier derweil über das Verhalten des Verfassungsschutzes im Jahr 2006. Ein Münchner Profiler hatte bei den Tätern eine Abneigung gegen türkisch aussehende Menschen vermutet. Bis etwa 2000 seien sie in der rechten Szene unterwegs gewesen. Das mutmaßliche Motiv habe gelautet: „Taten statt Worte.“ Vor dem Hintergrund dieser Annahmen baten die Ermittler beim bayerischen Landesverfassungsschutz um eine Liste mit Rechtsextremisten aus dem Großraum Nürnberg. Doch das dauerte. Es gab ein langes Hin und Her. Die Anfrage wurde mal aus Datenschutzgründen abgelehnt, ein anderes Mal hieß es, die Angaben seien zu unkonkret. Schließlich, nach einem Dreivierteljahr, lieferten die Verfassungsschützer eine Liste mit fast 700 Namen. Eine heiße Spur war nicht dabei.

Abgeordnete kritisierten jedoch, dass die Ermittler hier nicht gründlich genug gearbeitet hätten. Wolfgang Wieland, Obmann der Grünen im Bundestags-Untersuchungsausschuss, sagte: „Im Moment sieht es so aus, dass an der Ungenauigkeit der abstrakten Täteranalyse eine genaue Verfolgung gescheitert ist.“ Warum sei nur in Bayern gesucht worden, dort, wo nur ein paar der Morde begangen wurden? Geier wehrte sich: Er habe zur Rechtsextremisten-Vermutung gehalten - im Gegensatz zum Bundeskriminalamt und anderen Landeskriminalämtern. Geier betonte, er habe zumindest ab 2006 dafür geworben, „beide Stränge gleichrangig nebeneinander“ zu bearbeiten.

Wenig konnte Geier zu der neuen Erkenntnis sagen, nach der auch das FBI frühzeitig einen ausländerfeindlichen Hintergrund vermutet habe. Darüber hinaus hätten die Amerikaner eine hohe Mobilität der Täter vermutet. Der Ausschussvorsitzende Sebastian Edathy (SPD) zitierte aus einem US-Schreiben. Doch Geier musste passen. Die Details habe er nicht gekannt. Ihm sei zwar davon berichtet worden. Jedoch: „Ich kenne die Akte in Papierform nicht“, erklärte Geier - und ertete ein Raunen: Wie kann es sein, dass der leitende Ermittler einer Mordserie einen Verdacht des FBI nicht erhält? Geier wusste auch keine Antwort darauf. Insgesamt bestritt er, Fehler bei der Suche nach den Tätern gemacht zu haben. „Ich gehe davon aus, dass ich das gemacht habe, was ich für richtig hielt.“

Ein Fehler allerdings kam dann doch zur Sprache. Edathy fragte Geier, warum er seiner Ermittlungsgruppe den Namen „Bosporus“ gegeben habe, der Taten im Kreise von Menschen mit türkischen Wurzeln nahegelegt habe. Geier stockte. Das habe mit der geografischen Herkunft der Opfer zu tun gehabt. Edathy hakte nach: Ein neutraler Name wie etwa „Migrantensterben“ sei ihm nicht in den Sinn gekommen? „Nein“, antwortete Geier und senkte die Augen.

Load-Date: April 27, 2012

Deutschland Kompakt; UN-Ausschuss: Sarrazins Äußerungen als rassistisch gewertet ++ NSU-Prozess: Verteidiger lehnen Übertragung in Zweitsaal ab ++ NRW: Bestand an Sozialwohnungen schrumpft dramatisch ++ Kirche: Küng hofft auf seine Rehabilitierung durch Papst

Die Welt

Freitag 19. April 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 91

Length: 448 words

Body

UN-Ausschuss

Sarrazins Äußerungen als rassistisch gewertet

Der UN-Antirassismus-Ausschuss (CERD) hat entschieden, dass Deutschland seinen menschenrechtlichen Schutzpflichten im Fall Thilo Sarrazin nicht nachgekommen sei, teilte das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) mit. Der ehemalige SPD-Finanzsenator in Berlin habe sich 2009 in einem Interview herabwürdigend über Menschen mit **Migrationshintergrund** geäußert. Daraufhin wurde er vom Türkischen Bund Berlin-Brandenburg angezeigt. Der UN-Ausschuss habe erklärt, „in dem Ermittlungsverfahren gegen Sarrazin sei nicht ausreichend der Frage nachgegangen worden, ob seine Äußerungen rassistisches Gedankengut beinhaltet“, sagte DIMR-Direktorin Beate Rudolf. Er selbst hält die Aussagen Sarrazins „ohne Zweifel“ für rassistisch. Laut Antirassismus-Konvention müssten solche Äußerungen sanktioniert werden, so Rudolf. Daher sollten nun Gesetzeslage und Praxis der Strafverfolgung von rassistischen Äußerungen geprüft werden.

NSU-Prozess

Verteidiger lehnen Übertragung in Zweitsaal ab

Im Streit über die Zahl der Presseplätze im NSU-Prozess lehnen einige Verteidiger eine Übertragung des Verfahrens in einen zweiten Saal strikt ab. Eine öffentliche Aufführung, um die es sich bei einer solchen Übertragung handeln würde, verbiete das Gerichtsverfassungsgesetz ausdrücklich, argumentierten die beiden Anwälte des Angeklagten Holger G. am Donnerstag. Sie warnten das Münchner Oberlandesgericht (OLG) vor einem „absoluten Revisionsgrund“. Zuvor hatten Nebenklageanwälte offiziell die Übertragung des Verfahrens in einen zweiten Saal gefordert.

Deutschland Kompakt UN -Ausschuss: Sarrazins Äußerungen als rassistisch gewertet ++ NSU-Prozess: Verteidiger lehnen Übertragung in Zweitsaal ab ++ NRW: Bestand

NRW

Bestand an Sozialwohnungen schrumpft dramatisch

In Nordrhein-Westfalen hat sich der Bestand öffentlich geförderter Wohnungen seit 1996 mehr als halbiert. Jetzt gibt es noch 650.000 Sozialwohnungen - Tendenz sinkend. Dabei muss laut EU-Definition jeder sechste Haushalt im rot-grün-regierten NRW als finanziell überlastet eingestuft werden. Das heißt, er muss mehr als 40 Prozent seines verfügbaren Einkommens für Miete aufbringen. Immer mehr Betroffene sind deswegen auf Wohngeld oder auf Grundsicherung für Unterkunft und Heizung angewiesen.

Kirche

Küng hofft auf seine Rehabilitierung durch Papst

Der Tübinger Theologe und Kirchenkritiker Hans Küng hofft auf seine Rehabilitierung durch Papst Franziskus. „Es wäre ein Zeichen für viele, dass Unrecht wiedergutmacht wird“, sagte der 85-Jährige der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. „Dass im Grunde wir auf dem richtigen Weg waren und nicht diejenigen, die uns angegriffen und verleumdet haben. Insofern wäre es natürlich schön, wenn das noch zu meinen Lebzeiten geschieht.“ Johannes Paul II. hatte ihm 1979 die kirchliche Lehrerlaubnis entzogen.

Load-Date: April 19, 2013

Thierses Brötchen

Die Welt

Donnerstag 3. Januar 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Über Ideen; S. 3; Ausg. 2

Length: 408 words

Byline: Sebastian Turner

Body

Der schlesisch-thüringische, nicht berlinernde Politiker Wolfgang Thierse hat bislang in innerdeutschen Migrationsfragen Charakter bewiesen. Als er als kleines Licht in der Kulturbürokratie der DDR genötigt wurde, eine Deklaration für die Ausbürgerung des Hamburgisch-Berliner Liedermachers Wolf Biermann zu unterschreiben, sagte er Nein. Er konnte hoffen, dass dies zum Ende der DDR beitragen würde, aber er musste wissen, dass dies das Ende seiner eigenen friedlichen Koexistenz in der DDR bedeuten würde - und tat es trotzdem. Er konnte sicher sein, dass er seine Arbeit und gesellschaftliche Stellung verliert (und wurde tatsächlich aus dem DDR-Ministerium für Kultur entlassen).

Wer unter so schwierigen Bedingungen und sicher nach reiflicher Überlegung die richtigen Ideen vertritt, dem darf man verzeihen, wenn er unter den heutigen Bedingungen der ständigen, folgenlosen Standpunkt-Überproduktion auch einmal Unsinn (Hamburg: Stuss, Schwaben: 'n Scheiß) von sich gibt. Wenn Wolfgang Thierse mit Blick auf die Gentrifizierung von Prenzlauer Berg die Schwaben in Berlin bittet, sie sollten der Kehrwoche nicht nachtrauern und zum Brötchen Schrippe und nicht etwa Wecken sagen, dann offenbart er, dass er sowohl zu den Schwaben als auch zu Berlin, als auch wohl zur Restrealität großflächig den Bezug verloren hat. Das ist nicht schlimm und nach Jahrzehnten zwischen Bundestagsklausuren und Kollwitzplatz auch keine Überraschung, bedarf aber der sachlichen Klarstellung.

Erstens: Wer Deutschlands Innenstädte mit den Böllerresten der Silvesternacht betrachtet, wünscht sich überall und besonders in Berlin mehr Menschen mit einer unverkrampften Einstellung zur Kehrwoche. Die nach Berlin gesiedelten Schwaben sind oft vor der Kehrwoche geflohen, von ihnen sind deswegen gerade in diesem Bereich keine hyperaktiven Auffälligkeiten zu erwarten.

Zweitens: Die Gentrifizierung der Innenstädte ist keine Frage der Sprache, sondern der Einkommen und Mieten. Thierses eigene hocheufreuliche und sicher nicht unverdiente Einkommensvervielfachung seit 1989 ist ein Teil dieser Entwicklung, auch wenn er heute morgen sozial akzeptabel eine frische Schrippe gekauft und verzehrt haben sollte. Bei der Gentrifizierung kommt es nicht darauf an, wie man sein Brötchen nennt, sondern wie viele man verdient. Das wiederum kann ihm jeder Schwabe erklären, sogar mit vollem Mund.

Thierses Brötchen

Sebastian Turner ist Unternehmer und Initiator der Falling-Walls-Wissenschaftskonferenz

Load-Date: January 26, 2013

End of Document

Ein seltsames Paar für den grünen Wahlkampf; Katrin Göring-Eckardt und Jürgen Trittin wissen, wie man Niederlagen wegsteckt

Die Welt

Montag 12. November 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 4; Ausg. 265

Length: 828 words

Byline: Günther Lachmann

Highlight: Die einstige Verfechterin der Hartz-Reformen tritt heute als Herz-Jesu-Linke auf

Body

Äußerlich ist sich Katrin Göring-Eckardt treu geblieben. Wenn sie das politische Parkett betritt, wählt sie immer wieder gern einen schwarzen Anzug. Anders als Jürgen Trittin, der seine Anzüge seit Wochen im Schrank lässt und lieber lässig im schwarzen Poloshirt für die Kameras posiert. Irgendwer muss ihm im Zusammenhang mit seiner Bewerbung für die Spitzenkandidatur der Grünen zu einem Imagewechsel geraten haben. Mit Erfolg, wie sich am Wochenende herausstellte.

Inhaltlich aber ist Göring-Eckardt kaum wiederzuerkennen. Inzwischen zeigt sie sich, die neben ihrer politischen Arbeit Vorsitzende der Synode der Evangelischen Kirche (EKD) ist, sich als überzeugte Herz-Jesu-Linke. Sie wolle die Wähler für eine „bessere Gesellschaft“ begeistern, sagt sie. Damit meint sie etwa eine menschlichere **Flüchtlingspolitik**, gesellschaftliche Teilhabe von **Migranten** und echte Gleichberechtigung für Homosexuelle. Gemeinsam mit dem Sozialpolitiker Markus Kurth schrieb sie im Juni ein Papier gegen die vorherrschende Ökonomisierung von Politik und Gesellschaft.

„Der herrschende Diskurs der vergangenen zehn bis 20 Jahre hat soziale Sicherung auf eine abhängige Variable der Ökonomie reduziert“, zitierte der „Spiegel“ daraus. Und als sie daran erinnert wird, dass sie vor noch gar nicht allzu langer Zeit doch noch ganz anders gedacht habe, antwortet sie: „Ich war nie neoliberal, genauso wie ich bis heute nicht schwarz-grün bin. Das sind Zuschreibungen, die nichts mit meiner politischen Überzeugung zu tun haben.“

Gleichwohl gab es eine Zeit, in der Deutschland umfassende soziale Reformen anstrebte. Damals ersann Gerhard Schröder seine Hartz-Gesetze und Göring-Eckardt war Fraktionsvorsitzende der Grünen. Wie in Schröders SPD gab es auch bei den Grünen erheblichen Widerstand gegen die von den Parteilinken als zutiefst unsozial empfundenen Reformen. Anders als heute teilte Göring-Eckardt die Kritik der Linken damals allerdings nicht.

Ein seltsames Paar für den grünen Wahlkampf Katrin Göring-Eckardt und Jürgen Trittin wissen, wie man Niederlagen wegsteckt

Als Schröder die Hartz-Gesetze in der rot-grünen Koalition durchsetzte, konnte er sich fest auf die Fraktionschefin des kleinen Koalitionspartners verlassen. Sie sorgte dafür, dass die Grünen-Kritiker auf Linie gebracht und die Reformen mit den Stimmen der Koalitionspartei beschlossen werden konnten. Sie selbst sprach damals von einem „Frühling der Erneuerung“. Die Agenda 2010 sei „mutig“ und „notwendig für das Gemeinwohl“. Dass die Jobcenter den Hartz-IV-Empfängern künftig Leistungskürzungen androhen konnten, nannte sie ein „Bewegungsangebot“ an die Betroffenen. Trittin hingegen hatte damals übrigens wiederholt Korrekturen zugunsten der Betroffenen bei Schröder angemahnt: „Weitere Änderungen sind möglich.“

Nach der Wahlniederlage 2005 verlor Göring-Eckardt als Vertreterin des Reformkurses das Amt der Fraktionsvorsitzenden. Ein Jahr später entzog auch die Partei ihr das Vertrauen. Die Thüringerin scheiterte bei der Wahl in den Parteirat. Zum Trost bekam sie den Posten als Bundestagsvizepräsidentin. Ihre politische Karriere schien beendet.

Auch Trittin, bis dahin Umweltminister der rot-grünen Koalition, musste nach der Wahlniederlage zurückstecken. Er verschwand auf den hinteren Bänken der Fraktion. Aber deutlicher noch als Göring-Eckardt ließ er nie einen Zweifel daran aufkommen, dass er sich damit nicht abfinden würde. Langsam, aber stetig kämpfte er sich wieder nach vorne.

Trittin und Göring-Eckardt stammen aus zwei völlig unterschiedlichen politischen Kulturen. Sie wuchs in der DDR auf, studierte Evangelische Theologie in Leipzig, suchte 1989 den Kontakt zu Bürgerrechtlern und zählte zu den Gründungsmitgliedern von „Demokratie Jetzt“ und „Bündnis 90“. Trittin studierte Sozialwissenschaften in Göttingen und hegte Sympathie für den Kommunismus. Er gehörte zunächst dem Kommunistischen Bund an und trat 1980 zu den Grünen über. Bis heute zählt Trittin zum linken Flügel der Grünen, während Göring-Eckardt den sogenannten Realos zugerechnet wird.

Beide treten auch ganz unterschiedlich auf. Sie ist die Ruhige, Besonnene, er eher lauter und betont energisch. Durchsetzungsstark aber sind sie beide, das hat Göring-Eckardt nicht zuletzt in ihrer Zeit als Fraktionschefin bewiesen. Trittins größter Erfolg war der Bundestagsbeschluss zum Atomausstieg im Dezember 2001.

Nach seiner Wahl zum Spitzenkandidaten kündigten die beiden am Wochenende an, alle Kräfte müssten für das Ziel verwendet werden, die Regierung von Union und FDP abzulösen. Der 58 Jahre alte Trittin will im Wahlkampf die Energiewende thematisieren, seine 46 Jahre alte Mitstreiterin für soziale Gerechtigkeit eintreten. Gemeinsam streben sie einen „neuen Aufbruch für eine offene Gesellschaft“ an. Eine schwarz-grüne Koalition mögen allerdings beide Kandidaten nicht gänzlich ausschließen.

Katrin Göring-Eckardt kündigte inzwischen auch an, sie wolle ihr Amt als Präses der Evangelischen Kirche Deutschlands bis zur Bundestagswahl ruhen lassen.

„Ich war nie neoliberal, genauso wie ich bis heute nicht schwarz-grün bin“ Katrin Göring-Eckardt (Grüne)

Load-Date: January 26, 2013

Wer ist schuld an ihrem Elend?; Vorwürfe an die Mehrheitsgesellschaften helfen wenig: Warum die Roma anfangen müssen, die Ursachen der Misere auch bei sich selbst zu suchen. Von Rolf Bauerdick

Die Welt

Dienstag 26. März 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; S. 21; Ausg. 72

Length: 1654 words

Byline: Rolf Bauerdick

Body

In den Wendejahren mochte man noch schmunzeln. Ob der Chuzpe, mit der Ion Cioaba sich 1992 eine güldene Krone schmieden und von den rumänischen Kalderasch-Zigeunern als König inthronisieren ließ. Als erstes Amtsgeschäft forderte der Monarch von der Bonner Bundesregierung zwanzig Tonnen Gold, wahlweise 3,5 Milliarden Mark. Als Akt der Wiedergutmachung für die Morde der Nationalsozialisten an seinem Volk. Andernfalls, so drohte Cioaba, werde er über eine Million seiner Untertanen als Asylanten nach Deutschland schicken. Soweit bekannt blieb der Geldtransfer aus. Ebenso wie der Massenexodus der Migranten, der womöglich nur vertagt wurde und längst keines königlichen Befehls mehr bedarf.

Dass Zigeuner aus Südosteuropa ihre Geburtsländer immer weniger als Heimat begreifen, sondern als Wartesaal für eine Reise von Peripherie in die Zentren der Europäischen Union, war seit 2010 nicht mehr zu übersehen. Dennoch fand die stete Einwanderung bulgarischer und rumänischer Tzigani in die Ruhrgebietsstädte Dortmund und Duisburg nur als lokales Phänomen Beachtung. Der Blick richtete sich nach Frankreich, wo Staatspräsident Nicolas Sarkozy Tausende rumänische Roma abschieben ließ. Der Philosoph André Glucksmann hatte damals leidenschaftlich für eine grenzenlose Freizügigkeit der europäischen Roma votiert und behauptet, allein in Rumänien würden „zwei Millionen europäischer Bürger auf gepackten Koffern sitzen und sich sagen, dass das Leben eines Bettlers in Frankreich weniger katastrophal ist als das eines ausgestoßenen Habenichtsin Osteuropa“. Hierzulande verstand man Glucksmann eher metaphorisch. Rumänien war weit weg.

Bis zum Januar dieses Jahres, als ein alarmierendes Positionspapier des Deutschen Städtetages die Öffentlichkeit mit der Rat- und Tatenlosigkeit der bundesdeutschen Migrationspolitik konfrontierte. „Die Zuwanderung von bulgarischen und rumänischen Staatsangehörigen ohne Sprachkenntnisse, soziale Absicherung und berufliche Perspektive“, so heißt es, „hat erhebliche Auswirkungen auf das kommunale Bildungs-, Sozial- und Gesundheitssystem, den Arbeits- und den Wohnungsmarkt, aber auch das Gemeinwesen insgesamt ... Der Bund

Wer ist schuld an ihrem Elend? Vorwürfe an die Mehrheitsgesellschaften helfen wenig: Warum die Roma anfangen müssen, die Ursachen der Misere auch bei sich selbst....

muss anerkennen, dass die soziale Balance und der soziale Frieden in den Städten in höchstem Maße gefährdet sind."

Ist Deutschland mit den Armutseinwanderern überfordert? Zur Beantwortung dieser Frage hatte Sandra Maischberger im Februar auch den Roma-Aktivistin Hamze Bytyci in ihre Talkshow eingeladen. Obwohl der 26-Jährige mit der Aggressivität irritierte, mit der er das Recht seiner Ethnie auf einen ungehemmten Zuzug in die Bundesrepublik einklagte, so traf er doch den herrschenden Common Sense. Ein Dutzend Mal insistierte der gebürtige Kosovare darauf, die europäischen Roma hätten ein Anrecht auf Leben und Arbeit in Deutschland, weil sie in ihren Herkunftsländern „mehrfach massiv diskriminiert“ würden. Unstrittig ist: In den ehemals sozialistischen Staaten, ob in Tschechien, der Slowakei, in Ungarn, Rumänien oder Bulgarien, ist Integration großer Teile der Zigeuner gescheitert. Und sie wird weiterhin scheitern. Solange die Ursachen der Ausgrenzung der Zigeuner aus dem Gesundheitswesen, dem Bildungssystem und der Arbeitswelt prinzipiell immer nur im Rassismus der Mehrheitsbevölkerung gesucht und gefunden werden.

Vor einigen Jahren besuchte ich slowakische Roma-Siedlungen am Fuß der Hohen Tatra. In einer Kolonie oberhalb des Dorfes Stráne pod Tatrami sagte der Woiwode Ernest Badzora: „Wir würden auch gern so leben wie die Slowaken, aber wir werden ausgeschlossen. Nicht einmal der Bus fährt noch in unser Viertel.“ Nein, nein, erklärten die Leute im Dorf, der Busfahrer weigere sich, in die Kolonie zu fahren, seit er bedroht und bestohlen wurde. „Die Weißen wollen uns nicht unten in ihrem Dorf haben“, argwöhnte Badzora. „Deshalb haben sie die Miete für Familienfeiern in dem öffentlichen Gemeindesaal auf 6000 Kronen erhöht. Soviel können wir nicht bezahlen.“ Nein, nein, meinte der slowakische Bürgermeister Pitonák. „Die Hälfte des Geldes ist eine Kautions. Die gibt es zurück, wenn alles heil geblieben ist. Denn beim letzten Mal haben die Roma Fenster, Stühle und Tische demoliert und die Glühbirnen gestohlen.“

In Rumänien wird im Flusstal der Kleinen Kokel seit einiger Zeit wieder Wein angebaut. In einer aufstrebenden Kellerei haben über 1.500 Arbeiter eine Anstellung gefunden. Auch Roma hätten Jobs im Weinbau finden können, erklärte Mailat Cornel, der Vertreter der ziganen Minderheit im Rat der Gemeinde von Cetatea de Balta. Nur: „Achtzig Prozent der Männer leben gar nicht hier. Sie arbeiten und betteln in Frankreich.“ Die meisten von ihnen hatten Cetatea nicht um eines persönlichen Reichtums willen verlassen, sondern um den Wohlstand von vier ortsberühmten Kredithaien und Schlepperbossen zu mehren.

In Ungarn distanzierte sich der Wirtschaftsberater István Forgács in einem viel diskutierten Manifest unlängst von seinem Volk. Nicht um sich loszusagen. Der Absolvent der Hochschule für Verwaltung in Budapest will seine Leute wachrütteln: „Die Nichtzigeuner verfügen über all die Ressourcen, auf die wir selbst auch angewiesen sind. Aber wir kommen nicht daran, weil unser Vater oft genug die Sozialhilfe versäuft. Oder der Zinswucherer unsere Mutter verprügelt. Oder unsere große Schwester wegen der Schulden nach Holland verschleppt wird.“

Ähnlich äußerte sich auch Attila Lakatos, eine Autorität unter den Zigeunern im Nordosten Ungarns. Immer wieder hat der Woiwode die Eingliederung der Roma in die Bildungs- und Arbeitsprozesse angemahnt. Zugleich aber hatte er anlässlich der ungarischen Parlamentswahlen 2010 in einer machtvollen Ansprache sein Volk aufgefordert, endlich die Ursachen des Dauerelends nicht bei der ungarischen Mehrheit zu suchen, sondern bei sich selbst. Lakatos wetterte gegen die Unsitte, jeden als Rassisten zu beschimpfen, der einem nicht passe: Lehrer, die einem Zigeunerkind einen Tadel gaben; Ärzte, die einen Rom nicht vom Krebs heilen konnten; Polizisten, die Roma das Auto stilllegten, weil sie ohne Versicherungsschutz fuhren. „Rassistische Lehrer! Rassistische Ärzte! Rassistische Polizisten! Was soll das! Sind denn alle in diesem Land Rassisten?“

„Sie sind ein Rassist!“ Der Vorwurf traf den Redakteur der Schweizer „Weltwoche“ Philipp Gut letzten November. Angegriffen hatte ihn Romani Rose, der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma während einer Diskussion, wiederum bei Maischberger. Roses Unmut über den Züricher Journalisten schien begründet. Mit der Titelgeschichte „Die Roma kommen - Raubzüge in die Schweiz“ hatte die „Weltwoche“ über kriminelle Familiencamps aus dem Balkan berichtet und einen Tsunami der Entrüstung ausgelöst. Stein des Anstoßes waren nicht die recherchierten Fakten, sondern das Titelbild: ein Romajunge, der mit einer Spielzeugpistole auf den

Wer ist schuld an ihrem Elend? Vorwürfe an die Mehrheitsgesellschaften helfen wenig: Warum die Roma anfangen müssen, die Ursachen der Misere auch bei sich selbst....

Betrachter zielte. Nur hatte das Foto nichts mit Roma-Banden in der Schweiz zu tun. Ein Agenturfotograf hatte es Jahre zuvor im Kosovo aufgenommen.

Die Redaktion der „Weltwoche“ hätte gut daran getan, den Missgriff zu bedauern. Eine Entschuldigung aber blieb aus, und Romani Rose steigerte den Rassismusvorwurf ins Maßlose. „Und wissen Sie, was Sie noch viel schlimmer sind? Sie sind jemand, der Kinder missbraucht.“ Vier, fünf Mal wiederholte Rose den wohl schwersten Vorwurf, mit dem man einen Mann diffamieren kann. „Sie haben ein Kind missbraucht!“ Das war perfide. Philip Gut hatte kein Kind missbraucht. Die „Weltwoche“ hatte eine Fotografie missbräuchlich verwendet.

Mit ihren stereotypen Rassismusvorwürfen haben die Roma-Politiker über Jahrzehnte alle Debatten dominiert, ohne dass sich die Situation der Zigeuner merklich gebessert hätte. Sie verschweigen, dass die Roma weniger von der Dominanzbevölkerung ausgebeutet werden als von den Angehörigen der eigenen Ethnie. Die Roma selber leiden am meisten unter Kindesmissbrauch, Frauenhandel und Zuhälterei, unter Kreditwucher, Erpressung und Bandendiebstahl. Aber die Funktionäre schweigen, wenn bulgarische Zuwanderer Hunderte junger Frauen in die Bordelle schicken und skrupellose Verbrecher in Hinterhöfen europäischer Metropolen verwahrlosten Kindern das Bettelgeld abknöpfen. Für die Funktionäre haben die Roma immer nur eines zu sein: Opfer mit allen Rechten, ohne einklagbare Pflichten.

Das wird sich ändern. Das Positionspapier des Deutschen Städtetages markiert einen Meilenstein, der die „Gelingensbedingungen von Integration“ und die Gefährdung des sozialen Friedens ernst nimmt. Die Integration der Roma wird Geld kosten. Sehr viel Geld. Das hochverschuldete Duisburg hat allein für die Unterbringung der Zuwanderer vom Balkan für 2014 knappe 20 Millionen Euro veranschlagt.

Doch bei all dem Streit, wer die Zeche für den überhasteten Beitritt Rumäniens und Bulgariens in die EU zu zahlen hat, ob Städte, Bund oder Brüssel, es gibt etwas, dass sich mit Geld nicht kaufen lässt. Das hat der Aktivist Hamze Bytyci nicht begriffen. Solidarität und Mitgefühl lassen sich nicht einklagen. Sie werden gewährt. Mit der Selbstverständlichkeit, mit der Bytyci dem Gemeinwohl im „reichen Deutschland“ die Kosten zur Lösung der sozialen Katastrophe der Roma aufbürdet, verspielt er die Sympathien jener Menschen, die künftig mit den Roma zusammenleben müssen. Integration erfordert Akzeptanz, einen wohlwollenden Blick und die Bereitschaft, Brücken zu bauen. Ohne die Einbindung und das Einverständnis der Bürger, deren Viertel von der unkontrollierten Zuwanderung betroffen sind, wird sozialer Friede nicht zu haben sein. Wer Menschen in den multikulturellen Brennpunkten in Duisburg, Dortmund, Mannheim oder Berlin fremdenfeindliche Gesinnung unterstellt, hat diesen Frieden schon im Vorfeld verspielt.

Angeblich sitzen allein in Rumänien zwei Millionen Roma auf gepackten Koffern

Mitgefühl lässt sich nicht einklagen, es wird gewährt

Rolf Bauerdick ist Autor des Buchs „Zigeuner. Begegnungen mit einem ungeliebten Volk“. DVA, 352 S., 22,99 Euro

Graphic

Lucas Wahl / Kollektiv 25 / Agentur Focus/xxpool

Ein Monument gescheiterter Integration: Romakinder bei der Arbeit auf einer Müllkippe im rumänischen Viseu de Sus, Oberwischau

xxpool

Load-Date: March 26, 2013

Wer ist schuld an ihrem Elend? Vorwürfe an die Mehrheitsgesellschaften helfen wenig: Warum die Roma anfangen müssen, die Ursachen der Misere auch bei sich selbst....

End of Document

**„Bulgaren und Rumänen sind gut für uns“; Politiker und
Arbeitsmarktexperten warnen vor Hysterie und Panikmache, doch die
Unsicherheit in den Kommunen bleibt**

Die Welt

Samstag 28. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 6; Ausg. 302

Length: 1080 words

Byline: Stefan Von Borstel

Karsten Kammholz

Body

Die Befürchtungen sind groß: Ab dem 1. Januar 2014 gilt die volle Freizügigkeit in der Europäischen Union (EU) auch für Bulgaren und Rumänen. Sie können sich dann in Deutschland frei niederlassen, leben und arbeiten. Hierzulande wächst die Sorge vor Armutszuwanderung und Sozialtourismus. Befürworter der offenen Grenzen warnen dagegen vor Panikmache und sehen die Zuwanderer als Chance für den deutschen Arbeitsmarkt.

So verurteilt der **Migrationsforscher** Klaus F. Zimmermann eine „unverantwortliche Stimmungsmache“ gegen die neuen Zuwanderer. Die große Mehrheit der **Migranten** aus beiden Staaten seien gut qualifizierte Fachkräfte wie Ärzte oder Ingenieure, die in Deutschland dringend gebraucht würden, heißt es in einer Analyse des Direktors des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn. „Von einer massenhaften Zuwanderung aus Armut in die deutschen Sozialsysteme kann hier jedenfalls nicht die Rede sein“, stellte Zimmermann fest.

Unionsfraktionsvize Andreas Schockenhoff (CDU) sagte der „Welt“: „Die Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien wird nicht das große Problem für den Arbeitsmarkt sein.“ Insgesamt hätten sich auch die Befürchtungen nach der EU-Osterweiterung nicht bewahrheitet. Auch damals war ein Ansturm auf den deutschen Arbeitsmarkt vorhergesagt worden. „Aufgrund unserer demografischen Entwicklung sind wir auf Zuwanderung angewiesen“, betonte Schockenhoff. Mehr Sorgen müsse man sich über die organisierte Kriminalität machen, die möglicherweise durch die volle Freizügigkeit auch nach Deutschland schwappe.

Die Grünen-Vorsitzende Simone Peter warnte ebenfalls vor „Hysterie und Panikmache“. Sie erklärte in Berlin: „Wer vor der 'Einwanderung in Sozialsysteme' warnt, bedient in erster Linie fremdenfeindliche Ressentiments, die rechte Parteien und Gruppen für ihre skrupellosen Zwecke nutzen.“ Stattdessen solle man Zuwanderung grundsätzlich als „Bereicherung unseres sozio-kulturellen Lebens“ verstehen. Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und

„Bulgaren und Rumänen sind gut für uns“ Politiker und Arbeitsmarktexperten warnen vor Hysterie und Panikmache, doch die Unsicherheit in den Kommunen bleibt

Roma, Romani Rose, erklärte, es würden „Horrorvisionen gezeichnet, die nichts mit der Realität zu tun haben“. Die Armutszuwanderer aus Rumänien und Bulgarien seien keineswegs nur Roma. Entscheidend sei das Armutsgefälle zwischen West- und Osteuropa.

Bulgarien und Rumänien sind die ärmsten Länder der EU. Wie viele Bürger aus den südosteuropäischen Ländern ab dem 1. Januar nach Deutschland kommen werden, ist umstritten. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit schätzt, dass allein im nächsten Jahr bis zu 180.000 Zuwanderer aus den beiden Ländern kommen könnten.

Dieser Schätzung widersprach IZA-Direktor Zimmermann: Als Folge der neuen Freizügigkeit dürften über die nächsten Jahre hinweg insgesamt maximal bis zu 200.000 Rumänen und Bulgaren kommen, „wahrscheinlich aber viel weniger“. Im vergangenen Jahr wanderten rund 71.000 Menschen von dort ein. Insgesamt sind derzeit knapp 170.000 Menschen aus den beiden östlichen EU-Mitgliedstaaten in Deutschland beschäftigt, über 70 Prozent davon zahlen regelmäßig in die Sozialversicherungen ein. „Entgegen mancher Stammtischparolen zählen Rumänen und Bulgaren schon jetzt zu den besonders gut integrierten Ausländergruppen bei uns“, so Zimmermann. Ein Viertel von ihnen sei sogar hoch qualifiziert. „Deshalb haben wir als Folge der bevorstehenden Arbeitsmarktöffnung gute Chancen für eine neue Beschäftigungsdynamik.“ Angesichts wachsender Engpässe in vielen Berufsbereichen wäre es unverantwortlich, diese Potenziale nicht zu nutzen.

Die Kommunen befürchten dagegen, dass es eine Armutszuwanderung aus Rumänien und Bulgarien mit hohen Kosten geben könnte. Mit Blick auf die erwarteten Zuwanderer aus diesen Ländern sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, im Sender WDR 5: „Es ist nicht auszuschließen, dass auch eine Vielzahl von Personen kommen, die wir unter die sogenannte Armutseinwanderung fassen.“ In Rumänien betrage die Sozialhilfe 25 Euro im Monat, was die Ausreise nach Deutschland attraktiv erscheinen lasse. Diese drohende Zuwanderung und ihre Folgen dürften nicht allein Sache der Kommunen sein. Er glaube nicht, „dass die Kommunen in der Lage sind, die Armutszuwanderung in Europa zu lösen“. Die Kommunen pochen auf Hilfe des Bundes „bei der Gesundheit, bei der Unterbringung und bei der Sozialarbeit“. Städte wie Berlin, Dortmund, Duisburg oder Mannheim klagen schon jetzt über den verstärkten Zuzug Chancenloser aus Osteuropa. Nach einer Analyse des IAB sind hier 60 bis 75 Prozent der Bulgaren und Rumänen weder erwerbstätig, noch bekommen sie staatliche Unterstützung. „Die Situation in den besonders betroffenen Städten und Stadtteilen ist heute bereits schwierig. Bund, Länder und EU müssen deshalb im neuen Jahr spürbar dazu beitragen, Probleme durch Armutszuwanderung in unseren Städten zu bewältigen oder zu vermeiden“, forderte auch der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Stephan Articus.

Der SPD-Wirtschafts-Experte Hubertus Heil bekräftigte im Deutschlandfunk, Union und SPD hätten im Koalitionsvertrag vereinbart, die betroffenen Städte zu unterstützen. Heil räumte ein, dass mit mehr Armutseinwanderern zu rechnen sei, da die wirtschaftliche Situation in Bulgarien und Rumänien deutlich schlechter sei als etwa in Polen. Wichtig sei, dass „diese Form von Armutszuwanderung nicht zur Lohndrückerei in Deutschland führt“.

IZA-Chef Zimmermann empfahl der großen Koalition, sie solle Sprachkurse, Integrations- und Qualifizierungsprogramme für die Neuankömmlinge gezielt in jenen Städten fördern, auf die sich der Zustrom erfahrungsgemäß konzentrieren dürfte. Zugleich müsse ein „Sozialtourismus“ rechtzeitig durch klare Regeln verhindert werden. Die Gesetze, die Sozialhilfemissbrauch verhindern sollen, seien zum Teil zu vage, kritisierte Zimmermann. Tatsächlich ist umstritten, ob die Zuwanderer in Deutschland Hartz IV beantragen dürfen oder nicht. Nach deutschem Recht gilt zwar: Wer ohne Job kommt und keinen findet, hat kein Anrecht auf Hartz IV. Landessozialgerichte haben hier dennoch unterschiedlich geurteilt. Das letzte Wort hat jetzt der Europäische Gerichtshof in Luxemburg. Das Bundessozialgericht hat die Frage, ob der deutsche Leistungsausschluss mit den EU-Regelungen zur Freizügigkeit vereinbar ist, den Luxemburger Richtern vorgelegt.

„Entgegen mancher Stammtischparolen zählen Rumänen und Bulgaren schon jetzt zu den besonders gut integrierten Ausländergruppen“ IZA-Direktor, Klaus F. Zimmermann

„Bulgaren und Rumänen sind gut für uns“ Politiker und Arbeitsmarktexperten warnen vor Hysterie und Panikmache, doch die Unsicherheit in den Kommunen bleibt

Graphic

dpa Picture-Alliance / Ole Spata

Sinti und Roma kochen in einem Wohnungsprojekt in Berlin

dpa Picture-Alliance / Ole Spata

Load-Date: December 28, 2013

End of Document

Macht der roten Roben; Politik wird oft zu Nachbesserungen gezwungen

Die Welt

Donnerstag 26. Juli 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 4; Ausg. 173

Length: 576 words

Body

Das Bundesverfassungsgericht hat in der jüngeren Vergangenheit mehrmals wichtige Bundesgesetze beanstandet und die Politik dazu verpflichtet, diese nachzubessern. Hier eine Auswahl bedeutender Entscheidungen:

Asylbewerberleistungen (Juli 2012) Das Gericht erklärt die seit 1993 unveränderten Leistungen für **Asylbewerber** für verfassungswidrig: Sie verstießen gegen das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. **Flüchtlinge** und andere Menschen ohne dauerhaftes Aufenthaltsrecht müssen demnach in etwa so viel Geld bekommen wie Empfänger von Hartz IV oder Sozialhilfe.

Rettungsschirm ESM (Juni 2012) Bei den Verhandlungen zum ESM 2011 hat die Bundesregierung das Parlament nicht ausreichend informiert, stellen die Richter fest. Das gelte auch für den Euro-Plus-Pakt zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik. Nach dem Grundgesetz müssten Bundestag und Bundesrat in EU-Angelegenheiten „umfassend und zum frühestmöglichen Zeitpunkt“ unterrichtet werden. Das gelte schon, bevor die Bundesregierung nach außen wirksame Erklärungen abgebe.

Euro-Sondergremium (Februar 2012) Karlsruhe urteilt, die Übertragung von Kompetenzen auf eine Runde aus lediglich neun Mitgliedern des Bundestags-Haushaltsausschusses verletze die Rechte der anderen Abgeordneten im Parlament. Das Sondergremium des Bundestags für dringende Entscheidungen über Hilfsmaßnahmen des Euro-Rettungsschirms EFSF sei daher im Wesentlichen verfassungswidrig.

Sicherungsverwahrung (Mai 2011) Die Richter erklären sämtliche Regelungen zur Sicherungsverwahrung von besonders gefährlichen Straftätern nach deren Haft für verfassungswidrig. Karlsruhe fordert den Gesetzgeber auf, das Regelwerk innerhalb von zwei Jahren zu reformieren. Dafür geben die Richter vor, dass Sicherungsverwahrte in gesonderten Abteilungen untergebracht werden müssen, die sich vom Strafvollzug unterscheiden und therapeutischen Erfordernissen entsprechen.

Hartz-IV-Regelsätze (Februar 2010) Die Hartz-IV-Regelsätze für Kinder und Erwachsene müssen laut Urteil des Verfassungsgerichts neu berechnet werden. Karlsruhe entscheidet, dass die bisherige Berechnungsmethode gegen das Grundgesetz verstößt. Der Gesetzgeber müsse daher bis zum Jahresende eine Neuregelung schaffen.

Macht der roten Roben Politik wird oft zu Nachbesserungen gezwungen

Vertrag von Lissabon (Juni 2009) Die Karlsruher Richter urteilen zwar, der EU-Vertrag sei vereinbar mit dem Grundgesetz. Allerdings könne der Vertrag erst vom Bundespräsidenten ratifiziert werden, wenn das deutsche Begleitgesetz nachgebessert werde: Die Beteiligungsrechte von Bundestag und Bundesrat müssten gestärkt werden.

Pendlerpauschale (Dezember 2008) Die Richter erklären die gekürzte Pendlerpauschale für verfassungswidrig. Seit 2007 konnten Fahrten zur Arbeit nicht mehr ab dem ersten, sondern erst ab dem 21. Kilometer von der Steuer abgesetzt werden. Das Gericht setzt die alte Regelung somit wieder in Kraft.

Luftsicherheit (Februar 2006) Das Luftsicherheitsgesetz scheitert in Karlsruhe. Von Terroristen gekaperte Passagierflugzeuge dürfen demnach zur Abwehr eines Anschlages nicht abgeschossen werden. Die Richter begründen, dies sei weder mit dem Grundrecht auf Leben noch mit der Garantie der Menschenwürde vereinbar.

Großer Lauschangriff (März 2004) Das Gesetz zum Großen Lauschangriff wird zu großen Teilen für verfassungswidrig erklärt. Dieses hatte den Behörden weitreichende Befugnisse gegeben, Wohnungen von Verdächtigen heimlich elektronisch abzuhören. Die Verfassungsrichter entscheiden, dies verstoße gegen die Menschenwürde.

Load-Date: September 12, 2012

Markus Ulbig

Die Welt

Samstag 9. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 262

Length: 163 words

Body

Er gilt als Pragmatiker unter den Konservativen: Markus Ulbig, aufgewachsen in der DDR, ausgebildet zum Funkmechaniker, bevor er in Dresden studierte und nach der Wende in die CDU eintrat. Als Oberbürgermeister des sächsischen Pirna erwarb er sich den Respekt manch eines Linken: Die Bekämpfung des Rechtsextremismus galt als eines seiner Herzensprojekte, rechte Gewalttaten in der Stadt gingen zurück. Seit 2009 ist er Innenminister in Sachsen. In den Koalitionsverhandlungen machte er sich nun für eine Verkürzung der Asylverfahren auf drei Monate stark. Flüchtlinge sollen schnell Bescheid bekommen, ob ihr Antrag bewilligt wird oder nicht. Aus Ulbigs Sicht auch deshalb wichtig, damit sich die Lebensstrukturen des Flüchtlings während des Verfahrens (das derzeit oft ein ganzes Jahr dauert) in Deutschland nicht verfestigen. Die SPD stimmte zu, wenn auch aus anderen Gründen. Es ist eine der wenigen Einigungen, die die Koalitionsgruppe Integration und Migration erzielen konnte.

Graphic

dpa Picture-Alliance / Oliver Ki

Load-Date: November 9, 2013

Wenig Wein in Schläuchen; Chemische Reaktionen lassen Wein im Karton schneller altern als solchen in Glasflaschen

Die Welt

Freitag 14. Dezember 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: WISSENSCHAFT; Eine Minute Chemie; S. 24; Ausg. 293

Length: 338 words

Byline: Wolfgang W. Merkel

Body

Wein im Karton zu kaufen galt unter Genießern lange als Unding, das taten nur die geizigen Freunde von Weingütern wie die Maison de Migraine. Doch in den „Bag in Box“-Verpackungen (Schlauch im Karton) hat sich etwas getan. Man findet heute durchaus ansprechende Gewächse. Transport und Lagerung sind auch einfacher, denn Kartons sind besser zu stapeln als Flaschen und leichter. Zudem fällt der Schlauch bei der Weinentnahme in sich zusammen, und er besitzt ein Zapfsystem, sodass weniger Sauerstoff ins Innere gelangt und der Wein nicht so schnell verdirbt. So dachte man zumindest.

Forscher der University of California machten die Probe bei kalifornischem Chardonnay. Sie lagerten ihn in diversen Behältersystemen und bei verschiedenen Temperaturen. Danach bewerteten Weintester die Qualität, und es wurden chemische Analysen durchgeführt. Ergebnis: Lagerung bei 40 Grad tut keinem Wein gut - egal, wie man ihn aufbewahrt. Aber sowohl bei 40 wie auch bei 20 Grad hatten sich bei Wein im Karton deutlich mehr unangenehme Noten eingeschlichen, vor allem essigartige, bittere und modrige. Bei zehn Grad gab es nur geringe Unterschiede. Das Fazit: Wenn schon Wein in Schläuchen, dann kalt lagern oder so wenig einkaufen, wie man rasch konsumiert.

Wie der stärkere Qualitätsverlust im Schlauch zustande kommt, wissen die Forscher noch nicht genau. Sie vermuten aber, dass gerade der Kunststoff mehr Sauerstoff in den Wein dringen lässt, und der verändert die geschmackstragenden Komponenten. Auch könnten Geschmacksstoffe mit Stoffen aus dem Plastik zu neuen, unangenehmen Substanzen reagieren. Über den zweiten Alterungsprozess ist bislang wenig bekannt, über den oxidativen schon etwas mehr. So weiß man, dass sich mit Sauerstoff bestimmte „höhere Aldehyde und Ketone“ bilden, zum Beispiel Benzaldehyd und Furfural. Diese längerkettigen Kohlenwasserstoffe bescheren dem Wein einen „alten“ Geschmack (Altersfirne). Gleichzeitig gehen Fruchtnoten verloren. Doch gerade die machen einen Gutteil des lagertypischen Wohlgeschmacks aus.

Load-Date: January 26, 2013

Wenig Wein in Schläuchen Chemische Reaktionen lassen Wein im Karton schneller altern als solchen in Glasflaschen

End of Document

Eckpfeiler für ein neues Leben; Den Hunderttausenden syrischen Flüchtlingen in der Türkei wird langsam klar, dass sie wohl so bald nicht zurückkehren können. Ein Besuch in der Grenzstadt Reyhanli

Die Welt

Donnerstag 30. Mai 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 7; Ausg. 123

Length: 1841 words

Byline: Andrea Backhaus

Body

Idlib stand einst für Leichtigkeit. Für gut bezahlte Arbeit bei der Armee, für ein geräumiges Haus, für Familienfeiern im Garten mit Blick auf die Olivenhaine. Nawaf al-Akel und seine Familie hatten ein gutes Leben dort, in der Kleinstadt im Nordwesten Syriens, 20 Kilometer von der türkischen Grenze entfernt. Bis die Bedrohung unausweichlich näher kam. Es war ein kühler Tag, als sie Abschied von ihrem alten Leben nahmen. Um vier Uhr nachmittags verließen sie das Haus. Eine Stunde später schlug die Bombe ein. Nun hockt Akel mit unbewegtem Blick auf einer Matte, auf einem Arm prangt ein Herz, durchstochen von einem Pfeil. Vor fünf Monaten ist er mit seiner Mutter, seiner Frau und den sechs Kindern in die türkische Grenzstadt Reyhanli gekommen, in ein Viertel, das jetzt „Klein Idlib“ heißt, weil sie hier alle aus der gleichen Stadt kommen. Im Gästehaus einer türkischen Familie haben sie Unterschlupf gefunden, neun Leute in einer Kammer mit zwei Sofas, der Putz fällt von den Wänden, die Decke schimmert grünlich.

Reyhanli liegt in der Provinz Hatay, im südlichsten Teil der Türkei, der an den Nordwesten Syriens grenzt. Auf der anderen Seite liegt eines der am heftigsten umkämpften Gebiete im syrischen Bürgerkrieg. Bei den Kämpfen zwischen den Truppen von Präsident Baschar al-Assad und der bewaffneten Opposition kamen nach UN-Schätzungen bisher mindestens 80.000 Menschen ums Leben. Auch Akel geriet zwischen die Fronten. Ein Metallsplitter hat sein rechtes Auge zerfetzt, ein Bein musste amputiert werden, als er nach einem Bombenangriff unter einem eingestürzten Haus eingeklemmt war. Ein Krankenwagen brachte die Familie in eine Klinik in Reyhanli. Seither hat sie die Stadt nicht mehr verlassen. „Wir wollten nicht ins Lager, weil es da für Behinderte keine Ausstattung gibt“, sagt der gelernte Buchhalter. „Und wir wollten unsere Würde bewahren.“

Akel gehört zu der wachsenden Zahl von Syrern in der Türkei, die nicht in den staatlich eingerichteten Flüchtlingslagern leben. Sie kommen mit Schleusern oder auf eigene Faust über die Grenze, einige finden Asyl bei Verwandten, andere mieten sich mit dem Geld von Freunden eine Wohnung. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR schätzt, dass sich mehr als 200.000 Flüchtlinge in türkischen Städten und Dörfern niedergelassen haben. Wie viele

Eckpfeiler für ein neues Leben Den Hunderttausenden syrischen Flüchtlingen in der Türkei wird langsam klar, dass sie wohl so bald nicht zurückkehren können. Ein....

es genau sind, weiß niemand. Die türkische Regierung geht davon aus, dass sich bis Ende des Jahres etwa eine Million Flüchtlinge außerhalb der Lager aufhalten werden. Allein in Reyhanli, einer Stadt mit offiziell 60.000 Einwohnern, leben inzwischen zusätzlich 30.000 Syrer. Die meisten von ihnen in existenzieller Not. Denn während die Versorgung in den Camps durch staatlich beauftragte Hilfsorganisationen gewährleistet ist, sind die Familien außerhalb meist völlig auf sich allein gestellt. „Die Mieten sind unbezahlbar“, sagt Akel. 300 Lira, knapp 150Euro, müsse eine Familie pro Monat für ein Zimmer mit Küche aufbringen, einige Eigentümer verlangten gar 200 Euro. „Wie soll man das bezahlen, wenn man nicht arbeiten kann?“ Und dann erzählt er, wie sich die Syrer täglich an die Straßen stellten, um als Tagelöhner wenigstens ein paar Lira zu verdienen. Wie sie illegal auf den Feldern Oliven und Paprika pflückten oder in den Orten am nahe gelegenen Mittelmeer als Touristenführer anheuerteten. Wie seine Familie hin und wieder Oliven in Gläser abfülle, die dann in die Camps auf syrischer Seite geschickt werden. Beahlt werde er von einer türkischen Organisation: zehn Lira, rund fünf Euro, für drei Tage Arbeit. „Ohne die Hilfe unserer Verwandten könnten wir nicht überleben.“

„Viele Flüchtlinge meiden die Lager, weil sie dort nicht frei leben können. Andere haben Angst, sich registrieren zu lassen, weil sie Repressalien von syrischer Seite fürchten. Zudem sind die Camps schon jetzt völlig überfüllt. Darum leben immer mehr Flüchtlinge außerhalb, ohne Zugang zu den Hilfsprogrammen“, sagt Martin Kessler, Leiter des Hilfswerks Diakonie Katastrophenhilfe, das in Hatay zusammen mit dem türkischen Partner Support to Life (STL) vor allem diese Familien unterstützt. „Die türkische Regierung hat lange ignoriert, dass es diese Menschen gibt. Erst jetzt, wo der Druck wächst, fängt sie an, das als Realität wahrzunehmen.“ Die Türkei ist mit der Versorgung der registrierten Flüchtlinge am Rande ihrer Kapazitäten angelangt. Etwa 314.340 Menschen hat das Land bisher aufgenommen, 17 Lager errichtet. Die Camps sind zu gut organisierten Städten herangewachsen, es gibt Läden und Krankenstationen, Moscheen und Schulen. Allerdings versucht die Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan nach wie vor, die Flüchtlinge im Alleingang zu betreuen. Noch immer ging keine offizielle Hilfsanfrage an die UN. Die Camps sind weitestgehend abgeschottet, lediglich dem UNHCR wurde bisher eingeschränkter Zugang gewährt. Dabei ist die Situation ohne breite internationale Unterstützung nicht zu bewältigen, wie auch Selin Unal, Sprecherin des UNHCR-Büros in Ankara, betont. „Die Lage der Flüchtlinge verschlimmert sich zusehends. Der Bedarf an Hilfsmitteln übersteigt bei Weitem die verfügbaren Ressourcen.“ Fünf neue Camps für insgesamt 60.000 Menschen sind noch geplant, dann soll Schluss sein, ließ Präsident Erdogan verlauten. Denn längst ist auch für die Regierenden in Ankara unverkennbar: Der Krieg in Syrien destabilisiert die gesamte Region.

Erst jetzt hat die türkische Regierung begonnen, die Flüchtlinge außerhalb der Lager zu registrieren. Sie kommt kaum damit nach, Hunderte strömen täglich über die Grenze. Doch das Problem ist nicht nur die rasant steigende Zahl der Flüchtlinge. Noch brisanter scheint die weitverbreitete Überzeugung, dass diese wohl über Jahre nicht in ihr Heimatland zurückkehren können. Deshalb organisieren sich die Syrer zunehmend selbst. Sie errichten Eckpfeiler für ihr neues Leben. Ein Wohnhaus an der Hauptstraße von Reyhanli, es geht die Treppe hinab, in ein abgedunkeltes Büro. Zwei Schreibtische, ein paar Stühle, an der Wand leuchtet die syrische Flagge. Hier empfängt Hussam Aldein Schihadeh. Der 43-Jährige hat im Januar zusammen mit seiner Frau die Freie Syrische Schule gegründet, eine von vier syrischen Schulen in der Stadt, 40 gibt es im Land. 17 Lehrer unterrichten hier ehrenamtlich 300 Schüler zwischen zwölf und 18 Jahren. „Am Anfang wollten wir nur sicherstellen, dass die Kinder den Anschluss nicht verlieren, bis sie zurück nach Syrien gehen. Nun ist klar, dass es wohl eine dauerhafte Einrichtung sein wird.“ Der Jurist Schihadeh kam vor sieben Monaten aus Aleppo mit seiner Familie über die Grenze. Der Druck wurde zu groß: Als Mitglied eines regimekritischen Komitees stand sein Name auf allen Listen des Geheimdienstes. Kaum in Reyhanli angekommen, mietete Schihadeh mithilfe von privaten Spendern ein leer stehendes Geschäft, lieh sich von Nachbarn Tische, Stühle und Bücher. „Es fehlt an allem: Hefte, Tafeln, Computer. Von der Stadt bekommen wir nichts.“ Dann erzählt er, wie euphorisch die Lehrer am Anfang seien. Wie sie aber nach Wochen ohne Bezahlung völlig frustriert würden und dann, irgendwann, einfach wegblieben. Und dass er die Schule trotzdem gern ausbauen möchte. „Es kommen doch immer mehr Kinder.“ Manchmal sei es ein ganzer Schwung, wenn gerade wieder eine Stadt bombardiert werde. „Wo sollen die denn alle hin?“

In Fatikli, einem Dorf bei Reyhanli, steht Ahmad Gür auf dem staubigen Fußweg, sein Blick verweilt im Nirgendwo. Gür, ein untersetzter Mann mit freundlichen Augen, ist der Muhtar, der Ortsvorsteher der kleinen Gemeinde, die offiziell 1500 Einwohner zählt. Seit Monaten organisiert er privat Unterkünfte für die Flüchtlinge, die nicht mehr ins

Eckpfeiler für ein neues Leben Den Hunderttausenden syrischen Flüchtlingen in der Türkei wird langsam klar, dass sie wohl so bald nicht zurückkehren können. Ein....

nahe Camp können oder wollen. 120 Syrer leben hier, vielen bringt Gür regelmäßig Essen. Unter den Flüchtlingen, sagt er und richtet die Schultern auf, sei er schon fast ein Star. „Vor der Grenze rufen sie sich zu: Geht nach Fatikli, da hilft man euch.“ Dann senkt er die Stimme. „Nun werde ich die Leute aber abweisen müssen. Ich habe keine freien Häuser mehr.“ Eine Schande sei das, bedeute das Leben außerhalb der Camps für viele doch auch, frei zu sein. „Frei von den Konflikten zwischen den politischen Lagern, frei von der Propaganda der Rebellen, frei von dem Druck, vielleicht zurück in den Krieg zu müssen.“

Die Spannungen unter den Flüchtlingen, die oft aus unterschiedlichen politischen und religiösen Gruppen stammen, wachsen. Kürzlich zerstreuten türkische Soldaten eine Menge mit Schüssen in die Luft. Einige Flüchtlinge, überzeugt, dass sich Agenten Assads unter sie gemischt hatten, wollten einen vermeintlichen Spion lynchen. Doch auch in der lokalen Bevölkerung wächst der Unmut über die neuen Gäste. In der Provinz Hatay, die bis 1938 zu Syrien gehörte, beteiligten sich vor ein paar Monaten Tausende an einer Protestkundgebung für Assad. Viele Einwohner sind wie Assad Alawiten, die zum schiitischen Islam gehören; die meisten Syrer, die hier ankommen, jedoch Sunniten. Andere fühlen sich gar in ihrer Existenz bedroht. Die Syrer drückten die Löhne, murren einige, andere, so hört man, beklagen die steigenden Mieten. Für die Regierung Erdogan avanciert der Krieg beim Nachbarn unterdessen zum sicherheitspolitischen Debakel. Als Antwort auf die Verbrüderung Ankaras mit den Aufständischen der Freien Syrischen Armee lässt Damaskus immer wieder Granaten auf türkische Grenzorte abschießen. Zudem agiert die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK, die mit Ankara im Krieg ist, wieder von syrischem Boden aus. In den vergangenen Monaten hat sie in der Grenzregion eine Serie von Angriffen verübt. Unterstützung erhielt sie nach Meinung türkischer Politiker aus Syrien sowie dem mit Assad verbündeten Iran.

An den türkischen Grenze wird inzwischen strenger kontrolliert, Flüchtlinge häufiger abgewiesen. Zu groß ist die Sorge, dass die Situation in den Lagern durch eine Überlastung eskalieren könnte. Für die, die bereits in Syrien zu den Ärmern gehörten, ist das eine Katastrophe. Sie hausen oft zu Hunderten in leer stehenden Baracken, ohne jegliche Grundversorgung. So wie in dem ehemaligen Festsaal von Reyhanli. In einer sandigen Nebenstraße unweit der Stadtmitte hocken die Männer vor dem zweistöckigen Haus, Decken hängen aus den Fenstern, Geschrei dringt nach draußen. Rund 700 Menschen haben hier Unterschlupf gefunden, die meisten sind Kinder. Im ersten Stock kauern Frauen und Kinder auf verschlissenen Matten, im Erdgeschoss dämmern die Männer auf Matratzen vor sich hin. Es ist stickig und es stinkt. „Sie haben keine Verwandten hier und kein Geld, um sich in der Stadt eine Wohnung zu mieten“, sagt eine Frau, die sich als Lagerkoordinatorin vorstellt. Wie viele solcher Unterkünfte gibt es? Kopfschütteln. „Aber es werden immer mehr.“ Haben die Bewohner eine Aussicht, hier bald herauszukommen? Erneutes Kopfschütteln. Nawaf al-Akel muss sich bald nach einer neuen Wohnung umsehen. Für einen Monat hat er noch Miete gezahlt, dann ist Schluss. Die Vermieter, sagt er, mögen es nicht, dass die Familie auf dem Grundstück arbeite. Überall diese Olivengläser, das gehe einfach nicht.

Graphic

AP/Burhan Ozbilici

Eine Familie in der Notunterkunft im ehemaligen Festsaal von Reyhanli. Etwa 700 Menschen leben dort unter schwierigsten Bedingungen

Burhan Ozbilici

Load-Date: May 30, 2013

Es wird eng in der Schweiz; Das Bevölkerungswachstum wird zum Problem bei unseren Nachbarn. Zwischen den Bergen müssen die Menschen zusammenrücken - bald schon sind es acht Millionen

Die Welt

Dienstag 14. August 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 189

Length: 1702 words

Byline: Elisalex Henckel

Highlight: Pro Sekunde wird ein Quadratmeter Grünfläche verbaut - das entspricht zehn Fußballplätzen pro TagFür den Bevölkerungszuwachs sorgen vor allem hoch qualifizierte Migranten

Body

Wien

Es gibt kaum einen Ort mehr, an dem sich die Schweizer sicher fühlen vor Gedränge. Ganz besonders stört es sie morgens, wenn sich in Zügen und auf den Autobahnen die Pendler stauen. Aber auch Studenten beschwerten sich über volle Hörsäle, Wohnungssuchende über die rasant steigenden Immobilienpreise - und das, obwohl längst nicht mehr nur Umweltschützer darauf hinweisen, dass ein Quadratmeter Grünfläche pro Sekunde verbaut wird und damit pro Tag eine Fläche in der Größe von zehn Fußballplätzen unter Häusern, Einkaufszentren, Straßen oder Parkplätzen verschwindet. Die Zeitungen des Landes fassen die immer lauter werdenden Klagen der Eidgenossen mit drei Worten zusammen: „Es wird eng.“

Die Bevölkerung der Schweiz wächst, so viel steht fest, und zwar schneller als die ihrer Nachbarn. Die Einwohnerzahl ist laut einem Bericht des Schweizer Fernsehens von 2002 bis 2011 um fast zehn Prozent gestiegen, währenddessen legte Österreich um 4,2 Prozent zu, Frankreich um 5,9, Italien um 6,4. Und Deutschland schrumpfte sogar um fast ein Prozent. Sehr bald schon werde die Schweiz die Acht-Millionen-Grenze knacken, prophezeien die Statistiker. Auf ein genaues Datum aber wollen sie sich freilich nicht festlegen: Möglicherweise sei es schon in ein paar Tagen so weit, vielleicht erst in ein paar Wochen, jedenfalls noch diesen Sommer.

Der achtmillionste Einwohner wird jedoch nach aller Voraussicht kein Schweizer Neugeborenes sein, auch das lässt sich aus den jüngsten Daten des eidgenössischen Bundesamtes für Statistik ablesen: 80 Prozent des Bevölkerungswachstums sind allein auf Einwanderung zurückzuführen. Darüber hinaus gäbe es ohne Immigration auch keinen Geburtenüberschuss. Der Ausländeranteil der Schweiz liegt schon jetzt bei 22 Prozent, ein Großteil der Einwanderer ist auf Grundlage der Freizügigkeitsabkommen mit der EU gekommen. Es ist also sehr

Es wird eng in der Schweiz Das Bevölkerungswachstum wird zum Problem bei unseren Nachbarn. Zwischen den Bergen müssen die Menschen zusammenrücken - bald schon s....

wahrscheinlich, dass es sich auch beim achtmillionsten Einwohner um einen Zuwanderer aus der Union handeln wird.

Was die Eidgenossen sonst noch erwarten dürfen, beschreibt die „Neue Zürcher Zeitung“ in einem Kommentar: Der achtmillionste Einwohner werde höchstwahrscheinlich gut ausgebildet sein, eine der Schweizer Landessprachen sprechen und in die sozialen Sicherungssysteme tatsächlich mehr einzahlen, als er beziehe - also nicht die öffentlichen Kassen belasten, sondern zur Entschärfung der Finanzierungsprobleme beitragen. Möglicherweise sei er aktiv angeworben worden, jedenfalls brauche ihn die Wirtschaft. Man sollte ihm deshalb Mut machen, fordert das Blatt, und ihn in der Schweiz willkommen heißen.

Von dieser Freude über das Bevölkerungswachstum ist in Umfragen diverser Online-Medien jedoch kaum etwas zu spüren. „Erträgt die Schweiz mehr als acht Millionen?“, fragte der „Sonntag“ vor Kurzem auf seiner Internetseite. Drei Viertel der Abstimmungsteilnehmer stimmten mit „Nein“. In einer ähnlichen Umfrage von „20min.ch“ wählten 73 Prozent der involvierten User die Antwort: „Ich find's blöd. So hab' ich weniger Platz in der Schweiz.“ Und bei einer Online-Abstimmung der „Aargauer Zeitung“ gaben 65 Prozent der Beteiligten an, dass ihnen das Wachstum große Angst bereite.

Die jüngsten Zahlen des Bundesamts für Statistik lösen auch in der Politik Abwehrreflexe aus. Die Regierung verteidigt zwar weiterhin die Personenfreizügigkeit, da sie wie die meisten Experten die Meinung vertritt, dass eine Kündigung der Wirtschaft schaden und außerdem andere wichtige Verträge mit der EU gefährden würde. Um die Gemüter zu beruhigen, hat sie jedoch eine Klausel aktivieren lassen, die den Zuzug aus acht osteuropäischen Unionsstaaten vorübergehend beschränken wird, und erst vor Kurzem wieder versprochen, dass sie sich für die Förderung inländischer Fachkräfte, erschweringlichen Wohnraum und den weiteren Ausbau der Infrastruktur einsetzen wird. Abseits der Regierung haben jedoch prominente Vertreter aller Parteien das bevorstehende Erreichen der Acht-Millionen-Grenze zum Anlass genommen, sich öffentlich um die Schweiz zu sorgen. Sie unterschieden sich zwar in der Einschätzung, wie viele Einwohner die Schweiz maximal verkraften würde, waren sich aber einig darin, dass man die Bevölkerung nicht einfach wachsen lassen könnte - oder sich gar darüber freuen sollte.

Obwohl es sich um Zuwanderung handele, die „eigentlich optimaler nicht sein könnte“, fürchteten die Schweizer um „ihr Paradieschen“, sagt der Zürcher Politikwissenschaftler und Geograf Michael Hermann. Früher haben sich die Einwanderer unterhalb der Mittelschicht ins gesellschaftliche Bild eingeordnet und den Schweizern damit das Gefühl vermittelt, auf der sozialen Leiter aufzusteigen. Heute hingegen wandere eine internationale Oberschicht ein, die zum Teil motivierter, besser ausgebildet oder zahlungskräftiger als die lokale ist. Außerdem sei der konkrete Nutzen aus dem Zustrom hoch motivierter Leistungsträger für den einzelnen Schweizer eben weniger deutlich spürbar, als wenn ihnen ein Ausländer den Chefposten, den schönen Baugrund oder gar den letzten freien Platz in der S-Bahn wegschnappe. „Viele Schweizer sind sich nicht bewusst, wie groß der Anteil von Zuwanderung an unserem Wohlstand ist“, sagt Hermann.

Es sind zum Teil auch kleine Dinge, die für Unbehagen sorgen. Als der Zürcher „Tagesanzeiger“ vor Kurzem Fachleute mit Zukunftssorgen konfrontierte, von denen er wohl annimmt, dass sie seinen Lesern auf den Nägeln brennen, wollte er nicht nur wissen, wie man die Kapazitäten des öffentlichen Nahverkehrs steigern könnte und ob es in Altersheimen und Friedhöfen genügend Platzreserven gebe, sondern er erkundigte sich auch beim Leiter der Abteilung Badeanlagen der Stadt Zürich: „Finden wir 2025 noch Platz für unser Handtuch im Schwimmbad?“ Die Situation sei relativ komfortabel, gab der Bäderchef Entwarnung: In Berlin würden sich im Durchschnitt 50.000 Personen ein Schwimmbad teilen, in Zürich seien es lediglich 9000.

Der Politikwissenschaftler Hermann weiß, dass seine Landsleute im europäischen Vergleich empfindlich wirken. Immerhin leben im sogenannten Greater London auf einer Fläche, die etwa dem Kanton Zürich entspricht, so viele Menschen wie in der gesamten Schweiz, im Großraum Tokio sogar mehr als das Vierfache der Schweizer Bevölkerung. Es seien auch nicht nur die konkreten Zahlen, die den Schweizern Angst machen würden, sagt Hermann, sondern vor allem die Schnelligkeit der Veränderung.

Es wird eng in der Schweiz Das Bevölkerungswachstum wird zum Problem bei unseren Nachbarn. Zwischen den Bergen müssen die Menschen zusammenrücken - bald schon s....

Michael Hermann nennt drei Hauptursachen für die Schweizer Wachstumsschmerzen: kulturelle, ökonomische und ökologische Ängste. Lange Zeit habe die Furcht vor „Überfremdung“ die Debatte über die Zuwanderung geprägt, inzwischen hätten sich aber viele Schweizer an die neuen Mitbewohner und deren Gebräuche gewöhnt, ihre steigende Zahl sorgt aber weiterhin für Unbehagen. Während man sich früher über die Förschheit deutscher Kollegen oder den Bau von Minaretten aufregte, diskutieren die Schweizer nun über Lohndumping und ausufernde Zersiedelung. In der Biologie haben sie sogar ein Wort für ihr Hadern mit dem Gedränge in seinen verschiedenen Ausprägungen gefunden: „Dichtestress“.

Prominentestes Beispiel für den neuen Fokus der Wachstumsdiskussion ist der überraschende Ausgang eines Referendums: Im Frühjahr stimmten die Schweizer für eine Initiative, die den Anteil von Zweitwohnungen auf 20 Prozent pro Gemeinde beschränken soll (obwohl zahlreiche Tourismusorte bereits jetzt darüber liegen); über die konkrete Umsetzung wird seither heftig gestritten. Andere Umweltschützer nehmen nicht bloß die Folgen des Wachstums, sondern die Zuwanderung selbst ins Visier: Der Verein Ecopop etwa will das migrationsbedingte Wachstum per Volksabstimmung auf 0,2 Prozent pro Jahr beschränken. Die offiziellen Grünen lehnen die Ecopop-Initiative zwar genau wie alle anderen Parteien ab, und es ist sogar fraglich, ob der Verein überhaupt die nötigen 100.000 Unterschriften für eine Volksabstimmung zusammenbekommt. Aber die Ecopop-Initiative zeigt, dass Forderungen nach einer Beschränkung der Zuwanderung mittlerweile nicht mehr nur vom rechten Ende des politischen Spektrums kommen.

Am lautesten äußert sich noch immer die nationalkonservative Schweizer Volkspartei (SVP). Mit ihrem Volksbegehren „Gegen Masseneinwanderung“ will sie Höchstzahlen und Kontingente für Ausländer durchsetzen und so die Hoheit über die Zuwanderung zurückgewinnen, die die Regierung ihrer Ansicht nach aufgab, als sie das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU unterzeichnete. In der Frage, ob sich die Schweiz öffnen oder schließen solle, zeichne sich aber ein politischer Wandel ab, sagt Hermann: Über die Wohnungsknappheit sei auch die Linke in die Debatte eingestiegen, selbst in liberalen Kreisen mache sich inzwischen Wachstumsskepsis breit.

Allzu harte Maßnahmen gegen die Zuwanderung erwartet Michael Hermann jedoch in näherer Zukunft nicht. „Die Leute hadern zwar mit den Folgen des Wachstums“, sagt Hermann, „aber so richtig durchgreifen traut sich dann doch niemand, aus Angst, dass es doch Konsequenzen für den Wohlstand haben könnte.“ Wenn er dem SVP-Begehren „Gegen Masseneinwanderung“ - anders als der Ecopop-Initiative - durchaus Erfolgschancen an der Urne einräumt, dann unter anderem auch, weil es deutlich weicher formuliert ist als die Initiative der grünen Migrationskritiker.

Beim Thema „Dichtestress“ mögen sich zwar mitunter Rechts- und Linkskonservative treffen, das Phänomen aber hat bei Weitem noch nicht die ganze Schweiz erfasst. Ganz im Gegenteil: So manchem Dorf in entlegenen Teilen der Alpen droht sogar das Aussterben. Im Graubündner Val Medel beispielsweise sei vergangenes Jahr kein einziges Kind zur Welt gekommen, klagt der Gemeindepräsident Peter Binz. Die Schließung des Kindergartens sei nur eine Frage der Zeit, die Schüler müssen nach der sechsten Klasse bereits in den nächsten Ort ausweichen. Um sein Dorf am Leben zu erhalten, hätte Binz am liebsten einer kanadischen Firma erlaubt, nach dem Gold zu suchen, das in den umliegenden Bergen verborgen ist. Doch die Bürger von Val Medel haben im Frühjahr dagegen gestimmt. Vielleicht aus Angst vor den Wachstumsschmerzen, die den Rest des Landes plagen.

„Viele Schweizer sind sich nicht bewusst, wie groß der Anteil von Zuwanderung am Wohlstand ist“ Michael Hermann, Politikwissenschaftler

Graphic

Davos Destinations Organisation

Viele Häuser, wenig Bergidylle - so sieht es mittlerweile nicht nur im Schweizer Luftkurort Davos aus

Es wird eng in der Schweiz Das Bevölkerungswachstum wird zum Problem bei unseren Nachbarn. Zwischen den Bergen müssen die Menschen zusammenrücken - bald schon s....

Load-Date: December 14, 2012

End of Document

Elefanten und Senkrechtstarter; Frankreich hat ein neues Kabinett: Die Hälfte der Berufenen ist weiblich, jeder Fünfte hat einen Migrationshintergrund. Hollande macht Ernst mit der gesellschaftlichen Öffnung

Die Welt

Freitag 18. Mai 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 6; Ausg. 115

Length: 1119 words

Byline: Sascha Lehnartz

Highlight: Der Frauenanteil soll ein Signal sein, die wichtigsten Ministerien gehen trotzdem an Männer

Body

Paris

Eine Regierung zusammenzustellen ist ein kompliziertes Puzzlespiel. Diese Erfahrung durfte nun auch der neue französische Präsident François Hollande machen. Eigentlich sollte sein neues Kabinett am Mittwochnachmittag um 16 Uhr bekannt gegeben werden. Doch da fehlten noch einige entscheidende Personalien. Erst drei Stunden später war die Liste komplett. Die größte Überraschung: die Vorsitzende der Sozialisten, Martine Aubry, wird nicht Ministerin. Die Bürgermeisterin von Lille wäre gern Premierministerin geworden, doch nachdem Hollande ihr auf diesem Posten seinen Vertrauten Jean-Marc Ayrault, den langjährigen Fraktionsführer der Sozialisten in der Nationalversammlung, vorgezogen hatte, verspürte Aubry wenig Lust, sich mit einem eigens für sie zugeschnittenen „Super-Ministerium“ aus Kultur und Bildung und ein paar weiteren Trostsorts abspeisen zu lassen.

Aubry will nun die Parteiführung behalten und sich in die Kampagne für die im Juni anstehenden Parlamentswahlen stürzen. Sie sei nicht enttäuscht, behauptete die Tochter von Jacques Delors, die mit Hollande eine herzliche Abneigung verbindet: „Ich sage nicht, dass ich dazu nicht in der Lage gewesen wäre. Aber der Präsident der Republik hat eine Wahl getroffen. Er hat aus Gründen des politischen Zusammenhalts einen seiner Vertrauten ernannt. Ich weiß, dass er so funktioniert“, sagte Aubry.

Die neue französische Regierung verteilt sich auf 34 Ressorts - wenn man die untergeordneten „Ministres délégués“ mitzählt, die im deutschen System eher Staatssekretären entsprechen. Mit dem Personaltableau hat Hollande sein Wahlversprechen eingelöst: Es herrscht strikte Parität zwischen den Geschlechtern. Bei ihrer ersten

Elefanten und Senkrechtstarter Frankreich hat ein neues Kabinett: Die Hälfte der Berufenen ist weiblich, jeder Fünfte hat einen Migrationshintergrund. Hollande

gemeinsamen Kabinettsitzung lösten die 17 Frauen und 17 Männer dann auch das zweite Versprechen der Sozialisten ein: Sie beschlossen eine Kürzung sämtlicher Ministergehälter um volle 30 Prozent.

Das im Ausland bekannteste Gesicht erhielt passenderweise das Außenministerium: Laurent Fabius (65) war 1984 der jüngste Premierminister Frankreichs. Inzwischen ist er einer der „Elefanten“ der Sozialistischen Partei (PS). Lange galt er als entschiedener Gegner Hollandes, den er einst als „Walderdbeere“ verspottet hatte. Noch vor nicht allzu langer Zeit höhnte Fabius, Hollande werde „nicht im Traum“ Präsident. Doch nach dessen Sieg bei den sozialistischen Vorwahlen im vergangenen Herbst änderte Fabius, der zunächst auf Dominique Strauss-Kahn und dann Martine Aubry gesetzt hatte, seine Meinung und unterstützte fortan Hollande. In den vergangenen Monaten hat er bereits bei zahlreichen Regierungen im Ausland antichambriert und um Vertrauen für den Kandidaten der PS geworben. Nun wird Fabius mit dem Quai d'Orsay belohnt.

In das Außenministerium wäre auch Hollandes Wahlkampfmanager Pierre Moscovici gerne eingezogen. Der ehemalige Europaminister machte sich bis zuletzt Hoffnungen, musste sich dann jedoch mit „Finanzen, Wirtschaft und Außenhandel“ begnügen. Der 54 Jahre alte Absolvent der Elite-Verwaltungshochschule ENA gilt nicht unbedingt als Wirtschaftsexperte. Für ihn sprach allerdings - neben der Leitung der erfolgreichen Wahlkampagne -, dass er ein relativ liberaler Pro-Europäer ist. Und dass er ordentlich Englisch spricht, was in globalisierten Zeiten ein Vorteil ist.

Ebenfalls belohnt für seinen Einsatz im Wahlkampf wurde Hollandes Kommunikationschef Manuel Valls. Der 49-Jährige ist Bürgermeister von Evry, einer Kleinstadt in der Pariser Banlieue, und daher mit Vorstadtproblemen bestens vertraut. Sicherheitspolitisch vertritt er relativ strenge Positionen für sozialistische Verhältnisse.

In der Kabinettsrangfolge auf dem zweiten Platz - nach Außenminister Laurent Fabius - steht der neue Bildungsminister Vincent Peillon. Damit macht François Hollande deutlich, dass die Bildungspolitik in seiner neuen Regierung eine der wichtigsten Baustellen werden soll. Peillon, ein promovierter Philosoph, der selbst in diversen Schulformen unterrichtete, ist bereits im Wahlkampf für Bildungsthemen zuständig gewesen. Die Frau mit dem höchsten Rang im Kabinett ist Christiane Taubira, die Justizministerin wird. Die 52 Jahre alte Abgeordnete der Parti radical de Gauche stammt aus Französisch-Guayana und hat sich mit ihrem Einsatz für das Gesetz, das den französischen Sklavenhandel als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ verurteilt, einen Namen gemacht.

Hollande macht zwei Vertreterinnen von Europe Ecologie/Les Verts zu Ministerinnen, doch das Umweltressort besetzt er vorsichtshalber mit der Sozialistin Nicola Bricq. Diese Maßnahme darf man als Versuch betrachten, Konflikte in der Atompolitik mit den Grünen möglichst zu vermeiden. Die Vorsitzende der Grünen, Cécile Duflot, darf sich stattdessen mit „Wohnungsbau und Territoriaausgleich“ befassen.

Der neue französische Präsident hat zudem drei seiner engsten Vertrauten mit Ministerämtern betraut: Michel Sapin, mit dem Hollande gemeinsam an der ENA studierte, wird Arbeitsminister, Stéphane Le Foll, sein langjähriger Büroleiter, darf sich um die französische Landwirtschaft kümmern. Der Bretoner Jean-Yves Le Drian wird Verteidigungsminister. Wie Fabius hat auch Le Drian in den vergangenen Monaten bereits das Gespräch mit den Nato-Partnern gesucht und die Reaktionen auf den von Hollande angekündigten vorzeitigen Rückzug der französischen Soldaten aus Afghanistan getestet. Beim Nato-Gipfel in Chicago wird er den Plan Anfang kommender Woche nun genauer erläutern können.

Die wichtigsten Ressorts bleiben unter dem Präsidenten François Hollande zwar in Männerhand, dennoch finden sich in dieser Kabinettsliste einige Hinweise auf den Versuch einer gesellschaftlichen Öffnung. Neben der Justizministerin Christiane Taubira kommt auch der Überseeminister Victorin Lurel aus einem französischen Überseegebiet: Lurel stammt aus Guadeloupe. Jeder fünfte Minister in diesem Kabinett hat einen Migrationshintergrund. Stark vertreten ist auch die junge Garde der Frauen in der PS: Kampagnensprecherin Najat Vallaud-Belkacem (34), Tochter eine Marokkanerin, wird Ministerin für Frauenrechte und zugleich Regierungssprecherin. Die Bestsellerautorin Aurelie Filippetti wird Ministerin für Kultur und Kommunikation. Eine heitere Schlusspointe dieser Kabinettsliste ist die Ernennung des sich im politischen Spektrum sehr weit links befindlichen Globalisierungskritikers Arnaud Montebourg auf den Posten des Ministers für die „Sanierung der

Elefanten und Senkrechstarter Frankreich hat ein neues Kabinett: Die Hälfte der Berufenen ist weiblich, jeder Fünfte hat einen Migrationshintergrund. Hollande

Produktion". Hinter dem flotten neuen Türschild verbirgt sich das altbekannte Industrieministerium - die Schaffung dürfte vorrangig innerparteilicher Arithmetik geschuldet sein.

„Ich sage nicht, dass ich dazu nicht in der Lage gewesen wäre" Martine Aubry, Sozialistin, über ihre Nicht-Nominierung zur Premierministerin

Load-Date: September 12, 2012

End of Document

Stalingrad mit Happy End

Die Welt

Samstag 3. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; Kommentar; S. 25; Ausg. 179

Length: 470 words

Byline: Wieland Freund

Body

Die gute Nachricht zuerst: Ad hoc und ohne Amazon-Account ist es gar nicht so leicht, an ein Exemplar des „Landers“ zu kommen. Im ersten Kiosk (der Inhaber hat einen Migrationshintergrund) führen sie nur „Perry Rhodan“, die endlose Science-Fiction-Serie, die vom Frieden auf Erden träumt; im zweiten wird stolz auf eine Kundschaft verwiesen, die „so was“ nicht verlangt, und im Kulturkaufhaus ein paar Hundert Meter weiter schreibt man „Landser“ bei der Recherche mit „z“ - eher ein Verweis auf bessere Zeiten als eine Bildungslücke. Erst am Bahnhof Friedrichstraße, wo eine Skulptur an die Deportationen während des Zweiten Weltkriegs erinnert, wird man fündig. Es kostet 1,95 Euro, sich mal so richtig zu schämen, und dann hat man „Landser“ Nr. 2888 in der Hand. „Tod an der Reichsgrenze“ spielt im Herbst 1944, erwähnt den Holocaust mit keinem Wort und sorgt sich um die „Ostprovinzen“.

Das Simon Wiesenthal Center hat dem „Landser“ in diesen Tagen vorgeworfen, den Nationalsozialismus und dessen Verbrechen zu verharmlosen. Es stützt sich dabei auf eine Untersuchung des Historikers Stefan Klemp, der dem „Landser“ vorhält, die Legende von der sauberen Wehrmacht am Leben zu halten. Immerhin firmiert das Heft beim Bauer Verlag unter dem Rubrum „Dokumentation“. „Erlebnisberichte zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs“, lautet der Untertitel. Das macht, bevor man die von einem M. Anders verfasste Story von Nr. 2888 überhaupt angefangen hat, schon zwei dreckige Euphemismen.

Denn natürlich ist die antiquierte Groschenheft-Prosa zur Dokumentation weder willens noch in der Lage. Sie zielt auf Weltkriegs-Pornografie, Waffenfetischismus inklusive, und macht den „dicken Hermann“ offenbar nur deshalb verächtlich, weil Göring, wie eine Fußnote erklärt, „verantwortlich für krasse Fehlentscheidungen im Luftkrieg“ gewesen sei. Der Nachsatz, Hitler habe Göring „in den letzten Kriegstagen testamentarisch aus der Partei ausgeschlossen“, klingt darauf wie ein Glückwunsch an den „Führer“, der selbst in M. Anders' plumpen Dialogen Gänsefüßchen bekommt. Überhaupt wird man den Eindruck nicht los, dass beim „Landser“ die Rechtsabteilung mitschreibt. Die (hier von einem „Iwan“ getroffene) pflichtschuldige Unterscheidung zwischen „Faschist“ und „anständigem Soldaten“ würde jeder Verteidiger zitieren.

Stalingrad mit Happy End

Aber hoffentlich bietet jetzt Stefan Klemps Untersuchung justiziables Material. Seinen Recherchen zufolge hat der „Landser“ insgesamt 24 Nazi-Verbrecher verherrlicht, darunter den SS-Mann Hermann Fegelein, der für den Mord an 40.000 Juden verantwortlich sei. Klemps Bericht liegt nun Justiz- und Innenministerium vor - mit der Empfehlung, rechtliche Schritte einzuleiten. Im nächsten „Landser“-Heft wird die spätere 8. SS-Kavallerie-Division in den Pripjet-Sümpfen gegen Partisanen kämpfen. Bestimmt gibt es ein Happy End.

Load-Date: August 3, 2013

End of Document

Integration; Kurse für mehr Migranten

Die Welt

Freitag 20. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 297

Length: 178 words

Body

Die Bundesländer wollen mehr Migranten das Recht auf Zugang zu einem Integrationskurs zugestehen. Am Donnerstag stimmte der Bundesrat für eine Gesetzesinitiative Schleswig-Holsteins. Der Entwurf sieht vor, auch für EU-Ausländer, Asylbewerber und Geduldete einen rechtlichen Anspruch auf Teilnahme an einem solchen Kurs festzuschreiben. Er wird jetzt dem Bundestag zur Beratung und Abstimmung zugeleitet. Bislang haben nur Migranten Anspruch auf einen Kurs, wenn sie ein Bleiberecht etwa aus Erwerbszwecken oder durch Familiennachzug haben. EU-Bürger haben keinen Anspruch und können nur bei freien Kursplätzen ausnahmsweise zugelassen werden. Die Kurse sollen Zuwanderern grundlegende Sprach- und Kulturkenntnisse vermitteln. Auch für Menschen im Asylverfahren und ohne dauerhaften Aufenthaltstitel sei der Spracherwerb lebensnotwendig und wichtiger Schlüsselfaktor, begründete Kiels Innenminister Andreas Breitner (SPD) den Vorstoß. 2012 lebten nach Angaben der Bundesregierung rund 85.000 Geduldete in Deutschland, viele von ihnen bereits seit mehr als sechs Jahren.

Load-Date: December 20, 2013

Superheldin mit Migrationshintergrund; Kamala Khan, jüngste Protagonistin des Comic-Verlages Marvel, ist eine Muslimin

Die Welt

Dienstag 12. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; S. 26; Ausg. 264

Length: 463 words

Byline: Konstantin Nowotny

Body

Das Superhelden-Universum von Marvel Comics bekommt Zuwachs. Kamala Khan soll eine neue Heldin des amerikanischen Comicverlages heißen. Ihr Alleinstellungsmerkmal ist diesmal nicht nur Superkraft. Als neue „Ms. Marvel“ hebt sie sich von ihren blonden, vollbusigen Vorgängern durch eins hervor: Sie ist Muslimin.

Die Idee für die neue Protagonistin lieferten Stephen Wacker und Sana Amanat, beide aus dem Redakteursumfeld von Marvel Comics. Das Storyboard stammt von der zum Islam konvertierten Journalistin und Buchautorin G. Willow Wilson. Ihre neue Heldin führt bereits ein Doppelleben lange bevor sie ihre außergewöhnlichen Kräfte entdeckt. Kamala Khan ist die 16-jährige Tochter pakistanischer Einwanderer in New Jersey und hat auch ohne böse Gegenspieler bereits genügend Sorgen. Neben pubertären Identitätskrisen wird die junge Erwachsene auch von ihrem konservativ-religiösen Elternhaus ständig unter Druck gesetzt. Trotz ihres Glaubens wirft sich die Heldin allerdings keine Burka statt einem Umhang über.

Als integrierte Amerikanerin entzieht sich Kamala Khan ihrer Herkunft. Ihre Probleme sind die eines typischen Teenagers. Autorin Wilson kommentierte die Lebenswelt von Khan knapp: „Krisen. Kebabs. Coming-of-age. Es steckt alles drin.“ Für sie spielen die religionsspezifischen Aspekte der Figur in den Geschichten eine untergeordnete Rolle: „Das letzte, was ich tun wollte, war ein erbittertes Manifest über das Leben einer Muslimin in Amerika schreiben.“

Mit ihrer Superkraft kann Kamala Khan Arme und Beine verlängern sowie ihre Gestalt verändern. Auch im übertragenen Sinne stellt sie damit eine Art verlängerten Arm für den Marvel-Verlag dar: Laut eigenen Angaben war es den Erfindern des Charakters vor allem wichtig, eine identitätsstiftende Protagonistin für neue Zielgruppen im eigenen Repertoire zu haben. Marvels größter Konkurrent „DC Comics“ hat hier bereits im Jahr 2011 vorgelegt: Deren Superheld „Nightrunner“ kommt aus der Pariser Vorstadt und ist sunnitisch-muslimischer Abstammung.

Trotz der versöhnlichen Ambitionen der Autoren dürfte die Einführung eines ethnisch „belasteten“ Charakters bei den sonst eher traditionsbewussten Marvel-Fans kontrovers betrachtet werden. Schon jetzt füllen sich die

Superheldin mit Migrationshintergrund Kamala Khan, jüngste Protagonistin des Comic-Verlages Marvel, ist eine Muslimin

Kommentarspalten auf der Facebook-Seite des Verlages mit kritischen bis zynischen Reaktionen. Hauptkritikpunkt ist, dass die Marvel-Helden nie einen ethnischen Hintergrund gebraucht hätten, um Jagd auf das Böse zu machen.

Während Verfilmungen wie kürzlich „Thor“ Erfolge feiern, verkauft sich das klassische Comicheft bereits seit Jahren immer schlechter. Und schon im Jahr 2011 musste deshalb „Spider Man“ sterben. Ihn ersetzte Marvel durch einen Jugendlichen mit afro-amerikanischen und lateinamerikanischen Wurzeln. Die Serie wurde einen Überraschungshit.

Graphic

AP/CL **NY**

Krisen. Kebabs. Coming-of-age: Kamala Khan, die neue „Ms. Marvel“

CL **NY**

Load-Date: November 12, 2013

End of Document

Bildung Kompakt; Polizei: Suche nach Nachwuchskräften mit ausländischen Wurzeln ++ Universität Marburg: Neuer Weiterbildungsmaster Kulturelle Bildung an Schulen ++ Umfrage: Studenten wünschen sich beim Jobeinstieg Kontinuität ++ Azubis: Fast jeder Vierte von den Neuanfängern hat Abitur

Die Welt

Samstag 21. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FINANZEN; Kompakt; S. 19; Ausg. 298

Length: 509 words

Body

Polizei

Suche nach Nachwuchskräften mit ausländischen Wurzeln

Mit Hilfe von Mainzer Fastnachtsgrößen will die rheinland-pfälzische Polizei um Nachwuchskräfte mit ausländischen Wurzeln werben. Comedian Tobias Mann schrieb das Drehbuch für einen neuen Imagefilm, in dem der türkisch-stämmige Sänger Ercan Demirel die Hauptrolle spielt. „Wir wollen ganz bewusst jungen Menschen mit **Migrationshintergrund** eine berufliche Perspektive in der Polizei geben und gezielt um sie werben“, sagte Innenminister Roger Lewentz (SPD). Ihre Kultur- und Sprachkenntnisse bereicherten die Polizei. Demirel und Mann sind aus der Mainzer Fastnacht bekannt. Nach Zahlen des Innenministeriums haben rund 2,5 Prozent der Polizeibeamten in Rheinland-Pfalz ausländische Wurzeln, ihre Familien stammen etwa aus Russland, der Türkei und Italien.

Universität Marburg

Neuer Weiterbildungsmaster Kulturelle Bildung an Schulen

Die Philipps-Universität Marburg startet den neuen Weiterbildungsmaster Kulturelle Bildung an Schulen. Der Studiengang ist ab dem Wintersemester 2014/2015 im Angebot, teilte die Hochschule mit. Er richtet sich an Lehrer sowie an Künstler und Kulturschaffende, die etwa an Schulen tätig sein möchten. Auf dem Stundenplan stehen neben Seminaren zum Theater auch Vorlesungen in Kooperation und Vernetzung sowie Schulentwicklung. Das Studium dauert zwei Jahre und ist berufsbegleitend angelegt. Absolventen können etwa Kooperationen von Schulen mit außerschulischen Partnern wie Museen leiten. Bewerbungsschluss ist der 15. März 2014.

Umfrage

Studenten wünschen sich beim Jobeinstieg Kontinuität

Befristete Arbeitsverträge sowie ein häufiger Arbeitgeberwechsel sind heute keine Seltenheit - für den Jobeinstieg wünschen sich Studenten deshalb häufig vor allem Sicherheit. Das zeigen erste Ergebnisse einer Studentenfragung des Fraunhofer Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation in Stuttgart. Danach wünschen sich rund vier von zehn Studenten (44,6 Prozent) für ihren Berufseinstieg, dass sie möglichst lange Zeit bei einem Arbeitgeber fest angestellt sind. Etwas mehr (47,1 Prozent) können sich vorstellen, hin und wieder den Betrieb zu wechseln. Eine Minderheit (6,1 Prozent) will sich selbstständig machen. Gleichzeitig fühlt sich rund jeder fünfte Student (21,8 Prozent) nur schlecht vorbereitet auf das Berufsleben. An der Online-Umfrage haben bislang 397 Studenten teilgenommen.

Azubis

Fast jeder Vierte von den Neuanfängern hat Abitur

Von den Jugendlichen, die 2008 eine Ausbildung begonnen haben, hatte fast jeder Vierte (24 Prozent) Abitur oder Fachhochschulreife. Das teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit. Rund vier von zehn Anfängern (42 Prozent) schlossen die Realschule ab. Rund jeder Dritte der Azubis (34 Prozent) blieb mit seinem Schulabschluss unter diesem Niveau. Damit ist die Zahl der Abiturienten bei den Neuanfängern unter den Auszubildenden leicht gestiegen. Zum Vergleich: Von den Neuanfängern im Jahr 2010 hatten 21 Prozent das Abitur oder die Fachhochschulreife, 2009 war es jeder Fünfte (20 Prozent), 2008 waren es 19 Prozent.

Load-Date: December 21, 2013

Leserbriefe

Die Welt

Montag 8. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leserbriefe; S. 2; Ausg. 156

Length: 492 words

Body

Topraks Vorbild

Zu: „Auf der Suche nach Heimat“ vom 4. Juli

Dieser Essay von Cigdem Toprak berührt sehr in seiner Emotionalität, aber über diesem Thema liegt ein Diskussionsverbot, denn es berührt das Innerste der Deutsch-Türken sowie das Innerste der Deutschen: die Identität! Wie soll man Ausländer in eine Nation integrieren, wenn diese Nation sich selbst ablehnt? Das kann nur gelingen in einer selbstbewussten Nation wie der der USA, die Patriotismus einfordert und dennoch eine sehr bunte Gesellschaft ist. Menschen wie Frau Toprak fehlen hierzulande, denn sie könnten der Jugend mit **Migrationshintergrund** ein leuchtendes Vorbild sein.

Michael Seifert, per E-Mail

Falsche Aufregung

Zu: „Die erregte Republik“ und „Alles hat seinen Preis“ vom 4. Juli

Endlich zwei Artikel, die der Bigotterie der Diskussion über die Abhöraffäre Einhalt gebieten. Warum diese ganze Aufregung? Geheimdienste sind, wie es der Name vermuten lässt, nun mal dafür da, Geheimnisse herauszubekommen und im Geheimen zu agieren. Wer sich jetzt entrüstet, macht sich zum Clown. Egal wo auf dieser Welt, es wird überall mit den gleichen Mitteln gearbeitet, je nach Budget weitgreifender, einschneidender als anderswo. Dank an Herrn Herzinger und Herrn Stürmer für die andere Beleuchtung eines doch noch gefundenen Wahlkampfthemas.

Usha Malik, per E-Mail

Nicht gerechtfertigt

Zu: „Berechtigtes Misstrauen“ vom 4. Juli

Leserbriefe

Ich kann dem Autor nicht zustimmen. Auch die überzogene Kritik mancher Deutschen an der US-Politik rechtfertigt nicht das Abhören befreundeter Regierungen, die dadurch unter Generalverdacht gestellt werden. Zu einer Partnerschaft auf Augenhöhe gehören auch Diskussionen, Meinungsverschiedenheiten und selbst Irritationen. Vertrauen ist die Basis jeder Freundschaft, Respekt vor dem anderen.

Christian Fuchs, Gutenstetten

Wes' Brot ich ess'

Zu: „Die Stunde des Militärs“ vom 5.Juli

Es ist zugleich absurd, naiv und dumm zu glauben, dass nur durch die Tatsache einmaliger freier Wahlen in Ägypten aus einer Diktatur ein demokratisches Staatsgebilde entsteht. In Ägypten sind die sozialen Strukturen eher so, dass die Menschen nach der Devise leben und wählen: „Erst kommt das Fressen, dann die Moral.“ Oder, andersherum: „Wes' Brot ich ess', des' Lied ich sing'!“ Und die Muslimbrüder liefern das Brot, folglich werden sie gewählt.

Werner Christ, Duisburg

Desinformation

Zu: „Ein Gipfel für die Jugend“ vom 4.Juli

Die schlichte Rechnung des SPD-Kanzlerkandidaten, dass jede(r) jugendliche Arbeitslose in Europa 41 Euro in die Hand gedrückt bekomme, um sich einen Job zu suchen, ist entweder ein Witz, oder es ist eine ganz bewusste Desinformation darüber, wie das Geld eingesetzt werden soll, zum Beispiel

zum Etablieren dualer Ausbildungssysteme. Würden 20 statt sechs Milliarden zur Verfügung gestellt, bekäme jede(r) Betroffene etwa 130 Euro von Peer Steinbrück auf die Hand - auch nicht genug, um einen Arbeitsplatz zu finden.

Dr. med. Gerhard Hainlein, Würzburg

Load-Date: July 9, 2013

Neues Deutsches Wir; Shermin Langhoff übernimmt die Leitung des Berliner Gorki-Theaters. Ein Besuch

Die Welt

Donnerstag 7. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; S. 25; Ausg. 260

Length: 1161 words

Byline: Eva Behrendt

Body

Besuche in der Chefetage von Theatern beginnen in der Regel wartend an der Pforte. Zeit, sich etwas umzuschauen. Eine Tafel zeigt an, welche Schauspieler gerade anwesend sind: Neben einigen biodeutsch klingenden Namen wie Beykirch, Conrad, Reinecke stehen da jetzt auch Arslan, Atesci, Micas, Radenkovic, Sahintürk, Tafreshian, Terziyan, Yilmaz. Sesede Terziyan, die, wie die meisten Ensemblemitglieder mit fremd klingenden Namen, in der Bundesrepublik geboren wurde, läuft gerade lauthals tirilierend an den Schaukästen vorbei, in denen auch das Tagesprogramm der Intendantin aushängt. Das Interview, das wir gleich führen werden, ist Shermin Langhoffs drittes Pressegespräch an diesem Nachmittag.

In rasantem Tempo hat die 44-Jährige die hermetische Hochkulturburg des deutschen Theaters gestürmt. Nicht einmal zehn Jahre brauchte sie dafür: 2003 kuratierte die Quereinsteigerin aus der Filmbranche erstmals am Berliner HAU die Reihe „Beyond Belonging“, 2008 wurde sie mit einem 100.000-Euro-Budget künstlerische Leiterin des Kieztheaters Ballhaus Naunynstraße, dessen Produktion „Verrücktes Blut“ (in Koproduktion mit der Ruhrtriennale) 2011 zum Berliner Theatertreffen eingeladen wurde. Dem „postmigrantischen“ Theater, für das Langhoff im Ballhaus vehement einstand, gelang es mit einer kalkuliert paradoxen Volte, die Themen **Migration** und Teilhabe ganz oben auf die Prioritätenliste des Theaterbetriebs zu setzen.

Noch im selben Jahr machte ihr die Stadt Wien mit der Schauspielleitung der Festwochen (dem bestdotierten Festival im deutschsprachigen Raum) ein unwiderstehliches Angebot, das sie jedoch ausschlug. Stattdessen übernahm Langhoff „aus familiären Gründen“ - sie hat mit ihrem Mann, dem Regisseur Lukas Langhoff, eine Tochter, die in Berlin zur Schule geht - lieber einen Job in ihrer Wahlheimatstadt, nämlich gemeinsam mit dem ehemaligen Schaubühnen-Co-Leiter Jens Hillje die kleinste der Berliner Ensemble- und Repertoirebühnen, das Maxim-Gorki-Theater.

Damit ist Shermin Langhoff nicht nur die erste deutsche Intendantin mit türkischen Wurzeln - sondern auch, nach Helene Weigel, Ruth Berghaus und Andrea Breth, erst die vierte Frau an der Spitze einer Berliner Sprechtheaterbühne. „Beides sehe ich als Herausforderung, und beides darf man nicht zu wichtig nehmen“, sagt

Neues Deutsches Wir Shermin Langhoff übernimmt die Leitung des Berliner Gorki-Theaters. Ein Besuch

Langhoff lächelnd am runden Tisch in ihrem neuen Büro. „Wenn das etwas beiträgt zu einem gesellschaftlich heterogenen Wir, dann freut mich das. Ansonsten geht's nicht so sehr um meine Person, sondern darum, was ich politisch und ästhetisch bewegen kann.“

Das sind wohl abgewogene und bescheidene Töne. Allerdings hat Langhoff bereits die Erfahrung gemacht, dass man sie extra genau beim Wort nimmt: Anfang des Jahres wurden ihr die bei Intendanzwechseln üblichen Kündigungen ungewohnt heftig angekreidet. 50 von 160 Mitarbeitern würden am Gorki nicht übernommen, und das, obwohl Langhoff bei einer Betriebsversammlung erklärte habe, dass sie sich über jeden freue, der bleibt, hieß es in einem Artikel der „Berliner Zeitung“. Tatsächlich, stellt sie jetzt noch mal klar, habe sie letztlich 16 Mitarbeitern, darunter sieben Assistenten, gegen deren erklärten Willen gekündigt, viele hatten schon andere Verträge, einige habe sie doch noch verlängern können.

Geboren wurde Shermin Langhoff 1969 als Sermin Özel in Bursa. Mit neun Jahren folgte sie ihrer Mutter, Gastarbeiterin bei der Nürnberger AEG, nach Deutschland, zuvor hatte sie bei ihren Großeltern gelebt. Durch eine „marxistische Tante“ früh politisiert, trat sie bereits im zarten Alter von 14 Jahren der KPD bei - natürlich inoffiziell, verordnete sich mit 18 einen „Kapital“-Lesekreis und absolvierte nach der Schule eine Lehre als Verlagskauffrau. „Ich wuchs mit Büchner, Brecht und Nazim Hikmet auf“, erzählt sie, „und mit dem marxistisch-humanistischen Ethos der türkischen Intellektuellen im Exil.“ Sie war Mitbegründerin der deutsch-türkischen Filmtage in Nürnberg und lud Jungfilmer wie Ayse Polat, Miraz Bezar und Fatih Akin ein, mit dem sie auch später zusammenarbeitete.

Das kämpferische Glühen, das charmante Fabulieren und Jonglieren mit Fremdworten, polemischen Seitenhieben und unzähligen Nebensätzen ist Shermin Langhoff vermutlich aus dieser Zeit geblieben. An manchen Tagen hat sie, meist ganz in Schwarz gekleidet, mit ihren Pelzkappen und Cowboyhüten etwas von einer exzentrischen Undergroundpunkdiva. Und wenn sie von den Projekten schwärmt, die etwa die israelische Regisseurin Yael Ronen mit Berliner Ex-Jugoslawen plant („Common Ground“), von der Bildungsutopie des bildenden Künstlers Ahmet Ögüt („Silent University“) oder dem vom Künstlerkollektiv Conflict Zone Arts Asylum bespielten Studio, gerät sie erst richtig in Fahrt.

Dabei ist Langhoff alles andere als eine unberechenbare Fantastin. Ihre wichtigsten Personalentscheidungen - ob auf der Leitungsebene mit Jens Hillje und dem geschäftsführenden Direktor Jürgen Maier oder im künstlerischen Bereich mit den Hausregisseuren Nurkan Erpulat, Yael Ronen und Sebastian Nübling - hat sie klug und pragmatisch getroffen. Ihr Spielplan bietet eine Mischung, die sich zumindest auf dem Papier grundsollide liest und die doch Spielraum zum Abheben lässt. Auch ihre Geschichtshausaufgaben haben Langhoff und Hillje gemacht, wenn sie das Publikum im Spielzeitheft mit einem Zitat des preußischen Aufklärers Carl Friedrich Zelter begrüßen und die legendäre Inszenierung von Langhoffs Schwiegervater Thomas, Volker Brauns „Übergangsgesellschaft“ von 1989, jetzt neu vom Sohn/Mann Lukas interpretieren lassen.

Wilde ästhetische Sprünge sind am Gorki dennoch nicht zu erwarten. Zum einen bleibt das Haus vorerst unterfinanziert; von den 9,6 Millionen Euro Subvention bleiben ab nächster Spielzeit nur 600.000 Euro Produktionsmittel (für zehn Premieren sind eine Million Euro nötig), weshalb Langhoff vor allem die Abteilungen Bildung und Fundraising/Öffentlichkeitsarbeit aufgerüstet hat. Zum anderen stand das Kreuzberger Ballhaus unter ihrer Ägide durchaus für „emotionales klassisches Theater, bei dem sich auch ein Publikum wohlfühlte, das mit der Diversifizierung von Theater nicht mehr klarkam“. Nach künstlerischen Experimenten klingt das nicht gerade. In politischer Hinsicht ist das heterogene Gorki-Wir jedoch jetzt schon Avantgarde: Es ist leider immer noch etwas Ungewöhnliches, wenn ein türkischer Regisseur Tschechows „Kirschgarten“ inszeniert - wie Nurkan Erpulat zum Auftakt am Gorki.

„Sie wird sich zwischendurch auch mal auf die Schnauze legen, aber die Gesamtatmosphäre wird stimmen“, prophezeit Langhoffs ehemaliger Chef Matthias Lilienthal. „Sie ist eine grandiose Netzwerkerin und Präsentatorin.“ Das Gorki hat allerdings auch aus einem anderen Grund ziemlich gute Karten: Weil den vier Konkurrenz Bühnen, von vereinzelt Ausnahmen abgesehen, schon seit geraumer Zeit der zündende Funke fehlt, ist das Berliner Publikum zumindest theoretisch sehr leicht entflammbar. Kaum anzunehmen, dass Shermin Langhoff diese Chance verstreichen lässt.

Neues Deutsches Wir Shermin Langhoff übernimmt die Leitung des Berliner Gorki-Theaters. Ein Besuch

Graphic

picture alliance / dpa / Eventpress Hoensch

Ein Kind von Brecht, Büchner und Nazim Hikmet: Shermin Langhoff

dpa Picture-Alliance / Eventpress Hoensch

Load-Date: November 8, 2013

End of Document

Aufstehen? Nein danke!

Die Welt

Mittwoch 4. Juli 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; J'accuse; S. 22; Ausg. 154

Length: 432 words

Byline: Alan Posener

Body

Eigentlich hasse ich es, wenn alte Leute über die schlechten Manieren der heutigen Jugend schreiben, aber es fällt auf: Niemand steht heute noch im Bus auf, um einer älteren Dame den Sitzplatz frei zu machen. Und es sind nicht nur die ganz jungen Leute, die offenbar der Ansicht sind, wer zuerst komme, habe einen naturrechtsverbindlichen Anspruch auf einen Sitzplatz. Und auch nicht nur die üblichen Verdächtigen: White Trash und Migranten-Prolls, die durch provokatives Fläzen ihre Männlichkeit unter Beweis stellen.

Mit denen kann ich sogar etwas sympathisieren. Sie sind derart offenkundige Loser, dass man ihnen den Auftritt beinahe gönnen mag. Nein, meine Bahn ist zu Hauptverkehrszeiten voll mit nicht mehr ganz jungen Männern in Schlips und Anzug, und diese Leute sind es, die sich vorbeidrängeln und nach Ergattern des Sitzplatzes die iPhone-Stöpsel ins Ohr und den Kopf in die „FAZ“ stecken, um ja nicht merken zu müssen, dass neben ihnen eine Mutter mit Kind und Einkaufstüte oder ein Pensionär auf unsicheren Füßen steht. Wie kommt das?

Theorien gäb's viele. 1. Es sind die verzogenen Kinder meiner Generation, deren Eltern ihnen schon am Pool in der Toskana die besten Plätze belegt haben und nie Nein sagen konnten (Anti-68er-Deutung). 2. Es sind die Kinder von Margaret Thatcher und ihres Diktums: „There is no such thing as society.“ Im Film mit Meryl Streep wird gezeigt, wie die alte, geistesverwirrte Thatcher einkaufen geht und an der Kasse von einem Penner beiseitegeschoben wird. Gemein Sinn ist im Zeitalter des Egoismus durch Gemeinheit ersetzt worden (linkskonservative Deutung). 3. Es sind die Kinder des Wohlfahrtsstaats, des Anspruchsdenkens, des Mitnahmeeffekts, des Gerechtigkeitsdenkens: Warum soll ich aufstehen? Soll der drüben aufstehen, ich habe eine längere Fahrstrecke, das ist ungerecht (rechtskonservative Deutung). 4. Es sind die Kinder von Alice Schwarzer, des Feminismus, des Gender-Mainstreaming, die das Aufstehen als Ausdruck des Männlichkeitswahns ablehnen (kulturkritische Deutung). 5. Es sind gebrannte Kinder des Jugendwahns, die, wenn sie mal ihren Sitz einem Alten anbieten, angeschnauzt werden: Seh' ich so alt aus? (selbstkritische Deutung unter Zuhilfenahme der eigenen Reaktion, als mir einmal ein junges Mädchen ihren Sitz anbot). 6. Es sind Opfer lascher Lehrer. Wenn eine Schulklasse den Bus betritt, sagen die Lehrerinnen: Sucht euch einen Platz, bleibt ruhig! (Haut-die-Lehrer-Deutung. Geht immer).

Aufstehen? Nein danke!

Vielleicht sind alle Deutungen falsch - oder richtig. Derweil stehen die Alten und Schwachen, die Starken sitzen. In der Bahn und überhaupt.

Load-Date: September 12, 2012

End of Document

Feuilleton Kompakt; Berlin Biennale: Kunstaktion zu Sarrazins Deutschland-Buch ++ Auszeichnung: Chaplin-Preis für Catherine Deneuve ++ Geschichte: Himmelsscheibe und Urpferd sind Kulturgüter ++ Festspiele: Berlins Philharmoniker in Baden-Baden

Die Welt

Freitag 13. Januar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; Kompakt; S. 21; Ausg. 11

Length: 450 words

Body

Berlin Biennale

Kunstaktion zu Sarrazins Deutschland-Buch

Der tschechische Künstler Martin Zet will mit einer Sammelaktion das umstrittene Buch von Thilo Sarrazin kritisieren. Die Aktion zur 7. Berlin Biennale heißt in Anlehnung an den Sarrazin-Titel „Deutschland schafft es ab“. Zet will versuchen, möglichst viele Exemplare des Buches „Deutschland schafft sich ab“ zu sammeln und sich dieser so zu entledigen. „Das Buch weckte und förderte anti-migrantische und hauptsächlich anti-türkische Tendenzen in diesem Land“, wird der Künstler zitiert. Zet ruft dazu auf, mindestens 60 000 Exemplare zu sammeln. Die Bücher sollen zu einer aufsehenerregenden Installation bei der Biennale (27.4. bis 1.7.) werden. Danach werden sie recycelt.

Auszeichnung

Chaplin-Preis für Catherine Deneuve

New Yorks Lincoln Center ehrt die französische Schauspielerin Catherine Deneuve mit dem Chaplin-Preis. Die 68-Jährige bekommt den Preis am 2. April bei einer Gala verliehen. Die Auszeichnung ist nach Charlie Chaplin benannt, seit dieser ihn 1972 erhielt. Vor Deneuve wurden bereits Martin Scorsese, Tom Hanks, Robert Altman, Elizabeth Taylor und Alfred Hitchcock mit dem Chaplin Award ausgezeichnet.

Geschichte

Himmelsscheibe und Urpferd sind Kulturgüter

Feuilleton Kompakt Berlin Biennale: Kunstaktion zu Sarrazins Deutschland-Buch ++ Auszeichnung: Chaplin-Preis für Catherine Deneuve ++ Geschichte: Himmelsscheibe....

Die mehr als 3600 Jahre alte Himmelsscheibe von Nebra und ein 50 Millionen Jahre altes versteinertes Urpferdchen aus dem Geiseltal bei Halle sind jetzt nationales Kulturgut. Die Stücke gehören zu den Objekten, die am Donnerstag dem „Verzeichnis national wertvolles Kulturgut“ zugefügt wurden. „Damit ist erstmals Kulturgut der öffentlichen Hand aus Sachsen-Anhalt in die Liste aufgenommen worden“, so Kultusminister Stephan Dorgerloh. Das Verzeichnis hat 2307 Einträge aus allen 16 Bundesländern, wobei eine Eintragung auch Zehntausende Einzelobjekte an Kunstgegenständen und Büchern umfassen kann.

Festspiele

Berlins Philharmoniker in Baden-Baden

Weil die Busunternehmen früh die Programme brauchen, stellten die Berliner Philharmoniker bereits jetzt ihr Programm für ihren neuen Osterfestspielstandort Baden-Baden vor. Bei dem vom 23. März bis zum 1. April 2013 in der „wiedererwachten Kulturstadt“ (O-Ton der Veranstalter) abgehaltenen Privatkonzerten des Orchesters dirigiert Simon Rattle viermal die „Zauberflöte“ in einer luxuriös besetzten Inszenierung von Robert Carsen, der das Werk unter anderem bereits in Aix-en-Provence herausgebracht hat. Kammermusikalische „Meisterkonzerte“ an diversen Spielorten an der Oos sowie die dort einst uraufgeführte Salonoper „Cendrillon“ der Sängerin Pauline Viardot-Garcia runden das Programm ab, mit der man sich der selbst verschuldeten Konkurrenz von Christian Thielemann und der Dresdner Staatskapelle in Salzburg stellen will.

Load-Date: January 13, 2012

Feuilleton Kompakt II

Die Welt

Samstag 30. Juni 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; Kompakt; S. 27; Ausg. 151

Length: 426 words

Byline: Josef Engels

Body

Christian Scott

Wie ein Rendezvous mit einer neuen Frau

„Warum sollte ich Jazzstandards spielen?“, fragt der 29-jährige Trompeter Christian Scott aus New Orleans. „Das ist für mich so, als wenn man ein Rendezvous mit einer neuen Frau hätte und dabei versuchen würde, sich so zu benehmen wie ihr letzter Freund“. Christian Scott, der auf „Christian aTunde Adjuah“ schon im CD-Titel stolz seinen **Migrationshintergrund** als Nachkomme von Afrikanern und den Black Indians des New-Orleans-Karnevals zur Schau stellt, umschreibt seine Kunst auch nicht mehr mit dem Four-Letter-Word Jazz, sondern nennt sie „Stretch Music“. Scott dehnt so einiges - zum einen die Genre-Grenzen, indem Rockgitarren-Arpeggien die Grundlage seiner unkonventionellen Stücke darstellen, zum anderen die heute gängige Länge von Tonträgern. In Zeiten der chronisch kurzen Aufmerksamkeitsspannen ein Doppelalbum herauszubringen, zeugt dabei von einem nicht gerade geringen Selbstbewusstsein. Zu Recht: Nicht nur, dass der mit einem gleißenden, vor Angriffslust schier berstenden Ton gesegnete Bläser der bessere Trompeter als Miles Davis ist - er erweist sich mit seiner abenteuerlichen Mixtur aus Coltrane-Inbrunst, Indierock-Melancholie, Hip-Hop-Grooves und freien Klanggewittern auch als würdiger Nachfolger des Konzeptkünstlers Davis.

Christian aTunde Adjuah (Concord)

Cassandra Wilson

Dunkelschattiger Alt trifft auf Italo-Gassenhauer

Auf die Idee, angeblueste Folk-Stücke mit mildem Jazz-Timbre zu singen, ist nicht erst Norah Jones gekommen. Vor ihr war schon eine gewisse Cassandra Wilson da, die bis zum Erscheinen ihrer wahnwitzig erfolgreichen Epigonen der unangefochten größte Gegenwartsstar des Traditionslabels „Blue Note“ war. Inzwischen hat Cassandra Wilson, die vom „Time Magazine“ zur Jahrtausendwende zu „Amerikas bester Sängerin“ erklärt wurde, die Plattenfirma gewechselt. Mit neuem Personal und einer veränderten musikalischen Ausrichtung macht sich die

Feuilleton Kompakt II

56-Jährige auf zu neuen Ufern. Begleitet von Gitarre, Akkordeon und Percussion lässt Wilson die Schwüle des Mississippi-Deltas hinter sich und begibt sich auf eine Weltreise, die sie über Italien und Spanien bis nach Brasilien und Argentinien führt. Samba-, Flamenco- und Tango-Nuevo-Andenken sowie - für sie eher ungewöhnlich - gute Laune hat sie mitgebracht. Die größte Überraschung gelingt ihr mit der einzigen Fremdkomposition auf der CD. Wilsons dunkelschattigen Alt auf den klug reharmonisierten Italo-Gassenhauer „O Sole Mio“ treffen zu hören, ist mindestens so cool wie Andrea Pirlo. je

Another Country (Membran)

Load-Date: September 12, 2012

End of Document

Leserbriefe

Die Welt

Mittwoch 14. März 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leserbriefe; S. 2; Ausg. 63

Length: 526 words

Byline: Sabine Menkens

Body

Verstand siegt

Zu: „Bunte Chefetagen“ vom 12.3.

Ich lese gerade den Essay von Frau von Boyen: Diversity sei kein PR-Gedöns, vielmehr ein Erfolgsvorteil. Da kann ich nur laut lachen. Der bildliche Verweis auf die bunte Multikulti-Truppe in Berlin (Bundesregierung) ist doch ein schöner Gegenbeleg, dass Erfolg nicht von Vielfalt der Personalherkunft abhängt. Wahr ist, dass wir Migranten brauchen; dass Frauen das Berufsleben per se bereichern. Und am meisten wahr ist wohl: Der Erfolg oder Misserfolg in der Managementetage hängt nicht von Diversity ab, sondern von der Fähigkeit oder Unfähigkeit der dort handelnden Personen, sich noch kritisch neben sich selbst zu stellen und über Aktionen zu reflektieren. So mancher Manager ist beratungsresistent, glänzt eher durch Schwarmverhalten und Opportunismus der eigenen Karriere wegen. Das Fehlen von Diversity hat damit nichts zu tun. Vielmehr ist der Wahlspruch Kants untergegangen: Sapere aude! Wage es, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.

Prof. Dr. Ralf Kesten, Elmshorn

Getötete Männer

Zu: „US-Soldat tötet Kinder im Schlaf“ vom 12.3.

Sie schreiben „US-Soldat erschießt Frauen und Kinder“ - das verwundert mich. Wäre der Mord weniger schlimm, wenn der Soldat nur Männer erschossen hätte? Sind Ihnen Männer als Kriegsoffer weniger wert? Oder Jungs? Im Innenteil heißt es nämlich, unter den neun Kindern seien sechs Mädchen gewesen. Natürlich kann man über die jeweiligen Zahlen berichten, ich finde es aber befremdlich, wenn dies in einer Art und Weise geschieht, die erkennen lässt, dass Sie männliche Kriegsoffer weniger bedauern als weibliche.

Dr. Daniel Kötz, Düsseldorf

Planwirtschaft

Zu: „Geld zurück!“ vom 12.3.

Zur Erinnerung: Der umstrittene Gesundheitsfonds speist sich aus verschiedenen Quellen. Das sind zum einen natürlich die Beiträge der Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen. Zum anderen aber auch sozialpolitisch bedingte Zahlungen aus dem Bundeshaushalt. Diese Zahlungen sind im Laufe der Zeit von zwei auf 14 Milliarden Euro jährlich angewachsen - eine jenseits der Solidargemeinschaft weitere Sozialisierung von Krankheitskosten! Dass der Bundesfinanzminister bei den jetzt entstandenen massiven Überschüssen in der GKV die Bundeszuschüsse zurückfahren will, ist vor diesem Hintergrund wohl nur allzu plausibel. Das Geld gehört also nicht den Versicherten, sondern den Steuerzahlern! Hätte man den Krankenkassen ihre Beitragsautonomie bei der Einrichtung des Gesundheitsfonds nicht weggenommen, wären wir erst gar nicht in diese paradoxe Situation einer 20-Milliarden-Euro-Halde gekommen. Planwirtschaft eben!

Dr. Knut Köhler, Hamburg

Und wer zahlt?

Zu: „Einfach mal die Reichen ärgern“ vom 10.3.

Ein hochinteressanter Beitrag, der sicher nicht nur von den Opfern der Brandanschläge verschlungen worden ist. Warum aber haben Sie darin ausgerechnet die Kernfrage zur Haftungsregulierung ausgelassen? Geschädigte ohne Kaskoversicherung bleiben am Ende sogar auf den Kosten für die Entsorgung ihres zerstörten Autos sitzen. Es sei denn, sie könnten sich beim Verursacher schadlos halten. Wie das im Einzelnen zu regeln und ob das im vorliegenden Fall überhaupt möglich ist?

Erwin Koch, Hamburg

Load-Date: March 14, 2012

Paris lässt Schleier an Schulen zu; Sozialistische Regierung will radikalen Kurswechsel in Integrationspolitik

Die Welt

Samstag 14. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 6; Ausg. 292

Length: 558 words

Byline: Sascha Lehnartz

Body

In der Schule Schleier tragen soll künftig kein Problem mehr sein. Frankreich soll sich zu seinem „orientalisch-arabischen Erbe“ bekennen, zum Zwecke der Integrationsförderung sollen prominente Straßen und Plätze nach Prominenten mit **Migrationshintergrund** benannt werden. Und Integration soll künftig nicht mehr Integration heißen, da der Begriff wenig integrationsfördernd wirkt. Stattdessen soll ein „einbeziehendes und solidarisches Wir“ entstehen. Dieses hoffnungsfrohe Szenario stammt aus einem offiziellen Bericht zum Thema Einwanderung und Integration für den französischen Premierminister Jean-Marc Ayrault. Auf Grundlage dieses Berichtes will Ayrault Anfang Januar über eine umfassende Neuausrichtung der französischen Integrationspolitik beraten lassen. Dies dürfte mit einiger Sicherheit zu hitzigen Debatten führen und den bevorstehenden Europa- und Kommunalwahlkampf im kommenden Jahr prägen. Marine Le Pen und die Front National dürften einigermaßen dankbar sein dafür, dass man ihnen ihr Lieblingsthema derart mundgerecht serviert. Der konservative „Figaro“ spricht besorgt von einem „Schock-Bericht“.

Um Ungleichheiten und Diskriminierungen abzubauen, soll bereits der Lehrplan der Grundschulen stark reformiert werden: Die Reformer schlagen „Diskussions-Ateliers in allen Jahrgangsstufen über Themen wie Anderssein, Identität, Geschlechterfragen und Religion“ vor. Vorgesehen ist außerdem eine „komplette Neubewertung der Geschichte Frankreichs“. Denn die Geschichtslehrpläne seien ein wichtiges Element „um der Vielfalt der Gesellschaft gerecht zu werden und die Identifikation mit einem einbeziehenden Wir“ zu erleichtern, heißt es in dem Bericht, den der „Figaro“ ausführlich zitiert.

Um das Bewusstsein für die kulturell vielfältigen Wurzeln der heutigen französischen Gesellschaft rechtzeitig zu wecken, sieht das Reformprojekt vor im Geschichtsunterricht künftig über „die Wanderbewegungen von Bevölkerungsgruppen“ zu sprechen, und zwar unter besonderer Berücksichtigung der „Sklaverei und des Sklavenhandels“ sowie der Geschichte der Roma. Die Vorherrschaft der Französischen Sprache will man insofern reduzieren, als man sich für die „Anerkennung aller Sprachen auf die selbe Weise“ einsetzt. Das ist eine ziemlich radikale Neuerung in einem Land, in dem man bis heute gerne jeden Zugereisten umgehend spüren lässt, dass er

Paris lässt Schleier an Schulen zu Sozialistische Regierung will radikalen Kurswechsel in Integrationspolitik

die französische Sprache nur unzureichend beherrscht. Künftig will man Arabisch-Unterricht fördern und auf Gymnasien afrikanische Sprachen anbieten.

Für noch heftigere Diskussionen dürfte indes der Vorschlag führen, den Schleier wieder an Schulen zu gestatten. Das Reformprogramm sieht nämlich auch die „Abschaffung von diskriminierenden gesetzlichen und schulischen Regelungen“ vor, insbesondere jene, die „den Schleier betreffen“. Auch im Bereich der Sozialleistungen und der öffentlichen Verwaltung schlägt die Expertenkommission zahlreiche Änderungen vor, die zum Abbau von Diskriminierung beitragen sollen. „Zu bezeichnen, bedeutet auszugrenzen“ heißt es in dem Bericht. „Sämtliche sprachlichen Register“, die von öffentlichen Institutionen, Medien und politischen Parteien gezogen würden gehörten „auf den Prüfstand“. Empfohlen wird, künftig auf die Nennung von „Nationalität, Herkunft, ethnische Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religion oder Kultur“ zu verzichten, wenn die Nennung nicht zwingend erscheint.

Load-Date: December 16, 2013

End of Document

Leserbriefe

Die Welt

Montag 11. Februar 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leserbriefe; S. 2; Ausg. 35

Length: 559 words

Body

Kindererziehung

Zu: „Vater, Mutter vs. Staat“ vom 5. Februar

Sehr geehrter Herr Poschardt, große Zustimmung zu Ihrem Kommentar. Sie haben perfekt formuliert, was ich zu diesem Thema denke. Mich ärgert die Ansicht von SPD und anderen aus einem weiteren Grund ganz besonders. Meine Frau ist ausländische Staatsbürgerin und damit nach SPD-Meinung als - ansonsten scheinheilig umworbene - „Migrantin“ sowieso unfähig, Kinder zu erziehen. Stattdessen sollen diese schnellstmöglich ihre Babys abgeben und Karriere machen - oder zurück ans Fließband? Das ist auch eine Sache, die mir übel aufstößt, dass es für diese Politiker(-innen) anscheinend nur Frauen gibt, denen ein Kind bei der Karriere im Wege sein könnte und das deshalb von der öffentlichen Hand versorgt werden muss. Dass die Masse der Mütter einfache Arbeitnehmerinnen in Produktion oder Dienstleistung sind, wo es keine Karrieren gibt, und diese sich sehr gern den ganzen Tag um ihr Kleinkind kümmern, ist jenen Egomanninnen und ihren männlichen Mitschreibern völlig unbekannt. Der Staat sollte die Familien schützen und nicht Karrieren unterstützen. Schon gar nicht soll er Ersatz für Mutter oder Vater sein zugunsten fiskalischer Erwägungen. Reinhold Koch, Nürnberg

Dieser Kommentar zur Familienpolitik und der Einstellung weiter Teile unserer Bevölkerung zur Familie entlarvt die wahren Gründe dieser beschämenden Debatte um das Betreuungsgeld. Eine wohlhabende Gesellschaft wie die unsrige schreit auf, wenn Familien ihre Kinder selber erziehen wollen. In der Familie erfahren sie zuallererst menschliche Wärme, Geborgenheit und einen Raum, in dem sie ihre sozialen, kreativen und intellektuellen Fähigkeiten entwickeln können, zusammen mit den Menschen, die die intensivste Beziehung als Mutter, Vater oder Geschwister zu ihnen von Natur aus haben. Sie haben gut analysiert und die wahren Beweggründe dieser „wohlwollenden“ Zeitgenossen aufgezeigt. Danke, dass Sie den Mut hatten, gegen den Strom zu schwimmen.

Elisabeth Schumann, per E-Mail

Fremdschämen

Zur Debatte über Annette Schavan

Leserbriefe

Trotz Dr. Merkels „vollem Vertrauen“ in Schavans Redlichkeit und trotz angekündigter verwaltungsgerichtlicher Rechtshändel der Bildungsministerin wird der Titelentzug Bestand haben. Die Bildungsministerin braucht sich „nicht nur heimlich“ über Guttenberg freudschämen, nun kann sie sich über sich selbst schämen. Die akademische Dünnbrettbohrerin wird letztlich mit fünfstelligen Renten- und Übergangsgeldern jedem Durchschnittsverdiener eine Nase drehen: „Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert.“ Dieses Zitat wird Wilhelm Busch zugeschrieben.

Alfred Pfeiffer, Wardenburg

Das Düsseldorfer Konsistorium hätte zur Selbstvergewisserung vor seinem Urteil über die schavansche Dissertation vom geisteswissenschaftlichen Olymp in die Niederungen des faustschen Studierzimmers hinabblicken sollen: „Sitzt ihr nur immer! Leimt zusammen, braut ein Ragout von andrer Schmaus und blast die kümmerlichen Flammen aus eurem Aschenhäufchen raus.“

Dietrich Hiller, Wiesbaden

Es gab vor nicht allzu langer Zeit einen Minister, dem wurde nachgewiesen, er habe vor rund 30 Jahren Polizisten verprügelt und Steine geworfen. Doch das war längst verjährt und kein Problem. Schließlich stand er mittlerweile politisch im richtigen Lager, und viele fanden seine Metamorphose prickelnd.

Dr. med. Gerhard Hainlein, Würzburg

Load-Date: February 11, 2013

Absolute Migranten; Das Grinsen von Matthias Schweighöfer ist noch keine Erzählhaltung: Woran die Verfilmung von Wladimir Kaminers Bestseller „Russendisko“ krankt

Die Welt

Donnerstag 29. März 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: KULTUR; S. 22; Ausg. 76

Length: 1097 words

Byline: Dirk Peitz

Body

Es gibt ja Literaturverfilmungen, vor denen man schon vorher Angst hat. In ein paar Monaten zum Beispiel wird „The Great Gatsby“ in die Kinos kommen, der ja bereits hin und wieder verfilmt wurde, was spätestens seit der Version mit Robert Redford und Mia Farrow keinen Sinn mehr macht: Man wird unmöglich einen schöneren Gatsby finden als den Mann, der Redford im Jahre 1974 war; und man wird unmöglich eine Daisy finden, bei der man sich mehr als bei Farrow wundern müsste, wie verheerend Liebe wirken kann, wenn die eines Mannes sich allein aus einer idealisierten Erinnerung an eine Frau speist.

Beängstigend also ist die Vorstellung, Baz Luhrman könnte aus Fitzgeralds Jahrhundertroman nun einen Kostümschinken gemacht haben, obwohl Leonardo DiCaprio und Carey Mulligan bestimmt umwerfend aussehen in Zwanzigerjahre-Klamotten.

Vor der Verfilmung von „Russendisko“ hingegen konnte man nun wirklich keine Angst haben. Man fragte sich eher, was es da eigentlich zu verfilmen geben sollte. Wladimir Kaminers erstes Buch, vor zwölf Jahren erschienen, ist ja doch ein dünnes Bändchen mit großen Buchstaben, in dem es viele kurze Geschichten gibt, die Erzählungen zu nennen sich schon formal verbietet. Es sind eher szenische Zeitungsglossen, lustige Randspaltenstories aus dem Leben eines russischen Einwanderers im Berlin der Nachwendezeit. Bevölkert sind die Geschichten von einem Haufen seltsamer Figuren, die nie zu Charakteren werden, dafür haben ihre Randspaltenexistenzen einfach nicht genug Platz. Und außer dem Ich-Erzähler Wladimir, seiner Frau Olga und seinen Eltern taucht eh kaum eine mehr als einmal auf.

Das Buch aber war ein großer Erfolg, mehr als eine Million Mal verkauft, da muss sich das Kino zuständig fühlen. Bloß was soll es machen aus einem Stoff, der als solcher keiner ist, jedenfalls keinen übergreifenden Plot bietet? Es erfindet sich einen. Es greift sich die vier Haupt- und ein paar Nebenfiguren aus fünf, sechs der Geschichten, denkt sich ein paar dazu und macht aus dieser Konstellation das Naheliegende, Erfolg versprechende, das Unvermeidliche: eine romantische Komödie. Aber eine auch mit Jungs-Freundschaft und so.

Absolute Migranten Das Grinsen von Matthias Schweighöfer ist noch keine Erzählhaltung: Woran die Verfilmung von Wladimir Kaminers Bestseller „Russendisko“ krank....

Erzählt wird im Film also eine Art Vorgeschichte zum Buch, Wladimir kommt erst gerade nach Ostberlin, es ist der letzte Sommer der DDR, das Wiedervereinigungs- und Weltmeisterschaftsjahr 1990. Seine zwei besten Freunde begleiten ihn, der traurige Andrej und der Träumer Mischa. Seine Olga muss Wladimir überhaupt erst noch kennen lernen in Ostberlin: Sie tanzt in einem improvisierten Hinterhoftheater bei einer ernst gemeinten, aber eher skurrilen Inszenierung mit, Wladimir ist gleich verzaubert. Bald steht er vor Olgas Garderobentür, doch statt einfach anzuklopfen, schreibt er eine Botschaft auf einen Zettel und schiebt ihn unter der Tür durch, und Olga antwortet sogar. Dieser Zettelbotschaften-Dialog ist schon ein sehr bezaubernder Drehbucheinfall. Doch viel mehr von der Sorte hat Oliver Ziegenbalg dann nicht mehr gehabt, der auch die Regie übernahm, als der eigentlich dafür vorgesehene Oliver Schmitz nicht weitermachen wollte oder durfte oder konnte, wie auch immer.

Zu schematisch, zu vorhersehbar ist dann, was dem Kennenlernen folgt: Wie also Wladimir seine Olga bekommt, verliert und wiederbekommt, die natürlich auch zwei beste Freundinnen hat, die dringend in Beziehung gesetzt gehören mit Mischa und Andrej. Die Kunst besteht bei einer romantischen Komödie ja gerade darin, das notwendigerweise Schematische, Vorhersehbare des Genres so gut dramaturgisch zu tarnen, dass der Zuschauer möglichst wenig davon merkt, wie ihm das allzu Erwartbare untergeschoben wird. Doch dafür bedürfte es ebenso überraschender wie einleuchtender Wendungen. Bisschen Dialogwitz würde auch helfen. Gibt es bloß alles kaum in „Russendisko“, dem Film. Oder nur dort, wo der wahrhaftige Kaminer selbst auftritt, als Stimme des russischen Radiodoktors, den man aus einer Geschichte im Buch kennt.

Matthias Schweighöfer spielt den Wladimir, er ostberlinert sich durch diese Rolle, so wie überhaupt die meisten Figuren in diesem Film klingen und aussehen, als seien sie nicht Russen. Sondern DDR-Flüchtlinge. Die es irgendwie nicht rübergeschafft haben in den Westen und nun die weitgehend verlassenenen Bezirke der im Sommer 1990 gerade untergehenden Hauptstadt der DDR besetzen, Prenzlauer Berg vor allem, den großen Abenteuerspielplatz der Wendezeit.

Antrainierte Akzente bei Schauspielern mögen der Authentizität im Wege stehen, doch das völlige Weglassen irgendeiner Fremdartigkeit beraubt diese jeglicher Grundlage: Nicht nur Kaminers Witz wird so der Ton abgedreht, seine ganze Erzählhaltung ist dahin. Die aber funktioniert ja nur, weil sie eben mit der Perspektive des Fremden auf diese seltsame Welt Berlin blickt und mit dem Wortschatz des halb verstandenen Deutschbuchs andauernd nicht nur sprachliche, sondern auch kulturelle Übersetzungsfehler produziert. Komisch werden die Sitten und Gebräuche nicht nur der Deutschen, sondern all der von weither in Berlin Gestrandeten ja gerade dadurch, dass der Ich-Erzähler im Buch sie immer ein bisschen missversteht und aus ihnen absurde Schlussfolgerungen zieht auf Berufsgruppen, gar ganze Völker. Nur mit den Augen eines Schelms lässt sich so naiv auf eine Stadt und letztlich ein Land blicken, das bald schon in eine Phase gewalttätiger Ausländerfeindlichkeit abrutschen wird.

Dieses dringend notwendige Schelmische des Buchs dadurch in den Film hinüberretten zu wollen, dass man einen Schauspieler in der Hauptrolle besetzt, der unter anderem ziemlich gut schelmisch grinsen kann, ist einfach grotesk. Und damit ist dieser Film auch schon halbwegs ruiniert, ohne dass man Schweighöfer irgendeinen Vorwurf machen könnte. Er ist halt leider total fehlbesetzt.

Der Rest, die Nebenhandlung der Jungs-Freundschaft vor allem, wirkt so, als habe Ziegenbalg eine spiegelverkehrte Version von „Absolute Giganten“ in seinen Kaminer hineinschreiben wollen: Statt drei Jungs eine letzte Nacht in Hamburg zu schenken, bevor einer von ihnen für immer geht, so wie das Sebastian Schipper in seinem bis heute unfassbar tollen Debüt von 1998 tat, schenkt Ziegenbalg seinen drei Jungs die ersten von unendlich vielen noch folgenden Nächten in Berlin. Dass da keine Dringlichkeit aufkommen kann, ist nicht weiter verwunderlich. Aber Schipper konnte eben auch den unvergesslich traurigen Blick des viel zu früh gestorbenen Frank Giering filmen. Ziegenbalg hat das Grinsen Schweighöfers. Das ist nicht schlecht. Aber allein noch nicht genug.

Durch das Fehlen jeder Fremdheit wird Kaminers Witz der Ton abgedreht

Absolute Migranten Das Grinsen von Matthias Schweighöfer ist noch keine Erzählhaltung: Woran die Verfilmung von Wladimir Kaminers Bestseller „Russendisko“ krank....

Graphic

dapd/Stephan Rabold

Ein Bier auf die Wende: Christian Friedel, Matthias Schweighöfer und Friedrich Mücke als Andrej, Wladimir und Mischa (v.l.)

Load-Date: March 29, 2012

End of Document

„Den Jungs soll ein Licht aufgehen“; Der israelische Palästinenser und Streetworker Ahmad Mansour über Islamismus, Salafisten und Bushido

Die Welt

Freitag 26. April 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 97

Length: 2583 words

Byline: Andrea Seibel

Body

Ahmad Mansour sagt von sich, er sei ein Optimist. Schon das macht ihn im Meer der Pessimisten zum interessanten Gesprächspartner. Sein Leben ist reich an Erfahrungen, unter anderem arbeitete er in einer von Deutschen finanzierten israelischen Klinik als Therapeut zur Behandlung von Bulimie bei Jugendlichen in ganz Nahost. In allem, was er tut, ist er der Antipode zu bestehenden Vorurteilen und eine vertrauensschaffende Person mit Herz und Verstand. Ein Wort, das Mansour gerne abschaffen würde, wäre „**Migrationshintergrund**“. Ein Idealist ist der Anti-Bushido nämlich auch.

Die Welt:

Herr Mansour, Sie sind ein palästinensischer Israeli oder ein israelischer Palästinenser. Sie sind jedenfalls aufgewachsen in einem arabischen Dorf nahe Tel Aviv. So etwas kennt der durchschnittliche Deutsche nicht.

Ahmad Mansour:

Ja, die meisten hier in Deutschland wissen nicht, dass in Israel mehr als eine Million Araber meistens friedlich mit jüdischen Israelis zusammenleben. Diese arabische Bevölkerung gehört seit 1948 zu Israel, sie ist ein Teil des Landes. Die meisten Araber leben im Norden Israels. In Städten wie Haifa und Jaffa leben Araber und Juden Tür an Tür. Ich bin jedoch in einem kleinen Dorf aufgewachsen, das zu 100 Prozent arabisch ist. Meine Großeltern waren Bauern, denen ich als Kind manchmal half. Mein Vater ist ein einfacher Arbeiter an einer Tankstelle. Meine Mutter ist Hausfrau.

Ihre Eltern waren nicht religiös, sagen Sie.

Als Kind habe ich sie überhaupt nicht religiös erlebt. Heute sind meine Eltern wie viele. Sie beten, sie waren in Mekka und fasten im Ramadan. Ich glaube, das ist ein Teil der Entwicklung bei vielen Muslimen, eigentlich aller Menschen. Mit dem Alter, besonders mit der Angst vor dem Älterwerden und dem Tod, werden sie religiöser.

„Den Jungs soll ein Licht aufgehen" Der israelische Palästinenser und Streetworker Ahmad Mansour über
Islamismus, Salafisten und Bushido

Und doch gelang es einem Imam, Sie anzusprechen. Glauben Sie, dass er bewusst schüchterne Jungs angesprochen hat oder Außenseiter?

Er hat viele Jugendliche angesprochen, um sie in seine Koranschule zu locken. Auch bei mir hat er einen Punkt getroffen: Ich wollte dazugehören, Anerkennung bekommen. Ich war sehr gut in der Schule. Man sagte, ich sei begabt. Und das spielte bei dem Imam eine große Rolle. Er wollte Jugendliche, die was im Kopf haben, die missionieren können. Die sind gefährlicher.

Sie haben von sich gesagt: „Ich wurde Islamist." Was hat der Imam genau mit Ihnen gemacht?

Alles hat sehr harmlos angefangen, zum Beispiel mit Grammatikübungen. Die Sprache des Koran ist Hocharabisch, das kannte ich im Alltag nicht und fand es faszinierend. Außerdem hatte es auch noch den positiven Nebeneffekt, dass ich im Arabischunterricht in der Schule besser wurde. Und so ging ich gerne hin, und seine Methode wirkte still und leise. Jede Woche erfuhr ich irgendwie einen Satz, der andere herabsetzte und mich als Koranschüler über sie erhob. Das steigt in den Kopf.

Was ist Islamismus für Sie?

Hass. Hass gegenüber Muslimen, die den Islam nicht wertschätzen, gegen Frauen, die kein Kopftuch tragen, gegen Europäer, Amerikaner, Andersdenkende. Das war wie in jeder Sekte, man wurde zugeschüttet mit diesen Phrasen und Ressentiments, bis man sie glaubte. Irgendwann wollte ich selber missionieren, wollte andere aus ihrem vermeintlich elenden Leben retten. Man konnte nicht mehr mit mir diskutieren. Ich war überzeugt, dass jeder sich fügen und mit uns gehen müsse.

Gespentisch wurde es, als der Imam Sie und andere Jungs nachts mit auf den Friedhof nahm. Und sie mussten sich in ein offenes Grab legen. Er wollte Ihnen Angst machen. Er sprach vom Tod und von der Hölle.

Ja, das war grauenvoll. Der strafende Gott spielt eine enorm große Rolle im Islam. Gewalt war in meinem Leben normal. Es war an der Tagesordnung, dass ich zu Hause geschlagen wurde, leider. So passt dieses Bild von Gott ja auch zum Bild vom strengen Familienvater. Und deshalb war ich gefügig. Einen Gott, der barmherzig ist, kannte ich damals nicht.

Wenn man in der Nähe des mediterranen und lebenslustigen Tel Aviv wohnt, dann kann man sich diesem Sog doch nicht entziehen, oder?

Anfangs kannte ich die Welt außerhalb meines Dorfes kaum. Ich bin nicht jeden Tag losgezogen, um Fußball zu spielen oder Eis zu essen, sondern ich hab diese andere Welt indirekt entdeckt. Als 1991 Saddams Raketen auf Israel fielen, habe ich mich zum ersten Mal für israelisches Fernsehen interessiert. Vorher sahen wir nur jordanische oder syrische Programme. Und dann schaute ich auf einmal auch europäische und amerikanische Teenagerserien. Für mich eine ganz neue Welt, die Sehnsucht in mir auslöste. Ich wollte nicht nur im Fernsehen zuschauen, sondern das auch erleben. Ich war sehr glücklich, als ich dann 18 war und meinen Führerschein hatte. Da nahm ich das Auto meines Vaters und fuhr in die nächstgelegene Stadt ins Kino. Das war ein großer Tabubruch. Denn Kino war Werkzeug des Teufels, auch für nicht so religiöse Menschen wie meinen Vater. Kino bedeutete Moderne, und Moderne verhiess Drogen und Entfremdung.

Welchen Stellenwert hatte dann Bildung für Ihre Familie?

Meine Mutter hat immer gesagt, lies mal ein Buch und mach keinen Unsinn. Und deshalb wollte ich kein Buch lesen. Bücher hab ich erst mit 18 entdeckt. Mein erstes Buch war über Nietzsche. Danach wollte ich nur noch lesen. Für meinen Vater war Bildung sehr wichtig, und er wollte unbedingt, dass alle seine Kinder studieren.

Sie haben dann Psychologie in Tel Aviv studiert. Kann man sagen, dass Freud Ihnen half, den Islamismus zu überwinden?

„Den Jungs soll ein Licht aufgehen" Der israelische Palästinenser und Streetworker Ahmad Mansour über
Islamismus, Salafisten und Bushido

Ja, und auch das offene und direkte Sprechen in den Seminaren über Politik, Sexualität, Geschichte. Und dass man von mir erwartete, kritisch zu denken und Dinge zu hinterfragen, das hat mir gutgetan. Und natürlich die Stadt Tel Aviv selber, weil ich da Leute kennengelernt habe, die nicht in all diese Klischees meines Imams passten. Das waren nicht „die Juden“, „die Feinde“, die „uns umbringen“ wollten, sondern Freunde, die mir bei Seminararbeiten geholfen haben, die mit mir Kaffee tranken, die mit mir ausgegangen sind, die mich sogar zu Hause besucht haben. Der Hass spielte auf einmal keine Rolle. Dafür die Frauen dann aber eine umso größere. Ich war neugierig, wollte gucken, wollte Liebe empfinden. Und durch die Liebe wurde ich frei.

Und der Imam?

„Komm doch zurück, mein Junge“, sagte er oft. Er hat auch immer wieder versucht, mir Angst zu machen. Er erzählte mir von Leuten, die aufgehört hatten zu beten und dann bei einem Unfall ums Leben kamen. Und wie sie in der Hölle schmorten. Das ging fast ein Jahr so, dann hat er aufgegeben.

Sie gingen nach Deutschland. Warum?

Das war erst, nachdem ich fertig mit meinem Studium in Tel Aviv war und als psychologischer Betreuer schon drei Jahre in der Abteilung für magersüchtige Kinder in einer deutschen Klinik nahe Tel Aviv gearbeitet habe, wo Kinder aus dem gesamten Nahen Osten behandelt wurden. Danach arbeitete ich als einziger Araber in der Marketingabteilung eines Pay-TV-Senders. Alles war schön, die Zeit roch um das Jahr 2000 wieder nach Frieden. Bis die zweite Intifada alles zunichtemachte. Die Anschläge, die traumatisierenden Bilder und die vielen Checkpoints auf meinem abendlichen Heimweg konnte ich nicht lange aushalten: Auf einmal pendelte ich zwischen zwei Welten, die sich immer weiter voneinander entfernten. Als ich bei einem Anschlag beinahe umgekommen wäre, sagte ich mir: Ich will das nicht mehr. Ich muss woanders hingehen. Alle meine Freunde waren zudem inzwischen verheiratet, und meine Familie übte einen wahnsinnigen Druck auf mich aus. Beim Goethe-Institut hat man mich beraten. Und das hat mir gefallen. Zwei Wochen später war ich in Berlin.

Und jetzt arbeiten Sie hier in Berlin als Streetworker mit männlichen muslimischen Jugendlichen und betreuen sie.

Wir arbeiten bei dem Projekt „Heroes“ mit Jugendlichen, deren familiärer Hintergrund die Türkei, den Libanon, das Kosovo oder andere muslimische Länder umspannt. Aber sie wollen nicht in eine Schublade gesteckt werden mit Ehrenmördern oder denen, die Zwangsehen in Ordnung finden. Sie wollen zeigen, dass es auch anders geht. Sie wollen auffallen, aber nicht negativ, weil sie Kriminelle und Gettokids sind, sondern positiv, weil sie sich für diese Gesellschaft einsetzen. Sie studieren. Hier sehen sie ihre Zukunft. Das sind offene Charaktere, die für dieses Land unverzichtbar sind.

Sie nennen sie pathetisch „Heroes“, Helden. Denkt man an den neuen Fall des Rappers Bushido, der in Neukölln mit einem kriminellen libanesischen Clan verbandelt sein soll, der würde sich totlachen und diese Jungs Weicheier nennen.

Schade, dass er so erfolgreich ist mit seinen gewaltverherrlichenden und frauenverachtenden Songs. Da verträgt sich der latente Machismus der Mehrheitsgesellschaft sehr wohl mit dem traditionellen Denken vieler Muslime. Die meisten westeuropäischen Männer hätten sich vor 30 Jahren auch noch totgelacht, wenn sie einen Mann gesehen hätten, der einen Kinderwagen schiebt, oder einen schwulen Regierenden Bürgermeister. Die Zeiten ändern sich, und auch in den migrantischen Milieus gärt es. Auf der einen Seite existieren zwar noch immer traditionelle Männerbilder. Auf der anderen Seite gibt es aber auch Gruppen wie uns mit den „Heroes“. Für mich sind sie genau die Vorbilder, die man an Schulen und Jugendzentren braucht. Das sind Typen wie die von nebenan, nur dass sie mehr wissen, beweglicher denken und gelernt haben, mit Argumenten statt Fäusten zu überzeugen.

Sie trainieren psychologisch?

Wir klären über Ängste und Tabus auf und vermitteln Kenntnisse über psychische Dynamiken, etwa wenn wir fragen: Was ist eigentlich Ehre? Dabei arbeiten wir auch theaterpädagogisch, mit Sketchen und Improvisationen. In der traditionellen, patriarchalen Erziehung ist kritisches Denken nicht vorgesehen. Da zählen Gehorsam und

„Den Jungs soll ein Licht aufgehen“ Der israelische Palästinenser und Streetworker Ahmad Mansour über
Islamismus, Salafisten und Bushido

Gruppensinn. Und dann eröffnet es einem Teenager Neuland, wenn er von einem anderen die Frage hört, ob es überhaupt in Ordnung ist, dass man seine Schwester einsperrt, dass man nur eine Frau heiratet, die noch Jungfrau ist, oder weil die Familie die Frau ausgesucht hat. Zwangsverheiratet werden ja auch die jungen Männer! Den Jungs soll eben ein Licht aufgehen.

Was ist am muslimischen Ehrbegriff so anders als beispielsweise dem von Christian Wulff, der um seiner Ehre willen gesagt hat, dass er vor Gericht geht und einen Freispruch erzielen will?

Das würde ich nicht als Ehre, sondern als Stolz bezeichnen. Klassische, patriarchalische Ehre geht davon aus, dass Männer die Macht über Frauen haben, bis hin zum Tod. Und dass die Körper der Frauen, die Unversehrtheit eines Hymens und dergleichen den Kern männlicher Ehre ausmachen. Dagegen kämpfen wir. Gegen einen Ehrbegriff, der nicht vom Individuum ausgeht, sondern den anderen, der Umgebung, dem Clan, den Dorfaugen die Macht gibt zu entscheiden, ob ich ehrenhaft bin oder nicht. Menschen sollten von Stolz, Würde und Leistung getragen sein.

In unserer Gesellschaft glauben viele an Multikulti oder wollen zumindest keinen Ärger mit Migranten und ducken sich bei Problemen weg. Doch es gibt auch Skeptiker, die in der Andersartigkeit und Abschottung vieler Muslime eine große Gefahr für unsere Demokratien in Europa sehen. Was ist Ihr Gefühl?

Ja, es gibt beide Pole der Debatte, das Wegducken und das Dämonisieren, beide sind gefährlich. Auf der einen Seite haben wir die Panikmacher und auf der anderen Seite Leute, die meinen, Muslime „schützen“ zu müssen, und deshalb jegliche Kritik verbieten. So werden Muslime aber nur entmündigt. In dieser Debatte geht es aber nicht um Islam versus Christentum. Es geht um einen grundsätzlichen Wertekonflikt. Was uns als Gesellschaft verbinden sollte, sind die Gesetze der Demokratie und der Menschenrechte. Wer sich dem verweigert und Werte propagiert, die verfassungsfeindlich sind, gegen den muss vorgegangen werden. Aber ich finde, in Deutschland ist viel bei der Integration geschehen. In anderen Ländern Europas, denke ich an Frankreich oder Großbritannien, liegen die Konflikte doch viel tiefer. Wir sollten also die positiven Beispiele des Zusammenlebens in Deutschland viel stärker betonen, ohne Probleme zu verharmlosen. Leider spielen die muslimischen Verbände mitunter ein zweifelhaftes Spiel, denn sie neigen dazu, Migranten in der Opferrolle festzuschreiben.

Sind Sie sicher, dass es nicht doch um Islam versus Christentum geht? Der renommierteste Islamwissenschaftler der Welt, Bernard Lewis, hat gerade in einem Text behauptet, der islamische Kampf gegen das Christentum habe eine neue Stufe erreicht in Amerika und Europa: Mit Terrorismus und Einwanderung werde der Westen destabilisiert.

Einwanderung ist nichts, wovor man Angst haben sollte. Die meisten Menschen wandern hier ein mit dem Wunsch nach einem besseren Leben und nicht mit einer Agenda, diese Gesellschaft zu zerstören. Die Konflikte entstehen hauptsächlich in der zweiten und dritten Generation. Dabei geht es im Kern um die Suche nach Identität, eine unterschiedliche Wertevermittlung in der Erziehung und damit eine gescheiterte Integration. Der Islam wird von den eigenen Anhängern in dem Zusammenhang nur missbraucht, um Abgrenzung zur Mehrheitsgesellschaft zu schaffen.

Wie gefährlich sind in diesem Zusammenhang die Salafisten?

Sie werden gern verharmlost, weil die Salafisten hierzulande bisher auch nur punktuell gewalttätig geworden sind. Aber was bedeutet Gewalt? Da reicht ein einzelner entsandter Fanatiker, der eine Bombe zündet, um viele Leben auszulöschen und das Sicherheitsgefühl eines ganzen Landes zu destabilisieren wie gerade in Boston geschehen. Verbale und symbolische Gewalt übt in meinen Augen schon jemand aus, der sagt, weil du Christ bist, bist du weniger wert als ich, denn ich bin Muslim. Sekten wie die Salafisten faszinieren schwache Menschen, weil sie alles regeln, sogar die Frage, mit welchem Fuß man zuerst die Toilette betritt.

Wie erklären Sie sich, dass es keinen islamisch geprägten Staat auf der Welt gibt, der die Rechte der Minderheiten wirklich respektiert?

„Den Jungs soll ein Licht aufgehen“ Der israelische Palästinenser und Streetworker Ahmad Mansour über
Islamismus, Salafisten und Bushido

Weil überall dort ein Islam gelebt wird, der den Menschen fast alles im Leben vorschreibt, sie ins Korsett der religiösen Rituale und Dogmen zwingt. So wird Islam mit Demokratie unvereinbar.

Vielleicht ist er das ja auch. Diese Religion funktioniert völlig anders als das Christentum.

Es gibt unglaublich viele Geschichten im Koran, die Menschen zum Nachdenken bewegen können. Sogar Beispiele dafür, mit Gott zu streiten, eine andere Meinung zu haben. Und solange das unterdrückt wird, solange in unserer Vorstellung ein strafender, rächender, patriarchaler Gott dominiert, werden viele muslimisch geprägte Gesellschaften nicht in der Lage sein, einen menschlichen Islam zu leben, der sich mit Demokratie verträgt.

Welches Gefühl haben Sie heute gegenüber Israel?

Darüber, dass ich in Israel studieren durfte und dort so viele Chancen bekam, bin ich froh. Ich bin stolz, Menschen begegnet zu sein, die mir unglaublich geholfen und die Augen geöffnet haben. Ich bin stolz, dass ich in einem demokratischen Land aufgewachsen bin, obwohl es wahrscheinlich viele wütend macht, dass ich Israel als Demokratie bezeichne. Aber es ist so. Und für mich als Araber und Muslim ist es unglaublich wichtig, dass das Existenzrecht Israels unantastbar bleibt. Denn die Geschichte fängt nicht erst 1948 an. Überhaupt: 1993 bis 1996, bevor Rabin von einem radikalen Juden umgebracht wurde, waren für mich die schönsten Jahre in Israel. Da hatte man das Gefühl, dass alles blüht. Auf einmal war kein Hass mehr da. Und die Checkpoints spielten überhaupt keine Rolle. Doch dann hat die Hamas alles kaputt gemacht. Es ist Zeit für eine Wende.

Graphic

Ahmad Mansour will, dass Jugendliche nachdenken, statt zuzuschlagen

kein credit

Load-Date: April 26, 2013

Auf ewig sollst du Ali heißen; Richter verbieten Einwanderern, deutsche Namen anzunehmen. Das Urteil ist ein Schlag gegen die Integration

Die Welt

Freitag 11. Mai 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; S. 23; Ausg. 110

Length: 1217 words

Byline: Matthias Heine

Body

Moses Dobruska aus Mähren mochte nicht länger in einer Parallelgesellschaft leben. Er wollte in der österreichisch-kaiserlichen Mehrheitsgesellschaft Erfolg haben, und dafür legte er sich einen neuen Namen zu: 1773 trat er vom Judentum zum katholischen Glauben über und nahm den Namen Franz Thomas Schönfeld an. Unter diesem wurde er als Heereslieferant so erfolgreich, dass er 1778 sogar in Wien geadelt wurde. Fortan hieß er Franz Thomas Edler von Schönfeld. Das hielt ihn aber nicht davon ab, noch einmal die Gesinnung und das Land zu wechseln - und damit auch den Namen: Er wurde Jakobiner, ging nach Frankreich und gab sich den programmatischen Namen Junius Frey. In gewisser Hinsicht hatte er auch damit Erfolg: Robespierre ließ ihn 1794 köpfen - ein ausgesprochenes Mehrheitsschicksal.

Solche Namenswechsel, die im Österreich des 18. Jahrhunderts offenbar ganz einfach waren, sind hier und heute weiterhin nicht erlaubt. Ein neues Gerichtsurteil spricht da eine klare Sprache: Deutsche Namen gibt es nur für Deutsche. Ausländer und ihre Nachfahren sollen bitteschön an ihren Namen erkennbar bleiben. Das ist die Botschaft einer Entscheidung des Göttinger Verwaltungsgerichts, das einer als **Asylbewerber** anerkannten Familie aus Aserbaidschan verboten hat, sich umzubenennen. Die Eltern und ihre drei Kinder wollten deutsche Vor- und Nachnamen annehmen, um möglichen Diskriminierungen zu entgehen und die Zuordnung zu einer bestimmten Volksgruppe oder Religion zu vermeiden.

Das Gericht räumte ein, zwar seien Herabsetzungen wegen des ausländischen Namens nicht auszuschließen. Es sei aber nicht Aufgabe des Namensrechts, einer gesellschaftlichen Fehlentwicklung entgegenzusteuern. Die Begründung klingt nicht nur hohl, weil eine der Hauptursachen für erlaubte Namensänderungen gesellschaftliche Fehlentwicklungen sind: Man kann seinen Namen ändern, wenn er Schreibern auf Ämtern oder im Beruf allzu große Schwierigkeiten bereitet, weil es offenbar Beamten und Personalchefs heute nicht mehr zuzumuten ist, sich Namen buchstabieren zu lassen. Und man kann beispielsweise als Träger der Familiennamen Hitler und Goebbels diese relativ leicht ablegen, weil sie auf ewig mit einigen gesellschaftlichen Fehlentwicklungen verbunden werden, die es im Deutschland der Dreißigerjahre gegeben hat.

Auf ewig sollst du Ali heißen Richter verbieten Einwanderern, deutsche Namen anzunehmen. Das Urteil ist ein Schlag gegen die Integration

Wahrhaft empörend ist die jetzt bekannt gewordene Urteilsbegründung (Az. 4 A 18/11) des Göttinger Verwaltungsgerichts, weil der Fall fatal an die Namenspolitik im 19. Jahrhundert erinnert. Wie Dietz Bering in seiner Monografie „Der Name als Stigma“ beschreibt, wollten damals oft Juden oder ehemalige Juden, die zum christlichen Glauben konvertiert waren, ihre allzu jüdisch klingenden Namen ablegen, weil sie diskriminiert wurden. Ämter und Gerichte verweigerten ihnen dies mit der kaum verhüllten Begründung, es grenze wohl an Hochstapelei, wenn ein Jude versuche, sich einen reindeutschen Namen zu erschleichen. Denjenigen, denen es trotzdem irgendwie gelungen war, zwangen bekanntlich die Nazis mit ihren Rassengesetzen die Vornamen Israel oder Sarah auf, die sie endlich wieder klar erkennbar als Juden brandmarken sollten.

Ganz anders war von Anfang an die Namenspolitik in Frankreich: Nachdem dort die Juden 1791 volle Bürgerrechte erlangt hatten, verlangte Napoleon, sie müssten sich ganz normale französische Allerweltsnamen zulegen. Die Juden, so der Kaiser, sollten eben gerade keine Nation innerhalb der Nation bilden.

Die ausgrenzende Namenspolitik des deutschen Kaiserreichs scheint sich in dem Göttinger Urteil zu wiederholen. Und es offenbart eine selbst nach den Maßstäben deutscher Gerichte erstaunliche Realitätsblindheit. Denn durch nichts könnte ein außerhalb des Staatsgebiets der Bundesrepublik geborener Neu-Deutscher seinen Integrationswillen deutlicher bekennen als durch die Bereitschaft zum Namenswechsel. Weil es an jenem Willen so oft fehlt, kann von einem Massenansturm eingewanderter Bürger auf deutsche Vor- und Nachnamen keine Rede sein.

Im Gegenteil: Das Scheitern der deutschen Integrationspolitik offenbart sich doch gerade darin, dass türkischstämmige Familien ihren Kindern hierzulande in der dritten Generation meist immer noch Namen aus der alten Heimat geben. Oder dass sie dem Nachwuchs gerne einen traditionellen religiösen Imperativ mit in die Wiege legen: Der beliebte Vorname Jihad entspricht in diesem Punkt den hierzulande aus der Mode gekommenen pietistischen Prägungen wie Fürchtegott oder Leberecht. Man kann sich über Namensmoden lustig machen, aber erst wenn muslimische Migranten ihre Kinder genauso oft Lea-Sophie oder Kevin nennen wie der bio-deutsche Mainstream, sind sie wirklich in diesem Land angekommen. Dass kleine Kevins aufgrund sozialer Vorurteile genauso oft diskriminiert werden wie kleine Mohammeds aufgrund ethnischer Befangenheiten, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Die Aussiedler aus Russland sind da übrigens schon etwas weiter. Die Häufigkeit der Namen Eugen und Johann bei ihnen hat damit sie tun, dass viele ihre mitgebrachten Vornamen Jewgenij oder Iwan beim Eintritt in die hiesige Leitkultur eindeutschen. Offenbar wird ihnen das von deutschen Ämtern und Gerichten nicht verwehrt.

Länder, in denen die Integration von Neuankömmlingen besser funktioniert als in Deutschland, ermuntern Einwanderer übrigens geradezu, ihre Namen zu ändern. Wer sich in Amerika einbürgern lässt, wird auf dem Formular gleich zu Beginn gefragt, ob er vielleicht künftig anders heißen möchte. Dort werden seit Jahrhunderten aus Eisenhauers Eisenhovers und aus Müllers Millers.

Wer will, kann aber auch viel einfacher als in Deutschland einen komplett neuen Namen bekommen. Das Namensrecht ist in Amerika in jeder Hinsicht Spiegelbild einer offeneren Gesellschaft. Nicht nur darf jeder seinem Kind die bescheuertsten Vornamen geben - der Staat hält sich mit Regulierungen zurück. Sondern die Behörden sehen es auch nicht als ihre Aufgabe an, erwachsene Bürger daran zu hindern, dass sie sich mit Umtaufen zum Affen machen. Vor einiger Zeit wurde an dieser Stelle über einen Mann berichtet, der seinen Namen Jeffrey Drew Wilschke problemlos in Beezow Doo Doo Zopittybop-Bop-Bop ändern durfte.

Auf der anderen Seite des weltanschaulichen Spektrums ist der Namenswechsel übrigens sogar erwünscht: Wer zum Islam übergetreten ist, heißt danach oft anders. So wurde aus dem in Chemnitz geborenen Paul-Gerhard Hübsch der Dichter Hadayatullah Hübsch. Und mancher Fritz Müller, der sich Radikalen anschloss, grüßt später per Video aus Afghanistan als Abu.

Während also so unterschiedliche Lager wie amerikanische Libertarier und strikte Salafisten Namenswechsel ausdrücklich gutheißen, betrachtet das deutsche Recht den Namen als ein Schicksal, dem man so wenig entkommen kann wie den Banden des Blutes. Als in Wilhelm Raabes Roman „Der Hungerpastor“ 1863 der Jude

Auf ewig sollst du Ali heißen Richter verbieten Einwanderern, deutsche Namen anzunehmen. Das Urteil ist ein Schlag gegen die Integration

Moses Freudenstein Christ wurde und sich fortan Theophile Stein nannte, war er damit endgültig als Schwindler gebrandmarkt. Vor solchen Schwindlern glauben deutsche Gerichte 149 Jahre später das Volk immer noch schützen zu müssen.

Ihre Idee davon, wer ein richtiger Deutscher sein darf, beruht offenbar vor allem auf Genetik. Zum Fritz Müller muss man geboren sein. Deshalb ist es leichter, einen deutschen Pass zu erhalten oder in der deutschen Nationalelf zu spielen als einen deutschen Namen zu bekommen.

Graphic

Caro/Teich

Der Name als Schublade: Wo Müller draufsteht, soll auch künftig kein Aserbaidshaner drin sein

Load-Date: May 11, 2012

Leserbriefe

Die Welt

Dienstag 12. Februar 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leserbriefe; S. 6; Ausg. 36

Length: 551 words

Body

Ende der Tugend

Zu: „Claudias High Five“ vom 11. Februar

Henryk M. Broder, herzlichen Dank für den wieder einmal sehr treffenden, aber auch betroffen machenden Essay. Er beschreibt den deutschen Alarmismus, die moralische Überheblichkeit, die sich in gendergerechter Sprache erschöpft. Die Neigung zur Unerbittlichkeit im Prinzipiellen ohne Kompromisse im Einzelfall, die vorausseilende Willfährigkeit, die passgenau in die Political Correctness mündet. Über die Sexismus-Debatte werden die Vergewaltigungen und Verstümmelungen vergessen, über die rechtsstaatliche Verjährung wurden die allermeisten Nazimörder, wenn überhaupt, zu nicht verantwortlichen Totschlägern erklärt. Und nun der Öko-Terror, der grünen Politikern die Entscheidung zwischen Gut und Böse auferlegt. Die spießige Tugendwächerei endet in ihrer Verlogenheit aber sofort an fremder staatlicher Macht, deren Souveränität man wahltaktisch, migrationsbedeutend, über die Moralneurosen stellt.

Prof. Dr. Dr. Felix-Rüdiger Giebler, Friedrichstadt

Empörungsrituale

Zu: „Die erregte Republik“ vom 9. Februar

Ach, Jacques Schuster hat ja so recht! Aber kein kleines Verdienst des Peter Sloterdijk ist die Prägung der Metapher vom „Erregungsjournalismus“ in unserer widerspruchsvollen Zeit. Und so geht Herrn Schusters zutreffende Kritik an sein eigenes Ressort zurück: Man stelle sich vor, wir würden zumindest von Dingen wie der „Causa“ Brüderle oder der „Negerlein“-Debatte mit ihren lächerlichen Ansinnen allenfalls am Rande, als Witz des Tages oder über „Zippert zappt“ erfahren, und es bliebe genügend Erregungspotenzial für wirklich Skandalöses wie Bildungs- und Sprachverfall im öffentlichen Raum, Verlust des Freiheitsbedürfnisses und andere Folgen des hohen Verwöhnungskoeffizienten in dieser Gesellschaft. Man würde manche Morgenzeitung mit mehr ernsthaftem Interesse zur Hand nehmen.

Bernhard Maxara, Coburg

Respektabler Abgang

Zum Rücktritt von Annette Schavan

Es ist respektabel, dass die Bundesbildungsministerin den nächsten Ausgang und nicht den Ausstieg eines Christian Wulff gewählt hat. Obwohl ein Kabinettsmitglied anders als der Bundespräsident über ein Ausscheiden nicht autonom entscheidet. Was ein wenig störte: die zur Schau getragene Kumpelei in der Vereinnahmung der Kanzlerin als „liebe Angela“. Es ist nur eine Formalie. Was aber in einer Partei noch als Freund- beziehungsweise Seilschaft gerade hingenommen wird, wirkt in der Position von Staatsämtern übergriffig. Für ein Kabinettsmitglied sollte Frau Merkel immer noch „Frau Bundeskanzlerin“ sein. An diesem Kodex hat in der Öffentlichkeit selbst das Genossen-Du unter Willy Brandt und Helmut Schmidt haltmachen müssen.

Peter Schmidt, Wedel

Die Leistungen als Ministerin und der „würdevolle“ Rücktritt von Frau Schavan werden allseits gelobt. Damit ist der Vorgang aber offenbar noch nicht abgeschlossen. Um den wissenschaftlich relevanten Eigenanteil von Frau Schavan in ihrer Dissertation beurteilen zu können, drängt sich die Frage auf, ob - bei korrekter Ausweisung der fremden Texte - die Universität Düsseldorf vor mehr als 30 Jahren die Verleihung des Doktorgrades verweigert hätte? Wäre sie möglicherweise nur mit einer etwas schlechteren Note beurteilt worden? Müsste nicht das Gericht - juristisch korrekt - diesen Aspekt berücksichtigen?

Peter Kählert, Hamburg

Load-Date: February 12, 2013

Bayern entschärft seine Asyl-Verordnung

Die Welt

Dienstag 23. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 169

Length: 206 words

Body

In der letzten Sitzung des Bayerischen Landtags vor den Wahlen im September haben CSU und FDP in der vergangenen Woche einen symbolischen Kurswechsel in der Asylpolitik vollzogen. Die beiden Regierungsfractionen „begrüßen“ in einem Dringlichkeitsantrag die Streichung eines Halbsatzes aus der Asyldurchführungsverordnung: dass die Unterbringung der Asylbewerber „die Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland fördern“ soll. Diese Formulierung diene nach Einschätzung der Kritiker der Abschreckung und trug zu Missständen in den Unterkünften bei. Daher gab die SPD in der Landtagsdebatte der CSU eine Mitschuld an dem Hungerstreik-Camp von Asylbewerbern Anfang Juli in München. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) forderte am Samstag außerdem eine schnellere Bearbeitung von Asylanträgen. „Die lange Wartezeit verschlechtert die Situation für alle“, kritisierte er. „Wer bleiben darf und wer nicht, sollte deshalb spätestens nach sechs Monaten feststehen. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit eines Asylantrags beträgt aber derzeit mehr als acht Monate.“ Der Bund müsse jetzt dringend handeln, damit auch die rund 68 Prozent der Asylbewerber, die nicht anerkannt würden, rasch in ihre Heimatländer rückgeführt werden könnten.

Load-Date: July 23, 2013

Die doppelte Beate; Nach außen gab sie die liebevolle Katzenmutter. Jetzt wird Beate Zschäpe als NSU-Terroristin angeklagt

Die Welt

Samstag 3. November 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 258

Length: 1809 words

Byline: Manuel Bewarder

Per Hinrichs

Highlight: Vor einem Jahr flog der rechtsradikale NSU auf. Eine Frau ist die einzige Überlebende

Body

Es ist wenige Minuten nach 15 Uhr, als am 4. November 2011 mit einem großen Knall eine der schlimmsten Terrorserien in der Geschichte der Bundesrepublik zu Ende geht. Beate Zschäpe hat kurz zuvor ihre Katzen Heidi und Lilly in zwei Körbchen aus der Wohnung in der Zwickauer Frühlingsstraße getragen, und als sie die Explosion hört, dreht sie sich noch einmal um. Sie blickt durch die weggesprengte Wand auf die Reste jener Wohnung, in der sie gerade noch Benzin ausschüttete und anzündete. Alles soll zu Asche werden. Doch im Brandschutt finden Ermittler schon bald Hunderte Spuren, die die Geschichte der Mordtaten des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) erzählen.

Ein ganzes Waffenarsenal wird entdeckt, darunter die Pistole des tschechischen Herstellers Česka, mit der neun **Migranten** getötet wurden. DVDs mit Kopien des sogenannten Paulchen-Panther-Filmes, der die mit äußerster Kaltblütigkeit erschossenen Opfer auch noch verhöhnt. Ausweise, Papiere, alle mit geklauten Identitäten - das ganze Arsenal eines falschen Lebens. Mehr als 13 Jahre lang hatte das Versteckspiel im Untergrund geklappt.

Zehn Morde an Migranten und einer Polizistin gehen auf das Konto der Zelle. Zwei Mal ließen sie Bomben explodieren. Dazu raubten sie Banken aus, die das nötige Geld fürs Leben im Untergrund einbrachten. Nie kam ihnen jemand auf die Spur. Bis zu jenem Novembertag, als Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt nach einem Überfall in Eisenach geschnappt wurden. Bevor die Polizei zugreifen konnte, erschoss Mundlos gegen 12 Uhr seinen Freund Böhnhardt. Dann richtete er die Waffe gegen sich selbst.

Nun steht die Anklage gegen die einzige Überlebende und ihre Helfershelfer bevor. Seit einem Jahr arbeiten sieben Staatsanwälte beim Generalbundesanwalt an der Schrift, ihnen arbeiten Hunderte Ermittler aus verschiedenen Polizeibehörden zu. Die Liste der Vorwürfe, die Beate Zschäpe zur Last gelegt werden, ist lang. Wegen

Die doppelte Beate Nach außen gab sie die liebevolle Katzenmutter. Jetzt wird Beate Zschäpe als NSU-Terroristin angeklagt

Brandstiftung in einem besonders schweren Fall wollen die Anwälte sie anklagen, die Bildung einer terroristischen Vereinigung und diverse Raub- und Banküberfälle sowie die Beteiligung an dem Nagelbombenattentat von Köln 2004 dürften hinzukommen. Allerdings haben die Ankläger keine Belege gefunden, dass die mutmaßliche Terroristin auch an den Morden beteiligt war, die Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos begangen haben sollen.

Die Fahnder haben Dutzende Ordner und Bände mit Vernehmungsprotokollen, Beschlüssen, Bilderserien, Auswertungen von Festplatten und Handyverbindungen, Vermerken gefüllt. Tausende Blatt Papier sammelten sich an, die festhalten, wie das Leben von Beate Zschäpe organisiert war. Tausende Fakten und Informationsschnipsel trugen die Ermittler zusammen, sie sortierten Kundenkarten, die sie im Schutthafen in Zwickau gefunden haben, die Impfpässe für Beates Katzen und alte Arztrechnungen. Sie fanden eine Menge. Was sie nicht fanden: Antworten auf die Frage, warum Beate Zschäpe das mörderische Leben ihrer Freunde mitlebte.

Mittlerweile beschäftigen sich drei Anwälte mit Deutschlands prominentester Gefangenen: Wolfgang Heer aus Köln, Wolfgang Stahl aus Koblenz und seit dem Sommer auch Anja Sturm aus Berlin. Die drei jungen Juristen arbeiten noch nicht lange in ihrem Beruf, genießen aber bereits einen hervorragenden Ruf. Ihnen gegenüber öffnet sich Beate Zschäpe, und wie zu hören ist, scheint sie sich mit der Anwältin Sturm besonders gut zu verstehen.

Sehr engagiert kämpfen die drei Anwälte für ihre Mandantin, rügen in Schriftsätzen Vorverurteilungen der Staatsanwälte, weisen auf falsche Berichterstattung hin und achten peinlich genau auf die Einhaltung der Formalien.

Bereits jetzt zeichnet sich ab, wie die Verteidigungslinie aussehen dürfte. Hier soll keine eiskalte Killerbraut am Werk gewesen sein, sondern eine verführte und in einer kruden Gedankenwelt gefangene Frau. Sie war erst 23 Jahre alt, als sie am 26. Januar 1998 ins Fluchtauto stieg und von heute auf morgen ihr Leben auf den Kopf stellte. Niemand weiß, was sich die damals schon radikalisierte Zschäpe dabei dachte.

Ob sie sich selbst begreift? Ob sie auch ihre Entscheidung bereut, ins Auto gestiegen zu sein? Zschäpe hat jetzt alle Zeit, ihre Rolle in Ruhe zu reflektieren. Seit dem 13. November 2011 lebt sie in einer zehn Quadratmeter großen Einzelzelle im Frauentrakt der Untersuchungshaftanstalt in Köln an der Rochusstraße. Rechts an der Wand steht das Bett, hinter der Tür ein Klo und ein Waschbecken. Am Kopfende des Raumes fällt Tageslicht durch ein etwa 90 mal 60 Zentimeter großes Fenster. Durch dieses kann sie sich mit ihren Nachbargefangenen unterhalten. Die Tage verlaufen eintönig. Zschäpe sitzt 23 Stunden in der Zelle und darf sich eine Stunde lang alleine im Innenhof bewegen. Ein Aufseher registriert, dass sie „mit einer gewissen Bauernschläue“ ausgestattet ist. Nach Bezug ihrer Zelle bemängelte Beate Zschäpe, dass diese zu kalt sei. Sie wurde daraufhin in eine wärmere verlegt.

Andere Häftlinge bekommt sie kaum zu Gesicht. Es würden keine anderen Gefangenen auf dem Flur zu sehen sein, wenn sie dort sei, heißt es. Dies geschieht zu ihrem Schutz: Es seien „etliche Insassen mit Migrationshintergrund“ im Gefängnis; die Leitung befürchtet Übergriffe auf die Rechtsextremistin. Sie ist einverstanden mit der Quasiisolation. Sie selbst sagt den Beamten nichts.

Um das Rätsel Zschäpe zu lösen, gingen die Ermittler systematisch vor. Zunächst wurde sie vermessen: 166 Zentimeter groß, 63 Kilogramm schwer, Schuhgröße 41. Dann rekonstruierte man ihren Lebenslauf: ihre Herkunft, der fehlende biologische Vater Valer Boankic aus Rumänien, der 2000 verstarb und sich nie um seine Tochter kümmerte, der Nennvater, zu dem sie kein Verhältnis aufbauen konnte. Der Nachname Zschäpe ist der dritte Familienname, den das Kind aus Jena bekam.

Beate absolvierte 1992 eine Lehre als Malergehilfin, anschließend ließ sie sich zur Gärtnerin ausbilden. In dem Beruf arbeitete sie nie, sie erhielt Hilfeleistungen vom Arbeitsamt, jobbte wieder als Malergehilfin, kassierte wieder Stütze.

Im Jugendklub traf sie nach dem Mauerfall auf Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt. Mit Mundlos kam Beate zusammen, verlobte sich sogar mit ihm. Später wendete sie sich Böhnhardt zu. Die drei glitten ins rechte Milieu ab, schockierten ihre Eltern zu Hause mit rassistischen und fremdenfeindlichen Sprüchen. Früh erwiesen sich die Jugendlichen als Menschen der Tat, ganz im Sinne ihrer menschenverachtenden Ideologie. Als Beate sich einmal

Die doppelte Beate Nach außen gab sie die liebevolle Katzenmutter. Jetzt wird Beate Zschäpe als NSU-Terroristin angeklagt

in einem Zug vom Blick einer Frau provoziert fühlte, habe sie der „direkt eine reingehauen“, erinnert sich eine Augenzeugin.

In den 90er-Jahren blühte die rechte Subkultur auf, wurde nicht bekämpft, von Behörden beobachtet, nicht auseinander genommen. Figuren wie Tino Brandt gründeten den Thüringer Heimatschutz, eine Kameradschaft, die zu Demonstrationen aufrief und den Todestag von Rudolf Heß feierte. Dabei immer vorneweg: Beate und ihre Uwes.

Briefe von Mundlos aus dem Jahr 1995 zeigen, wie wenig er von den vielen Plaudertaschen in der rechten Szene hielt. Er schrieb über einen möglichen Weg, nicht ins Visier der Ermittler zu geraten: Geeignet sei ein „Zellensystem“ mit „kleinen autonomen Gruppen“. Die Beschreibung gleicht den Empfehlungen im Handbuch des rechten Netzwerks Blood & Honour. Dort steht: „Die Untergrundzelle sollte ihre Operationen sorgfältig planen und jeden Kontakt mit dem legalen Teil des politischen Kampfes zur eigenen Sicherheit vermeiden.“ Daran werden sich die drei im Untergrund schnell halten. Doch in den ersten Monaten in der Illegalität, ab Januar 1998, wirkte die Gruppe planlos. Manchmal spielt Zschäpe mit den beiden Uwes „Panzergeneral“, ein Computerspiel, bei dem sie die Rolle der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg übernahmen. Vor die Tür gingen sie nur nachts und bewaffnet. Im Oktober 1999 überfielen Mundlos und Böhnhardt die erste Bank.

Beim nächsten Raub erbeuteten sie fast 70.000 Euro. Das Geld steckten sie in ihre Ausrüstung, kauften zum Beispiel ein Motorrad. Ob Zschäpe den Grund des plötzlichen Reichtums kennt? Später hat sie auf jeden Fall die Hand auf den Finanzen der Gruppe. Im Jahr 2000 zog sie nach Zwickau in die Polenzstraße. In der Wohnung mit ihren Gardinen und Badvorlegern, die Besucher als „kitschig“ und „spießig“ beschreiben, wurden Morde vorbereitet und später vermutlich auch gefeiert. In den Urlaub ging es an die Ostsee, wo die drei als entspannte Urlauber auf dem Campingplatz Wulfener Hals, Stellplatz 80, schnell Kontakt zu anderen Urlaubern schlossen.

Zschäpe lebte damals mit Decknamen Susann D., alle nannten sie Liese. Die Ermittler stellten mindestens zehn weitere Aliaspersönlichkeiten fest. Die Dokumente dafür waren gestohlen worden oder stammten von Bekannten. Zschäpe hielt Kontakt zu Mittelsmännern. Einem, der neue Papiere besorgte, steckte sie 2001 bei einem Treffen am Bahnhof 10.000 Euro zu. Etwa ein Jahr später holte sie einen Kurier vom Zug ab. In einem Stoffbeutel transportierte er eine Waffe, die vor allen drei ausgepackt wurde - also auch vor Zschäpes Augen.

Es sind jene Szenen, die Beate Zschäpe vor Gericht belasten werden. Sie passen so gar nicht zur Fassade von Liese, der „guten Seele“, wie eine Nachbarin sie nennt. Sie sei für die „Öffentlichkeitsarbeit“ der verschwiegene Wohngemeinschaft zuständig gewesen, die beiden anderen hätten kaum gegrüßt. Politik interessierte fast nie, wenn die Hausbewohner zusammenkamen. Als ein Junge aus der Nachbarschaft einmal sauer war, weil er Krawalle von Rechten verpasst hatte, gab es eine Standpauke von Beate: Er solle die Finger davon lassen. „Das bringt Unglück.“ Sie wisse, wovon sie rede, soll Zschäpe gesagt haben.

Die Bundesanwaltschaft sagt im Rückblick, sie sei der „emotionale Mittelpunkt“ des Trios gewesen, habe eine „führende Rolle“ gespielt. Der mutmaßliche Unterstützer der Zelle, Holger G., beschreibt in seiner Aussage die privaten Verhältnisse: „Frau Zschäpe benahm sich den Männern gegenüber wie eine Ehefrau - nur für zwei Männer.“ Den Nachbarn gab sie die Uwes als Freund und Bruder aus.

Als Zschäpe vom Tod der beiden erfährt, schuldet sie ihnen noch einen Gefallen. Sie ruft am Morgen des 8. Novembers bei den Familien Böhnhardt und Mundlos an, um die Todesnachricht zu überbringen. Sie selbst will weiterleben. Um 8.49 Uhr wählt sie in Jena die Nummer 110, um sich zu stellen. Es meldet sich ein Herr E., der mit dem Namen Zschäpe nichts anfangen kann. „Von welcher Behörde sind Sie denn?“, fragt er. „Ich bin diejenige, weswegen Sie hier sind“, antwortet Beate, die denkt, sie werde verfolgt. „Weswegen der Einsatz ist.“ - „Was denn für ein Einsatz?“, fragt E. zurück. In gereiztem Ton sagt Zschäpe noch: „Ja, okay, dann ist gut“, und legt auf. Schließlich läuft sie zum Polizeipräsidium und lässt sich verhaften.

Es dürfte das letzte Mal in ihrem Leben sein, dass sie nicht erkannt wird. Heute weiß jeder, wer Beate Zschäpe ist. Und niemand kennt sie wirklich.

Die doppelte Beate Nach außen gab sie die liebevolle Katzenmutter. Jetzt wird Beate Zschäpe als NSU-Terroristin angeklagt

Graphic

dapd/Polizeidirektion Suedwestsachsen; Montage: Die Welt

Die zwei Gesichter der Beate Zschäpe: Sie lachte mit den Nachbarn - und war aggressive Rechtsradikale

Load-Date: January 26, 2013

End of Document

**Die graue Maus Begabung; Ein Kapitel für sich: Sarah Shun-lien Bynums
„Die überaus talentierte Miss Hempel“**

Die Welt

Samstag 26. Mai 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: LITERARISCHE-WELT; S. 5; Ausg. 122

Length: 645 words

Byline: Wieland Freund

Body

Wie fast jeder weiß, hat die amerikanische Literatur fast hundert Prozent **Migrationshintergrund**. Man kann das seit jeher hören. Updike etwa, literarisch ein amerikanischer Haushaltsname, verweist auf ein von Deichen umkränzt Holland; Eugenides, wie fantasievoll man den Namen auch vernuscheln mag, klingt unabweisbar griechisch. Aber Europa ist, auch als Kontinent der Herkunft, auf dem Rückzug. Die junge amerikanische Literatur hört auf Namen wie Dinaw Mengestu, Yijun Li, Chimamda Ngozi Adichie oder Sarah Shun-lien Bynum, wobei es zu den Wundern des *melting pot* zählt, dass Sarah Shun-lien Bynums Hauptfigur ihrerseits den Namen Hempel trägt. Beatrice Hempel, ihres Zeichens Jung-Lehrerin und zwar von der Sorte, der ein Michel aus Lönneberga aus schierer Zuneigung einen Schmatz geben würde. Zur Heldin (und Ehrenretterin eines nicht überall in hohem Ansehen stehenden Berufs) taugt Miss Hempel also allemal; nur eine Romanheldin ist sie, anders als auf dem Buchumschlag behauptet, keineswegs. „Die überaus talentierte Miss Hempel“ ist eine Kurzgeschichtensammlung, für die Miss Hempel etwa die Rolle spielt, die Winesburg Ohio in Sherwood Andersons „Winesburg, Ohio“ zukommt.

Und gleich die erste Erzählung ist ganz wunderbar. Sie zeichnet sich aus durch das, was die junge amerikanische Literatur derzeit generell auszeichnet: durch totale Einfühlung in allen Zeilen, eine großzügige Prosa des Respekts und einen geradezu zärtlichen Ton. Man sieht Miss Hempels Schüler gleich mit Miss Hempels mitfühlendem, immer leicht panischem Blick, wie sie da auf die Bühne der Aula klettern und ihre Hoffnungen ausstellen - noch ein paar Jahre von der Enttäuschung entfernt, die Miss Hempel schon hinter sich hat: „Man schießt ein Tor, gewinnt einen Gedichtwettbewerb, spielt in einem Stück. Und man ist alles zugleich: Schauspieler, Astronom, Turner, Star. Doch von einem gewissen Punkt an spürt man, dass einem die Talente abhandenkommen wie Federn in der Mauser.“

Miss Hempel ist auf diese Weise nicht mehr als ihre „Umgänglichkeit“ geblieben, und ihre Schüler beobachtet sie mit dem teilnahmsvollen Schmerz dieser Gewissheit: Edward, der (noch) Ragtimes komponiert, rührt sie so wie die tanzende Adelaide mit den phosphoreszierenden Sternen auf dem Bauch: glänzende kleine Helden, deren liebreizende Durchschnittlichkeit erst dann verblüffend ersichtlich wird, als die linkische Harriet Reznik die Bühne betritt. Ausgerechnet ihr traut Miss Hempel völliges Versagen zu, ausgerechnet Harriet aber überstrahlt alles. Denn

Die graue Maus Begabung Ein Kapitel für sich: Sarah Shun-lien Bynums „Die überaus talentierte Miss Hempel“

wahres Talent trägt keine Schleifen im Haar, wenn es allmittwochs zum Klavierunterricht geht; Begabung ist struppig stattdessen und in den Augen notorischer Durchschnittsmenschen wie Miss Hempel eine graue Maus.

Sarah Shun-lien Bynum braucht bis zum Tusch dieser Erkenntnis kaum 25 Seiten - und wer wollte ihr verdenken, dass sie nach diesem herrlichen Text der Versuchung erlegen ist, ihr Hempel-Projekt fortzusetzen und sieben weitere Hempel-Stories zu schreiben? Keiner - und doch hätte sie es besser nicht getan. Denn die Erzählungen, die das Kind beschreiben, das Miss Hempel war, die sie mit ihrem Liebhaber zeigen (keine glückliche Episode) oder über dem verzweifelte Versuch, Beurteilungen zu verfassen, die nicht standardisiert mittelpärchtig sind, halten eben Miss Hempel die Treue und nicht der unberechenbaren Harriet Reznik: Sie sind grundsypathisch und noch in der Schönheit ihrer Prosa vor allem gewissenhaft: Man sieht Miss Hempel ja förmlich an ihrem Bleistift kauen, wenn Bynum eine Clownsperücke als „limonadenbunt“ beschreibt. Als würde es sich so gehören, bleibt „Talent“ ein Kapitel für sich.

Der Michel aus Lönneberga würde einer Lehrerin wie dieser Miss Hempel einen Schmatz geben

Sarah Shun-lien Bynum: Die überaus talentierte Miss Hempel. Aus dem Englischen von Andreas Heckmann. S. Fischer, Frankfurt/M. 235 S., 19,99 Euro.

Load-Date: September 12, 2012

Teilzeitkräfte sollen Vollzeit arbeiten; Reform des Arbeitsmarktes gefordert

Die Welt

Dienstag 5. März 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; S. 10; Ausg. 54

Length: 754 words

Byline: Flora Wisdorff

Highlight: Studie präsentiert Rezepte gegen den drohenden Fachkräftemangel

Body

Um den negativen Folgen des demografischen Wandels und anderer technischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Trends entgegenzuwirken, werden wir alle länger arbeiten müssen. Das ist eine der zentralen Aussagen der Studie „Die Zukunft der Arbeitswelt - auf dem Weg ins Jahr 2030“ der Robert-Bosch-Stiftung. Die Erhöhung der Arbeitszeit sei einer der wesentlichen Faktoren, um dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken, sagte Jutta Rump, Direktorin des Instituts für Beschäftigung und Employability der Hochschule Ludwigshafen, die die Expertenkommission mitleitete. Ohne Reformen wird der Kommission zufolge das Arbeitskräftepotenzial bis 2030 um zwölf Prozent sinken, das Bruttoinlandsprodukt dürfte um sechs bis sieben Prozent schrumpfen.

Neben der Erhöhung der Erwerbsquote durch die Beschäftigung von Menschen, die bisher gar nicht am Arbeitsleben teilnehmen wie Ältere, Hausfrauen, Menschen mit Migrationshintergrund oder auch Arbeitslose, sieht die Kommission einen zentralen Steuerungshebel bei der Erhöhung der Arbeitszeit - insbesondere durch die Umwandlung von Teilzeitbeschäftigung in Vollzeitbeschäftigung. Allein die Senkung der Teilzeitbeschäftigungsquote um ein Drittel und deren Umwandlung in Vollzeitbeschäftigung erbringe gegenüber dem Status Quo ein zusätzliches jährliches Arbeitsvolumen von 3,25 Milliarden Stunden oder etwa sechs Prozent des gegenwärtigen Arbeitsvolumens, heißt es in der Studie zur Arbeitswelt.

Doch damit alle, vor allem Eltern, mehr arbeiten können, müsse natürlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert werden - in erster Linie über bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Die Kommission will aber auch andere Anreize setzen: Das Ehegattensplitting soll zu einem Kindersplitting erweitert werden. Zudem sollten Dienstleistungen ausgebaut werden, die Familien unterstützen, genauso sind Änderungen im Arbeitsrecht geplant. Die Kommission schlägt etwa „zur Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie die Einführung eines gesetzlichen Vaterschaftsurlaubs vor“.

Darüber hinaus soll das Elterngeld neu berechnet werden, so dass die Gehaltsunterschiede zwischen den Partnern nivelliert werden - im Verbund damit könne das heutige „12 plus 2“-Modell zu einem „7 plus 7“-Modell

Teilzeitkräfte sollen Vollzeit arbeiten Reform des Arbeitsmarktes gefordert

weiterentwickelt werden, schlagen die Experten vor. Zudem regen sie an, Arbeitnehmern, die aufgrund von Familienverpflichtungen in Teilzeit gehen, die Rückkehr in die Vollzeit über eine gesetzliche Grundlage zu erleichtern oder sogar zu garantieren. Auch Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und Familienministerin Kristina Schröder (CDU) unterstützen die Einführung eines solchen Rechtsanspruchs.

Um mehr qualifizierte Zuwanderer ins Land zu locken, regt die Kommission darüber hinaus die Einführung eines „unbürokratischen und transparenten Punktesystems“ an, aber auch Maßnahmen wie die Anerkennung von Feiertagen aus nicht-christlichen Religionen. „Gesetzgeberischen Handlungsbedarf sieht die Kommission mit Blick auf den wachsenden religiösen Pluralismus in der Arbeitswelt, weil sich das deutsche Feiertagsrecht zunehmend als Ungleichbehandlung von Religionen auswirkt“, heißt es in der Studie. Die Experten empfehlen Freistellungsansprüche an „zwei ausdrücklich benannten höchsten Feiertagen der gesetzlich zu erfassenden nicht-christlichen Religionen“. Um Einkommensverluste zu vermeiden, sollen die Arbeitnehmer dafür einen Urlaubstag nehmen dürfen.

Auch beim Thema Bildung sehen die Experten dringenden Handlungsbedarf. Wichtig sei vor allem, dass weniger Menschen das Bildungssystem mit unzureichenden Grundqualifikationen verlassen. Dazu empfehlen sie unter anderem eine „verpflichtende Sprachstandsfeststellung für alle Kinder im Alter von drei Jahren“. Eltern von Kindern mit Sprachauffälligkeiten sollen verpflichtet werden, ihre Kinder an entsprechenden Förderangeboten teilnehmen zu lassen. Im Alter von fünf Jahren soll es dann einen neuen, verpflichtenden Sprachtest als Kontrolle geben.

Auch bei den sozialen Sicherungssystemen soll es Reformen geben: Mit Blick auf die zunehmende Lebenserwartung müsse man auch über eine weiter steigende Lebensarbeitszeit diskutieren, schreibt die Kommission. Die Gesetzliche Krankenversicherung soll über eine „Bürgerprämie“ finanziert werden, die neben der Ausweitung der Versicherungspflicht auf die gesamte Bevölkerung eine „einkommensunabhängige und solidarische“ Prämie vorsieht.

Das Elterngeld soll neu berechnet werden, um Lohnunterschiede bei Partnern auszugleichen

Load-Date: March 5, 2013

O wie schön ist Kanada

Die Welt

Dienstag 6. März 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; Kommentar; S. 21; Ausg. 56

Length: 527 words

Byline: Paul Jandl

Body

Pathos ist dem ungarischen Schriftsteller Ákos Kertész nicht fremd. Dass er jetzt in Kanada um politisches Asyl angesucht hat, weil er in der ungarischen Heimat „auf offener Straße angegriffen“ worden sei und sein Leben in Gefahr sieht, passt ins Bild einer lebenslangen Dissidenz. In den Vierzigerjahren hat der aus einer jüdischen großbürgerlichen Familie stammende Kertész die Budapester Pogrome miterlebt.

Unter dem Kommunismus ist ihm wegen seiner bourgeoisen Wurzeln eine höhere berufliche Karriere versagt geblieben. Und unter Viktor Orbán fühlt sich der streitbare 79-Jährige auch nicht wohl. Im August vergangenen Jahres hat der Schriftsteller auf der Website der in den USA verlegten ungarischen Zeitung „Amerikai Népszava“ mit seiner Heimat abgerechnet. „Der Ungar ist genetisch ein Untertan“, hob Ákos an, seine Landsleute würden überdies „im Hinblick auf die schlimmsten historischen Verbrechen“ nicht einmal „den Funken eines Schuldgefühls empfinden“. Für die Rolle im Holocaust habe man bis heute keine Verantwortung übernommen. Ist er so, der Ungar, wie ihn Kertész beschreibt? „Glücklich suhlt er sich im Schlamm der Diktatur, grunzt und delektiert sich am Fraß. Er will keine Notiz davon nehmen, dass er abgestochen wird.“ Angesichts dieses Tons, der sonst eigentlich in den von der Fidesz-Regierung großzügig geduldeten antisemitischen Hetzblättern herrscht, rümpften auch die linken Oppositionellen die Nase. Das klang, unter umgekehrten Vorzeichen, allzu sehr nach dem Rassismus, wie man ihn von Ungarns Nationalisten kennt. Und die hatten es diesmal leicht zurückzuschlagen. Ungarns Präsident Pál Schmitt wollte wissen, ob das Benehmen des Schriftstellers nicht „die verfassungsmäßigen Rechte von Ungarn und der Nation verletzt“, und blies die Sache damit sogar zur Staatsaffäre auf, während in Internetforen eine Hetzkampagne anlief.

Ist Kertész' Wortmeldung Polemik, ist es kontraproduktiver Unfug? Vielleicht ist da einem nur der Kragen geplatzt, angesichts der Dinge, die im heutigen Ungarn so vor sich gehen. In einem Land, wo die Grenzlinie zwischen dem Eigenen und dem Fremden immer schärfer gezogen wird und wo sich mittlerweile ein ganzes Heer von international renommierten Künstlern und Intellektuellen ausgegrenzt sieht. Die Causa Ákos Kertész offenbart, wie das Spiel der Meinungen in Ungarn heute funktioniert. Gänzlich ungeniert kann der rechte und antisemitische Publizist Zsolt Bayer als Hausintellektueller von Viktor Orbán sein Unwesen treiben, ein Mann, der in der

O wie schön ist Kanada

ungarischen Tageszeitung „Magyar Hírlap“ schon einmal die Frage gestellt hat, ob im Holocaust wirklich genügend Juden ermordet worden sind.

Es kann durchaus sein, dass sich Ákos Kertész, wenn er als Staatsfeind durch Budapest geht, in seiner Haut nicht mehr sicher fühlt. Anders als all die ungarischen inneren und äußeren Emigranten, die mit ihrem Land nichts mehr zu tun haben wollen, greift Kertész zu einer politisch provokanten List.

Die neue Wahlheimat Kanada wird sich erklären müssen, ob sie seinen Flüchtlingsstatus anerkennt. Dieser allerdings unwahrscheinliche Fall würde Ungarn endgültig den moralischen Ramschstatus einbringen.

feuilleton@welt.de

Load-Date: March 6, 2012

End of Document

Deutschland Kompakt; Modellprojekt: Böhmer will Zuwanderer zur Integration anspornen ++ Atom-Transporte: Deutschland bekommt mehr Müll zurück ++ Unions-Fraktion: Kauder erklärt Debatte über Frauenquote für beendet ++ Bundeswehr: Neuer Befehlshaber für Auslandseinsätze

Die Welt

Mittwoch 24. April 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 95

Length: 670 words

Body

Modellprojekt

Böhmer will Zuwanderer zur Integration anspornen

Insgesamt 87 Beratungsstellen haben innerhalb von anderthalb Jahren 4000 sogenannte Integrationsvereinbarungen mit Zuwanderern abgeschlossen. Das zeigt die Bilanz eines Modellprojekts in 18 deutschen Städten und Kommunen, die Maria Böhmer (CDU), Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, am Mittwoch vorlegt. Es handelt sich bei den Vereinbarungen um die freiwillige Zusage, an ausgewählten Maßnahmen wie Sprachkursen oder beruflichen Fortbildungen teilzunehmen. Sie haben vor allem symbolischen Charakter und sollen die Beteiligten zur Integration anspornen. 60 Prozent der beteiligten **Migranten** fühlten sich durch die per Unterschrift besiegelten Vereinbarungen „ernst genommen und gleichberechtigt“. 38 Prozent gaben an, es wäre ihnen so leichter gefallen, bei der Integration „selbst am Ball zu bleiben“. Bei Nichteinhaltung drohen keine Sanktionen. Böhmer wertet die individuell zugeschnittenen Integrationsvereinbarungen als Ausdruck einer Willkommenskultur, die flächendeckend auf ganz Deutschland ausgeweitet werden soll.

Atom-Transporte

Deutschland bekommt mehr Müll zurück

Die Bundesrepublik muss weitere 150 Behälter mit radioaktiv verstrahltem Atom Müll aus der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague zurücknehmen. Das bestätigte die für die Entsorgung des radioaktiven Materials zuständige Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS), Betreiber des Zwischenlagers Gorleben, der „Welt“. Dabei handelt es sich vor allem um mittelstark strahlendes Material aus den Brennelementen deutscher Atomkraftwerke. Der Rücktransport soll frühestens Mitte des kommenden Jahrzehnts beginnen. Zur vorübergehenden Unterbringung sei derzeit das Zwischenlager Ahaus vorgesehen. Darüber hinaus erwartet die

Deutschland Kompakt Modellprojekt: Böhmer will Zuwanderer zur Integration anspornen ++ Atom-Transporte: Deutschland bekommt mehr Müll zurück ++ Unions-Fraktion:....

GNS noch 26 Castor-Behälter mit stark sowie mittelstark strahlendem Material. Diese sollten frühestens 2015 nach Deutschland transportiert, aber ursprünglich in Gorleben zwischengelagert werden. Nach dem Kompromiss über ein neues Endlagersuchgesetz, der weitere Transporte nach Gorleben ausschließt, ist die Zwischenlagerfrage derzeit ungeklärt. Heute will Umweltminister Peter Altmaier (CDU) mit den Gesellschaftern der GNS über das weitere Vorgehen beraten.

Unions-Fraktion

Kauder erklärt Debatte über Frauenquote für beendet

Die Führung der Unionsfraktion hat den Streit über die Frauenquote für beendet erklärt. „Der Vorgang ist abgeschlossen“, sagte Fraktionschef Volker Kauder (CDU) nach Teilnehmerangaben in einer Fraktionssitzung. Die Unionsfraktion solle andere Parteien nicht mit Streit unterhalten. Die CDU-Abgeordnete Erika Steinbach habe gemahnt, dass sich ein Vorgehen wie vor der Abstimmung über eine Frauenquote in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen nicht wiederholen dürfe. „Da wird die Solidarität überstrapaziert“, habe sie gesagt. Ihre Rücktrittsforderung an Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) habe sie aber nicht wiederholt.

Befürworter einer gesetzlichen Frauenquote in der Union, darunter von der Leyen, hatten gedroht, mit der Opposition eine Frauenquote ab 2018 zu beschließen. CDU-Chefin Angela Merkel konnte sie vor der Abstimmung im Bundestag dann mit dem Angebot davon abhalten, eine feste Quote ab 2020 ins Wahlprogramm zu schreiben.

Bundeswehr

Neuer Befehlshaber für Auslandseinsätze

Das Einsatzführungskommando der Bundeswehr hat einen neuen Befehlshaber. Generalleutnant Hans-Werner Fritz übernahm das Amt von seinem Vorgänger Rainer Glatz, der mit 62 Jahren in den Ruhestand geht. Glatz stand seit 2009 an der Spitze des Kommandos, das alle Auslandseinsätze plant und führt. Derzeit sind nach dessen Angaben weltweit rund 6000 Soldaten in 13 Einsätzen tätig. Glatz sollte am Dienstagabend mit einem Großen Zapfenstreich von Verteidigungsminister Thomas de Maizière verabschiedet werden. Sein Nachfolger Fritz verfügt über Erfahrung aus einer Reihe internationaler Einsätze. So war der 59-jährige Gelsenkirchener 2005 Stabschef in Bosnien-Herzegowina und befehligte 2010/11 das Regionalkommando Nord in Afghanistan.

Load-Date: April 24, 2013

Updates aus der U-Haft; Der flüchtige Multimillionär John McAfee ist gefasst - und bloggt weiter aus seiner Zelle

Die Welt

Freitag 7. Dezember 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; S. 30; Ausg. 287

Length: 860 words

Byline: Benedikt Fuest

Body

Die Flucht des Antivirus-Genies John McAfee vor Behörden seiner Wahlheimat Belize wegen Mordverdachts erschien wochenlang wie eine südamerikanische Telenovela. Täglich gab es neue absurde Wendungen, Interviews, Falschmeldungen, Finten und dramatische Anschuldigungen zwischen McAfee und den Behörden. Nun hat die Bundespolizei des mittelamerikanischen Staats Guatemala der Soap-Opera vorerst ein Ende bereitet. Sie nahm John McAfee am Mittwoch unter scharfen Sicherheitsmaßnahmen vor seinem Hotel in Guatemala-Stadt in Untersuchungshaft. Der Grund: Illegale Einreise - McAfee war mit einem Motorboot entlang der Küste vom Nachbarland Belize nach Guatemala geflüchtet, ohne seine Ankunft bei Grenzbehörden zu melden. „Mr. McAfee wurde festgenommen, da er gegen das Einwanderungsgesetz verstoßen hat“, sagte ein Regierungssprecher gegenüber dem Sender CNN. Ein Foto nach der Festnahme zeigt den einst blonden Multimillionär mit schwarz gefärbtem Haar und Bart.

Kurz vor der Festnahme hatte der 67-Jährige noch einen Asylantrag bei der Regierung von Guatemala gestellt, seine Begründung: Er werde von den Behörden in Belize verfolgt und bedroht, da er sich geweigert habe, ihnen Schutz- und Bestechungsgelder zu zahlen. In seinem Blog hatte er eine große Pressekonferenz angekündigt - der kam die Polizei zuvor, nun übernahm sein Anwalt in Guatemala-Stadt, Telesforo Guerra: Er sei sich „zu 98 Prozent sicher“, dass die Behörden dem Asylantrag stattgeben würden, und er werde außerdem einen Antrag gegen die Festnahme stellen, sagte Guerra gegenüber US-Medien.

Aus der Untersuchungshaft schreibt McAfee weiter fröhlich Status-Updates in sein Blog: Nachdem er gefragt habe, sei auf magische Art ein Computer in seiner Zelle aufgetaucht - nun freut sich der einstige Antivirus-Guru online über die Qualität des Kaffees im Gefängnis, fabuliert über Hochzeitspläne mit seiner 20-jährigen Freundin Sam und berichtet weiter zu seinem Fall: Angeblich hat der zuständige Untersuchungsrichter seinen Fall an eine höhere Instanz delegiert und so vorerst eine schnelle Ausweisung des Flüchtlings über die Grenze nach Belize ausgeschlossen.

Updates aus der U-Haft Der flüchtige Multimillionär John McAfee ist gefasst - und bloggt weiter aus seiner Zelle

Die Behörden von Belize suchen McAfee, weil sie ihn im Zusammenhang mit dem Mord an seinem Nachbarn in Belize, Gregory Faull, befragen wollen. Der US-Bürger Faull war Anfang November auf seinem Anwesen an der paradiesischen Karibikküste Belizes erschossen aufgefunden worden. Anschließend hatte eine Sondereinheit gegen organisiertes Verbrechen der Polizei von Belize McAfees Anwesen in der Nähe des Dorfs Carmelita gestürmt, seine Wachleute festgenommen und seine Hunde erschossen. McAfee selbst konnte entkommen, indem er sich laut eigenen Angaben unter einer Pappe im Sand seines Anwesens vergrub. Seitdem flüchtete er vor den Behörden, suchte aber gleichzeitig aktiv den Kontakt zu diversen Medien. Sein Kalkül: Solange ihn Reporter begleiten, können ihn die Behörden nicht unbemerkt in einem Untersuchungsgefängnis verschwinden lassen. Doch die Strategie ging nach hinten los, ausgerechnet das Technikgenie McAfee wurde durch die Tücken moderner Kommunikationstechnik ausgetrickst: Reporter des US-Magazins „Vice“ hatten ihn in Guatemala interviewt und zum Interview ein Foto des stellvertretenden Chefredakteurs Rocco Castoro zusammen mit John McAfee vor Blättergrün veröffentlicht. Das Bild allein verriet wenig über den Aufenthaltsort McAfees, doch der Fotograf machte das Bild mit einem iPhone 4S - und übersah dabei, dass das Smartphone in jeder Bilddatei auch Metadaten des eingebauten GPS-Empfängers abspeichert und so festhält, wo das Foto entstand. Für gewöhnlich entfernen Profis diese Daten vor Veröffentlichung, doch ein Techniker in der Redaktion vergaß dies - so führte die Bilddatei unter der herausfordernden Überschrift „We Are With John McAfee Right Now, Suckers!“ direkt zu dessen Versteck im Nationalpark Rio Dulce an der Grenze zu Belize. McAfee hatte sich daraufhin zunächst an einem weiteren Ablenkungsmanöver versucht - doch dann gab er auf und kündigte an, sich zu stellen. Die Behörden kamen ihm mit der Festnahme zuvor.

Die Haft ist ein weiterer Tiefpunkt des von Verfolgungswahn und Paranoia geprägten Niedergangs des einstigen Computergenies: Nachdem er 1994 seine Anteile an der von ihm gegründeten Antivirusfirma McAfee für geschätzte 50 Millionen Dollar verkauft hatte, verstrickte er sich in den USA in diverse Gerichtsprozesse. Deswegen zog er nach 20 Jahren in Kalifornien erst nach Mexiko und im Jahr 2009 schließlich auf die Insel Ambergris Caye vor Belize. Doch auch dort hielt es ihn nicht: Er kaufte ein Dschungelanwesen an der Küste - angeblich, um dort Antibiotikaforschung auf Basis von Dschungelpflanzen voranzutreiben. Gleichzeitig fing er sowohl mit Drogendealern im Nachbarörtchen Carmelita als auch mit lokalen Behörden Streit an, bezahlte die Polizei fürs Streifegehen, lebte angeblich mit mehreren teils minderjährigen Geliebten zusammen. Er sammelte Waffen und stellte Kriminelle als Leibwächter ein.

Ob McAfee tatsächlich in den Mordfall an seinem Nachbarn verwickelt ist oder ob er sich mit seinem exzentrischen Verhalten lediglich die falschen Feinde machte, bleibt weiterhin unklar.

Graphic

dpa/Policia Nacional Civil De Guatem

Wurde in Guatemala festgenommen: John McAfee mit verändertem Aussehen

Load-Date: January 26, 2013

Deutschland Kompakt; NSU-Affäre: Sänger wird bestraft für „Döner Killer“-Lied ++ Asyl: Union dringt auf Abschaffung der Visumfreiheit ++ Piraten: Parteichef kritisiert eigenen Geschäftsführer ++ Rechenfehler: Renten steigen 2013 wohl nur um ein Prozent ++ Baden-Württemberg: Mappus will Löschung seiner Daten gerichtlich erzwingen

Die Welt

Dienstag 16. Oktober 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 242

Length: 828 words

Body

NSU-Affäre

Sänger wird bestraft für „Döner Killer“-Lied

Der rechtsradikale Sänger der Band „Gigi und die braunen Stadtmusikanten“, Daniel Giese, ist zu sieben Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden, weil er mit seinem Lied „Döner Killer“ die Opfer der NSU-Mordserie verhöhnt hat. Das Amtsgericht Meppen befand ihn der Volksverhetzung und Billigung von Straftaten schuldig. Außerdem muss er 600 Euro an eine Straffälligenhilfe zahlen. Unterdessen will Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) am Mittwoch die Obleute des Untersuchungsausschusses im Bundestag treffen, die Pannen bei der Ermittlung der Neonazi-Zelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) aufklären sollen. Grund ist nach Informationen der „Welt“ ein Streit über 650 Aktenordner mit Klarnamen von V-Leuten des Verfassungsschutzes, die Thüringen dem Ausschuss zur Verfügung gestellt hatte. Verfassungsschützer außerhalb Thüringens protestieren dagegen, dass die Namen nicht geschwärzt wurden. Auch der Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses, Sebastian Edathy (SPD), sieht Klärungsbedarf und fordert die Kritiker auf, ihre Bedenken konkret zu benennen. Krach gibt es zudem um den Bericht des Sonderermittlers Hans-Georg Engelke aus dem Innenministerium, der die Vernichtung von NSU-Akten im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) untersucht hat. Friedrich soll dem Ausschuss eine Fassung des Berichts vorlegen, die bislang als geheim eingestuft und nicht zugänglich ist. MLU

Asyl

Union dringt auf Abschaffung der Visumfreiheit

Deutschland Kompakt NSU-Affäre: Sänger wird bestraft für „Döner Killer“-Lied ++ Asyl: Union dringt auf Abschaffung der Visumfreiheit ++ Piraten: Parteichef krit....

Im Streit um die Aufnahme von Asylbewerbern aus Mazedonien und Serbien hält Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) einen „Freikauf“ für keine Lösung. Serbiens Regierungschef Ivica Dacic will die Kosten für 10.000 Asylbewerber in Europa übernehmen, um das Aufheben der Visumfreiheit zu verhindern. „Ich freue mich, dass die serbische Regierung mit diesem Vorschlag das Problem des tausendfachen Asylmissbrauchs klar erkannt hat und versteht, warum die Abschaffung der Visafreiheit für die Balkanstaaten auf der Tagesordnung steht. Der Freikauf der eigenen Bevölkerung ist aber keine Lösung“, sagte der Sprecher der Unions-Innenminister. Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Lorenz Caffier (CDU), attackiert ebenfalls Asylbewerber aus Mazedonien und Serbien. „Sie wollen unberechtigt das Asylrecht der Bundesrepublik in Anspruch nehmen und diskreditieren damit das in Deutschland geltende Recht und ‚politisch tatsächlich Verfolgte‘ aus der ganzen Welt.“ Die nun vorgeschlagenen Maßnahmen richteten sich nicht gegen Menschen, die begründet um politisches Asyl nachsuchen würden. Die Einwohner der beiden Balkanstaaten dürfen seit Ende 2009 ohne Visum in die EU einreisen. Seitdem steigt die Zahl der Asylanträge. MLU

Piraten

Parteichef kritisiert eigenen Geschäftsführer

Der Streit in der Piraten über den Politischen Geschäftsführer Johannes Ponader gewinnt an Schärfe. Parteichef Bernd Schlömer sagte „Spiegel Online“: „Ich würde Johannes Ponader raten, mal zu arbeiten, anstatt Modelle vorzustellen, die die Berufstätigkeit umgehen.“ Ponader hatte den Bezug von Hartz IV aufgegeben und angekündigt, seinen Lebensunterhalt aus Spenden von Anhängern zu bestreiten. Diese Aktion habe die Piraten „in ein Glaubwürdigkeitsdilemma gebracht“, sagte Schlömer. Ponader wies die Anschuldigungen zurück: „Ich bin niemandem Rechenschaft schuldig. Es steht auch Bernd Schlömer nicht zu, mir eine Art der Berufsausübung vorzuschlagen.“ Gleichwohl habe seine Aktion „faktisch den Piraten geschadet“.

Rechenfehler

Renten steigen 2013 wohl nur um ein Prozent

Die Altersbezüge der rund 20 Millionen Rentner könnten im nächsten Jahr weniger steigen als erwartet. Wie das „Handelsblatt“ unter Berufung auf Berechnungen des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) berichtete, werden die Renten im Westen im Wahljahr 2013 voraussichtlich nicht um gut zwei, sondern nur um etwa ein Prozent steigen. „Grund dafür ist, dass bei der Berechnung der letzten Rentenerhöhung mit aus heutiger Sicht veralteten Zahlen gerechnet worden ist“, sagte IfW-Finanzexperte Alfred Boss. Schuld sei auch die Rezession im Jahr 2009, durch die die Löhne gesamtwirtschaftlich geschrumpft seien. Die erste offizielle Schätzung der Rentenerhöhung gibt es Anfang November, wenn die Rentenversicherung ihre Herbstschätzung vorlegt.

Baden-Württemberg

Mappus will Löschung seiner Daten gerichtlich erzwingen

Der frühere baden-württembergische Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) will die Löschung seiner Computerdateien gerichtlich erzwingen. Eine entsprechende Klage wurde vor dem Verwaltungsgericht Stuttgart eingereicht. Nach seiner Abwahl im März 2011 hatte Mappus die Festplatte seines Dienstcomputers ausbauen und vernichten lassen. Daraufhin beschlagnahmte die Staatsanwaltschaft, die gegen ihn wegen des Verdachts auf Untreue beim EnBW-Deal ermittelt, den Computer und stellte Kopien sicher. Mappus will nun nicht, dass die Daten durch die von den Grünen geführte Staatskanzlei eingesehen werden können.

Load-Date: January 26, 2013

Politik Kompakt; Baden-Württemberg: Öney kritisiert erneute Obduktion von Brandopfern ++ Referendum: Bewohner der Falklands wollen britisch bleiben ++ Nahost: Koptischer Christ stirbt in libyschem Gefängnis ++ Afghanistan: Fünf Isaf-Soldaten sterben bei Absturz ++ China: Peking will beim Thema Hacking kooperieren

Die Welt

Mittwoch 13. März 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 61

Length: 665 words

Byline: Hannelore Croll

Body

Baden-Württemberg

Öney kritisiert erneute Obduktion von Brandopfern

Die acht Opfer der Brandkatastrophe von Backnang (Baden-Württemberg) sollen in der Türkei vor ihrer Beerdigung noch einmal obduziert werden. Die Ankündigung der erneuten Untersuchung während einer Gedenkfeier für die Mutter und ihre sieben Kinder habe „für Irritationen gesorgt“, sagte Landesintegrationsministerin Bilkay Öney (SPD) der „Welt“. „Diese neuerliche Obduktion dient nicht dem gegenseitigen Vertrauen.“ Allerdings sei zu unterscheiden zwischen der Sicht in Deutschland und der „Außensicht“. Bei den **Migranten** in Backnang habe sie kein Misstrauen den Ermittlern gegenüber erlebt. Die deutschen Pathologen hatten laut Staatsanwaltschaft zweifelsfrei festgestellt, dass die Toten an Rauchvergiftung gestorben waren. Während der türkische Botschafter Hüseyin Avni Karslioglu den Ermittlern sein Vertrauen aussprach, hatte Präsident Abdullah Gül am Tag nach dem Unfall vor voreiligen Schlüssen gewarnt: „Jetzt schon etwas zu sagen wäre nicht richtig.“ Die Türkei ziehe vor dem Hintergrund früherer Vorfälle „alle Möglichkeiten“ in Betracht. Laut Stuttgarter Innenministerium liegen bisher aber keinerlei Anträge von türkischer Seite vor, in die Ermittlungen einzugreifen.

Referendum

Bewohner der Falklands wollen britisch bleiben

Die Falklandinseln wollen britisch bleiben. Die Bewohner des Archipels im Südatlantik stimmten am Sonntag und Montag in einem Referendum mit 99,8Prozent dafür. Nur drei Stimmen seien dagegen gewesen. Von den 1650

Politik Kompakt Baden-Württemberg : Öney kritisiert erneute Obduktion von Brandopfern ++ Referendum:
Bewohner der Falklands wollen britisch bleiben ++ Nahost: K....

Wahlberechtigten nahmen 1517 (92 Prozent) an der Volksbefragung teil. Das von der lokalen Regierung ausgerufene Referendum hat keine bindende Wirkung für den Status der Inseln, die auch Argentinien beansprucht. Buenos Aires hatte bereits angekündigt, das Ergebnis nicht akzeptieren zu wollen.

Nahost

Koptischer Christ stirbt in libyschem Gefängnis

In Libyen sind nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in den vergangenen Wochen zahlreiche koptische Christen aus Ägypten wegen angeblicher „Verbreitung des Christentums“ oder wegen „illegaler Einwanderung“ verhaftet worden. Rund 100 Christen seien derzeit inhaftiert, teilte die IGFM am Dienstag in Frankfurt am Main mit. Die Menschenrechtsorganisation berichtete, am vergangenen Sonntag sei ein 45 Jahre alter Kopte im Gefängnis der ostlibyschen Stadt Benghazi infolge von Folter gestorben. Die IGFM forderte die ägyptische Regierung auf, sich stärker für den Schutz ägyptischer Staatsangehöriger in Libyen einzusetzen.

Afghanistan

Fünf Isaf-Soldaten sterben bei Absturz

Beim Absturz eines Hubschraubers in Südafghanistan sind nach Angaben der Nato fünf amerikanische Soldaten getötet worden. Ersten Erkenntnissen zufolge sei der Hubschrauber nicht beschossen worden, hieß es am Dienstag. Die genaue Absturzursache werde jedoch noch untersucht. Nach US-Angaben ereignete sich der Vorfall am Montagabend in der Nähe der Stadt Kandahar. Es war der folgenreichste Absturz in Afghanistan seit August, als ein Hubschrauber während eines Gefechts mit Aufständischen in der Provinz Kandahar abgeschossen wurde. Dabei kamen sieben amerikanische und vier afghanische Soldaten ums Leben.

China

Peking will beim Thema Hacking kooperieren

Nach Vorwürfen wegen Hackerangriffen in den USA zeigt sich Peking gesprächsbereit. Das chinesische Außenministerium erklärte: „Der virtuelle Raum braucht Regeln und Zusammenarbeit, keine Kriege. China ist bereit, einen konstruktiven Dialog zu führen und mit der Weltgemeinschaft zu kooperieren, einschließlich der USA.“ Gleichzeitig betonte eine Ministeriumssprecherin, China sei selbst eines der am meisten von Hackerangriffen betroffenen Länder. US-Sicherheitsberater Tom Donilon hatte China am Montag aufgerufen, ernsthafte Maßnahmen gegen Hackerangriffe zu ergreifen. Im Februar hatte eine auf Sicherheit im Netz spezialisierte Firma eine Sondereinheit des chinesischen Militärs beschuldigt, die Computersysteme von mehr als 140 amerikanischen Firmen angegriffen zu haben.

Load-Date: March 13, 2013

Es könnte schlimmer kommen; Was das neue Jahr für uns bereithält. Böse Antworten auf offene Fragen

Die Welt

Mittwoch 2. Januar 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 1

Length: 1785 words

Byline: Reinhard Mohr

Body

Das neue Jahr hat begonnen. Nachdem der Weltuntergang wieder einmal glimpflich ausgegangen ist, haben wir auch die Silvesternacht überstanden. Und so gilt auch 2013 das alte Motto: Die wahre Apokalypse ist der Fortgang der Dinge. Wir werfen einen kleinen bösen Blick auf die kommenden zwölf Monate. Hier die wichtigsten Fragen und Antworten:

Wann wird der neue Berliner Flughafen BER „Willy Brandt“ eröffnet?

Keinesfalls in diesem Jahr. 2014? 2015? Irgendwann vor der Eröffnung von Elbphilharmonie und Stuttgart21? Klaus Wowereit, „peinlichster Berliner“ und unbeliebter als Mario „King Kong“ Balotelli nach dem 2:0 für Italien, bleibt dabei: „Nachhaltigkeit geht vor Schnelligkeit!“ Als Forderungen laut werden, Tempelhof wieder zu eröffnen, erinnert der Regierende Bürgermeister plötzlich an New York: „Die Amis haben ja auch drei Flughäfen, sag ich jetzt mal. So.“ Claudia Roths Idee, als Zwischennutzung ein multikulturelles Kommunikationszentrum für abgelehnte Asylbewerber einzurichten, findet kein Gehör. Nur die Autonome Flüchtlingsselfhilfe Neukölln protestiert gegen den „grünen Zynismus“: „Unglaublich. Migranten brauchen also keine funktionierende Brandschutzanlage?!“

Wie viele Studien wird die OECD veröffentlichen, in denen Deutschland auffallend schlecht abschneidet?

Inzwischen ist es Tradition: Ominöse „Studien“ der OECD attestieren dem wirtschaftlich erfolgreichsten Land Europas regelmäßig massive Defizite - bei sozialer Gerechtigkeit und der Gleichberechtigung von Frauen, bei Schule, Bildung und Umwelt, Energieversorgung, Lebensqualität und Menschenrechten. Mit Mühe rangiert Deutschland dabei vor Bulgarien, Malta und Zypern. Auch 2013 stürzen sich die Medien auf die Hiobsbotschaften aus Paris, wo der seit 2006 amtierende OECD-Generalsekretär José Ángel Gurría residiert. Er war viele Jahre Finanz- und Außenminister Mexikos - jenes Landes, in dem der Drogenkrieg zwischen 2006 und 2012 über 50.000 Todesopfer gefordert hat. Klar, dass die nächste OECD-Studie zum „Fortschritt der Zivilgesellschaft“ die Bundesregierung wegen mangelnder Erfolge im Bereich des sozialen Dialogs mit Langzeitarbeitslosen in Sachsen-

Es könnte schlimmer kommen Was das neue Jahr für uns bereithält. Böse Antworten auf offene Fragen

Anhalt scharf rügen wird. Wenn es einmal keine OECD-Studie gibt, springt der Paritätische Wohlfahrtsverband ein und enthüllt, das „Armutsrisiko“ in Deutschland sei auf „Rekordhöhe“ gestiegen. Burkina Faso ist nichts dagegen.

Was macht Peer Steinbrück?

Nach der Enthüllung des „Flensburger Tageblatts“, schon als Student der Universität Kiel habe er fünf D-Mark dafür kassiert, dass sein Nebenmann beim schriftlichen Examen zum Thema „Grundlagen der Geldtheorie“ abschreiben durfte, wird eine Krisensitzung des SPD-Wahlkampfteams einberufen. „Mann, hört das denn nie auf?!", stöhnt Andrea Nahles. Nachdem Peer Steinbrück sich mit dem Hinweis auf die Dialektik von Theorie und Praxis entschuldigt, meldet sich der letzte Marxist der SPD zu Wort und verweist auf Friedrich Engels, der auch ein erfolgreicher Kaufmann gewesen war. Sigmar Gabriel verdreht die Augen: Wer ist nun bloß dieser Engels wieder?! Engels & Völkers? Aus Goslar kommt er jedenfalls nicht.

Hat das Phänomen des deutschen „Nacktluders“ noch Zukunft?

Im Prinzip ja. Nachdem die famose Micaela vor Jahresfrist als weibliche Nacktschnecke durch den australischen RTL-Dschungel gekrochen ist, hat sich das textilarme Unterhaltungsfernsehen kulturell etabliert. In Zeiten körperlos digitaler Internetkommunikation ist es vor allem für den jungen, heranwachsenden Menschen wichtig, das andere Geschlecht einmal ganz ungezwungen in seinem natürlichen Lebensraum beobachten zu können. Ohne Bildung ist eben alles nichts.

Wo steht die Piratenpartei am Ende des Jahres?

Sie steht mit leeren Sandalen da. Das Einzige, was von den Piraten geblieben ist, sind die ausgetretenen Jesuslatschen von Geschäftsführer Johannes Ponader. Sie sind jetzt im Bonner Haus der Geschichte ausgestellt, gleich neben Joschka Fischers Turnschuhen. Zur Erinnerung an das „Liquid Feedback“ pendelt eine große Seifenblase in der Vitrine.

Wie viele EU-Gipfel wird es 2013 geben?

So viele, wie es braucht, um Griechenland, Zypern, Portugal, Spanien, Irland, Italien und Frankreich zu retten. Unzählige Wortschöpfungen im Rahmen der europäischen Finanzkrisenrettungsfazilitäten sind noch in der EU/EMS/EZB-Rettungspipeline. Britische Spaßvögel wetten schon auf die Tiefe der Augenringe bei Angela Merkel. Dennoch gilt ihre Ausdauer bei den nächtlichen Verhandlungen in Brüssel als legendär. Selbst südeuropäische Macho-Kollegen nennen sie heimlich „Madame Hombre“. Dabei ist das Geheimnis ihrer Standfestigkeit ganz einfach: 35 Jahre DDR überlebt - und wenig Alkohol. Alle Versuche des französischen Staatspräsidenten, sie mit fünfzehnprozentigem Burgunder zu betäuben, schlagen fehl. Benebelt ist nur die europäische Öffentlichkeit, die sprachlos vor der gigantischen Geldvernichtungsmaschinerie steht.

Wann kommt das siebte Rettungspaket für Griechenland?

Wenn das sechste aufgebraucht ist - und das dritte für zypriotische Schwarzgeldkonten russischer Milliardäre. Für 2040 hat die Troika ein Verschuldungsziel von 160 Prozent des griechischen Bruttosozialprodukts festgelegt. „Ein ehrgeiziges Vorhaben“, sagt Finanzminister Wolfgang Schäuble. „Aber es ist machbar.“ Griechische Reeder, denen es spielerisch leicht gelungen ist, ihre un versteuerten Milliarden ins Ausland zu schaffen, haben derweil die gesamte Schifffahrt zwischen Elbe, Oder, Havel und Spree unter ihre Kontrolle gebracht. Auf der großen Aristoteles-Onassis-Gedenkgala singt Udo Jürgens ein letztes Mal „Griechischer Wein, komm, schenk mir ein!“ - und ganz Berlin tanzt Sirtaki, während der Ouzo in Strömen fließt. „Das ist Europa!“, ruft freudetrunkene Jorgo Chatzimarkakis, der neue Schifffahrtsbeauftragte des Senats. Hellás! Was zählt dagegen schon eine abgekupferte Doktorarbeit?!

Klappt die Energiewende endlich?

Na klar. Sie ist so sicher wie Norbert Blüms Rente. Wenn „Mehr Europa!“ das neue Moskau ist, dann sind die „erneuerbaren Energien“ das Versprechen auf die Rückkehr ins Paradies. Da passt kein Blatt zwischen Adam und Eva, Jürgen Trittin und Katrin Göring-Eckardt. Leider stimmt das nicht für die Entfernung zwischen dem

Es könnte schlimmer kommen Was das neue Jahr für uns bereithält. Böse Antworten auf offene Fragen

vereinzelten norddeutschen Windrad und dem kritischen Endverbraucher am südbadischen Kaiserstuhl. Aber kann nicht weniger auch mehr sein? Wo kein Kabel ist, wächst das Rettende auch, hat Hölderlin sinngemäß gesagt. Seien wir also kreativ! Strom ist nicht alles.

Werden sich die ZDF-„Heute“-Nachrichten um 19 Uhr weiter zur poli-tisch korrekten Märchenstunde für schreckhafte Senioren entwickeln, die mit seriösem Journalismus sehr wenig zu tun haben?

Ja.

Wird Jogi Löw seine volle Leistung als Bundestrainer abrufen können?

Und wie. Denn er ist wie seine Jungs hungrig auf den WM-Titel 2014 wie ein brunftiger Schwarzwaldelch. Zusammen mit seinem Expertenteam tüftelt er an neuen Konzepten zur blitzschnellen seitlichen Raumverlagerung in die Tiefe, sodass der Gegner das Spielfeld gar nicht mehr wiedererkennt. Die Doppel-Sechs wird zum Vierfach-Dreier, der Torwart taucht „irgendwie auch mal vorne auf“ (Löw), und hinten wird schon mentalitätsmäßig derart dichtgemacht, dass kein Italiener mehr den einschussbereiten Fuß auf die Grasnarbe kriegt, schon gar kein bezopfter Balkan-Schwede mit Hang zum spektakulären Fallrückzieher.

Wird Kiezdeutsch zur zweiten Amtssprache in Deutschland?

Aber voll krass. Hauptsache, der Dialog zwischen Mensch und Alder funktioniert. Längst ist der geläufige Gesprächsaufakt „Ich mach disch Krankenhaus, Alder!“ von der fortgeschrittenen Sprachwissenschaft zur linguistischen Bereicherung des arrogant-stereotypen Hochdeutschen erklärt worden. Die Antwort „Willst du misch produzieren oder was? Mach isch disch urban!“ mag nicht jeden Sprachromantiker ästhetisch befriedigen, doch schon die wunderbare Präzision einer Mitteilung wie „Bin isch Aldi“ zeigt an, wie kurz und anschaulich demnächst auch behördliche Mitteilungen ausfallen könnten, wenn man nur wollte: „Kommst du Finanzamt, Alder!“

Und was wird aus den 27.000 sizilianischen Forstangestellten ohne richtigen Wald?

Wenn Silvio Berlusconi wieder zum Ministerpräsidenten gewählt wird, werden sie zu Bademeistern umgeschult, die an den Küsten Siziliens nach Bootsflüchtlings aus Nordafrika fahnden. Die Idee deutscher Naturfreunde, alle mangels Wald entbehrlichen Baumarbeiter zum Wiederaufforsten desselben zu verwenden, wird in Rom als freche Einmischung nordgermanischer Fichten-Nazis zurückgewiesen. „Nie werden die deutschen Panzer unsere Kultur verstehen!“, zürnt der wegen Korruption abgesetzte Gouverneur aus seiner Gefängniszelle in Palermo.

Werden alle ARD-Talkshows überleben?

Fast alle. Eine große Neuerung wird es geben: Unter dem Titel „Fünf gegen den Rest der Welt“ reden sich jeden Dienstagabend ab 22.45 Uhr Jakob Augstein, Jürgen Todenhöfer, Peter Scholl-Latour, Heiner Geißler und Gregor Gysi gegenseitig in Grund und Boden. „Die feste Besetzung garantiert einen hohen Wiedererkennungseffekt“, freut sich ARD-Programmdirektor Volker Herres. Nach dem Prinzip von „The Good, The Bad And The Ugly“ sollen die Rollen fein säuberlich verteilt werden. Jakob Augstein etwa wird die Helmut-Berger-Rolle übernehmen: verblühende Salonschönheit, intellektuell verwirrt. Herres: „Das ist ja gerade das Spannende.“ Sandra Maischberger übernimmt dafür eine monatliche Seniorenrunde bei Eins plus unter dem Titel „Die Hundertjährigen: Jetzt reden wir!“ Eine Wildcard für die jüngere Generation 90 plus sorgt dafür, dass auch Helmut Schmidt mitmachen kann.

Was wird aus der deutsch-französischen Freundschaft?

Die bleibt bestehen - trotz François Hollande. Jedenfalls, solange es französischen Käse gibt, Baguette, Foie Gras, Bordeaux, Dordogne und Côte d'Azur, Charles Aznavour und Gérard Depardieu. Der ist allerdings gerade nach Belgien gezogen, weil er die konfiskatorische „Reichensteuer“ von 75 Prozent nicht bezahlen will. Genauso wie Charles Aznavour, Johnny Hallyday, Alain Delon, Zinedine Zidane und viele andere. Doch Präsident Hollande bereitet schon ein Anti-Steuerflucht-Gesetz gegen erfolgreiche Prominente vor, die ihr Vaterland derart „erbärmlich“ (Premierminister Jean-Marc Ayrault) verraten. Der Arbeitstitel erinnert an die Irrfahrt Ludwigs XVI. im revolutionären Juni 1791: „Flucht nach Varennes“. Am Ende wartete die Guillotine.

Es könnte schlimmer kommen Was das neue Jahr für uns bereithält. Böse Antworten auf offene Fragen

Wann erscheint das neue Gedicht von Günter Grass?

Am 30. Januar 2013, genau 80 Jahre nach Hitlers „Machtergreifung“, die eigentlich eine Machtübergabe der anderen an ihn war. Nein, nichts mehr über Israel. Doch so viel sei verraten: Der gute Günter wird es wieder schaffen, ein kaschubisches Fischrezept in die rhapsodische Schilderung des Fackelzugs der SA durchs Brandenburger Tor zu schmuggeln. Das kann nur er!

Graphic

PA/dpa/Franke; dpa/Tirl; dpa/Zborowski; dpa/Kraufmann; dpa/Jensen; dpa/Kalaene; dpa/Montani; dpa/Kumm;
Montage: Die Welt

2013: Wiedergänger und Abgänger? Das neue Jahr wird für viele Hauptdarsteller des öffentlichen Lebens zum Schicksalsjahr

PA/dpa/Franke; dpa/Tirl; dpa/Zborowski; dpa/Kraufmann; dpa/Jensen; dpa/Kalaene; dpa/Montani; dpa/Kumm;
Montage: Die Welt

2013: Wiedergänger und Abgänger? Das neue Jahr wird für viele Hauptdarsteller des öffentlichen Lebens zum Schicksalsjahr

PA/dpa/Franke; dpa/Tirl; dpa/Zborowski; dpa/Kraufmann; dpa/Jensen; dpa/Kalaene; dpa/Montani; dpa/Kumm;
Montage: Die Welt

2013: Wiedergänger und Abgänger? Das neue Jahr wird für viele Hauptdarsteller des öffentlichen Lebens zum Schicksalsjahr

PA/dpa/Franke; dpa/Tirl; dpa/Zborowski; dpa/Kraufmann; dpa/Jensen; dpa/Kalaene; dpa/Montani; dpa/Kumm;
Montage: Die Welt

2013: Wiedergänger und Abgänger? Das neue Jahr wird für viele Hauptdarsteller des öffentlichen Lebens zum Schicksalsjahr

PA/dpa/Franke; dpa/Tirl; dpa/Zborowski; dpa/Kraufmann; dpa/Jensen; dpa/Kalaene; dpa/Montani; dpa/Kumm;
Montage: Die Welt

2013: Wiedergänger und Abgänger? Das neue Jahr wird für viele Hauptdarsteller des öffentlichen Lebens zum Schicksalsjahr

PA/dpa/Franke; dpa/Tirl; dpa/Zborowski; dpa/Kraufmann; dpa/Jensen; dpa/Kalaene; dpa/Montani; dpa/Kumm;
Montage: Die Welt

2013: Wiedergänger und Abgänger? Das neue Jahr wird für viele Hauptdarsteller des öffentlichen Lebens zum Schicksalsjahr

PA/dpa/Franke; dpa/Tirl; dpa/Zborowski; dpa/Kraufmann; dpa/Jensen; dpa/Kalaene; dpa/Montani; dpa/Kumm;
Montage: Die Welt

2013: Wiedergänger und Abgänger? Das neue Jahr wird für viele Hauptdarsteller des öffentlichen Lebens zum Schicksalsjahr

PA/dpa/Franke; dpa/Tirl; dpa/Zborowski; dpa/Kraufmann; dpa/Jensen; dpa/Kalaene; dpa/Montani; dpa/Kumm;
Montage: Die Welt

Es könnte schlimmer kommen Was das neue Jahr für uns bereithält.Böse Antworten auf offene Fragen

2013: Wiedergänger und Abgänger? Das neue Jahr wird für viele Hauptdarsteller des öffentlichen Lebens zum Schicksalsjahr

Load-Date: January 26, 2013

End of Document

War Wohlleben ein V-Mann?; Spekulation über Tätigkeit des einstigen NSU-Vertrauten

Die Welt

Donnerstag 27. September 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 227

Length: 660 words

Byline: Manuel Bewarder

Martin Lutz

Uwe Müller

Body

Der Beschuldigte im Verfahren gegen den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU), Ralf Wohlleben, sorgt für Aufregung. Zum einen geht es um Spekulationen, wonach der einstige Vertraute der späteren drei NSU-Mitglieder für die Sicherheitsbehörden womöglich als V-Mann in der NPD tätig gewesen sein soll. Außerdem wurde nun bekannt, dass Wohlleben offenbar wegen Verdunklungsgefahr in Isolationshaft verlegt wurde.

Wohlleben gilt als eine zentrale Figur im Verfahren der Bundesanwaltschaft gegen den NSU. Der 37-Jährige steht im Verdacht, enge Verbindungen zu den untergetauchten Mitgliedern des NSU gehabt zu haben. So soll er geholfen haben, jene Ceska-Pistole zu beschaffen, mit der neun **Migranten** erschossen wurden. Wohlleben war außerdem lange in der NPD aktiv. Neben dem mutmaßlichen NSU-Mitglied Beate Zschäpe sitzt nur noch Wohlleben in Untersuchungshaft. Ihm wird Beihilfe zum mehrfachen Mord vorgeworfen.

Noch ungeklärt ist der Verdacht, ob Wohlleben V-Mann in der NPD war. Am Dienstagabend hatte das Bundesinnenministerium lediglich erklärt, dass man den Hinweis prüfe, ob „eine Person aus dem Kreis der Beschuldigten des NSU-Verfahrens möglicherweise vor circa zehn Jahren in der NPD V-Mann für eine Sicherheitsbehörde gewesen sein könnte“. Nach Informationen der „Welt“ prüft das Innenministerium, ob es sich dabei um Wohlleben handelt.

Sollte sich eine V-Mann-Tätigkeit Wohllebens bestätigen, könnten die Ermittlungsspannen eine neue Dimension erreichen. Damit würde zum zweiten Mal in kurzer Zeit bekannt, dass ein Beschuldigter im NSU-Verfahren eine Vergangenheit als V-Mann hat. Zuletzt war bekannt geworden, dass der im NSU-Verfahren Beschuldigte Thomas S. eine V-Person des Staatsschutzes war.

War Wohlleben ein V-Mann? Spekulation über Tätigkeit des einstigen NSU-Vertrauten

Bisher gibt es jedoch keinen Beleg für den neuerlichen Verdacht. Sicherheitskreise teilten der „Welt“ vielmehr mit: „Nach den bisherigen Ermittlungen war Wohlleben kein V-Mann.“ Entsprechende Spekulationen waren demnach bereits im Dezember aufgekommen. Damals habe ein Bundesanwalt gesagt, er glaube sich zu erinnern, dass er den Namen Wohlleben während seiner früheren Tätigkeit im Bundesinnenministerium im Zusammenhang mit dem 2003 gescheiterten NPD-Verbotsverfahren gehört habe. Dieser Hinweis konnte anschließend aber weder durch diverse Abfragen bei Sicherheitsbehörden noch durch sonstige Ermittlungen bestätigt werden, erfuhr die „Welt“.

Die Anwältin von Wohlleben, Nicole Schneiders, dementierte. Sie sagte der „Welt“, dass es sich um einen Irrtum handeln müsse: „Ich habe inzwischen mit meinem Mandanten gesprochen. Er hat zu keinem Zeitpunkt mit irgendeiner Sicherheitsbehörde zusammengearbeitet.“ Auch der Thüringer Verfassungsschutz erklärte am Mittwoch, dass Wohlleben kein V-Mann war.

Am Mittwochnachmittag traf Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) die Mitglieder des NSU-Untersuchungsausschusses, um sie über den Sachstand zu unterrichten. Der Ausschussvorsitzende Sebastian Edathy (SPD) sagte am Abend, der Hinweisgeber habe laut Friedrich angegeben, damals eine Liste mit Klarnamen gesehen zu haben. Der Bundesanwalt werde im Innenministerium befragt. Die Prüfung der vielen Akten wird sich wohl bis in die kommende Woche hinziehen.

Bei der Durchsuchung von Wohllebens Zelle am 7. September sind nach Informationen der „Welt“ zwei geschmuggelte Briefe gefunden worden. Die Bundesanwaltschaft, die die Durchsuchung angeordnet hatte, nannte auf Anfrage keine Einzelheiten. Sie teilte mit: „Wegen einer Umgehung der Postkontrolle muss jeder Umgang von Herrn Wohlleben mit anderen Gefangenen nunmehr im Einzelfall genehmigt werden.“ Hintergrund für die Durchsuchung soll laut der „Thüringer Allgemeinen“ der Verdacht auf illegale Kontaktaufnahme in die rechtsradikale Szene gewesen sein. Zudem soll sich Wohlleben wegen Verdunklungsgefahr in Isolationshaft befinden. Seine Anwältin bestätigte: „Mein Mandant ist in eine Zelle in einem Sondertrakt verlegt worden. Dort ist er völlig isoliert und hat keinen Kontakt zu anderen Häftlingen.“

Load-Date: January 26, 2013

Politik Kompakt; Umfrage: Wer stört den Frieden in der Nachbarschaft? ++
Atomstreit: Iran stoppt angeblich Ölexporte nach Deutschland ++
Nordkorea: Kim Jong-un übernimmt Führung der Arbeiterpartei ++
Russland: Eklat bei Putins Rechenschaftsbericht

Die Welt

Donnerstag 12. April 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 86

Length: 610 words

Byline: Boe

Body

Umfrage

Wer stört den Frieden in der Nachbarschaft?

„Trinker“, „alte Menschen“ und vor allem „Jugendliche“ rangieren in Deutschland weit vor jeder ethnischen Gruppe, wenn es um die Frage geht, wer den sozialen Frieden in der Nachbarschaft stört. Das hat Merlin Schaeffer vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) in seiner Analyse von rund 4600 Telefoninterviews mit Deutschen ohne ***Migrationshintergrund*** herausgefunden. Für die Frage gab es keine Vorauswahl an Antworten. „Jugendliche“ werden mit 23 Prozent deutlich am häufigsten als problematisch eingestuft. Nur circa 13 Prozent der Nennungen von Problemgruppen entfallen auf ethnische Kategorien wie „Türken“, „Ausländer“ oder „Aussiedler“. Auf Religion, Hautfarbe oder Sprache wird von den Befragten nicht Bezug genommen. Ob Menschen Nachbarschaftsprobleme ethnischen Minderheiten zuschreiben, hängt von individuellen Neigungen und dem sozialen Umfeld wie der Höhe der Arbeitslosigkeit ab. Einfluss hat auch die Bevölkerungsstruktur. Je mehr Ausländer in einem Gebiet wohnen, desto häufiger werden sie als Verursacher von Problemen angesehen. Das gilt jedoch nur bis zu einem bestimmten Punkt: Die Wende liegt bei etwa 20 Prozent - ab hier nimmt die negative Wahrnehmung der Fremden nicht weiter zu, eine Art Gewöhnungseffekt tritt ein.

Atomstreit

Iran stoppt angeblich Ölexporte nach Deutschland

Der Iran hat nach staatlichen Medienberichten die Ölexporte nach Deutschland gestoppt. Der amtliche Fernsehsender Press TV meldete am Mittwoch, Teheran habe die Ölverkäufe an Deutschland als Vergeltungsmaßnahme für das geplante Ölembargo der EU eingestellt, das im Juli in Kraft treten soll. Zuvor hatte

Politik Kompakt Umfrage: Wer stört den Frieden in der Nachbarschaft? ++ Atomstreit: Iran stoppt angeblich Ölexporte nach Deutschland ++ Nordkorea: Kim Jong-un ü....

der Iran bereits die Öllieferungen an Großbritannien, Frankreich, Spanien und Griechenland eingestellt. Grund für das Embargo der EU ist das umstrittene iranische Atomprogramm. Die internationale Gemeinschaft beschuldigt den Iran, nach Atomwaffen zu streben.

Nordkorea

Kim Jong-un übernimmt Führung der Arbeiterpartei

Der nordkoreanische Machthaber Kim Jong-un ist am Mittwoch auf einem Parteitag in Pjöngjang an die Spitze der Arbeiterpartei gewählt worden. Er übernahm nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur KCNA die Position des Ersten Sekretärs. Seinem im Dezember verstorbenen Vater Kim Jong-il wurde zugleich der Titel „Ewiger Generalsekretär“ verliehen. Von seinem Großvater Kim Il-sung hatte Kim Jong-un bereits den Titel „Großer Führer“ geerbt. Mit der Übernahme des Spitzenpostens festigte er nun seine Machtposition im Vorfeld der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag von Kim Il-sung. Am Dienstag wurde eine Langstreckenrakete betankt, die womöglich zum Geburtstag abgefeuert werden soll.

Russland

Eklat bei Putins Rechenschaftsbericht

Der designierte russische Präsident Wladimir Putin hat die politischen Kräfte nach den schweren Wahlkämpfen zum Schulterschluss aufgerufen. Nach den Streitigkeiten vor der Parlaments- und Präsidentenwahl gehe es nun darum, die Kräfte zu bündeln, sagte Putin in seiner letzten Regierungserklärung als Ministerpräsident am Mittwoch im Parlament. „Wir haben ein Russland, und seine moderne, fortschrittliche Entwicklung sollte alle politischen Kräfte des Landes einen.“ Putin wird am 7. Mai für eine sechsjährige Amtszeit als Präsident vereidigt. Beobachter spekulieren, er könnte seinen Vorgänger im Amt, Dmitri Medwedjew als Premier einsetzen. Während der anschließenden Befragung Putins, bei der es um Fälschungsvorwürfe bei der Bürgermeisterwahl in Astrachan ging, verließen einige Abgeordnete der Opposition demonstrativ den Saal. Sie protestierten gegen die Äußerung Putins, der Hungerstreik des Oppositionskandidaten Oleg Schein sei unnötig.

Load-Date: April 12, 2012

Ausland Kompakt I; Amnesty International: Organisation kritisiert Asylpolitik der EU ++ Weissrussland: Empfang ausländischer TV-Sender eingeschränkt ++ Bulgarien: Sozialisten erhalten den Regierungsauftrag

Die Welt

Freitag 24. Mai 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 118

Length: 307 words

Body

Amnesty International

Organisation kritisiert **Asylpolitik** der EU

In ihrem Jahresbericht zur weltweiten Lage der Menschenrechte kritisiert die Organisation Amnesty International (ai) neben vielen autoritären Staaten die Europäische Union für ihre **Asylpolitik**. Auch müssten alle EU-Länder die Lebenssituation der Roma verbessern. Der „Atlas der Menschenrechte“, wie Selmin Caliskan, Generalsekretärin von ai in Deutschland, den Report nennt, zeige „die Skrupellosigkeit, Gewalt und das Versagen der Staaten, ihre Bürger zu schützen und die, die sich in den Staatsgrenzen aufhalten“. Die Zahl der Menschenrechtsverletzungen sei unverändert hoch. Deutliche Kritik übt die ai unter anderem auch an „bürokratischen Schikanen“ gegen Nichtregierungsorganisationen und an rechtswidrigen Zwangsräumungen.

Weissrussland

Empfang ausländischer TV-Sender eingeschränkt

Die autoritär regierte Ex-Sowjetrepublik Weißrussland hat den Empfang ausländischer Fernsehsender drastisch eingeschränkt. Bewohner von Mehrfamilienhäusern dürften nur noch mit behördlicher Genehmigung Satellitenschüsseln oder Fernsehantennen anbringen, entschied die Regierung der „letzten Diktatur Europas“. Bürgerrechtler kritisierten, das Verbot erinnere an düstere Sowjetzeiten. Der Erlass zielen vor allem auf regierungskritische Kanäle, die aus Angst vor Repressalien oft auf ausländischen Frequenzen senden.

Bulgarien

Sozialisten erhalten den Regierungsauftrag

Ausland Kompakt | Amnesty International : Organisation kritisiert Asylpolitik der EU ++ Weissrussland:
Empfang ausländischer TV-Sender eingeschränkt ++ Bulgarien....

Die zweitstärkste Partei der Sozialisten in Bulgarien ist mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt worden. Dies wurde möglich, nachdem Wahlsieger Boiko Borissow (Gerb) aus Mangel an Koalitionspartnern auf die Regierungsbildung verzichtete. Den Präsidentenauftrag nahm der parteilose Finanzexperte Plamen Orescharski entgegen. Er war von 2005 bis 2009 Finanzminister in einer von Sozialisten dominierten Regierung gewesen.

Load-Date: May 24, 2013

End of Document

So soll die Welt gerettet werden; Eine hochkarätig besetzte Kommission präsentiert Lösungen für die drängendsten Probleme der Menschheit

Die Welt

Mittwoch 16. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: WIRTSCHAFT; S. 9; Ausg. 241

Length: 795 words

Byline: Tobias Kaiser

Body

Eine wachsende Weltbevölkerung und Ressourcenknappheit, wachsende Einkommensunterschiede und Migration, alternde Gesellschaften in der reichen Welt und rasanter technologischer Wandel - in den kommenden Jahrzehnten steht die Welt vor großen Herausforderungen. Eine Gruppe globaler Führungspersönlichkeiten berät seit dem vergangenen Jahr über die großen Zukunftsprobleme der Menschheit und hat jetzt Lösungsvorschläge vorgelegt.

Die Mitglieder der sogenannten Oxford-Martin-Kommission verlangen in ihrem Bericht nicht weniger als einen radikalen Wandel in Politik und Wirtschaft. Das weit verbreitete Kurzfristdenken in der Politik müsse dringend überwunden werden. „Wir müssen Probleme anders angehen, wenn wir eine wohlhabendere, gerechtere und nachhaltigere Zukunft anstreben“, sagt Pascal Lamy, der die Kommission leitet und bis vor kurzem Generaldirektor der Welthandelsorganisation WTO war.

Die Herausforderungen, die die Kommission identifiziert hat, sind gewaltig: Breite Bevölkerungsschichten müssten künftig von wirtschaftlichem Wachstum profitieren, Gesundheitssysteme müssten angesichts längerer Leben stabilisiert werden und die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Energie und Wasser müsse gesichert werden, ohne dass Ressourcen dabei erschöpft werden.

Die Einzelmaßnahmen, die das Gremium in seinem Bericht fordert, spiegeln die bunte Besetzung wider. Viele der Maßnahmen reflektieren zwar schon seit langem aufgebrachte Forderungen von Experten - klingen aber trotzdem zunächst kaum umsetzbar. Grundsätzlich müssten Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stärker als bisher zusammenarbeiten, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen.

Als großes Problem identifizieren die Autoren den Klimawandel, für dessen Bewältigung sie ein neues Forum fordern. Anstatt nur in politischen Zirkeln über die Erderwärmung zu beraten, sei es nötig, auch Unternehmen und die Megastädte dieser Welt bei den Beratungen einzubinden. Die Autoren schlagen deshalb eine Koalition vor aus den G-20-Ländern, 30 Weltkonzernen und 40 Megastädten.

So soll die Welt gerettet werden Eine hochkarätig besetzte Kommission präsentiert Lösungen für die drängendsten Probleme der Menschheit

Auch beim Thema Gesundheit sollen Städte, Behörden und Unternehmen künftig zusammenarbeiten, um Zivilisationskrankheiten wie Diabetes oder Bluthochdruck und andere nicht-infektiöse Krankheiten wie Alzheimer zu bekämpfen. Nahrungsmittel- und Alkoholproduzenten müssten dabei helfen, die Gesundheitssysteme zu entlasten.

Eine wichtige Stellschraube für eine nachhaltigere Entwicklung vor allem in den ärmeren Ländern der Welt, sei es, unnötige und verzerrende Subventionen für fossile Brennstoffe und landwirtschaftliche Produkte ersatzlos zu streichen. Stattdessen sollte das dadurch gesparte Geld genutzt werden, um gezielt Armut zu bekämpfen.

Die Kommission fordert zudem, dass Prognosen künftig stärker als bisher Unsicherheiten und Risiken berücksichtigen. Das gelte beispielsweise für die Berechnung künftiger Belastungen aus Renten und Pensionen oder Wachstumerwartungen. Die herrschenden Berechnungsmethoden diskriminierten die künftigen Generationen.

Helfen könnte dabei eine neue weltweite Statistikbehörde, deren Mitarbeiter künftig die Qualität weltweiter Statistiken kontrollieren, Missbrauch ahnden und grundsätzlich die Qualität der Datensammlung weltweit verbessern sollen. Sogar auf einen Namen haben die Autoren sich schon geeinigt: Die Statistikbehörde soll Worldstat heißen.

Der Bericht präsentiert noch eine weitere Namensschöpfung: CyberEX. So soll nach dem Willen der Verfasser eine neue Plattform im Kampf gegen Cyber-Bedrohungen heißen. Zu den Aufgaben von CyberEx müsste es gehören, vorbeugende Maßnahmen gegen Internet-Bedrohungen zu entwickeln und im Interesse von Regierungen, Unternehmen und Privatpersonen Online-Attacken zu verhindern.

Für die Organisationen Worldstat und CyberEx dürfte wohl auch gelten, was die illustre Gruppe für alle internationalen Organisationen vorschlägt, die aus Steuergeldern finanziert werden: Ein von vornherein zeitlich begrenztes Mandat. Künftig müssten sich diese Organisationen in regelmäßigen Abständen Prüfungen stellen, in denen festgestellt wird, wie erfolgreich die Organisationen arbeiten, was ihre Aufgaben sind und ob ihre Arbeit künftig noch gebraucht wird. Sollten die Prüfer zu dem Ergebnis kommen, dass die Arbeit überflüssig ist, müssten die Strukturen aufgelöst werden. Grundsätzlich, so die Autoren, sei es nötig, dass neue Institutionen unabhängig genug von der Politik sind, um sinnvoll über einen langen Zeithorizont zu arbeiten.

Die Oxford-Martin-Kommission ist nach dem gleichnamigen Institut an der Universität Oxford benannt, das sich mit Zukunftsfragen befasst. Zu den Mitgliedern gehören unter anderem der Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen, der ehemalige EZB-Präsident Jean-Claude Trichet, Lord Patten und der deutsche Unternehmensberater Roland Berger.

Load-Date: October 16, 2013

Bier-und-Boden-Lieder

Die Welt

Mittwoch 25. Januar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; Playlist; S. 26; Ausg. 21

Length: 645 words

Byline: Michael Pilz

Body

Mark Bennett singt von Eichenlaub und Haberstroh, weil es die Deutschen nicht mehr tun. Der Musiker aus Dublin lebt seit fast 20 Jahren in Dortmund. Inzwischen singt er nahezu akzentfrei Lieder wie „Ich weiß ein fein braun's Mägdelein“ und „Fein sein, beieinander bleiben“. Volkslieder. Gelegentlich verrutscht ihm ein Artikel. Seinen Wahllandsleuten sind die Texte schon vor langer Zeit komplett entfallen.

„GeisterBahn“, ein Album irischer und britischer Migranten, ist der freundliche Versuch, den Deutschen ihren Folk zurückzugeben. Geist und Bahn, sagt Andrew Cadie, seien internationale Wörter. Er stammt aus dem englischen Northumberland, hat Volksmusik in Newcastle studiert, zog in die Pfalz und will nun auch im Ausland für das Deutsche werben. Mark Twains berühmter Satz wird von Cadie widerlegt: „Die deutsche Sprache sollte sanft und ehrfurchtsvoll zu den toten Sprachen abgelegt werden, denn nur die Toten haben die Zeit, diese Sprache zu lernen.“ Cadies Trick besteht darin, in Großbritannien, Irland und vielleicht sogar Amerika um Lob zu betteln, den großen Popnationen. Denn die Deutschen haben ihre Volkslieder so radikal durch Popmusik ersetzt wie niemand sonst. Dabei waren sie immer froh und stolz, wenn Elvis „Muss i denn“ sang oder später Jello Biafra von den Dead Kennedys „Swarzbraun issie Haselnuss, swarzbraun bin auch ick“.

Swarzbraun war auch der Diskurs. Vom völkischen Musikmissbrauch zum „Musikantenstadl“. Echte wurde gegen falsche Volksmusik ins Feld geführt mit Reinheitsgeboten und historischen Belehrungen. Wer mit dem Hackbrett im Kulturhaus saß, sah in den volkstümlichen Musikanten wieder Nazis. Wer mit dem Volkstümeln viel Geld verdiente, nannte die Puristen selbstgerechte Wald-und-Wiesen-Nazis. Die kulturkritischen Theorien wanderten vom Seminar ins Feuilleton und enttarnten Schunkelhits als Bier-und-Boden-Lieder. „Volksmusik macht dumm“, erklärte Bazon Brock. Vom Volkslied blieb nicht mehr viel übrig, bis aufs Pflichtabsingen in der Schule, kauzige Folklorezirkel und die Klage, dass man kaum noch alte deutsche Weisen kenne.

Mark Bennett, Andrew Cadie und die anderen Neckar-Schotten und Westfalen aus Scarborough, sie kennen ihr Milieu: Den Zuhörern waren die eigenen Heimatlieder nie geheuer. Irland aber war das Land der Landlust, wo in den Natursteinhäusern alle musizierten und miteinander sangen, was die Ahnen ihnen mündlich überliefert hatten. Und so geht der nächste Trick des Albums: Ian Goodwin etwa aus Ayr An und Heidelberg singt „Hejo, spann den

Bier-und-Boden-Lieder

Wagen an" nicht wie ein kurpfälzischer Bänkelsänger, sondern durch die Nase wie ein Schotte. Dazu spielen Pipes und Fiddles. Dabei achten alle Musiker behutsam darauf, niemandem zu nahe zu treten. Weder den unzähligen deutschen Irish-Folk-Künstlern, die tapfer mit ihrem Akzent und handgeschnitzten Harfen kämpfen. Noch den strengen Hütern deutscher Volkslieder. Die Interpretationen handeln auch davon, wie man sich vorbildlich in Deutschland integriert und die Kultur zugleich bereichert.

„Vielleicht brauchen die Leute hier einfach mal den Schock, dass Fremde ihre Lieder singen. Dann hören sie vielleicht genauer hin und geben dem Volkslied wieder eine Chance", sagt Andrew Cadie. Man kann dann aber auch hören, dass nicht immer auf der Hand liegt, was ein deutsches Volkslied ist. Wenn sich Mark Bennett in die steirische Mundart flüchtet wie in eine Fremdsprache. Oder wenn alle im Chor den „Hamborger Veermaster" schmettern, einen Shanty mit englischem Kehrreim, der vor 150 Jahren mit den Liverpools Seemännern nach Hamburg segelte wie die Musik der Beatles 100 Jahre später.

Dann ist da auch noch Dave Jackson aus dem Ruhrgebiet. Der Engländer war 1978 Mitautor von „Blame It On The Boogie", einem Hit für Michael Jackson, seinen Namensvetter aus dem Popgeschäft. „Sterben ist eine harte Buß" singt er heute den Deutschen vor, als Missionar ihrer Musik.

Load-Date: January 25, 2012

**Die Privatschule im Problemkiez; Im Berliner Wedding, einem
Migrantenviertel mit hoher Hartz-IV-Quote, entsteht die erste privat
finanzierte Schule für sozial Schwache. Das Schulgeld sollen Sponsoren
zahlen**

Die Welt

Samstag 23. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: FINANZEN; S. 21; Ausg. 274

Length: 1279 words

Byline: Inga Michler

Body

Es sind 19 Kinder, die auf der Bühne stehen, regungslos, minutenlang, während aus Lautsprechern klassische Musik ertönt. Das allein ist schon eine Leistung bei einer wilden Truppe von Zwölfjährigen mit Eltern aus acht verschiedenen Ländern. Was folgt, ist noch viel mehr: Ein kurzes Theater-Stück über das Lernen, über Freiheit und über Träume. Eingübt haben es die Sechstklässler mit Erwachsenen, die ab kommendem Sommer ihre Lehrer werden könnten. Für zwei Wochen in den Herbstferien hat ein Team von Pädagogen Schüler aus dem Berliner Wedding zur Schnupper-Akademie geladen.

Die Akademie war eine Art Testlauf. Die Veranstalter, die gemeinnützige Gesellschaft Quinoa, die von der Bayer Cares Foundation unterstützt werden, wollten zeigen, dass Träume Wirklichkeit werden können: Schüler aus unterschiedlichen Ländern, aus zum großen Teil sozial schwachen Familien, sollen gemeinsam lernen, mit neuen Unterrichtskonzepten. Sie sollen „erleben, dass ihre Schwierigkeiten in Deutsch und Mathematik überwindbar sind“, heißt es im Flugblatt, das einlud zu dieser „coolen Ferienaktion für Sechstklässer im Wedding“.

„Die Herbstakademie ist unsere Generalprobe. Im nächsten Sommer dann wird es ernst“, sagt Quinoa-Geschäftsführerin Fiona Brunk. Im Sommer 2014 will Quinoa eine Privatschule eröffnen. Es soll die erste private Regelschule in Deutschland werden, die sich explizit an Eltern richtet, die kein Schulgeld für ihre Kinder bezahlen können. Eine kleine Revolution. Denn bisher gilt hierzulande das ungeschriebene Gesetz: Öffentliche Schulen stehen allen Kindern offen. Die Privaten richten sich - von einzelnen Stipendien für Benachteiligte und einer spendenfinanzierten Schule für Flüchtlingskinder in München abgesehen - vor allem an den Nachwuchs von wohlhabenden Familien.

Und diese Aufteilung ist vom Staat ganz offensichtlich auch so gewollt. Die meisten Bundesländer decken über ihre Zuschüsse nur einen Bruchteil der laufenden Kosten von Privatschulen ab. Und selbst diese Zuschüsse wurden in

Die Privatschule im Problemkiez Im Berliner Wedding, einem Migrantenviertel mit hoher Hartz-IV-Quote, entsteht die erste privat finanzierte Schule für sozial Sc....

den vergangenen Jahren etwa in Brandenburg, Sachsen oder Thüringen noch stark gekürzt. Selbst wenn sie effizient wirtschaften, sind private Schulen da immer mehr auf das Schulgeld angewiesen, das die Eltern zahlen.

Das allerdings ist unter Experten längst sehr umstritten. Helmut Klein, Erziehungswissenschaftler vom Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln (IW), etwa spricht von einer „systematischen Benachteiligung der Privatschulen“, die Schüler aus ärmeren Familien tendenziell ausschließe. Seinen Berechnungen zufolge decken die staatlichen Zuschüsse im Bundesdurchschnitt nur 50 bis 60 Prozent der tatsächlichen Kosten des Privatschulbetriebs. Je Schüler an freien Schulen spare die öffentliche Hand im Bundesdurchschnitt rund 1700 Euro im Jahr, was die Länderhaushalte um 1,2 Milliarden Euro entlaste.

Ludger Wößmann, Bildungsökonom beim Münchner Ifo-Institut, sieht dadurch den fruchtbaren Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Schulen behindert. Wie fruchtbar ein Wettstreit um gute Schulpraxis sein kann, hat er bei einem Vergleich der Pisa-Testergebnisse des Jahres 2003 festgestellt. Seiner Auswertung zufolge steigt das Leistungsniveau der Schüler, wenn der Anteil der Privatschulen in einem Land hoch ist - und wenn diese komplett aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Von dem Wettbewerb um die besten Ideen profitierten in diesem Falle auch die Schüler der staatlichen Schulen.

Quinoa will im kommenden Sommer in diesen Wettbewerb eintreten und wirbt unter Unternehmen, Sozialinvestoren sowie öffentlichen und privaten Förderern um Sponsoren. Sie sollen Stipendien in Höhe von 500 Euro pro Monat für den Großteil der 50 Schüler der ersten beiden siebten Klassen übernehmen - garantiert für vier Jahre lang. Ein Teil des Weges sei schon geschafft, sagen die beiden Gründer, Fiona Brunk und Stefan Döring. Weitere Förderer, auch für die Lehrmittel und Ausstattung der Räume, würden noch gesucht. Mit Geld vom Staat kann Quinoa, wie jede andere private Schulgründung in Berlin, erst ab dem vierten Betriebsjahr rechnen. Nur wenn die Schule im Wedding eine „Ausgründung“ eines anderen Schulträgers würde, flösse das staatliche Geld sofort: Pro Schüler und Monat wären das nach Berechnungen von Quinoa allerdings lediglich 500 Euro.

Für das, was Brunk und Döring vorhaben, reicht das nicht. Die beiden haben sich nach dem Studium als Aushilfslehrer für das Sozialunternehmen „Teach First“ an einer Schule im Bezirk Wedding kennengelernt. Sie wissen, worauf sie sich einlassen. Ihre neue Schülerschaft soll so zusammengesetzt sein, wie der Brennpunktbezirk selbst: Hier leben zwei Drittel der Jugendlichen unter 15 Jahren in Hartz-IV-Haushalten. 40 Prozent der Kinder starten die Grundschule mit großen Defiziten, sowohl in ihrer eigenen Muttersprache, als auch in Deutsch. 30 Prozent verlassen die Schule ohne Abschluss.

Gerade in solchen sozialen Brennpunkten könnten private Schulen eine gute Alternative zu staatlichen Schulen sein, findet Petra Witt, Präsidentin des Verbandes deutscher Privatschulverbände. „Da brauchen wir besonders dringend neue Konzepte, weil die althergebrachten Schulformen häufig nicht funktionieren. Deshalb ist die Idee von Quinoa spannend.“ Bisher allerdings ist sie auch einzigartig, denn allerorts fehlt das Geld. Angesichts der Knauserigkeit des Staates bleibt den meisten Privatschulen gar nichts anderes übrig, als Schulgeld zu erheben oder den Betrieb durch großzügige Spenden der Eltern an die Fördervereine zu sponsern. „In sozial schwachen Einzugsgebieten ist dies besonders problematisch“, sagt Witt. „Dort werden zwar dringend neue und gute Schulen gebraucht. Die Eltern können sich häufig aber kaum Schulgeld leisten.“ Deshalb sucht Quinoa nach Sponsoren - und will denen und den Kindern etwas bieten für das Geld. In der Ganztagschule soll möglichst jede Unterrichtsstunde durch einen Lehrer und einen Helfer oder Sozialarbeiter doppelt besetzt sein. Es soll spezielle Fächer geben wie „interkulturelle Kompetenz“ oder „Zukunft“, die Mut machen sollen, die eigene Herkunft als Stärke zu erleben und früh die Weichen für die Berufswahl zu stellen. Und jeder Schüler soll einen Tutoren und nach dem Abschluss einen Mentoren für den weiteren Weg bekommen. Möglichst jedes Kind soll die Schule schaffen und einen guten Anschluss finden. „Eine Garantie gibt es natürlich nicht“, sagt Gründerin Brunk. „Lehrer, Eltern und Schüler, alle müssen an einem Strang ziehen.“

Da wäre Layal Falaik gern dabei. Die Mutter von vier Kindern mit libanesischen Wurzeln hatte zwei ihrer Töchter zur Herbstakademie gebracht. „So eine tolle Schule“, findet Falaik. Im nächsten Jahr wünscht sie sich für ihre Älteste, Hannah, einen Platz. Das selbstbewusste, großgewachsene Mädchen mit Kopftuch hatte bei der

Die Privatschule im Problemkiez Im Berliner Wedding, einem Migrantenviertel mit hoher Hartz-IV-Quote, entsteht die erste privat finanzierte Schule für sozial Sc....

Abschlussfeier auf der Bühne das Kommando. Als sie „freeze“ rief, erstarrten die Kinder zu ihrer Abschlusspose. Tosender Applaus brandete auf.

Um Träume ging es viel an jenem Vormittag. Geradezu beseelt berichtete Quinoa-Mit-Geschäftsführer Stefan Döring zum Abschluss der Herbstakademie von seinen Erfahrungen. „Wenn ich an die vergangenen zwei Wochen denke, denke ich vor allem an Neugierde, an Erstaunen über die Kinder, ihre Kreativität, ihr Zusammenwachsen als Gruppe, an den Level an Energie und viele lächelnde Gesichter.“ Die konnten dann auch die Gäste sehen - in einem Zusammenschnitt von Fotos aus der gemeinsamen Arbeit. Untermalt war die Dia-Show mit einem Lied, das die Herzen der Zuschauer rührte, selbst wenn sie nicht perfekt deutsch verstehen: „Für mich soll's rote Rosen regnen“, singt Hildegard Knef mit samtiger Stimme. „Und später sagte ich noch: Ich möchte: verstehen, viel sehen, erfahren, bewahren.“

Graphic

florianbuettner.com

Schul-Gründer mit ehrgeizigen Plänen: Fiona Brunk und Stefan Döring

florianbuettner.com

Schul-Gründer mit ehrgeizigen Plänen: Fiona Brunk und Stefan Döring

Quinoa Bildung/Martin Arning; florianbuettner.com

Schülerinnen an der Herbstakademie von Quinoa Bildung, in eine Projektaufgabe vertieft. Die Herbst-Aktion war ein Testlauf für den Start der Schule im Sommer 2014

Florian Buettner

Florian Buettner

Martin Arning

Load-Date: November 23, 2013

Skandal um die WM 2022 weitet sich aus; 4000 Tote auf den Baustellen Katars befürchtet

Die Welt

Samstag 28. September 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: SPORT; S. 23; Ausg. 227

Length: 662 words

Body

Der neue Skandal um die Fußball-WM 2022 in Katar hat eine große Welle der Entrüstung ausgelöst. Der Bauboom im Emirat am Persischen Golf, das hatte die englische Tageszeitung „Guardian“ berichtet, habe zu einer katastrophalen Lage vor allem der nepalesischen Gastarbeiter und 44 Toten binnen kürzester Zeit geführt. Der Internationale Gewerkschaftsbund IGB warnt nun vor noch fataleren Folgen.

„Wenn sich da nicht sofort etwas ändert, wird die WM mit 4000 toten Arbeitern bezahlt. Die nepalesische Botschaft schätzt offiziell, dass jedes Jahr 200 nepalesische Migranten sterben. Die indische Botschaft schätzt auch jährlich 200 Tote“, sagte die IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow, die aber von noch schlimmeren Zahlen ausgeht: „Wir sind der Ansicht, dass die wirkliche Todesrate weitaus höher ist.“ Bis zu 2,2 Millionen Gastarbeiter primär aus Südasien werden auf dem Weg zur WM in neun Jahren erwartet. Um größeren Schaden zu verhindern, nahm Burrow die Behörden und den Weltverband dringlichst in die Pflicht: „Katar muss sofort seine Gesetze reformieren. Firmen, die an den Bau- und Infrastrukturarbeiten in Katar beteiligt sind, müssen dafür sorgen, dass dies nicht auf Kosten von Menschenleben geschieht. Die Fifa sollte Druck auf die Regierung ausüben - und die Weltmeisterschaft nie wieder in einem Land durchführen, in dem Arbeiterrechte und Menschenleben derart verletzt werden.“

Zumindest der Weltverband kündigte in einer Mitteilung die rasche Aufarbeitung der Sache an. „Die Fifa ist angesichts der Berichte sehr besorgt. Wir werden schleunigst Kontakt zu den katarischen Behörden aufnehmen“, hieß es in einer ersten Reaktion des Weltverbandes. Zudem werde das Thema auf die Agenda für die bevorstehende Exekutivkomitee-Sitzung in der kommenden Woche in Zürich gesetzt. Eine Anfrage nach einem Statement des Präsidenten Joseph S. Blatter oder des Generalsekretärs Jerome Valcke blieb am Freitag zunächst ohne Erfolg.

Angesichts der dramatischen Enthüllungen erscheint die bislang geführte Diskussion um angebliche Korruption und die Frage, ob Profis oder Zuschauer die schönste Nebensache der Welt bei 50 Grad Celsius zuzumuten ist, nebensächlich. Vor allem vor dem Hintergrund, dass für die Gastarbeiter Besserung vorerst nicht in Sicht ist.

Denn der Bericht über „besonders empörende und lebensgefährliche Verletzungen der Rechte von Arbeitsmigranten in Katar“ ist für die globale Menschenrechtsorganisation Amnesty International zwar

Skandal um die WM 2022 weitet sich aus 4000 Tote auf den Baustellen Katars befürchtet

schockierend, „ein neues Phänomen ist die Ausbeutung und Misshandlung ausländischer Arbeiter aber leider nicht“, sagte Amnesty-Pressesprecher Ferdinand Muggenthaler. Kein gesetzlicher Schutz vor Ausbeutung, ein deutlich geringerer Lohn als vertraglich vereinbart und sexueller Missbrauch: All dies habe der Report aus dem vergangenen Jahr bereits zu Tage gebracht. „Und trotz gesetzlicher Schutzvorschriften versäumt es die Regierung seit Jahren, dagegen vorzugehen“, kritisierte Muggenthaler.

Suhas Chakma, Direktor des asiatischen Zentrums für Menschenrechte, forderte derweil mehr Feingefühl aus den Heimatländern der Gastarbeiter. „Die müssen die Augen endlich auf machen“, sagte er: „Es ist schade, dass sie sich so wenig an die UN-Konvention halten.“ Da heißt es in Artikel 7 der UN-Wanderarbeitnehmerkonvention nämlich, dass „jeder Vertragsstaat“ sich dazu verpflichtet, „die niedergelegten Menschenrechte zu achten und den Arbeitnehmern zu gewähren“.

In Katar reagierte das Organisationskomitee offensichtlich überrascht. „Wie jeder, der die Bilder und Videos sieht und den entsprechenden Artikel liest, sind wir entsetzt über den Befund des Guardian-Berichts. Es gibt keine Entschuldigung dafür, dass Arbeiter in Katar oder sonstwo so behandelt werden“, teilte das WM-OK mit. „Die Gesundheit, Sicherheit und das Wohlbefinden eines jeden Arbeiters in der Vorbereitung auf die WM 2022 ist für das OK von größter Wichtigkeit. Das Turnier soll dabei helfen, eine Verbesserung des Lebens der Arbeiter in Katar herbeizuführen.“

Load-Date: September 28, 2013

**Politik Kompakt I; Innenministerkonferenz: Initiative für ein neues
Bleiberecht für Ausländer ++ Verbraucher: 78 ++ Fusion: Landeskirchen
schließen sich zur Nordkirche zusammen**

Die Welt

Dienstag 29. Mai 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 123

Length: 639 words

Byline: Martin Lutz

Body

Innenministerkonferenz

Initiative für ein neues Bleiberecht für Ausländer

Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) will im Juni eine Bundesratsinitiative für ein neues Bleiberecht für ausreisepflichtige Ausländer starten, das ihnen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht ermöglicht. Zur Voraussetzung macht Schünemann, dass sie ihre Identität von sich aus freiwillig offenlegen und sich für die Neubeschaffung verlorener Pässe einsetzen. Beides verhindert bislang häufig Abschiebungen. Zudem verlangt Schünemann den Abschluss einer „Integrationsvereinbarung“ bei einer Ausländerbehörde mit dem Ziel, dass der Unterzeichner an einem Integrationskurs teilnimmt und seine Deutschkenntnisse verbessert. Das Problem von Identitätstäuschern und damit von Kettenduldungen werde entscheidend verringert, sagte Schünemann der „Welt“. Gemeint ist die Kettenduldung abgelehnter **Asylbewerber**, die ohne Arbeits- und Integrationsmöglichkeiten oft noch nach Jahren vor der Abschiebung stehen.

Schünemann will den Vorstoß für ein neues Bleiberecht auf der Innenministerkonferenz von Bund und Ländern vorstellen, die am 30. Mai in Göhren/Lebbin in Mecklenburg-Vorpommern tagt. Wer seinen Pass nach vierjähriger Duldung vorlegt, soll nach dem Konzept des Ministers einen maximal zweijährigen „Abschiebeschutz“ und anschließend eine Aufenthaltserlaubnis für ein Jahr auf Probe erhalten. Dafür muss ein Ausländer nachweisen, dass er erfolgreich an einem Integrationskurs teilgenommen und Sprachkompetenz erworben hat. Zugleich muss er mindestens ein Jahr seinen Lebensunterhalt vollständig selbst gesichert haben, und es muss Gewähr dafür bestehen, dass er dies auch in Zukunft tut. Nach dem Probejahr und bei guter Integration können Ausländer dann auf dauerhaften Aufenthalt hoffen.

Mit seinem Vorstoß korrigiert der von seinen Kritikern als „Abschiebeminister“ beschimpfte Schünemann seinen bislang verfolgten Kurs, Flüchtlingen Integrationsleistungen erst nach einer Anerkennung beziehungsweise

Politik Kompakt I Innenministerkonferenz: Initiative für ein neues Bleiberecht für Ausländer ++ Verbraucher: 78
++ Fusion: Landeskirchen schließen sich zur Nord....

Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zuzugestehen. Schünemann spricht dabei selbst von einem „Paradigmenwechsel in der Ausländerpolitik“. MLU

Verbraucher

78

Prozent der Bundesbürger zahlen im Urlaub am liebsten bar, wie eine Umfrage der Commerzbank zeigt. Obwohl bereits jeder zehnte im Urlaub bereits einmal bestohlen wurde, macht sich demnach kaum ein Urlauber Sorgen, Bargeld oder Kreditkarten könnten entwendet werden. Derzeit geben Urlauber zusätzlich zu Anreise und Unterkunft rund 820 Euro aus. Viele Befragten rechnen damit, dass diese Nebenkosten des Urlaubs in diesem Jahr um etwa 280 Euro ansteigen werden.

Fusion

Landeskirchen schließen sich zur Nordkirche zusammen

Die evangelischen Landeskirchen Mecklenburg, Nordelbien und Pommern haben sich mit einem Festgottesdienst in Ratzeburg zur Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland zusammengeschlossen. Rund 700 Gäste waren Zeugen, wie sich drei große Segel als Sinnbilder für die drei Landeskirchen zusammenfügten. Mit 2,3 Millionen Mitgliedern in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein ist die Nordkirche nun die fünftgrößte unter den deutschen Landeskirchen. Innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ist es der erste Zusammenschluss, der Kirchen der früheren Bundesrepublik und der ehemaligen DDR zusammenführt. Bundespräsident Joachim Gauck würdigte diesen Schritt als neues Kapitel des vertrauensvollen Miteinanders von Ost- und Westdeutschen. Mit der Fusion sinkt die Zahl der evangelischen Landeskirchen in Deutschland auf 20. Kiel wird Ort des gemeinsamen Kirchenamtes der Nordkirche sein, und Schwerin wird Sitz des noch zu wählenden Landesbischofs. In ihrer Struktur ist die Nordkirche sehr unterschiedlich geprägt. So gehören in Nordelbien rund zwei Millionen Menschen, in Mecklenburg nur 200.000 und in Pommern knapp 100.000 der evangelischen Kirche an.

Load-Date: September 12, 2012

**Deutschland Kompakt I; Amtsbezüge: SPD kritisiert DIHK-Vorstoß für
höheres Kanzlergehalt ++ Inklusion: 660 ++ Katholische Kirche: Scheidender
Misereor-Chef fordert Zölibat-Lockerung ++ Stuttgart 21: Bahnprojekt wird
teurer und ein Jahr später fertig ++ Kanzleramt: Ex-BND-Chef Uhrlau darf
Deutsche Bank beraten ++ Steuerrecht: FDP will Ehegatten-Splitting für
homosexuelle Paare ++ EU-Vergleich: Deutschland verzeichnet zweitgrößte
Asylantragszahl**

Die Welt

Samstag 24. März 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 72

Length: 1055 words

Byline: Gernot Facius

Body

Amtsbezüge

SPD kritisiert DIHK-Vorstoß für höheres Kanzlergehalt

Ein Vorstoß des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) für eine höhere Bezahlung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) stößt bei der SPD auf Kritik. DIHK-Präsident Hans Heinrich Driftmann sprach sich in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ dafür aus, das Gehalt der Regierungschefin auf mindestens eine halbe Million Euro pro Jahr zu erhöhen. Er verteidigte zugleich die Millionengehälter deutscher Topmanager. Driftmann begründete den Vorstoß für ein höheres Kanzlergehalt damit, dass auch Geschäftsführer mittelgroßer Unternehmen Bezüge in der Größenordnung von einer halben Million Euro pro Jahr erhielten. SPD-Fraktionsvize Joachim Poß erwiderte: „Es geht nicht um die Verbesserung der Gehälter von Politikern, sondern um die Begrenzung der Spitzengehälter von Unternehmern und Managern in der Wirtschaft.“ Insofern versuche Driftmann nur vom Thema der Debatte über Topgehälter in der Wirtschaft abzulenken. Derzeit beträgt das Gehalt der Kanzlerin gut 15.000 Euro monatlich. Dazu kommt eine seit 1950 unveränderte Aufwandsentschädigung für amtliche Repräsentationspflichten von gut 12.000 Euro pro Jahr.

Inklusion

660

Deutschland Kompakt | Amtsbezüge: SPD kritisiert DIHK-Vorstoß für höheres Kanzlergehalt ++ Inklusion: 660
 ++ Katholische Kirche: Scheidender Misereor-Chef forde....

Millionen Euro an jährlichen Mehrkosten würden in Deutschland für den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern anfallen. Dies entspricht etwas weniger als zwei Prozent der heutigen Gesamtkosten von Schulen. Die Zahlen hat der Ökonom Klaus Klemm von der Universität Duisburg-Essen im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung errechnet. Die Inklusion an Schulen ist eine Forderung der UN-Behindertenrechtskonvention, die Deutschland 2009 ratifiziert und nun umzusetzen hat. Den Angaben zufolge besucht bundesweit mit 22,3 Prozent nicht einmal jeder vierte Förderschüler eine Regelschule.

Katholische Kirche

Scheidender Misereor-Chef fordert Zölibat-Lockerung

Der Vorgang hat Signalcharakter für die katholische Kirche in Deutschland: Prälat Josef Sayer nutzte den Abschied von seinem Amt als Hauptgeschäftsführer des größten katholischen Hilfswerks Misereor für die Aufforderung an die Bischöfe, sich bei Papst Benedikt XVI. für die Lockerung der Zölibatspflicht einzusetzen. „Warum tun sich unsere Bischöfe nicht endlich zusammen und drängen Rom, zumindest ‚viri probati‘ - erprobte, verheiratete Männer - als Priester zuzulassen?“, fragte der 70-Jährige im „Kölner Stadtanzeiger“. Er verwies auf Äußerungen von Papst Benedikt während dessen Zeit als Regensburger Dogmatikprofessor im Jahr 1970, dass einer solchen Regelung theologisch nichts entgegenstehe. Mit seinem Plädoyer hat sich Prälat Sayer öffentlich hinter den Appell führender katholischer Theologen und Laien gestellt, die im vergangenen Jahr in Memoranden und Erklärungen für die Lockerung der Zölibatsverpflichtung der Kleriker eingetreten waren und dafür aus dem Vatikan scharf kritisiert wurden. Sayers Forderung befeuert die Diskussionen in dem von den deutschen Bischöfen eingeleiteten Gesprächsprozess, der im Herbst in Hannover fortgesetzt werden soll. Kirchliche Reformgruppen wollen das Zölibatsproblem auch während des Katholikentags im Mai in Mannheim thematisieren. fac

Stuttgart 21

Bahnprojekt wird teurer und ein Jahr später fertig

Das Bahnprojekt Stuttgart 21 wird teurer und ein Jahr später fertig gebaut. Dies kündigten Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) und Bahn-Infrastrukturvorstand Volker Kefer nach dem „Lenkungskreis“ der Projektpartner an. Kefer erläuterte, nachdem 50 Prozent der Bauaufträge vergeben worden seien, lägen die Kosten gemäß Bahn-Prognose nun bei 4,3 Milliarden Euro. Bisher war das Projekt immer auf 4,1 Milliarden Euro kalkuliert worden. Hermann sagte, er betrachte dies mit Sorge. Er werde alles dafür tun, dass der Kostendeckel von 4,5 Milliarden Euro gehalten werde. Laut Bahn-Vorstand Kefer kann das Projekt erst Ende 2020, ein Jahr später als geplant, fertiggestellt werden. Dies liege daran, dass mit dem Bau des Grundwassermanagements erst im Januar 2013 begonnen werden könne.

Kanzleramt

Ex-BND-Chef Uhrlau darf Deutsche Bank beraten

Der frühere Chef des Bundesnachrichtendienstes (BND), Ernst Uhrlau, kann künftig ruhigen Gewissens die Deutsche Bank beraten. Wie eine Regierungssprecherin bestätigte, hat das Bundeskanzleramt dem Spitzenbeamten den Wechsel in die freie Wirtschaft genehmigt. Das Kanzleramt habe den Fall „beamtenrechtlich geprüft“. Uhrlau bleibe „hinsichtlich dienstlich erlangter Informationen zur Verschwiegenheit verpflichtet“. Politiker von Union und SPD hatten zuvor den raschen Seitenwechsel kritisiert und sich für die Einführung einer Karenzzeit ausgesprochen. Uhrlau war im Dezember 2011 nach Erreichen der Pensionsgrenze aus dem BND ausgeschieden.

Steuerrecht

FDP will Ehegatten-Splitting für homosexuelle Paare

Lesbische und schwule Paare sollen nach dem Willen der FDP in den Genuss aller Steuerprivilegien von Eheleuten kommen. Von 2013 an sollten auch gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften vom Ehegatten-Splitting profitieren, fordern FDP-Chef Philipp Rösler und Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP).

Deutschland Kompakt I Amtsbezüge: SPD kritisiert DIHK-Vorstoß für höheres Kanzlergehalt ++ Inklusion: 660
++ Katholische Kirche: Scheidender Misereor-Chef forde....

Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sollte dies noch im aktuellen Jahressteuergesetz 2013 verankern. In einem Brief an Schäuble schreiben der Vizekanzler und die Ministerin: „Im Koalitionsvertrag haben wir uns darauf verständigt, insbesondere gleichheitswidrige Benachteiligungen im Steuerrecht abzubauen.“ Damit werde auch die Rechtsunsicherheit durch die unterschiedliche Handhabung durch Finanzverwaltung und Finanzgerichte beendet, vorläufigen Rechtsschutz zu gewähren oder zu versagen.

EU-Vergleich

Deutschland verzeichnet zweitgrößte Asylantragszahl

Deutschland hat 2011 mit 53.300 Asylanträgen die EU-weit zweithöchste Bewerberzahl registriert. Nur in Frankreich stellten mehr Menschen einen Asylantrag; dort waren es 56.300, wie das EU-Statistikamt Eurostat mitteilte. Danach folgten Italien mit 34.100, Belgien mit 31.900 und Schweden mit 29.700 Anträgen. Insgesamt wurden in der EU 301.000 Asylbewerber registriert; im Vorjahr waren es 259.000.

Bezogen auf die Bevölkerungszahl hat Malta die höchste Asylbewerberquote. Umgerechnet auf eine Million Einwohner wurden 4500 Asylanträge eingereicht. In Deutschland wurden 650 Anträge pro Million Einwohner gestellt. In Deutschland wurde in 9675 von 40.295 Fällen Asyl gewährt.

Load-Date: March 24, 2012

Bundesanwaltschaft widerspricht Berliner Innensenator; Frank Henkel steht im Verdacht, in der NSU-Affäre um eine V-Person den Abgeordneten nicht die Wahrheit gesagt zu haben

Die Welt

Mittwoch 19. September 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 4; Ausg. 220

Length: 836 words

Byline: Manuel Bewarder

Uwe Müller

Martin Lutz

Highlight: CDU-Politiker verspricht Aufklärung und will Sonderermittler einsetzen

Body

Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) gerät immer stärker in Bedrängnis. Im Fall der vom Berliner Landeskriminalamt (LKA) geführten V-Person Thomas S. widerspricht die Bundesanwaltschaft dem Innensenator in einer zentralen Aussage. „Absprachen über Zeitpunkt und Form der Übermittlung der Erkenntnisse an den NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages wurden nicht getroffen“, sagte ein Sprecher des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof der „Welt“. Alle Beteiligten seien sich über die Sensibilität der Informationen der Ermittlungen bei der Bundesanwaltschaft bewusst gewesen.

Nach Henkels Darstellung soll der Generalbundesanwalt hingegen darum gebeten haben, die Berliner Erkenntnisse zunächst nicht weiterzuleiten. Thomas S. hatte dem LKA Hinweise auf Aufenthaltsorte der Neonazis des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) gegeben, die für zehn Morde an Migranten und an einer Polizistin verantwortlich gemacht werden.

Thomas S. ist einer von 13 Beschuldigten im NSU-Ermittlungsverfahren. Er war nach eigener Aussage über Monate mit Beate Zschäpe liiert und half dem Neonazi-Trio aus Jena, dem Zschäpe mutmaßlich angehörte, Ende der 90er-Jahre in Chemnitz unterzutauchen. Das Verfahren wird von der Bundesanwaltschaft geleitet. Diese arbeitet eng mit den Behörden in den Ländern zusammen, um alle Informationen rund um den NSU zusammenzutragen.

Bundesanwaltschaft widerspricht Berliner Innensenator Frank Henkel steht im Verdacht, in der NSU-Affäre um eine V-Person den Abgeordneten nicht die Wahrheit ges....

Nun erhöht sich der Druck auf Henkel, der am Dienstag bei einer Sondersitzung des Innenausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses über Pannen seiner Behörden im Umgang mit dem NSU berichten musste. Zuvor hatte bereits Bundeskanzlerin Angela Merkel Probleme bei der Aufarbeitung der Mordserie beklagt. Daraus müssten „Konsequenzen gezogen werden“, hatte sie am Montag vor der Bundespressekonferenz gesagt.

Zum Zeitpunkt der Sondersitzung in Berlin war der Widerspruch zwischen den Aussagen Henkels und der Bundesanwaltschaft noch nicht bekannt. Die Opposition in Berlin warf Henkel in der öffentlichen Sitzung vor, das Parlament hintergangen und nicht rechtzeitig über die Verbindung der V-Person informiert zu haben. Grünen-Abgeordnete Clara Hermann sagte, das sei einer der „größten Sicherheitsskandale in Deutschland.“ Henkel wies den Vorwurf zurück.

Henkel war in der vergangenen Woche in die Kritik geraten, weil der langjährige Unterstützer des Trios mehr als ein Jahrzehnt als Informant der Staatsschutzabteilung im Landeskriminalamt geführt wurde. Dabei soll Thomas S. mehrmals Hinweise auf den Aufenthaltsort der 1998 in den Untergrund abgetauchten NSU-Mitglieder gegeben haben. Diese brisanten Informationen sind damals möglicherweise nicht an die zuständigen Polizeibehörden in Thüringen und Sachsen weitergeleitet worden. Aktuell wiegt schwer, dass die Berliner Behörde den NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages über Monate hinweg nicht über ihre V-Person unterrichtete.

Nach eigenen Angaben wusste Henkel davon seit März, verschwieg das aber der Öffentlichkeit. Nur die Bundesanwaltschaft wurde unterrichtet. „Ich bedauere ausdrücklich, dass es dadurch zu Irritationen gekommen ist“, sagte Henkel vor dem Innenausschuss. Möglicherweise hätte man im Nachhinein in der Kommunikation etwas anders machen können. Aber aus damaliger Sicht sei es aus Gründen des Quellenschutzes nicht zu verantworten gewesen, die Informationen öffentlich mitzuteilen. Andernfalls habe die Gefahr bestanden, dass das Leben des Informanten gefährdet, weitere Ermittlungen gegen andere Personen aus dem Umfeld der NSU-Unterstützer behindert und wichtiges Beweismaterial unter Umständen vernichtet worden wäre. Zugleich sicherte Henkel den Abgeordneten nun weitere Aufklärung zu. Dem Bundestags-Untersuchungsausschuss seien am Dienstagmorgen alle erforderlichen Akten zugeleitet worden. Auch die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses sollen Akteneinsicht bekommen. Henkel bekräftigte sein Versprechen, einen Sonderermittler zur Aufklärung einzusetzen.

Der Opposition gingen die Ankündigungen noch nicht weit genug. Henkel habe mit keinem Wort gesagt, wie er in Zukunft ähnliche Irritationen vermeiden wolle, kritisierte der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Benedikt Lux. Auch Udo Wolf (Linke) sah weiterhin dringenden Handlungsbedarf. Henkel solle einmal hinterfragen, ob das Sicherheitssystem nicht fehlerhaft sei und die Koordinierung zwischen den Behörden und dem Parlament verbessert werden müsse. In Zukunft müssten die Abgeordneten „unverzüglich über alle vorliegenden Informationen“ unterrichtet werden. „Das sind sie den Familien der Opfer schuldig“, sagte er.

Die SPD-Regierungsfraktion warf derweil der Opposition eine unnötige Skandalisierung vor. „Sie sollten erst Fakten sammeln und dann bewerten. Doch sie machen es umgekehrt“, sagte der Innenexperte Thomas Kleineidamm. Diese Vorgehensweise sei unseriös. Seine Fraktion könne nach Henkels Darlegung kein Fehlverhalten erkennen. „Es wurde nichts vertuscht, und es wurden auch keine Akten vernichtet.“

Seite 30

„Einer der größten Sicherheitsskandale in Deutschland“ Grüne

Load-Date: January 16, 2013

Das Herz stirbt links

Die Welt

Freitag 28. September 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; Krekeler killt; S. 24; Ausg. 228

Length: 667 words

Byline: Elmar Krekeler

Body

Polizisten müssen wir bitten, mal kurz wegzulesen. In dieser Kolumne wird zwei Mal das Wort „Bullen“ fallen. Wir entschuldigen uns sehr, können aber nichts dafür. Weil wir uns für die kommende gute Viertelstunde in einem Milieu aufhalten müssen, in dem noch sehr in Bu?, sorry, alten Feindbildern gedacht wird. Einem Jurassic Park altlinker Denkungsart.

Der beschauliche, altbundesrepublikanische Mentalitätszoo befindet sich in Kreuzberg, mithin mittendrin, westliche Mitte von Berlin. Da sitzen sie alle, die sich irgendwann in den Achtzigern aus Süddeutschland hierhin geflüchtet haben, zu Zeiten also, als deutsche Regierungen noch am Nato-Doppelbeschluss zu scheitern drohten und nicht an Killefit wie dem Betreuungsgeld, da sitzen sie, friedensbewegt, stracks antikapitalistisch, nur angegraut, und merken, wie sich ihr Kiez ganz allmählich in ein Erdbebengebiet verwandelt.

Die sozialen Schichten der Stadt schieben sich auf- und übereinander - die alte Bohème und die neuen Bürger, die Migranten und die Touristen, die Immobilienhaie und die Antiaufwertungsinitiativen. Das kann Tote geben. Und tut es auch im neuen Fall für die Kreuzberger Amateurdetektive des Historikers Christian von Dittfurth.

Eines lauen Sommermorgens, damit geht's los, liegt eine Leiche auf der Admiralbrücke. Rosi Weinert. Journalistin der Stadtteilzeitung, eine Investigative, gleich mehreren Skandalen auf der Spur. Erschlagen liegt sie da, wo sonst der Bär tobt, die Touristen chillen, ein bunter Haufen junger Leute feiert ihre Jungeleutehaftigkeit. Unübersehbar liegt sie da, wie ein Menetekel, ein Mahnmal für Kreuzberg im Allgemeinen und Rosis Freunde von der Okerstraßen-WG im Besonderen: Matti, Twiggy und Dornröschen. Matti, abgebrochener Pädagoge und Taxifahrer mit Hang zu chinesischer Philosophie, Twiggy, bäriger Typ mit unbekannten Beschäftigungsverhältnissen, aber unbegrenzter Organisationsfähigkeit, und Dornröschen, somnambule Journalistin, die genauso schnell denken wie gähnen kann. Wohnhaft samt Kater Robbi (von Robespierre) in Okerstraße 34c, fünfter Stock.

War ja klar, sagen sie, die im ersten Fall („Das Dornröschen-Projekt“) einen Doppelmord im Kiez aufgeklärt haben. Sagen es, während sie in ihrer Küche hocken, mit Verschwörungstheorien Pingpong spielen, nicht mehr ganz frischen Postpunk hören und so herzhaft kiffen, wie schon lange niemand mehr in einem deutschen Krimi gekifft

Das Herz stirbt links

hat. Ist ja klar, wer das war, sagen sie: der Immobilienhai, der hier verrottete Häuser kauft, sie schick macht und anschließend die Mieten erhöht, weil er - schrecklich! - Geld verdienen will, womit er wiederum das soziale Gefüge im Kiez untergräbt.

Rosi war ihm für die Kreuzberger Stadtteilzeitung auf der Spur, seinen miesen Mauseheleien mit dem Senat, seinen miesen Methoden der Entmietung. Also hat er sie umbringen lassen. Und die Bu?, hupps, die Kriminalbeamten, die werden das vertuschen, wenn die - mit Makarows bewaffnete und auch ansonsten sehr wehrhafte und gut vernetzte - Okerstraßen-WG nicht in die Puschen kommt. So denken sie sich das. Ist aber natürlich gar nicht so klar. Weil das im Kiez nicht so einfach ist und klar.

Ditfurth - Sohn von Hoimar und Bruder von Jutta - schickt die drei Fragezeichen durch einen Bildungsroman des altlinken Denkens. Daraus, dass er sehr viel Sympathie hegt für den Denkzoo, den er da erfunden hat, macht Ditfurth gar keinen Hehl. Daraus, dass er dessen arthritische Denkschleifen aus den späten Sechzigern nur noch für bedingt geeignet hält, der Gegenwart intellektuell gerecht zu werden, allerdings auch.

Was sich immer dann zeigt, wenn die drei tapferen Antikapitalisten in die Debattenschlacht gegen das geniale Superhirn des Immobilienhais ziehen (geradezu respektvoll bloß „der Chef“ genannt). Immer wieder holen sie sich in den Rededuellen mit ihm blutige Nasen. Der Mann hat Klasse, Konsequenz. Der Mann ist ihnen über.

Ein Taxi fliegt in die Luft. Eine Liebe stirbt. Der Böse ist am Ende gar nicht der Böse, weil er schon der Böse ist. Herrlich. So ist Berlin.

Load-Date: January 26, 2013

Zweifel bleiben; Politiker wollen die NPD verbieten, Sicherheitsbehörden sammeln fleißig Material. Doch die Erwartungen werden gebremst

Die Welt

Montag 15. Oktober 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 6; Ausg. 241

Length: 817 words

Byline: Manuel Bewarder

Jochen Gaugele

Highlight: Ex-Verfassungsrichter Papier: Mit Parteienverbot kann man politische Gesinnungen nicht bekämpfen

Body

Der Weg ist eingeschlagen, es soll ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD geben. Darauf legte sich jedenfalls der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer bereits im August fest: „Diese Partei gehört verboten“, sagte der CSU-Vorsitzende. Er werde alles in die Waagschale werfen, damit ein neues Verfahren gegen die Rechtsextremen mit gutem Material und guter Begründung zustande komme, kündigte Seehofer damals in der „Welt am Sonntag“ an. Notfalls im Alleingang der Bundesländer über den Bundesrat. Andere Bundesländer pflichteten Seehofer bei. Doch es mehren sich die warnenden Stimmen.

Es ist dem Auffliegen der rechtsextremistischen Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) zu verdanken, dass es überhaupt eine neue Debatte über ein mögliches Verbot der NPD gibt. Zehn Morde an **Migranten** und einer Polizistin werden dem NSU-Trio zugeschrieben. Und es deuteten sich enge Verbindungen zu Parteistrukturen der NPD an.

Die Sicherheitsbehörden haben in den vergangenen Monaten Material gegen die NPD zusammengetragen. Die Unterlagen sollen zeigen, wie sehr sich die Partei gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Verfassung stemmt. Das Material wird in diesen Wochen ausgewertet. Verschiedene Medien hatten zuletzt über die Materialsammlung der Sicherheitsbehörden berichtet. Demnach sollen auf über 1000 Seiten 3000 Belege für die Verfassungsfeindlichkeit der rechtsextremen Partei aufgezählt sein. Die Innenminister von Bund und Ländern wollen die Hinweise bis spätestens Ende November bewertet haben. Anfang Dezember wollen sie dann entscheiden, ob die Informationen für einen Verbotsantrag vor dem Bundesverfassungsgericht ausreicht - oder ob der Versuch abgeblasen wird. Es droht eine zweite peinliche Niederlage vor Gericht: Ein erster Verbotsversuch war 2003 gescheitert, weil der Verfassungsschutz zu viele V-Leute in der Parteispitze platziert hatte.

Zweifel bleiben Politiker wollen die NPD verbieten, Sicherheitsbehörden sammeln fleißig Material. Doch die Erwartungen werden gebremst

Im Gegensatz zu Seehofer sehen viele Politiker einen erneuten Verbotsantrag kritisch. Bundestagspräsident Norbert Lammert warnt eindringlich davor: „Selbst bei einem Verbot der NPD wären die politischen Wirkungen schwer kalkulierbar“, sagte der CDU-Politiker der „Welt“. „Ich fürchte, dass wir uns die Probleme mit rechtsextremen Gesinnungen und Aktivitäten mit einem neuen Verbotsverfahren eher erschweren als erleichtern.“ Es sei verständlich, dass die entsetzliche Mordserie der rechtsextremistischen Terrorzelle eine neue Debatte über ein mögliches NPD-Verbot ausgelöst habe, fügte Lammert hinzu. „Dies darf aber die sorgfältige Abwägung nicht ersetzen, ob ein weiteres Verbotsverfahren wirklich Erfolg versprechend wäre und ob es selbst im Erfolgsfall die erhoffte politische Wirkung hätte.“ Er halte jedenfalls seine Zweifel aufrecht.

Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, äußerte angesichts des Voranpreschens mancher Politiker bei der Verbotsfrage die Sorge, dass man „den zweiten vor dem ersten Schritt macht“. Etliche Ministerpräsidenten und Innenminister hätten sich „so dezidiert festgelegt, dass sie Schwierigkeiten haben würden, das vorliegende Material als nicht ausreichend und damit im Ergebnis die NPD als nicht nachweislich verfassungswidrig zu bewerten“, kritisierte er in der „Welt“. Für ein erfolgreiches Verfahren müsse man „der Partei als solcher ein aggressives Vorgehen gegen unsere Grundordnung nachweisen können“, betonte Papier. „Es reicht nicht, wenn einzelne Funktionäre oder Anhänger gegen Strafgesetze verstoßen haben.“ Zugleich erinnerte der ehemals höchste Richter Deutschlands daran, dass man mit einem Parteienverbot „nicht politische Gesinnungen bekämpfen“ könne. „Man kann nur Organisationen treffen.“

Papier regt zudem einen Abzug der V-Leute des Verfassungsschutzes aus der NPD an. „Die Aufklärung der Morde der Terrorzelle NSU fördert ein bedenkliches Erscheinungsbild dieser Informanten zutage“, sagte er. „Wenn sie ihre Aufgabe nicht erfüllen und dazu noch ein Parteiverbot erschweren, ist ihr Einsatz geradezu dysfunktional.“ Daher wäre es „auch kein Schaden, sie aus der NPD abzuziehen“.

Im Zuge der Aufarbeitung von Ermittlungsspannen rund um den NSU wird sich der Untersuchungsausschuss des Bundestags am Donnerstag mit der Rolle des Verfassungsschutzes befassen. Dann wird der Sonderbeauftragte des Bundesinnenministeriums, Hans-Georg Engelke, auftreten. Er sollte die Affäre um geschredderte Akten beim Bundesamt für Verfassungsschutz prüfen. Nachdem ein Mitarbeiter kurz nach dem Auffliegen der Terrorzelle im November 2011 Unterlagen mit Hinweisen zum Umfeld des NSU-Trios vernichtet hatte, trat der damalige Präsident Heinz Fromm zurück.

Nach übereinstimmenden Medienberichten hat Engelke jedoch keinen Hinweis darauf gefunden, dass der Mann Verbindungen des Verfassungsschutzes zu der Terrorzelle vertuschen wollte. Der Mitarbeiter soll vielmehr aus Angst gehandelt haben, weil Fristen zur Löschung der Akten überschritten waren.

Load-Date: January 26, 2013

Auch Flüchtlinge lesen; Über das kenianische Lager Dadaab, das größte der Welt, wurde international viel berichtet. Nun machen Bewohner ihre eigene Zeitung

Die Welt

Donnerstag 12. Januar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 10

Length: 1222 words

Byline: Philipp Hedemann

Highlight: Die jungen Redakteure und Redakteurinnen mussten selbst vor dem Bürgerkrieg im Nachbarland Somalia fliehen

Body

Dadaab/Kenia

Aden Hassan Farah beugt sich noch etwas tiefer, um die alte Frau besser verstehen zu können. Sie ist so erschöpft, dass sie nur noch flüstern kann. Elf Tage floh sie zu Fuß aus dem Süden Somalias. Jetzt ist sie in Dadaab, dem größten **Flüchtlingslager** der Welt in Kenia. In „The Refugee“ (Der **Flüchtling**) wird Farah ihre Geschichte erzählen. Der 25-jährige Somalier ist Nachrichtenchef der Zeitung von **Flüchtlingen** für **Flüchtlinge**.

Farah war gerade fünf Jahre alt, als er mit seiner Familie die Hauptstadt Mogadischu verlassen musste. Allerdings irrte er nicht tagelang halb verhungert durch die somalische Steppe: Sein Vater war bis 1991 Minister unter dem somalischen Diktator Siad Barre, nach dessen Sturz floh Farah mit seinen Eltern und Geschwistern in Geländewagen nach Dadaab. Schwer bewaffnete Leibwächter beschützten sie damals. 20 Jahre später schreibt Farah über seine eigenen Erfahrungen und das Schicksal von fast 500 000 Somaliern, die heute in dem Lager Schutz vor dem Bürgerkrieg suchen.

Als im vergangenen Sommer Dutzende Reporter, Kameramänner und Fotografen der großen westlichen Medien einflogen, merkten Farah und seine Freunde, dass man sich doch für sie interessiert. Jahrelang hatten sie den Eindruck, der Rest der Welt hätte sie, den seit über 20 Jahren währenden Bürgerkrieg in ihrer Heimat und die schlimmste Dürre seit über einem halben Jahrhundert vergessen. Doch im letzten Sommerloch machte Dadaab plötzlich weltweit Schlagzeilen. Nirgendwo wurde die Hunger- und Flüchtlingskatastrophe sichtbarer. Mittlerweile sind die ausländischen Journalisten weitergezogen. Damit die Zelt- und Hüttenstadt Dadaab nicht wieder in Vergessenheit gerät, hat Farah mit acht weiteren jungen Lagerbewohnern „The Refugee“ gegründet.

Auch Flüchtlinge lesen Über das kenianische Lager Dadaab, das größte der Welt, wurde international viel berichtet. Nun machen Bewohner ihre eigene Zeitung

Abdi Abdullahi ist erst 27 Jahre alt und schon Chefredakteur des Blatts. Als er sieben Jahre alt war, geriet das Haus seiner Familie in der südsomalischen Hafenstadt Kismayo unter Granatenbeschuss des Warlords Aidid. „Mein Vater, meine Mutter und zwei meiner Geschwister wurden zerfetzt. Ich war mit meinen beiden jüngeren Schwestern in einem anderen Raum. Wir blieben unverletzt und rannten los. Nach Dadaab.“ Abdullahi hat seine Geschichte oft erzählt, vor über einem Jahr schrieb er sie in einem Essay-Wettbewerb der in Dadaab tätigen amerikanischen Hilfsorganisation FilmAid International das erste Mal auf. Abdullahi gewann den Wettbewerb, erhielt in Dadaab einen Journalismuskurs. Ibrahim Hirsi, ein ehemaliger somalischer Flüchtling, der mittlerweile in den USA Journalismus studiert, führte Abdullahi und sein Team in das Schreiben von Reportagen, Kommentaren und Nachrichten ein, zeigte ihnen, wie man ein Interview führt, wie man mit Digitalkamera, Diktiergerät und Computer umgeht. Kurz darauf erschien die erste Ausgabe von „The Refugee“.

„Meine Redakteure und ich haben oft ausländischen Journalisten in Dadaab zugearbeitet. Irgendwann haben wir uns gedacht: Wir leben hier, wir kennen hier jeden und jedes Problem, wir brauchen keine Übersetzer, die Leute vertrauen uns. Was die ausländischen Journalisten können, können wir auch. Vielleicht sogar besser“, sagt Abdullahi. Doch wie macht man eine Zeitung in einem Flüchtlingslager, in dem es selten Strom, kaum Internet, kein Papier und keine Druckmaschine gibt?

Ein Redaktionsbüro haben Abdullahi und seine sechs männlichen und zwei weiblichen Kollegen nicht. Weil sie kein Gehalt beziehen, sind sie meist zu Fuß im Flüchtlingslager unterwegs, schreiben ihre Artikel handschriftlich vor, tippen sie dann im Büro von FilmAid International ab oder schreiben sie in ihren Hütten auf dem einzigen Redaktions-Laptop, der von Redakteur zu Redakteur wandert. Mithilfe eines kenianischen Journalisten layouten sie die acht Seiten starke Zeitung, schicken die fertige PDF-Datei per Mail in die Hauptstadt Nairobi. Dort wird „The Refugee“ gedruckt und auf einem LKW gemeinsam mit Hilfslieferungen in das 500 Kilometer entfernte Flüchtlingscamp gebracht - das letzte Stück mit Polizeischutz.

Seitdem kenianische Soldaten im Oktober in Somalia einmarschierten, kommt es immer wieder zu Vergeltungsanschlägen der Al-Schabab-Miliz auf kenianischem Boden, aus Dadaab wurden zwei spanische Ärzte-ohne-Grenzen-Mitarbeiter entführt. „Die Sicherheitslage hat sich in den vergangenen Monaten dramatisch verschlechtert. Das internationale Personal musste zeitweise aus dem Lager abgezogen werden“, erklärt der Australier Rafiq Copeland (28), der das Zeitungsprojekt für die vom UN-Flüchtlingshilfswerk unterstützten Organisation FilmAid International in Dadaab betreut. Die Auslieferung der sechsten Ausgabe (Auflage 500 Stück) hat sich deshalb mehrfach verzögert, sie soll in den nächsten Tagen jedoch endlich verteilt werden.

„Der ‚Refugee‘ gibt uns Flüchtlingen eine Stimme. Wir erfahren, wo wir im Lager Hilfe bekommen, wir lesen von Flüchtlingen, die es geschafft haben, Dadaab zu verlassen und uns so Mut machen, und die Zeitung berichtet von der schlimmen Situation in unserer Heimat, Somalia“, erzählt Flüchtling Idriss, der die Zeitung im Schatten eines Baumes laut vorliest. Rund 20 Flüchtlinge hören ihm gebannt zu, die meisten von ihnen können nicht lesen. Wenn Idriss die überwiegend in Englisch verfasste Zeitung komplett vorgelesen hat, übersetzt er sie für die, die kein Englisch verstehen, in ihre Muttersprache Somali.

„Viele Flüchtlinge fiebern der nächsten Ausgabe geradezu entgegen. Dadaab hat bald eine halbe Million Einwohner. Bis es ‚The Refugee‘ gab, war es wahrscheinlich die einzige Stadt dieser Größe, die keine eigene Zeitung hatte“, sagt Copeland. In der nächsten Ausgabe geht es unter anderem um ein Mädchen, das in Dadaab nicht zur Schule gehen kann, weil es im Lager keine Damenbinden kaufen kann, und von einem Flüchtling, der nach langem Warten endlich nach Salt Lake City in den USA ziehen darf.

„The Refugee“ gibt nicht nur dem Leben der neun Redakteure und Redakteurinnen im Alter von 18 bis 27 Jahren, die von einer Karriere bei CNN oder al-Dschasira träumen, in der Monotonie, Langeweile und Perspektivlosigkeit des Lagers einen Sinn, es hilft auch den Lesern. Nach einem Bericht über einen Flüchtling mit einem kürbisgroßen Tumor im Gesicht sammelten die Bewohner Spenden, finanzierten so die lebensrettende Operation in Nairobi. Nach einer Reportage über Albinos im Lager begriffen die Bewohner, dass die weißen Somalier keineswegs verhext sind, sondern ihnen nur Pigmente fehlen. Die Diskriminierung ließ daraufhin spürbar nach.

Auch Flüchtlinge lesen Über das kenianische Lager Dadaab, das größte der Welt, wurde international viel berichtet. Nun machen Bewohner ihre eigene Zeitung

Eines der immer wiederkehrenden Themen in jeder Ausgabe ist die eskalierende Gewalt in dem völlig überfüllten Lager. Morde, Raubüberfälle und Vergewaltigungen sind in der Zeltstadt keine Seltenheit. Chefredakteur Abdullahi ist selbst unmittelbar betroffen. Nach dem tödlichen Angriff auf das Haus seiner Eltern erreichte er nach tagelanger Flucht mit seinen beiden jüngeren Schwestern Dadaab. „Als wir ankamen, dachten wir, wir hätten es geschafft. Aber Sharifo, meine jüngste Schwester, wurde im Lager so oft vergewaltigt, dass sie schließlich an den Folgen starb“, erzählt der Nachwuchsjournalist. Über Sharifo berichtete keiner der internationalen Fernsehsender. Aber nun haben Abdullahi und die anderen im Lager ihre eigene Zeitung, in der sie ihre Geschichten und Schicksale erzählen können.

„Der 'Refugee' gibt uns Flüchtlingen eine Stimme“ Idriss, Bewohner von Dadaab

Graphic

AFP/TONY KARUMBA; Philipp Hedemann

Spielende Kinder im Flüchtlingslager Dadaab

Load-Date: January 12, 2012

End of Document

Helden der Düsternis

Die Welt

Donnerstag 12. Januar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; Neu im Kino; S. 24; Ausg. 10

Length: 684 words

Byline: Josef Engels

Barbara Schweizerhof

Hanns-georg Rodek

Body

Winterreifenpflicht. TÜV. Dauerbaustellen. Es gibt diverse Gründe, warum das Road-Movie-Genre in Deutschland ein Glaubwürdigkeitsproblem hat. Das gilt auch für „Offroad“, einen Film, den es gar nicht geben dürfte. Denn der heimliche Hauptdarsteller - ein Jeep - würde es im echten Leben nie aus dem Kleinstädtchen herausschaffen, wo er gekauft wurde. Bei der ersten Polizeikontrolle wäre Schluss, wegen der verkehrsgefährdenden Büffelhörner am Kühler.

Mit Nora Tschirner, der man immer gerne beim unbeholfenen Pampigsein zuschaut, selbst mit Til Schweiger in der Nähe, kann eigentlich nichts schief gehen. Denkt man. Tschirner ist Meike aus Geilenkirchen, die eben ihr BWL-Studium abgeschlossen hat - und im frisch erstandenen Jeep 50 Kilo Kokain entdeckt. Nachteil: Nun sind ihr halbseidene Gestalten aus dem Eventmanager-Milieu auf den Fersen. Vorteil: Sie lernt Salim (Elyas M'Barek) kennen, einen Kreuzberger Gigolo mit Migrationshintergrund, der sie nach Berlin begleitet.

Wo „Offroad“ dann komplett im Straßengraben landet. So tarantinoesk, wie es Regisseur Elmar Fischer gerne hätte, ist „Offroad“ an keiner Stelle. Dabei sind weder die Klischees, noch der wirre Plot das Schlimmste. Sondern der Verstoß gegen das eherne Road-Movie-Gesetz, nach dem die äußerliche Bewegung eine innerliche Veränderung der Figuren auslöst. Am Ende von „Offroad“ ist Meike Pelzer noch dieselbe wie am Anfang.

Wenn hingegen ein Finne eine Road-Movie-Komödie dreht, kann man einer Sache gewiss sein: Das Ergebnis hat mit dem TÜV-geprüften deutschen Humor so wenig zu tun wie mit der Frivolität amerikanischer Road Movies à la „Road Trip“. Dome Kaukoskis „Helden des Polarkreises“ fängt standesgemäß mit ein paar Selbstmorden an. Im ständig düsteren Lappland haben die Menschen immer gute Gründe, sich das Leben zu nehmen: Mal gibt das Vieh keine Milch, mal werden alle Jobs nach Brasilien outgesourct, mal verliert Finnland gegen Schweden im Eishockey.

Helden der Düsternis

Und die Freundin des Tunichtguts Janne droht, ihn zu verlassen, wenn er nicht bis Tagesanbruch eine DVB-T-Box besorgt.

Daraus entspannt sich ein typisches finnisches Heldenepos. Janne und zwei mitverstrahlte Kumpel kommen in den Schneemassen kaum voran, werden beinahe von schwedischen Circen-Lesben in einem Swimming Pool ertränkt, müssen für reiche Russen einen Elch schlachten und kämpfen ungerührt gegen das unvermeidliche Scheitern. Für dieses Verhalten gibt es einen schönen finnischen Ausdruck. Er heißt „Perkele“. Dahinter verbirgt sich laut Karukoski eine Mischung aus „Ausdauer, Willenskraft und Verdammung der Götter“.

Man könnte diese Woche einen gewissen Skandinavien-Kinoschwerpunkt konstatieren. In dem charmanten norwegischen Kinderfilm „Anne liebt Philipp“ sieht sich die zehnjährige Titelheldin (Mountainbiken, Armdrücken, auf Bäume klettern) in Konkurrenz mit einem gleichaltrigen Barbiemodell um die Gunst des süßen Titelhelden. Lisbet Salander wiederum stilisiert sich in der US-Version von Stieg Larssons „Verblendung“ (rechts) mehr nach dem Vorbild eines Leichnams, aber immerhin beweist Regisseur David Fincher ein ungetrübtes Auge für schwedische Trübnis (ohne sich dabei „Perkele“ hinzugeben).

Auch die neue rumänische Welle (die mit „4 Monate, 3 Wochen, 2 Tage“ in Cannes triumphierte) erzählt von einem trüben Land. In Corneliu Porumboiu „Police, Adjective“ wird ein junger Polizist auf ein paar Schüler angesetzt, die Hasch rauchen. Gewissenhaft ermittelt er, doch um, wie vom Vorgesetzten verlangt, wirklich „zuzuschlagen“, fehlt es ihm an Überzeugung. Ist das Vergehen der Schüler nicht zu gering? Und liegt das Verbrechen nicht eigentlich wo anders, etwa in den sozialen Machtverhältnissen, auf deren Spur er unweigerlich kommt? Die gleiche Frage hat schon Stieg Larsson gestellt. Auch Marc Bauder stellt sie, in „Das System - Alles verstehen heißt alles verzeihen“, wo der junge Mike (Jakob Matschenz) über alte Stasi-Netzwerke in die neue Finanzwelt gelangt. Marc Bauders Spielfilmdebüt verbindet einen spannenden, aktuellen Wirtschaftskrimi mit Fragen an die DDR-Vergangenheit. Verblendung gibt es nicht nur in Schweden. (j.e./bch/hgr)

Load-Date: January 12, 2012

Assad will nicht allein untergehen; Jordanien, Libanon, Türkei, Israel - der Terrorkrieg zieht immer weitere Kreise

Die Welt

Montag 13. August 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 188

Length: 939 words

Byline: Gil Yaron

Highlight: Amerika und die Türkei erwägen die Einrichtung einer Flugverbotszone

Body

Tel Aviv

Angesichts des fortgesetzten Blutvergießens in Syrien scheinen westliche Staaten sich der Option eines militärischen Eingreifens im Bürgerkrieg zu nähern. Großbritannien entsandte Kriegsschiffe zu einem Manöver ins Mittelmeer. Laut Berichten russischer Medien plant auch Frankreich, mit Flugzeugträgern vor Syriens Küste aufzukreuzen. Präsident François Hollande erklärte, man wolle fortan nicht nur **Flüchtlingen** humanitäre Hilfe leisten, sondern auch den Rebellen beim Kampf gegen das syrische Regime helfen. Bei einem Arbeitsbesuch in der Türkei schloss US-Außenministerin Hillary Clinton die Möglichkeit der Einrichtung einer Flugverbotszone über Syrien nicht aus. Washington und Ankara haben begonnen, sich auf den Sturz des syrischen Regimes vorzubereiten: „Niemand kann sagen, wann das Regime fallen wird, aber der Tag wird kommen“, sagte Clinton nach einem Treffen mit ihrem türkischen Amtskollegen Ahmet Davutoglu. Dabei will sie auf das Schlimmste vorbereitet sein: „Wir haben viele Aufgaben vor uns und viele Eventualitäten, auf die wir uns einrichten müssen, einschließlich der fürchterlichen Möglichkeit, dass chemische Waffen eingesetzt werden“, sagte Clinton.

Dabei ist der Bürgerkrieg in Syrien auch ohne den Einsatz nicht konventioneller Waffen verheerend. Am Wochenende intensivierten Regierungstruppen ihre Angriffe auf Rebellenhochburgen im ganzen Land. Dabei kamen am Samstag mindestens 150 Menschen ums Leben. Sonntag früh hatte die oppositionelle Freie Syrische Armee (FSA) Erfolge aus Aleppo gemeldet. Nach eigenen Angaben war es ihr gelungen, Teile des seit drei Wochen umkämpften Stadtviertels Salaheddin zurückzuerobern. Auch in Damaskus und Idlib flammten die Kämpfe erneut auf. Laut Angaben der Opposition, die nicht unabhängig bestätigt werden können, sollen Anhänger von Diktator Baschar al-Assad in Homs Massenhinrichtungen vorgenommen haben.

Ähnlich große Sorge bereiteten am Wochenende Berichte aus Syriens Nachbarländern. Angesichts der Drohungen von außen will nun auch Assad demonstrieren, dass er seinen Nachbarn Schaden zufügen kann. Schon vor Monaten sagte einer seiner Berater, dass „ein Erdbeben in Syrien die gesamte Region erfassen“ werde, sollte der

Assad will nicht allein untergehen Jordanien, Libanon, Türkei, Israel - der Terrorkrieg zieht immer weitere Kreise

Präsident stürzen. Damaskus scheint es darauf anzulegen. Grenzscharmützel zwischen syrischen, jordanischen und libanesischen Grenzsoldaten sind inzwischen fast alltäglich. Die Opposition im Libanon listete vor wenigen Tagen 34 Grenzverletzungen syrischer Soldaten auf. Auch Syriens Nordgrenze wurde in der Vergangenheit wiederholt von syrischen Soldaten verletzt, als sie auf Flüchtlinge auf türkischem Staatsgebiet schossen. An der Grenze zu Jordanien kam es auch wiederholt zu schweren Schusswechseln. Nachbarstaaten reagierten mit der Verstärkung ihrer Grenztruppen.

Am Samstag erhob die Staatsanwaltschaft des Libanon Anklage gegen den ehemaligen Informationsminister Michel Samha, Syriens Geheimdienstchef Ali Mamluk und drei weitere Personen. Samha, ein enger Verbündeter Assads, soll im Auftrag Mamluks 20 Sprengsätze in den Libanon geschmuggelt haben, um sie gegen Christen einzusetzen. Zu den Beweisen gehört angeblich auch die Aufzeichnung einer Konversation, die ein Doppelagent mithilfe einer Miniaturkamera an einem Federhalter in seiner Brusttasche aufnahm. Der Hintergrund der geplanten Terrorkampagne gegen Führer der libanesischen Christen ist noch unklar. Kommentatoren im Libanon halten zwei Szenarien für möglich: Entweder wollte Assad seine politischen Widersacher im Libanon ausschalten, um sich dafür zu rächen, dass sie syrischen Oppositionellen in Beirut Asyl und Unterstützung gewähren. Oder Assad wollte die Attacken gegen libanesischen und syrischen sunnitischen Extremisten in die Schuhe schieben, um sich so im Machtkampf in Syrien die Unterstützung der verängstigten religiösen Minderheit zu sichern.

Neben dem Libanon wird auch Israel Ziel des langen Arms syrischer Geheimdienste und ihrer Verbündeten. Wie hochrangige israelische Sicherheitsbeamte der „Welt“ berichteten, hat die mit Syrien verbündete Hisbollah-Miliz aus dem Libanon ihre Bemühungen im Westjordanland intensiviert: „Sie drängen darauf, dass Palästinenser hier ein Terrorattentat begehen“, so die Quelle, die laut geltenden Reglements anonym bleiben muss. Am Wochenende verhaftete die Polizei 14 arabische Israelis, die angeblich im Auftrag der Hisbollah Anschläge verüben sollten. 20 Kilo Sprengstoff vom Typ C4 und Maschinenpistolen sollen sichergestellt worden sein.

Auch Ankara sieht seine innere Sicherheit inzwischen von den Entwicklungen in Syrien bedroht. So schätzen Beobachter, dass Assad Kurdengebiete nahe der Grenze absichtlich der kurdischen Demokratischen Einheitspartei (PYD) überlasse, die enge Beziehungen zur Terrororganisation PKK unterhält. Ankara kämpft seit 1984 gegen die PKK, die mehr Autonomie für Kurden in der Türkei fordert. Etwa 40.000 Menschen kamen seither ums Leben. Erst vergangene Woche schloss die türkische Armee einen groß angelegten Einsatz in der Umgebung von Semdinli ab, wo die PKK versucht hatte, ein Herrschaftsgebiet zu errichten. Dabei sollen 115 PKK-Aktivisten getötet worden sein. Premierminister Recep Tayyip Erdogan warnte deshalb, er werde „nie zulassen, dass eine Terrororganisation sich in Nordsyrien etabliert und von dort die Türkei bedroht.“ Doch auch in den vergangenen Tagen griff die PKK wieder militärische Ziele in der Türkei an.

Trotz der besorgniserregenden Entwicklungen, die die gesamte Region in einen neuen Krieg ziehen könnten, vertagte die Arabische Liga ein für Sonntag anberaumtes Treffen der Außenminister aus unbekannten Gründen auf einen unbestimmten Zeitpunkt.

Load-Date: December 9, 2012

**Deutschland Kompakt; Deutsche Sprache: Union ist zufrieden mit der Bahn
++ Schulen: Studie: Soziale Herkunft prägt nach wie vor Erfolg ++
Verfassungsschutz: 20 ++ Bildung: FDP setzt Abstimmung über Spargesetz
durch**

Die Welt

Dienstag 25. Juni 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 145

Length: 634 words

Body

Deutsche Sprache

Union ist zufrieden mit der Bahn

Die Union lobt die Entscheidung der Bahn, künftig auf Anglizismen zu verzichten. „Wir begrüßen, dass die Deutsche Bahn endlich in der internen und externen Kommunikation möglichst durchgängig die deutsche Sprache verwenden will“, erklären der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherschutz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Franz-Josef Holzenkamp, und die Verbraucherschutzbeauftragte Mechthild Heil. Wie die „Welt am Sonntag“ berichtete, wird die „Hotline“ künftig zur „Service-Nummer“ und der „Flyer“ zum „Handzettel“. Bekannte Bezeichnungen wie „Call-a-Bike“ sollen erhalten bleiben, aber erläutert werden. Damit kommt die Bahn den Forderungen der Unionsfraktion nach, im Umgang mit Kunden und Mitarbeitern eine verständliche, vor allem aber die deutsche Sprache zu benutzen. Viele Menschen hierzulande seien der englischen Sprache mächtig - nach eigenen Angaben etwa ein Drittel. Dies sind vor allem ältere Menschen sowie Menschen mit **Migrationshintergrund**. Jetzt sollen auch andere Unternehmen dem Beispiel folgen.

Schulen

Studie: Soziale Herkunft prägt nach wie vor Erfolg

Der Schulerfolg eines Kindes hängt noch immer wesentlich von der sozialen Herkunft und Vorbildung der Eltern ab. In allen 16 Ländern haben die Schulen bei der Chancengerechtigkeit weiterhin großen Nachholbedarf, stellt eine Studie der Bertelsmann Stiftung dar. Besonders deutlich wird der Nachholbedarf beim Leseverständnis Zehnjähriger. Viertklässler aus bildungsfernen Elternhäusern liegen demnach mit ihren Leistungen durchschnittlich ein Jahr hinter Kindern aus der Oberschicht. „Kein Land ist überall spitze oder überall Schlusslicht“, sagte Schulforscher Wilfried Bos bei der Vorstellung. Verglichen werden in der Studie Integrationskraft der Schulen,

Deutschland Kompakt Deutsche Sprache: Union ist zufrieden mit der Bahn ++ Schulen: Studie: Soziale Herkunft prägt nach wie vor Erfolg ++ Verfassungsschutz: 20 +....

Durchlässigkeit für Spätentwickler, Kompetenzförderung und Leistung sowie die Häufigkeit von Schulabbrüchen und die Zahl der höheren Abschlüsse. Den stärksten Positivtrend verzeichnet Deutschland bei den Schulabschlüssen: Der Anteil der Schulabbrecher sank zwischen 2009 und 2011 von 6,9 auf 6,2 Prozent. Zugleich stieg der Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife auf ein Rekordhoch - auf 51,1 Prozent. welt.de/bildung

Verfassungsschutz

20

kampferfahrene Islamisten sind nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes von Einsätzen im syrischen Bürgerkrieg nach Deutschland zurückgekehrt. Viele der Rückkehrer seien emotional so aufgeladen, dass die Gefahr bestehe, dass sie hier Anschläge vorbereiteten, sagte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, der „Rheinischen Post“. Sie könnten auch Gleichgesinnte dazu ermuntern oder Attentäter ins Land einschleusen. „Schlimmstenfalls kommen sie mit einem direkten Kampfauftrag zurück.“ Maaßen nannte es besorgniserregend, dass in den vergangenen acht Monaten mehr als 60 selbst ernannte Gotteskrieger nach Syrien aufgebrochen seien.

Bildung

FDP setzt Abstimmung über Spargesetz durch

Der Bundestag wird voraussichtlich am Freitag doch über den umstrittenen Gesetzentwurf der schwarz-gelben Koalition zum Bildungssparen abstimmen. Dies hat die FDP in koalitionsinternen Beratungen am Montag durchgesetzt. Die Union wollte ursprünglich auf eine Abstimmung im Parlament verzichten, weil dem Gesetzentwurf im Bundesrat wegen der rot-grünen Ländermehrheit ohnehin das Aus droht. Das Spargesetz war Bedingung der FDP für die Zustimmung der Partei zu dem vor allem von der CSU forcierten Betreuungsgeld. Laut Entwurf sollen Empfänger von Betreuungsgeld dieses wahlweise auch auf einem Bildungssparkonto anlegen können. Dazu sollen sie eine monatliche Prämie von 15 Euro vom Staat erhalten - insgesamt maximal 360 Euro. Am Freitag muss der Bundestag zudem über eine Initiative des Bundesrates abstimmen, das die komplette Abschaffung des Betreuungsgeldes verlangt.

Load-Date: June 25, 2013

Deutschland Kompakt II; Asylbewerber: Polizist aus Dessau zu 10.800 Euro Strafe verurteilt ++ Bayern: CSU-Fraktion solidarisiert sich mit Söder ++ Islamisten: Vier Jahre und drei Monate Haft für Deutschen

Die Welt

Freitag 14. Dezember 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 293

Length: 389 words

Body

Asylbewerber

Polizist aus Dessau zu 10.800 Euro Strafe verurteilt

Der im Prozess um den Tod des **Asylbewerbers** Oury Jalloh im Dessauer Polizeigewahrsam angeklagte Polizist ist zu einer Geldstrafe von 10.800 Euro verurteilt worden. Das Magdeburger Landgericht sprach den Mann wegen fahrlässiger Tötung durch Unterlassen schuldig. Es ging damit über den Antrag der Staatsanwaltschaft hinaus. Der Angeklagte war in einem ersten Verfahren vor dem Landgericht Dessau freigesprochen worden. Der Bundesgerichtshof hatte dieses Urteil jedoch im Januar 2010 wieder aufgehoben. Der aus Sierra Leone stammende Jalloh war am 7. Januar 2005 bei einem Brand in einer Polizeizelle an einem Hitzeschock gestorben. Er soll dort eigenhändig mit einem Feuerzeug eine Matratze entzündet haben. Der angeklagte Beamte soll damals auf Hilferufe Jallohs und Signale eines Rauchmelders nicht schnell genug reagiert haben.

Bayern

CSU-Fraktion solidarisiert sich mit Söder

Der bayerische Finanzminister Markus Söder (CSU) schien echt überrascht, als er seine Haushaltsrede im Landtag beendet hatte. Grund war ein donnernder Applaus der CSU-Abgeordneten, die Söder damit demonstrativ den Rücken stärken wollten. Fast etwas ungläubig nickte Söder immer wieder leicht mit dem Kopf. Zuvor hatte er gezeigt, dass er nicht nur mit Zahlen, sondern auch mit Wörtern jonglieren kann. Ohne den Namen Seehofer zu erwähnen oder dessen Attacken direkt anzusprechen, konterte Söder die Vorwürfe des Ministerpräsidenten. Seehofer hatte am Montag bei einer Weihnachtsfeier mit Journalisten in München Söder attestiert, von Ehrgeiz zerfressen zu sein. Söder bestätigte nun in seiner Rede: „Ich habe einen großen Ehrgeiz. Wissen Sie welchen? Dass es noch besser wird!“

Islamisten

Deutschland Kompakt II Asylbewerber: Polizist aus Dessau zu 10.800 Euro Strafe verurteilt ++ Bayern : CSU-Fraktion solidarisiert sich mit Söder ++ Islamisten: V....

Vier Jahre und drei Monate Haft für Deutschen

Das Berliner Kammergericht hat den deutschen Islamisten Thomas U. am Donnerstag zu einer Gefängnisstrafe von vier Jahren und drei Monaten verurteilt. Die Richter sprachen den 27-Jährigen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat im Ausland schuldig. Thomas U. hatte eingeräumt, sich 2009 den Deutschen Taliban Mudschahedin (DTM) angeschlossen zu haben. Die Vereinigung verübt im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet Anschläge, auch auf Mitglieder der internationalen Nato-Truppe Isaf.

Load-Date: January 26, 2013

End of Document